HOCHSCHULE BREMEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Zukunft ISPM

Ein Projekt zur Dokumentation der Besonderheiten des Studiengangs und Überlegungen zu seiner Zukunft, begleitet von Prof. Dr. Silke Bothfeld.

6. Semester

Internationaler Studiengang Politikmanagement

2013

Zukunft ISPM

Eine Dokumentation der Besonderheiten des Internationalen Studiengangs Politikmanagement und Überlegungen zu seiner Zukunft

Ein Projekt im Rahmen des Moduls „6.5 Projekt Politikmanagement“, begleitet von Prof. Dr. Silke Bothfeld.

Autor*Innen:
Studierende des 6. Semesters ISPM im Sommersemester 2013, Prof. Dr. Silke Bothfeld

Koordination und Layout:
Anna-Carolin Hauk, Martin Weinrich und Miriam Wiemers

Kontakt:
Prof. Dr. Silke Bothfeld
Fakultät Gesellschaftswissenschaften
Hochschule Bremen
Neustadtswall 30
28199 Bremen
silke.bothfeld@hs-bremen.de
0421/5905-2768

Bremen, den 27.10.2013
Hochschule Bremen, University of Applied Sciences

Vorwort

Die Ziele der Lehrveranstaltung *Projekt Politikmanagement* des 6. Semesters des ISPM sind im Modulhandbuch wie folgt formuliert:
„Die Studierenden können professionelle Projekte planen und organisieren. Sie sind in der Lage, politikmanagerliche Lösungsansätze für realweltliche Probleme aufgrund ihrer theoretischen Kenntnisse und empirischen Fähigkeiten eigenständig modellhaft zu entwickeln. Auf ihre Bachelor-Thesis sind sie hinreichend vorbereitet." (ISPM 2009).

Das ‚realweltliche Problem', das sich uns im Verlauf der Lehrveranstaltung aufdrängte – die sich intensivierende politische Diskussion über die Bremer Hochschulpolitik im Allgemeinen und der Rolle eines politikwissenschaftlichen Studiengangs an einer Fachhochschule im Besonderen – drängte sich im Frühjahr 2013 als Gegenstand dieser praxisorientierten Lehrveranstaltung nahezu auf. Es war eine Idee der Studierenden, im Verlauf des Seminars das Anwendungsbeispiel für die praktische Übung zu wechseln, und es war das Ergebnis eines ernsthaften und gar nicht so harmonischen Diskussions- und Entscheidungsprozesses in der Seminargruppe, diesen Wechsel zu vollziehen und den thematischen Neuanfang zu wagen.

Nicht nur die Studiengangsleitung und das ISPM-Team insgesamt sind froh, dass die Studierenden diese Herausforderung mit Enthusiasmus angenommen haben, sondern auch, wie sich zeigt, die Studierenden selbst. Und das zurecht: Das vorliegende Ergebnis, der Bericht, an dem nur kleinere, überwiegend formale, Korrekturen (keine inhaltlichen Veränderungen) vorgenommen worden, ist ein Meilenstein in der Geschichte des ISPM, ein Moment der fundierten Selbstreflexion der Studierenden. Die hier demonstrierten Kompetenzen und Kenntnisse sind repräsentativ für den Ausbildungsstand unserer Studierenden im 6. Semester des ISPM. Die Form und der Stand des Berichts zeigen beides: Die notwendiger Weise gegebene Heterogenität der einzelnen Kapitel, bestehende Lücken und Unschärfen, aber auch die teilweise sehr sorgfältige Fundierung sowie das beeindruckende Engagement und die vielfach deutlich werdende wissenschaftliche Neugierde, den Dingen auf den Grund zu gehen. In jedem Fall bildet der Bericht eine neue und reiche Grundlage für weitere Diskussionen und die Fortentwicklung des Studiengangs.

In inhaltlicher Perspektive ermutigen uns die im Bericht zusammengetragenen Erkenntnisse über unseren Studiengang, am Konzept ISPM festzuhalten und die im Bericht angedeuteten und expliziten Fragen aufzugreifen, auch wenn wir einiges anders formuliert hätten oder anders argumentieren würden. Aktuell ist eine Studie zu den Berufswegen der AbsolventInnen des ISPM in Arbeit und die Vernetzung der Alumni ist geplant. Die ISPM – Jubliäumsfeier am 31. Januar 2014 soll als Impuls für weiterführende und nachhaltige Aktivitäten dienen.

Insgesamt bestätigt uns der Bericht als Lernergebnis des Seminars Projekt Politikmanagement, dass wir den Studierenden ruhigen Gewissens die Abschlussphase ihres Studiums zumuten können. Auf alle Fälle wird uns der Abschlussjahrgang 2014 durch diesen Bericht sicherlich in besonderer Erinnerung bleiben.

Prof. Dr. Silke Bothfeld
Lehrende des Modul Projekt Politikmanagement im SoSe 2014 und Studiengangsleiterin, stellvertretend für das Team ISPM

Danksagung

Bei der Durchführung des Projektes „*Zukunft ISPM*“ und der Erstellung dieses Berichtes erhielten wir viel Unterstützung. Hiermit möchten wir uns daher bei allen Mitwirkenden bedanken.

In erster Linie gilt unser Dank *Prof. Dr. Silke Bothfeld*, die uns methodisch und inhaltlich betreute.

Außerdem danken wir allen *Studierenden des ISPM* für ihre Teilnahme an der Befragung, sowie den *Alumnis* Sarah Sommer, Bünyamin Keskin und Yasin Salmaz.

Für Interviews standen uns zudem die *Lehrbeauftragten* Dr. Alexander Mühlen, Marion Krämer, Thomas Kristen, Matthias Kilian, Dr. Felix Kolb, Dr. Steffen Schneider und Rudi Bantel sowie *Dr. Judith Kerschbaumer* aus der ver.di Bundesverwaltung und *Doris Knoblauch* vom Ecologic Institut Berlin zur Verfügung, die unseren Bericht bereichert haben.

Unterstützung erhielten wir außerdem von *Prof. Dr. Beate Zimpelmann*, die uns den Zugang zur Praxisbörse ermöglichte. *Corinne Ghorbani* und *Andrea Thode* aus dem International Office stellten uns Auslandsfragebögen, Daten und Dokumente zur Internationalisierungsstrategie sowie den Incoming- und den Outgoing-Students zur Verfügung.

Bedanken möchten wir uns zuletzt bei den *Incoming-Students* Lauren Burguin, Gertruda Gilyte, Tom Chi Sind, Kanat Kubatbekov, Hashim Nazahim, Anna Novak und Bhavani Seetharaman, die uns ihre Eindrücke der Hochschule schilderten.

Die tatkräftige Unterstützung dieser und anderer Mitwirkenden hat diesen Bericht ermöglicht, ihn bereichert und ihm die nötige Tiefe verliehen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 3
Danksagung ... 5
Inhaltsverzeichnis ... 7
Abbildungsverzeichnis ... 8
Tabellenverzeichnis ... 9
Einleitung ... 10
1. Finanzielle Situation der Hochschule Bremen ... 11
2. Zugangsvoraussetzungen/Bildungschancen/Diversity ... 44
3. Praxisbezug ... 54
Steckbrief: Politikberatung in intermediären Organisationen ... 55
Semester ... 55
DozentInnen ... 55
Curriculum ... 55
Leistungsnachweis ... 55
Relevanz für das Praxissemster/Jobrelevanz ... 55
Steckbrief: Politische Kampagnen ... 56
Semester ... 56
Dozent ... 56
Curriculum ... 56
Leistungsnachweis ... 56
Beispiel: Erarbeitung einer Kampagne für die NGO „digitalcourage“ (ehemals FoeBuD) ... 56
4. Internationalität ... 67
5. Vergleich ... 81
a) Regionaler Vergleich mit „B.A. Politikwissenschaften“ an der Universität Bremen ... 81
b) Bundesweiter Vergleich und Hochschulrankings ... 92
6. Verbleib der Alumnis ... 101
7. Kooperation mit anderen Studiengängen ... 109
8. Bremer Politik: Konzept einer Ringvorlesung zur Zukunft der Hochschulpolitik ... 121
9. Fazit ... 129
Literaturverzeichnis ... 133
Anhang ... 146

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Entwicklung der Studierendenzahlen in Bremen 21
Abbildung 2 Mittelverteilung zwischen den Fakultäten 32
Abbildung 3 Personalausstattung in VZÄ WS 2011/12 32
Abbildung 4 Wissenschaftliches Personal HGP IV 36
Abbildung 5 Wissenschaftliches Personal HGP V 38
Abbildung 6 Budgetierungsmodell der Hochschule 39
Abbildung 7 Art der Hochschulzugangsberechtigung nach Geschlecht und Hochschulart (in %) 48
Abbildung 8 Hochschulzulassung im ISPM 48
Abbildung 9 Bildungstrichter 2009: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Bildungsstatus im Elternhaus 49
Abbildung 10 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Bildungsherkunft 1985-2012 in % 50
Abbildung 11 Bildungsherkunft der ISPM-Studierenden 50
Abbildung 12 BAföG Quote – Anteil der Geförderten unter allen Studierenden (Standard-Methode) und denen der zentralen Hochschulsemester in % 51
Abbildung 13 BAföG-Quote nach der Bildungsherkunft der Studierenden in den zentralen Hochschulsemestern in % je nach Bildungsherkunft 51
Abbildung 14 Ort der Praktikumsstellen 62
Abbildung 15 Anzahl der Praktikant*Innen 62
Abbildung 16 Anzahl der Praktikumsgeber 63
Abbildung 17 Informationsquellen zum Auslandssemester 72
Abbildung 18 Grafische Übersicht der Länder mit ISPM-Partnerhochschulen 73
Abbildung 19 Grafische Übersicht der Länder, in denen ISPM Studierende ihr Auslandssemester absolviert haben (Zeitraum 2007–2013) 74
Abbildung 20 Unterlagen zur Finanzierung des Auslandssemesters 77
Abbildung 21 Finanzierungsarten 77
Abbildung 22 Zufriedenheit nach dem Auslandssemester 79
Abbildung 23 Informationsquellen zum ISPM 97
Abbildung 24 ISPM als Erststudium 97
Abbildung 25 Bewerbung für weitere Studiengänge mit politikwiss. Schwerpunkt 98
Abbildung 26 Entscheidung für den ISPM 98
Abbildung 27 Merkmale des ISPM im Vergleich zu anderen Studiengängen 99
Abbildung 28 Modell "Internationaler Studiengang Politik und Wirtschaft" 114
Abbildung 29 Studiengangskonzept 115

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Finanzplanung des Ressorts "Hochschule und Forschung" Bremen 20
Tabelle 2 Entwicklung der Personalstellen der Bremer Hochschulen 23
Tabelle 3 Finanzielle Entwicklung der Bremer Hochschullandschaft 2003-2010 24
Tabelle 4 Finanzmittel im Hochschulgesamtplan V 25
Tabelle 5 Finanzplanung der HS Bremen 2012 und 2013 30
Tabelle 6 Studienanfänger*Innenzahlen 31
Tabelle 7 Mittel aus dem Hochschulpakt 34
Tabelle 8 Gesamtkosten HS Bremen 2003-2010 34
Tabelle 9 Gesamtkosten HS Bremen, inkl. Zuschusszahlungen 35
Tabelle 10 Finanzmittel für die HS Bremen nach HGP V 37
Tabelle 11 CN-Werte und Kapazitäten an der Fakultät 3 40
Tabelle 12 Zugang zum Politikstudium mit Fachhochschulreife 44
Tabelle 13 Bildungsherkunft 50
Tabelle 14 ISPM-Partnerhochschulen 74
Tabelle 15 Länder, in denen ISPM-Studierende ihr Auslandssemester absolviert haben (2007-2013) 76
Tabelle 16 Vergleich PoWi/ISPM 83
Tabelle 17 Modulübersicht POWI und ISPM 89
Tabelle 18 Übersicht vergleichbarer Studiengänge in Deutschland 96
Tabelle 19 Vergleich der Module von ISPM und ISJ 110
Tabelle 20 Vergleich der Module von ISPM und ISVW 111
Tabelle 21 Risikomanagement der Ringvorlesung 127
Tabelle 22 Projektphasen und Meilensteine der Ringvorlesung 128

Einleitung

Der Internationale Studiengang Politikmanagement (ISPM) steht wie das gesamte Angebot der Hochschule Bremen aufgrund des Umstrukturierungsprozesses in der Diskussion. Die vorliegende Projektarbeit „*Zukunft ISPM*“ ist eine Dokumentation der Besonderheiten dieses in Deutschland einmaligen Studiengangs und enthält Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung des Faches.

Alle Beiträge entstanden im Rahmen des Moduls „Projekt Politikmanagement“ im Sommersemester 2013 und wurden von den Studierenden des 6. Semesters unter Anleitung von Frau Prof. Dr. Bothfeld verfasst. Ziel aller Beiträge ist es, der Diskussion über die Zukunft eines politikwissenschaftlichen Studiengangs sowie den allgemeinen Umstrukturierungsmaßnahmen an der Hochschule Bremen Argumente und eine fundierte Grundlage hinzuzufügen.

Die Hochschule Bremen ist aus finanziellen Gründen dazu gezwungen, ihre Studierendenzahlen drastisch zu reduzieren. Aus diesem Grund wird in dem ersten Beitrag dieses Bandes die „*Finanzielle Situation der Hochschule Bremen*“ umrissen, wobei sowohl auf die Finanzierung von Hochschulbildung in Deutschland als auch auf die spezielle Situation in Bremen eingegangen wird.

In den darauf folgenden drei Beiträgen werden die Besonderheiten des Studiengangs vorgestellt. Der ISPM ist einer der wenigen politikwissenschaftlichen Studiengänge, die an einer Fachhochschule angesiedelt sind. Aus diesem Grund sind die *Zugangsvoraussetzungen* eine Besonderheit. Zwei weitere Alleinstellungsmerkmale sind der *Praxisbezug* und die *Internationalität* des Studiengangs, die sich vor allem in den vorgeschriebenen und begleiteten Praxis- und Auslandssemestern zeigen. Zu diesen drei Bereichen gibt es ausführliche Beiträge, die die Auswirkungen dieser Ziele dokumentieren.

In dem Kapitel „*Der ISPM im Vergleich*“ wird der Studiengang zunächst mit dem Politikwissenschaftsstudiengang an der Universität Bremen verglichen. In einem zweiten Schritt wird er mit anderen praxisorientierten Studiengängen in der Republik verglichen. Dabei wird vor allem die Einzigartigkeit des ISPM deutlich. Um zu überprüfen, ob die Praxisnähe des ISPM seinen Absolventen auch einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft, wurde ein Ansatz für eine *Alumni-Befragung* erarbeitet. Die Durchführung dieser Befragung steht noch aus.

Im Rahmen der Kürzungen an der Hochschule Bremen steht nicht nur die Schließung von Studiengängen zur Diskussion. Auch über eine Zusammenlegung ähnlicher Studiengänge oder zumindest die Nutzung eines gemeinsamen Modulpools wird debattiert. Das Kapitel „*Kooperation mit anderen Studiengängen*“ zeigt Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit auf.

Im Zuge der Projektarbeit wurde deutlich, dass es im Land Bremen an einer Vision für eine qualitativ hochwertige und vielfältige Hochschulpolitik in Zeiten knapper Kassen mangelt. Aus diesem Grund wurde ein Vorschlag für eine „*Ringvorlesung zur Zukunft der Hochschulpolitik*“ erarbeitet, die sich mit diesem Thema auseinander setzen könnte.

1. Finanzielle Situation der Hochschule Bremen[1]

Die Hochschule Bremen steht unter Sparzwang. Die Qualität der Lehre, so argumentiert der Strategische Entwicklungsplan der Hochschule, könne mit den derzeitigen Kapazitäten nicht mehr dauerhaft sichergestellt werden. Aus diesem Grund ist eine umfangreiche Senkung der Studierendenzahlen um ein Drittel geplant. Um mit dieser Argumentation umzugehen, muss man wissen, wie sich Wissenschaft in Bremen und in Deutschland finanziert und wie die finanzielle Situation an der Hochschule Bremen im Detail aussieht.

Aus diesem Grund geht diese Dokumentation zunächst auf die Möglichkeiten des Bundes ein, Wissenschaft in Deutschland zu finanzieren. Danach wird die finanzielle Entwicklung der Wissenschaftslandschaft in Bremen skizziert. Abschließend wird die Kostenstruktur und Personalausstattung der Hochschule Bremen im Detail beschrieben.

Die Dokumentation stützt sich dabei vor allem auf Primärquellen der Senatorischen Behörde und der Hochschule selbst. In einigen Fällen wurde für Daten auf Präsentationen (z.B. des ehemaligen Kanzlers Meinen) und Sitzungsprotokolle hochschulöffentlicher Sitzungen des Akademischen Senats der Hochschule Bremen zurückgegriffen.

1. Die Wissenschaftsförderung des Bundes

Dem Bund sind bei der Finanzierung des deutschen Wissenschaftssystems enge Grenzen durch das Grundgesetz gesetzt. Diese Grenzen werden in dem ersten Abschnitt dieses Kapitels kurz skizziert. Dennoch können in Zusammenarbeit mit allen Ländern kurzfristige Programme durch den Bund mitfinanziert werden. Die beiden wichtigsten die Lehre betreffenden Programme, der Hochschulpakt und das Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre, werden in einem zweiten Abschnitt zusammen mit einem kurzen Blick auf die Exzellenzinitiative des Bundes vorgestellt. Die 2006 im Rahmen der Föderalismusreform eingeführten Änderungen, aus denen auch das umgangssprachliche „Kooperationsverbot“ im Bildungsbereich hervorging, wird in einem dritten Absatz skizziert, um eine Grundlage für die derzeitige Diskussion um die Förderung der Wissenschaft durch den Bund zu legen, die in einem vierten Absatz vor dem abschließenden Fazit dargelegt wird.

1.1 Möglichkeiten der Wissenschaftsfinanzierung durch den Bund

Bildung und Wissenschaft sind keine Zuständigkeiten des Bundes. Das umgangssprachliche „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern in diesem Politikfeld bedeutet, dass dem Bund in diesem Bereich wenig eigene Gesetzgebungsmöglichkeiten gegeben sind und dass die Gemeinschaftsaufgaben in diesem Bereich eng definiert sind.

Im Hochschulbereich hat der Bund lediglich die Möglichkeit im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung nach §74 (1) GG die Hochschulzulassung sowie die Art der Hochschulabschlüsse zu regeln. §72 (3) GG legt aber auch fest, dass die Länder in ihrer eigenen Gesetzgebung von diesen Regeln abweichen können (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012a.) Es handelt sich also nicht mehr um eine verbindliche Rahmengesetzgebung.

---

[1] Von Katharina Lenuck, Patrick Spahn und Martin Weinrich

[2] So zum Beispiel regelmäßig gefordert von der Hochschulrektorenkonferenz vor allem in Form ihres

Noch engere Grenzen sind dem Bund bei der Finanzierung der Wissenschaft in Deutschland gesetzt. Sein Spielraum ist dabei in §91b GG definiert (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012b). Der Artikel legt fest, dass Bund und Länder in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Forschung im außeruniversitären Bereich und bei der Errichtung von Forschungsbauten an Hochschulen zusammenarbeiten können. Wenn alle Länder zustimmen, kann der Bund zudem „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ fördern. Eine Zusammenarbeit ist zudem aufgrund von „Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems im internationalen Vergleich“ möglich.
Der Bund kann also lediglich finanzielle Programme zur Förderung der Lehre auflegen, wenn alle Bundesländer zustimmen. Hochschulen können nach derzeitigem Stand nicht direkt zum Beispiel als „Bundesuniversitäten“ vom Bund finanziert werden.

1.2 Die derzeitigen Programme des BMBF

1.2.1 Der Hochschulpakt

Der Hochschulpakt 2020 wurde im Jahr 2007 auf den Weg gebracht (Bund-Länder Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 2007). Grund war die Prognose der Kultusministerkonferenz, dass die Studierendenzahlen aufgrund der Abitur-Doppeljahrgänge der darauf folgenden Jahre deutlich zunehmen werden (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 2005).
Der Hochschulpakt besteht aus drei Programmlinien. Erstens sollen mit finanzieller Unterstützung des Bundes ausreichend Studienanfänger*Innenplätze geschaffen werden. Zweitens werden so genannte Programmpauschalen vom Bund gestellt, mit deren Hilfe Einnahmeausfälle bei der Drittmittelwerbung verhindert werden sollen. Zuletzt beinhaltet der Hochschulpakt auch den „Qualitätspakt Lehre“(Hochschulpakt 2020).

Die erste Säule beinhaltet die finanzielle Förderung zum Ausbau der Studienkapazitäten an den Hochschulen. Kern dieser Förderung ist die fünfzigprozentige Beteiligung des Bundes an den Kosten neu geschaffener Studienplätze. Die Kosten wurden dabei zunächst auf 22.000€, später auf 26.000€ festgelegt. Der Bund beteiligt sich also mittlerweile mit 13.000€ an jedem Studienplatz, das Land muss die anderen 13.000€ aufbringen. Die Summe wird über vier Jahre verteilt ausgezahlt. Gefördert werden lediglich Studienanfänger, die im Vergleich zu der Summe der Anfänger einer Hochschule im Jahr 2005 dazu gekommen sind (Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpakt 2020).
Die Verwendung der Mittel durch die Länder sollte drei Schwerpunkte haben. Erstens sollten zusätzliche Stellen an den Hochschulen geschaffen werden. Außerdem sollte der Anteil der Fachhochschulstudienplätze ausgebaut werden. Zuletzt sollte der Anteil der Frauen an der Zahl der Beschäftigten ausgebaut werden (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 2005).

In der ersten Phase des Hochschulpaktes sollten die westdeutschen Flächenländer 91.000 neue Studienplätze schaffen, während die ostdeutschen Flächenländer und die Stadtstaaten ihre Kapazitäten lediglich halten sollten. Um auch den Haltungsaufgaben

nachzukommen, erhielten sowohl die ostdeutschen Flächenländer als auch die Stadtstaaten Pauschalen (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 2005).

Letztlich gelang es allen deutschen Bundesländern in der ersten Phase des Hochschulpaktes von 2007 bis 2010 ihre Studienkapazitäten auszubauen. Insgesamt wurden 185.024 Plätze geschaffen, in den Stadtstaaten 31.838. Die Studienanfängerquote erhöhte sich damit von 37% im Jahr 2005 auf 44,9% im Jahr 2010. Wie vorgegeben wurden die Kapazitäten an Fachhochschulen stärker ausgebaut (Deutschlandweit 69,5%, in Stadtsaaten 54,4% aller neuen Plätze). Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal wurde um 23,2% bundesweit erhöht und sein Frauenanteil wurde von 27,3% auf 32,7% erhöht. Der Professor*Innenanteil konnte von 14,3% auf 19,2% ausgebaut werden (Hochschulpakt 2020, Bericht zur Umsetzung in den Jahren 2007 bis 2010, Jahresbericht 2010).

Die zweite Programmphase, die die Jahre von 2011 bis 2015 umfassen wird, sah kaum Änderungen vor. Zum einen wurde wie bereits oben erwähnt, der für notwendig erachtete Betrag pro Studierenden von 22.000 auf 26.000€ angehoben. Außerdem wurden nun für alle Bundesländer Referenzlinien festgehalten, ab denen sie einen Anspruch auf Förderung durch den Hochschulpakt erheben können. Generell liegt diese Referenzzahl auf der Höhe der Studienanfänger*Innen im Jahr 2005. Ausnahmen wurden für die neuen Bundesländer und die Stadtsaaten gemacht, hier wurde diese Zahl etwas heruntergesetzt (Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b ABs 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020).

Ein zweiter Bestandteil des Hochschulpaktes sind die sogenannten Programmpauschalen. Hierbei handelt es sich um zusätzliche 20% der Förderungssumme bei staatlichen Forschungsprojekten der außeruniversitären Einrichtungen. Diese sollen die Hochschulen dabei unterstützen, um weitere Aufträge zu konkurrieren. Die Programmpauschalen sind ein Bestandteil beider Phasen des Hochschulpaktes und werden zu 100% vom Bund getragen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007 und 2009).

Da die Evaluationsberichte der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz erst zwei Jahre später erscheinen, wurde bisher erst das erste Jahr der zweiten Programmphase evaluiert. Die enorme Ausweitung des Programms wird dadurch deutlich, dass allein im Jahr 2011 156.321 Studienanfänger*Innenplätze durch den Hochschulpakt geschaffen wurden (zum Vergleich in den Jahren 2007-2010 wurden insgesamt 185.024 Plätze geschaffen) (Hochschulpakt 2020, Bericht zur im Jahr 2011).

Auch wenn die aktuelle Prognose zu den Studienanfänger*Innenzahlen der Kultusministerkonferenz (KMK) der Ansicht ist, dass die Studienanfänger*Innenzahl im Jahr 2011 mit insgesamt 515.833 ihren Höhepunkt erreicht hat, wird das Niveau in den kommenden Jahren nur bedingt sinken. Erst im Jahr 2020 sollen 450.000 jährliche Studienanfänger*Innen wieder unterschritten werden (Statistische Veröffentlichungen der Kultusmi-

nisterkonferenz 2012). Die KMK-Prognose aus dem Jahr 2005, auf deren Grundlage der Hochschulpakt einst gegründet wurde, ging für das Jahr noch von 100.000 weniger neuen Studienanfänger*Innen aus (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz 2005).
Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass der Hochschulpakt derzeit von allen politischen Lagern als notwendig, wenn nicht gar ausbaufähig angesehen wird und entweder davon gesprochen wird, dass die Fortsetzung des Hochschulpaktes ein „wichtiger Schritt“ (CDU 2013) sei oder aber, dass man für eine „Ausweitung des Hochschulpaktes“ (SPD 2013) eintrete.

In Bremen wurden im Zeitraum von 2007-2010 etwa 2.651 zusätzliche Studierende aufgenommen, was einer Steigerung um rund 13% entspricht, obwohl das Land lediglich dazu verpflichtet wurde, seine Studierendenzahlen zu halten. Der Fachhochschulanteil konnte von 43 auf 47%, der Frauenanteil unter den Professoren von 17,6 auf 22,2% ausgebaut werden. Während die Grundmittel in Bremen in dem Zeitraum um Durchschnittlich 7% gekürzt wurden, stellte das Land gleichzeitig jährlich 7,5 Millionen Euro zur Verfügung, die überwiegend für den Hochschulbau, der größte Kürzungspunkt, veranschlagt wurden (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz 2012a).
Das Jahr 2011 bedeutete auch für Bremen einen Höchststand in den Studienanfänger*Innenzahlen. 6.937 Studienanfänger weist das Land in dem Jahr auf, was einer Steigerung von 32% gegenüber 2005 entspricht. Von diesen neuen Studierenden haben 56% ihr Studium an einer Fachhochschule begonnen, eine weitere Steigerung im Vergleich zu dem Zeitraum der ersten Projektphase.

1.2.2 Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre

Als sogenannte dritte Säule des Hochschulpaktes wurde im Oktober 2010 das „Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern nach Artikel 91b GG ins Leben gerufen. Es ist in zwei Projektphasen unterteilt, die erste läuft von 2012 bis 2016, die zweite von 2016 bis 2020 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010).

Gefördert werden drei Maßnahmen. Zunächst sind das „Maßnahmen zur Verbesserung der Personalausstattung“, darunter fallen zum Beispiel vorgezogene oder zusätzliche Berufungen von Hochschullehrer*Innen. Zweitens werden „Maßnahmen zur Qualifizierung bzw. Weiterqualifizierung des Personals und Sicherung der Lehrqualität“ gefördert, worunter zum Beispiel die Einführung und Weiterführung von Hochschulqualitätssicherungssystemen fallen. Zuletzt werden „Maßnahmen zur weiteren Optimierung der Studienbedingungen und zur Entwicklung innovativer Studienmodelle, insbesondere zur Erhöhung des Praxisbezugs bei Bachelor-Studiengängen oder zur Ausgestaltung der Studieneingangsphase im Hinblick auf eine heterogener zusammengesetzte Studierendenschaft“ gefördert. Zu dieser letzten Kategorie sind keine Beispiele angegeben. Maßnahmen in diesen Bereichen können nach einem bewilligten Antrag und nach Erfüllung einiger Kriterien wie zum Beispiel der Einbettung in das Profil der Hochschule zu bis zu 100 Prozent gefördert werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010.)

In der ersten Phase des Programms stehen 1.115 Millionen Euro zur Verfügung, in der zweiten Phase voraussichtlich 800 Millionen Euro. Anträge können entweder von einzelnen Hochschulen oder aber als Verbundantrag gestellt werden. Voraussetzung ist eine „datengestützte Bestandaufnahme der jeweiligen Hochschule über die Stärken und Schwächen in der Betreuung und Beratung von Studierenden sowie in der Lehrqualität".

In Bremen haben sich bisher die Universität Bremen, die Hochschule Bremerhaven sowie die Hochschule für Künste in einem Verbundantrag für das Programm qualifiziert (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2012). Die drei Hochschulen werden dabei bei Projekten wie „FORSTA – Forschend Studieren von Anfang an" (Universität Bremen), bei dem durch Septemberakademien und General Studies, forschende Elemente in das Bachelor-Studium eingebunden werden (Qualitätspakt Lehre 2013). An der Hochschule für Künste wurde das Programm „Vorgezogene Berufungen in den Bereichen Jazz und Freie Kunst" eingeführt. In diesen normalerweise durch Lehraufträge betreuten Kursen, werden durch vorgezogene Berufungen Professor*Innen eingesetzt (Qualitätspakt Lehre 2013).

1.2.3 Exkurs: Die Exzellenzinitiative

Die „Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen" ist ein Programm, dass nicht direkt die Lehre an den Hochschulen unterstützt, sondern Teil der im Grundgesetz festgelegten Forschungsförderung des Bundes ist. Sie basiert jedoch auf derselben Rechtsgrundlage wie auch der „Hochschulpakt" und der „Qualitätspakt Lehre" (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009).

Erwähnenswert ist die Exzellenzinitiative in diesem Bericht aus zwei Gründen. Erstens ist sie ein deutliches Beispiel dafür wie der Bund über die Forschungsförderung auf die Strukturen der Hochschulen einwirkt. Förderungswürdig sind in der Exzellenzinitiative ausschließlich „Graduiertenschulen[,] Exzellenzcluster [und] Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung" (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009). Mit dem dazugehörigen politischen Willen, die Zustimmung aller Länder vorausgesetzt, kann der Bund also bereits jetzt auf die deutsche Wissenschaftslandschaft einwirken. Zweitens bindet die Exzellenzinitiative durch den notwendigen Zuschuss, den die Bundesländer zu der Bundesförderung zahlen müssen, Mittel aus den Bildungshaushalten der Länder. Dies ist für die finanzielle Situation des Landes Bremen, die im nächsten Abschnitt ausgeführt werden soll, von Bedeutung. Da die Universität Bremen als „Exzellenzuniversität" ausgewählt wurde, muss die Bundesförderung nun vom Land gegenfinanziert werden, was Mittel im knappen Bildungshaushalt bindet.

1.3 Änderungen durch die Föderalismusreform - muss es lediglich ein „zurück" geben?

Eine naheliegende Forderung angesichts knapper Landeshaushalte ist die Forderung nach einer Abschaffung des „Kooperationsverbotes", sodass der Bund den Grundhaus-

halt von Hochschulen direkt unterstützen könnte[2]. Eine solche Forderung erfordert aber, die letzte Reform in diesem Bereich, die Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006, genauer zu analysieren.
Mit der Grundgesetzänderung 1969 erhielt der Bund die Befugnis zur Rahmengesetzgebung im Bereich Hochschulpolitik. Außerdem enthielt das Grundgesetz nun die Gemeinschaftsaufgabe zum „Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ (Deutsche Gesellschaft für Bildungsverwaltung 2008).

In den Jahren 2003 und 2004 sollte eine Föderalismuskommission bestehend aus Vertreter*Innen des Bundes und der Länder, die Zuständigkeiten im politischen System der BRD klarer regeln. Die Arbeit der Kommission scheiterte, so konstatiert Schultze, in den Augen der Öffentlichkeit an den „unüberbrückbaren Gegensätzen in der Bildungs- und Hochschulpolitik, die eine Einigung verhinderte“ (Schultze 2005, 13). Taktische Gründe, wie zum Beispiel, dass „Gerhard Schröder die Reform scheitern [ließ], weil er nicht auf die Hochschulpolitik als Thema für den Wahlkampf 2006 verzichten wollte“ (Kühne 2005, 5), mögen dabei ebenfalls eine Rolle gespielt haben.
Hofmann konstatiert, dass die „Einigung über das erforderliche Finanzvolumen bei der Aufgabe Hochschulbau immer enorm schwierig“ (Hofmann 2006, 34) war. Die Bundesrahmengesetzgebung geriet unter Druck als das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2004 in kurzer Zeit sowohl ein Gesetz zu Studiengebühren als auch zu Juniorprofessuren, beide beriefen sich auf die Rahmengesetzgebung, kippte. „Es [das Bundesverfassungsgericht] hatte sich nicht damit begnügt, die Überschreitung der Grenzen eines Rahmengesetzes zu rügen, sondern es verneinte auch die „Erforderlichkeit“ einer bundesrechtlichen Regelung nach Art. 72 Abs.2 GG“ (Scharpf 2006, 9). Hofmann kommentierte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Hinsicht, dass es „in seinen Urteilen zur Juniorprofessur und zum Studiengebührenverbot rechtlich so hohe Hürden aufgestellt [hat], dass eine effektive Rahmengesetzgebung des Bundes fürderhin praktisch nahezu unmöglich ist“ (Scharpf 2006, 9).

Die Föderalismusreform schaffte dann auch, wie in Abschnitt eins dieses Kapitels bereits vermerkt, die Rahmengesetzgebung ab. Geblieben sind davon im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung lediglich die Punkte „Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2012b), wobei die Länder von der Bundesgesetzgebung abweichen können. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ist mit der Föderalismusreform abgeschafft worden, an ihre Stelle treten noch finanzielle Ausgleichzahlungen bis in das Jahr 2019, geregelt in dem neuen §143c GG (Bundeszentrale für politische Bildung 2012c). Übrig geblieben ist die Gemeinschaftsaufgabe der Forschungsförderung sowie, bei Zustimmung aller Länder, Unterstützung auch an den Hochschulen direkt.

---

[2] So zum Beispiel regelmäßig gefordert von der Hochschulrektorenkonferenz vor allem in Form ihres Präsidenten Prof. Dr. Horst Hippler, siehe Hochschulrektorenkonferenz (2013): HRK-Präsident: Verfassungsreform nicht von der Tagesordnung nehmen, http://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/hrk-praesident-verfassungsreform-nicht-von-der-tagesordnung-nehmen-2429/, zuletzt abgerufen am 5. August 2013

Eine Forderung nach der Abschaffung des Kooperationsverbotes ist lediglich mit dem Wunsch, zu den Zuständen vor der Föderalismusreform zurückzukehren sinnvoll. Aber auch dies wäre aufgrund der allgemeinen Abschaffung der Rahmengesetzgebung gar nicht mehr bzw. nur mit viel politischem Aufwand möglich. Ansonsten würde die Abschaffung des Kooperationsverbots bedeuten, dass Bundesländer wieder in den Genuss der Hochschulbauförderung des Bundes kämen – für den es derzeit sowieso Ausgleichzahlungen gibt. Um die Länder finanziell zu entlasten müsste die Forderung nach einer Abschaffung des Kooperationsverbotes mit einer Ausweitung der Rechte des Bundes in den Gemeinschaftsaufgaben einhergehen.

1.4 Aktuelle Diskussionen um die Förderung der Wissenschaft durch den Bund

Im Zentrum der öffentlichen Debatte steht die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Die SPD spricht sich in ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 gar für einen neuen Grundgesetzartikel aus, der dauerhafte Finanzhilfen des Bundes an Bildungseinrichtungen ermöglicht (SPD 2013). Auch die Grünen unterstützen diese Forderung (Bündnis 90/Die Grünen 2013). Im Regierungsprogramm der Union findet sich die Forderung, das Kooperationsverbot abzuschaffen nicht. Dafür hat die christdemokratische Ministerin Schavan im September 2012 versucht, durch eine Grundgesetzänderung, das Kooperationsverbot für Hochschulen zu kippen. Diese Grundgesetzänderung wurde von den rot-grünen Ländern im Bundesrat gestoppt, die Opposition bestand darauf, das Kooperationsverbot auch für Kitas und Schulen aufzuheben (Spiegel Online 2012). Im Hochschulbereich existiert das Kooperationsverbot somit hauptsächlich aus parteitaktischen Gründen weiter. Außerdem ist festzustellen, dass seit der Föderalismusreform im Jahr 2006, die das Kooperationsverbot begründete, die Ausgaben des Bundes für die Hochschulen von 1,8 auf 3,2 (2011, Ist) beziehungsweise 4 Milliarden Euro (2012, Soll) gesteigert wurden (Statistisches Bundesamt 2012).

Aus diesem Grund ist es verständlich, dass alternative Vorschläge der Oppositionsparteien zur Reform der Hochschulfinanzierung breiter gefasst sind. Die SPD-Bundestagsfraktion stellte im Jahr 2009 den Antrag an den Deutschen Bundestag, einen „Studienpakt für Qualität und gute Lehre“ ins Leben zu rufen. Als „Hauptmaßnahme“ wurde eine „gemeinsame Personaloffensive“ (Deutscher Bundestag 2009) angesehen.
Die Bundestagsabgeordneten des Bündnis 90/Die Grünen Sager und Gehring forderten in einem Diskussionspapier wiederum, nicht nur den Hochschulpakt aufzustocken, sondern gleichzeitig die Programme zu reduzieren oder aber ihre Verteilungsschlüssel zulasten des Bundes zu verändern, welche die Wissenschaftshaushalte der Länder derzeitig zusätzlich belasten und somit einer höheren Grundfinanzierung der Hochschulen im Weg stehen (Sager 2013, 4).

Auch der Wissenschaftsrat sieht einen erhöhten Investitionsbedarf in die Bildung. Seinen Berechnungen zufolge werden mittlerweile auf jeden Absolventen einer deutschen Hochschule nur noch etwa 70% der preisbereinigten Grundmittel aus dem Jahr 1993 aufgewandt (Wissenschaftsrat 2013, 16), somit hat sich die Aufwendungen pro Studierenden trotz deutlicher Erhöhung der Finanzierung aufgrund der Inflation verringert.

Gleichzeitig plädiert der Rat aber auch, die Finanzierung des Wissenschaftssystems explizit als „Investitionen zu behandeln“, da sie „nicht nur ein regionaler Wirtschaftsfaktor [sind], sondern auch [...] zu einer hohen volkswirtschaftlichen Rendite [führen] und [...] zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt bei[tragen]“ (Wissenschaftsrat 2013, 22/23). Aus den Analysen des jüngsten Papiers „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ des Wissenschaftsrates geht nicht nur die Feststellung hervor, dass eine „verlässliche Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen [...] erforderlich [ist], um ihnen für die Bewältigung ihrer Kernaufgaben Planungssicherheit zu gewähren“ (Wissenschaftsrat 2013, 11), es gibt auch den Vorschlag eines „Zukunftspaktes“ für Bund und Länder. Dieser Zukunftspakt versteht sich als Anschluss an die bereits laufenden Pakte zwischen Bund und Ländern wie den „Hochschulpakt“ oder den „Pakt für Forschung und Innovation“. Anders als diese beiden Pakte, soll er aber eine längere Laufzeit, bis 2025, haben, um den Hochschulen Planungssicherheit zu gewähren. Kerninhalte des Zukunftspaktes wären der „Ausbau der Quantität und Qualität der Lehre und Nachwuchsqualifizierung“, Maßnahmen zur Förderung der Profilbildung von Hochschulen sowie eine Rückkehr zu früheren Finanzierungsbeteiligungen des Bundes vor allem beim Hochschulbau (Wissenschaftsrat 2013).

1.5 Zwischenfazit

Obwohl dem Bund, vor allem nach der Föderalismusreform im Jahr 2006, enge Grenzen bei der Finanzierung des Hochschulsystems gesetzt sind, wirkt er über den Hochschulpakt, dem Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre mehr denn je an der Finanzierung der Grundaufgaben der Hochschulen mit. Beide Programme hängen jedoch von der Zustimmung aller Länder ab und müssen zudem verhältnismäßig kurzfristig angelegt werden, um den Vorgaben der Verfassung zu genügen. Dies verhindert, dass Hochschulen nachhaltig planen können, da ein Großteil ihrer Finanzierung von den immer nur kurzfristig beschlossenen Pakten abhängt. Essentiell ist also, in Zukunft den Hochschulen Planungssicherheit zu geben.

Gleichzeitig ist es, vor allem angesichts der durch die Schuldenbremse immer stärker unter Druck geratenen Landeshaushalte, notwendig, dass der Bund seine Rolle in der Finanzierung der Wissenschaftslandschaft noch weiter ausweitet. Eine Rückkehr zur Finanzierung des Hochschulbaus durch den Bund scheint dabei angebracht. Verhindert werden müsste aber, dass die frühere Einschätzung der ineffektiven Planung (Hofmann 2006) verhindert wird.

Sowohl dafür als auch für ein langfristigeres Engagement des Bundes bei der Unterstützung der Lehre bedürfte es einer erneuten Verfassungsänderung. Dass dies auch bei gleichen Zielen schwierig ist, zeigt der politische Streit um die Aufhebung des Kooperationsverbotes nur in dem Bereich der Hochschulbildung im November 2012. Da in Deutschland nie eine Regierungskoalition allein in der Lage dazu ist, die Verfassung aus eigener Kraft zu ändern, bedarf es einer Einigung mit der Opposition, die in der Regel nur unter hohen politischen Kosten zu erreichen ist. Im Hinblick auf die Umsetzungs-

chancen sind die Bekenntnisse der derzeitigen Oppositionsparteien, das Kooperationsverbot ändern zu wollen, also äußerst unsicher.

2. Die Finanzierung der Hochschullandschaft in Bremen

Das folgende Kapitel beschreibt die Hochschullandschaft in Bremen. Dafür wird in einem ersten Abschnitt die Rahmenfinanzierung für das Hochschul- und Wissenschaftsressort beschrieben. Zunächst werden die Höhe und die Entwicklung des Budgets dieses Bereiches dargelegt, dann die Rahmenbedingungen der Konsolidierungen des Bremer Haushalts erläutert. Außerdem wird die Entwicklung der Personalausgaben für die Bremer Hochschulen untersucht. In dem zweiten Abschnitt werden die öffentlichen Hochschulen in Bremen beschrieben. Dazu gehört die Entwicklung der Studierendenzahlen sowie die Thematisierung der Hochschulgesamtpläne IV und V und ihre Auswirkung auf die Bremer Hochschulen. Die Hochschule Bremen wird dabei in der Regel ausgelassen, da sie im dritten und letzten Kapitel dieses Textes behandelt wird. Abschließen wird der Absatz mit einem Bericht über die Jacobs University und die zukünftige Wissenschaftsplanung in Bremen.

2.1 Finanzierung der Hochschullandschaft in Bremen

Der folgende Abschnitt stellt die Finanzierung der Hochschullandschaft in Bremen dar. Zunächst werden die Hintergründe der finanziellen Situation angesichts der „Schuldenbremse“ Bremens dargelegt. Außerdem werden die Ausgaben und Einnahmen im Hochschulbereich dargestellt. Darauf folgt eine Übersicht über Kosten für das Personal an den Bremer Hochschulen. Um ein besseres Verständnis für die Bremer Hochschullandschaft zu bekommen, werden dann die einzelnen staatlichen Hochschulen beschrieben und die Entwicklung der Studierendenzahlen dargelegt.

2.1.1 Gesamtbetrag

Der Bremer Senat hat am 14. Februar den Finanzplan 2011 – 2016 verabschiedet. Der von der Senatorin für Finanzen vorgelegte Plan legt umfassende Konsolidierungspläne im gesamten Haushalt fest. „Die Finanzplanung für den Zeitraum 2011/2016 steht für die Freie Hansestadt Bremen unter besonderen Vorzeichen, die insbesondere durch das Neuverschuldungsverbot von Länderhaushalten ab 2020 im Grundgesetz (sogenannte „Schuldenbremse“) sowie Gewährung der Konsolidierungshilfen bei gleichmäßigem Abbau des strukturellen Defizits“(Die Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen 2012) geprägt sind. Damit bestätigt der Senat das im Grundgesetz unter Art. 109 Abs. 3 festgelegte Neuverschuldungsverbot für Bund und Länder (Bundesministerium für Justiz 2008). In dem Konsolidierungsbericht 2012 der Freien Hansestadt Bremen wird beschrieben, dass das strukturelle Defizit Bremens bei 1.253,5 Millionen Euro liegt. Dies wurde im Jahr 2010 von dem Bundesministerium für Finanzen festgestellt und bedeutet, dass Bremen dazu verpflichtet ist, jährlich 125,35 Millionen Euro einzusparen (Senatorin für Finanzen, Freie Hansestad Bremen, 2013).

In der Abbildung 1.1 sind die Einnahmen und Ausgaben für das Ressort „Hochschule und Bildung“ zusammengefasst. Der Plan legt für die sonstigen konsumtiven Einnahmen für das Jahr 2011 37,2 Millionen Euro fest. Die sonstigen konsumtiven Einnahmen beinhal-

ten zum Beispiel Rückzahlungen von BAföG und Zuschüsse vom Bund oder von der Europäischen Union. Für das Jahr 2012 werden sonstige konsumtive Einnahmen von 19,3 Millionen Euro angesetzt. Die investiven Einnahmen haben eine Höhe von 14,9 im Jahr 2011, für das Jahr 2012 wurden hierfür 13,3 Millionen Euro angesetzt. Unter dem Begriff investive Einnahmen sind Erlöse aus Veräußerungen, Zuweisungen aus dem öffentlichem Bereich, Beiträge und sonstige Zuschüsse gefasst. Die Personalausgaben betrugen im Jahr 2011 2,6 Millionen Euro und sind für das Jahr 2012 auf 2,2 Millionen Euro angesetzt. Für das Jahr 2012 sind relative Zinsausgaben von 33 Tausend Euro angesetzt. Die konsumtiven Ausgaben betrugen im Jahr 2011 308,6 Millionen Euro, für das Jahr 2012 sind sie auf 286,0 Millionen Euro angesetzt. Die konsumtiven Ausgaben sind z.B. Ausgaben für BAföG, Zuweisungen für öffentliche Einrichtungen und Verwaltungsausgaben (Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen 2012).

	2011 (Ist)	2012 (Ansatz)
Sonstige konsumtive Einnahmen	37,2	19,3
Investive Einnahmen	14,9	13,3
Personalausgaben	2,6	2,2
Eckwert relative Zinsausgabe		0,033
Sonstige konsumtive Ausgaben	308,6	286,0
Senatorin für Finanzen, Freie Hansestad Bremen 2012 Angaben in Millionen Euro		

Tabelle 1 Finanzplanung des Ressorts "Hochschule und Forschung" Bremen

Zusammenfassend lässt sich in den vier aufgeführten Bereichen eine deutlich schlechtere Haushaltslage erkennen. Zu vermuten ist zwar, dass die Zahlungen für das Jahr 2012 höher ausgefallen sind als angesetzt, aber der Konsolidierungsdruck ist in den Ausgaben für das Ressort Hochschule und Forschung eindeutig zu erkennen.

2.2 Öffentliche Hochschulen in Bremen

Im Bundesland Bremen gibt es vier staatliche Hochschulen: die Universität Bremen, die Hochschule Bremen, die Hochschule Bremerhaven und die Hochschule für Künste. Außerdem gibt es verschiedene private Hochschulen, von denen die Jacobs University die größte und die umstrittenste ist. Im folgenden Abschnitt wird zunächst die Entwicklung der Studierendenzahlen in Bremen dargestellt. Darauf aufbauend werden die einzelnen Hochschulen in Bremen genauer beschrieben.

2.2.1 Studierende in Bremen

Insgesamt haben im Jahr 2013 34.838 Studierende an den Bremer Hochschulen studiert. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Wintersemester 2012, damals waren es nur 32.965 Studierende (Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen 2013). An der Abbildung 2 ist die Entwicklung der Studierendenzahlen in Bremen seit dem Jahr 2003 abzulesen. Die Zahlen umfassen die Studierendenanzahl der vier öffentlichen Hochschulen, die Hochschule für öffentliche Verwaltung und die Jakobs University. Die Studierendenzahlen der International University sind in rot markiert. Seit der Festlegung des Hochschulgesamtplan IV im Jahr 2003 sind die Studierendenzahlen nur leicht gestiegen, im Wintersemester 2002/2003 haben in Bremen 30.560 Menschen studiert

(Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2003). Die Studierendenzahlen sind bis zum Wintersemester 2005/2006 auf 34.899 Studierende angestiegen (Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2005). Im Wintersemester 2006/2007 gab es einen Rückgang der Studierendenzahlen auf 30.258 (Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2006), obwohl in diesem Jahr die Apollo Hochschule für Gesundheitswissenschaften zum ersten Mal Studierende aufgenommen hat. Ab diesem Jahr ist die Anzahl der Studierenden kontinuierlich gestiegen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Studierendenzahlen von 28.220 im Wintersemester 2001/2001 auf 32.965 im Wintersemester 2011/2012 nur leicht gestiegen sind.

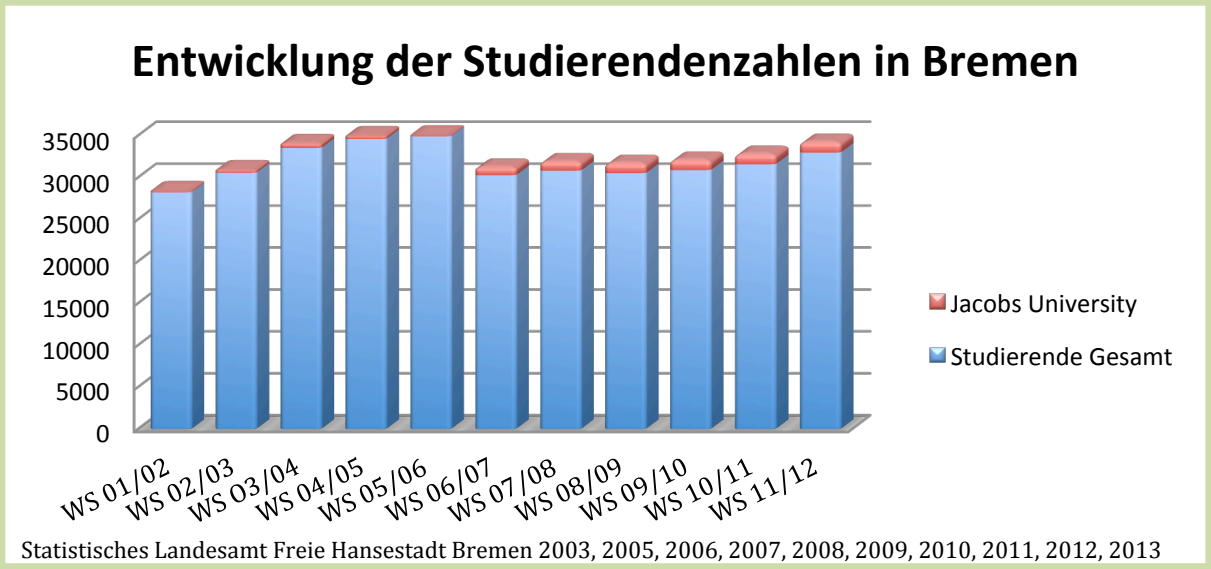


Abbildung 1 Entwicklung der Studierendenzahlen in Bremen

2.2.2 Universität Bremen

Die Universität Bremen wurde im Jahr 1971 gegründet (Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2005). An der Universität gibt es 12 Fachbereiche, die eine Spannbreite an Fächern von Physik über Kulturwissenschaften bis hin zu Wirtschaftswissenschaften abdecken und insgesamt etwa 80 Studiengänge anbieten. Die Universität Bremen wies im Wintersemester 2012/2013 19.595 Studierende auf (Universität Bremen im März 2013). Die Studierendenzahlen sind in den vergangen 10 Jahren langsam aber kontinuierlich gestiegen. So lag die Studierendenzahl im Wintersemester 2000/2001 noch bei 18.076 Studierenden (Universität Bremen 2013). Die Exzellenz-Initiative ist eine der entscheidenden jüngeren Entwicklungen der Universität, auf die im weiteren Text noch eingegangen wird. Die Universität war von den Konsolidierungsplänen des Senats im Bereich Hochschulen und Forschung am stärksten betroffen. Während im Hochschulgesamtplan IV die Hochschulen Bremen und Bremerhaven ausgebaut werden sollten, musste die Universität bereits dort Einsparungen vornehmen (Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven 2003). Auch in dem Hochschulgesamtplan V war die Universität stark von den Einsparungen betroffen (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2005).

2.2.3 Hochschule für Künste

Die Hochschule für Künste (HFK) hatte im Wintersemester 2010/2011 827 Studierende (Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2012) und ist damit die kleinste der öffentlichen Hochschulen in Bremen. Die Studierendenzahlen sind in den letzten Zahlen auf einem ungefähr ähnlichen Niveau geblieben. So studierten im Wintersemester 2003/2004 793 Studierende (Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen 2005) an der Hochschule für Künste. In den letzten sieben Jahren sind die Zahlen also um gerade einmal 34 Studierende angestiegen.
Die Hochschule für Künste wurde im Jahr 1988 aus der „Staatlichen Kunsthochschule", der „Hochschule für Gestaltung", der „Staatlichen Musikhochschule" und dem Konservatorium gegründet. Die Hochschule umfasst zwei Fachbereiche, den für Musik und den für Kunst und Design (Hochschule für Künste, Referat für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit 2013). An der Hochschule für Künste gibt es insgesamt sechs Bachelor und sechs Masterstudiengänge. Die Hochschule ist eine von zwei Hochschulen in Deutschland, die eine Kombination von künstlerischen und musikalischen Studiengängen anbietet. In den Hochschulgesamtplänen wurde jeweils festgestellt, dass die Hochschule bei einem Studienplatzabbau oder einem Abbau des Lehrpersonals nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber anderen Kunst und Musikhochschulen wäre (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2003).

2.2.4 Hochschule Bremerhaven

Die Hochschule Bremerhaven hatte im Wintersemester 2.907 Studierende, welche an zwei Fachbereichen mit elf und dreizehn Studiengängen studieren. Diese Studiengänge decken ein breites Feld an Angeboten ab, so werden Studiengänge wie Medizintechnik, Windenergietechnik oder Betriebswirtschaftslehre angeboten (Hochschule Bremerhaven, Pressesprecherin 2013). Im Hochschulgesamtplan IV wurde festgestellt, dass an der Hochschule Bremerhaven deutlich weniger Studierende aufgenommen wurden, als es die Kapazitäten hätten zulassen können. Dies wurde vor allem durch die noch wenig ausdifferenzierten Studiengänge, die Konzentration auf technische Studiengänge und auf die räumliche Situation Bremerhavens erklärt. Trotzdem wurde ein Ausbau der Hochschule Bremerhaven beschlossen (Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven). Auch im Hochschulgesamtplan V wurden keine Mittelkürzungen für die Hochschule beschlossen (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2003). Ein entscheidender Grund dafür scheint die genannte „räumliche Situation Bremerhavens" zu sein. Ähnlich wie die Jacobs University für Bremen Nord, soll die Hochschule allein aufgrund ihres positiven Effektes auf die Stadtraumentwicklung in Bremerhaven in der jetzigen Form bestehen bleiben.

2.3 Ausrichtung der Hochschulgesamtpläne

Mit dem Wissenschaftsplan hat der Senator für Bildung und Wissenschaft im April 2003 die Planung der Wissenschaftslandschaft bis 2010 festgelegt. Dieser Plan enthält den Hochschulgesamtplan IV (HGP IV). Im Jahr 2007 hat die Bremische Bürgerschaft den Wissenschaftsplan 2010 neu aufgelegt und damit den Hochschulgesamtplan V (HGP V) verabschiedet (Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven 2003). Beide Hoch-

schulgesamtpläne legen die Entwicklungsziele der einzelnen Hochschulen in Bremen fest. Diese Pläne werden Hochschulentwicklungspläne (HEP IV und V) genannt. Der folgende Abschnitt beschreibt zunächst den generellen Rahmen des Hochschulpaktes und dessen Auswirkungen auf die Wissenschaftslandschaft in Bremen. Im nächsten Schritt wird der Hochschulgesamtplan V in selber Hinsicht untersucht.

2.3.1 Hochschulgesamtplan IV

Wie eingangs erwähnt, wurden der Wissenschaftsplan 2010 und der Hochschulgesamtplan IV im Jahr 2003 beschlossen. Der Hochschulgesamtplan sollte die Wissenschaftslandschaft in Bremen für die nächsten sieben Jahre bis 2010 festlegen. Der Plan umfasst nicht nur eine Analyse der damaligen Wissenschaftslandschaft, es werden auch die Entwicklungen jeder einzelnen öffentlichen Hochschule in Bremen beschrieben.
Die im Hochschulgesamtplan IV festgelegten Personalstellen im Vollzeitäquivalent zeigt die Tabelle 2. Anhand der Tabelle wird deutlich, dass die Personalstellen an den Bremer Hochschulen insgesamt kaum erhöht werden sollten. Die Stellenzahlen der Personalgesamtstellen sollten von 2.496 Stellen 2003 auf 2.485 Stellen im Jahr 2010 reduziert werden. Insbesondere die Personalstellen für Professor*Innen sollten nach dem HGP IV abgebaut werden. So sollten diese von 706 Vollzeitäquivalentstellen im Jahr 2003 auf 631 im Jahr 2010 gestrichen werden. Gleichzeitig sollten jedoch im Jahr 2005 Juniorprofessuren eingestellt werden. Dies wiegt aber nicht die Stellenreduzierung der Professuren um 62,5 Stellen zwischen 2005 und 2010 auf. Im Akademischen Mittelbau sollten zwischen 2003 und 2010 nur 2 Stellen (von 545 auf 543) gekürzt werden. Die Stellen der Dienstleister wiederum wurden zwischen 2003 und 2010 ausgebaut. Im Jahr 2003 sollte es 1.245 Stellen im Vollzeitäquivalent geben, im Jahr 2010 1.286 Stellen (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2003).

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Professor*Innen	706	709,5	693,5	681	669	656	644	631
Juniorprofessuren			25	25	25	25	25	25
Akadem. Mittelbau	545	546	521	479	509	520	532	543
Dienstleister	1245	1248	1234	1245	1255	1266	1276	1286
Personal gesamt	**2496**	**2504**	**2474**	**2448**	**2458**	**2467**	**2477**	**2485**
Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2003 Personal in VZÄ								

Tabelle 2 Entwicklung der Personalstellen der Bremer Hochschulen

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das in der Lehre beschäftigte Personal laut Hochschulgesamtplan reduziert werden sollte. Die Arbeitsstellen für Dienstleister also z.B. das Verwaltungspersonal wurden jedoch weiter ausgebaut. Das hat zwar erst einmal keine positiven Auswirkungen auf die Lehre an den Bremer Hochschulen, kann aber trotzdem einen positiven Effekt auf den Hochschulalltag haben.

Die Tabelle 3 zeigt die geplante finanzielle Entwicklung der Bremer Hochschullandschaft nach dem Hochschulgesamtplan IV. Die Gesamtkosten zwischen dem Jahr 2003 und dem Jahr 2010 sollten von 168,2 Millionen Euro auf 209,5 Millionen Euro steigen. Der Senat plante jedoch Einsparungen von 16,5 Millionen Euro vorzunehmen. Diese Einsparungen sollten vor allem durch eine 10prozentige Senkung der Personalkosten erreicht werden. Um die Hochschulen zu diesen Einsparungen zu bewegen, lagen die Zuschusszahlungen des Landes ab dem Jahr 2005 um 16,5 Millionen unter den Gesamtkosten der Hochschule. So decken die Zuschusszahlungen in den Jahren 2003 und 2004 noch die Gesamtkosten, während die Erhöhung ab 2005 unter den Kostensteigerungen liegen. Die Einsparungen sind in den Gesamtkosten im Jahr 2003 und 2004 schon enthalten, es lässt sich also nicht erkennen, wie sich die Einsparungen von diesen Jahren an entwickelt haben (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft 2007).

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt-kosten	168,3	171,9	191,0	191,8	195,1	199,9	204,9	209,5
Einspa-rungen			16,5	15,1	15,2	15,7	15,9	16,3
Zuschuss-zahlung	168,3	171,9	174,5	176,7	179,9	184,2	189,0	193,2
Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft								

Tabelle 3 Finanzielle Entwicklung der Bremer Hochschullandschaft 2003-2010

Insgesamt wurden im Hochschulgesamtplan schon Konsolidierungspläne beschlossen. Diese Pläne trafen vor allem die Uni Bremen, während in diesem Plan noch ein Ausbau der Hochschulen Bremerhaven und Bremen vorgesehen war.
So stellte der Senat fest, dass es eine große Nachfrage nach praxisorientierten Studiengängen gäbe. Außerdem wurden die guten Arbeitsmarktchancen von Absolvent*Innen der Hochschulen hervorgehoben. Aus diesem Grund entschied sich der Senat 2003, trotz schlechter Haushaltslage die Hochschulen in Bremen stärker auszubauen. Diese Ausbaumaßnahmen wurden vor allem auf Kosten der Universität Bremen getätigt (Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen 2008).

2.3.2 Hochschulgesamtplan V

Der Hochschulgesamtplan V wurde im Februar 2007 eingeführt, da sich der HGP IV auf Grund des Konsolidierungsdrucks nicht umsetzen ließ. Im Sinne der Haushaltskonsolidierung wurde dann der HGP V auf den Weg gebracht. In diesem Papier wird festgehalten, dass die Hochschulen bereits jetzt einen hohen Leistungsgrad vollbracht haben, obwohl ihnen die durch den HGP IV versprochenen Finanzmittel bisher nicht ausgezahlt wurden. Um den Hochschulen Planungssicherheit zu bieten, wurde dann der Hochschulgesamtplan V beschlossen. In diesem sind wie an der folgenden Tabelle zu erkennen die Finanzmittel für die Hochschulen in Bremen für die Jahre zwischen 2006 und 2010 festgelegt. An der Tabelle 4 wird deutlich, dass die Ausgaben für das Ressort Hochschulen und Forschung in diesen Jahren sinken sollten. In der ersten Zeile werden die Gesamtausgaben für die Hochschulen beschrieben die von 170,1 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 167,3 Millionen Euro im Jahr 2010 sinken sollten. Ohne die Unterstützung der Bibli-

othek werden die Ausgaben, wie an der zweiten Spalte erkennbar, zwar von 145,6 Millionen Euro auf 152,5 Millionen Euro steigen, aber trotzdem sollen die Ausgaben für die Universität Bremen in diesen Jahren sinken. So wurde eine Reduzierung der Ausgaben von 111,2 Millionen Euro auf 105,1 Millionen Euro geplant. Die Ausgaben für die Hochschule Bremen wiederum sollten in diesen Jahren leicht von 25,3 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro ansteigen. Auch die Ausgaben für die Hochschule für Künste sollten sich in den Jahren 2006 mit 10,4 Millionen Euro bis 2010 nicht verändern. Die Hochschule Bremerhaven sollte laut Hochschulgesamtplan im Jahr 2006 10,0 Millionen Euro und im Jahr 2010 10,1 Millionen Euro erhalten.

	2006	2007	2008	2009	2010
Hochschulen	170,1	167,6	169,3	168,3	167,3
Ohne Bibliothek	145,6	153,6	154,8	153,7	152,5
Universität	111,2	107,3	107,9	106,5	105,1
Hochschule Bremen	**25,3**	**25,8**	**26,3**	**26,6**	**26,8**
Hochschule für Künste	10,4	10,4	10,6	10,5	10,4
Hochschule Bremerhaven	10,0	10,1	10,1	10,1	10,1
Bibliothek	13,2	14,0	14,5	14,6	14,8
Bremische Bürgerschaft Landtag, 16 Wahlperiode (2003) In Mio. Euro netto					

Tabelle 4 Finanzmittel im Hochschulgesamtplan V

Insgesamt sind an diesem Hochschulgesamtplan weitreichende Konsolidierungspläne im Hochschulbereich erkennbar. Auffällig ist auch hier, dass vor allem die Universität von den Kürzungen betroffen ist. Im HGP V wird festgestellt, dass die Hochschulen in Bremen einen „hohen Leistungsstand“ haben. Dies wird vor allem mit der hohen Drittmittelquote bewiesen. Dies untermauert aber auch das Argument, dass die Hochschulen in Bremen sich in den letzten Jahren nicht auf eine ausreichende Grundmittelfinanzierung verlassen konnten.

2.4 Exkurs: Die Jacobs-University

Im Jahr 1999 begannen die Bestrebungen, in Bremen eine Privatuniversität einzurichten. Damals herrschte „ein regelrechter Länder-Wettlauf um die schickste, neue Privathochschule“(Wolschner, Leffers 2006). Wohl auch aus diesem Grund entschied sich das Land Bremen nicht nur, die Gründung der damals unter dem Titel „International University Bremen“ (IUB) mit etwa 110 Millionen Euro anzuschieben, sondern sie auch noch mit günstigen Flächenüberlassungen zu unterstützen (Güttel 2011). Im Jahr 2001 startete der Lehrbetrieb der Privatuniversität.

Ein Bachelor-Studium an der Universität kostet 20.000 Euro im Jahr und 500 Euro monatlich für die Unterbringung und die Verpflegung auf dem Campus. Die Universität liegt

in Bremen-Nord, einem wirtschaftlich schwächeren Stadtteil. Aus diesem Grund werden die Landeszuschüsse an die IUB als Strukturförderung deklariert.
Finanziell abgesichert war die Privatuniversität nie. Ein Kapitalstock von 250 Millionen Euro war nötig, um den Betrieb der Uni aus Studiengebühren und Zinsen zu finanzieren. Dieser Stock konnte, auch nach fünf Jahren, gerade erst zu einem Drittel aufgebaut werden (Die Zeit 22/2006). Regelmäßig musste das Land Bremen der Privatuni helfen. Abgesehen von der Anschubfinanzierung musste das Land bereits 2003 für einen Kredit bürgen, der bis heute nicht von der Universität zurückgezahlt werden konnte (Radio Bremen 2012a). Im Jahr 2006 war die Finanzkrise der IUB so groß, dass der Fortbetrieb gefährdet erschien. Der damalige IUB-Präsident sagte vor einem Bürgerschaftsausschuss, „die IUB hat das Land bisher nicht um Unterstützung bei den Finanzproblemen gebeten und wird das auch weiterhin nicht tun“ (Wolschner 2006). Doch die Privatuniversität musste mit staatlichem Geld gerettet werden, wenn auch nur zu einem kleinen Teil. Die in der Schweiz ansässige Jacobs-Foundation konnte davon überzeugt werden, die Uni mit insgesamt 200 Millionen Euro zu unterstützen. Das Geld wurde jedoch nicht sofort ausgezahlt, sondern über mehrere Jahre gestreckt und mit der Bedingung verknüpft, dass das Land Bremen in den Jahren 2007 bis 2011 fünf Millionen Euro pro Jahr an die nun in „Jacobs University“ umbenannte Privat-Universität bezahlt. Auch wenn rot-grüne Politiker zuvor in der TAZ betonten, dass „kein müder Cent“ vom Land an die Universität gezahlt werden sollten, bezahlte das Land diesen Betrag, um die Jacobs-Universität zu retten (Radio Bremen 2012b).
Doch mangelnde Spenden und zu wenig voll zahlende Studierende sorgten dafür, dass die finanziellen Probleme anhielten. Mittlerweile hat sich der Bremer Senat bereit erklärt, bis 2018 weiterhin drei Millionen Euro im Jahr an die Jacobs University aus dem Wirtschaftsetat zu überweisen – ein kleiner Betrag angesichts von 20 Millionen jährlichem Defizit der Privatuniversität (Radio Bremen 2012c).
Die Bewertung der Jacobs University fällt dementsprechend unterschiedlich aus. Während die Bremer Handelskammer von einem „Leuchtturmprojekt“ spricht (Radio Bremen 2013), findet sich dieser Begriff auch im rot-grünen Koalitionsvertrag wieder, welcher der Privat-Universität zudem bescheinigt, „überregionale und internationale Ausstrahlung“ zu entfalten und zudem die Gründung eines „Science Parks“ in Bremen-Nord zu ermöglichen (Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremer Bürgerschaft 2011-2015, 109). Auch im Koalitionsvertrag firmiert der Abschnitt über die Jacobs-Universität unter den Vorschlägen zur Wirtschaftsförderung in Bremen-Nord. Darüber hinaus lobte die Deutsche Bank die Jacobs University, als Ursache dafür, dass Bremen noch vor Hamburg die höchste Absolventenquote im Altersjahrgang 2007 im Bundesländervergleich erreicht (Deutsche Bank Research 2010).
Die staatlichen Zuschüsse für die Privatuniversität werden hingegen von der GEW abgelehnt. Die Gewerkschaft bemängelte in einem Beschluss aus dem Jahr 2012 vor allem, dass die Gelder im staatlichen Hochschulbereich fehlten (GEW Bremen 2012). Der AStA der Universität Bremen stellte ebenfalls eine direkte Verbindung zwischen den jüngsten Stellenkürzungen an der Universität Bremen und der Ankündigung weiterer staatlicher Hilfen für die Jacobs-University her (AStA Universität Bremen 2013).

Nach der jüngsten Entscheidung des Senates wird die Jacobs-University bis 2018 mit öffentlichen Mitteln unterstützt.

2.5 Die Planungen für einen neuen Wissenschaftsplan

Der Wissenschaftsplan 2010, in seiner Neufassung auch Hochschulgesamtplan V genannt, lief Ende des titelgebenden Jahres aus. Ein Nachfolgeplan ist bis heute nicht verfasst. Grund dafür ist, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft eine „Gesamtbetrachtung des Wissenschaftssystems [...] durch externe Sachverständige für erforderlich gehalten“ hat (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit 2011). Handlungsfelder, der für notwendig erachteten externen Begutachtung, sollten eine „systematische Analyse der Wissenschaftslandschaft Bremens“, eine Analyse mit Weiterentwicklungsvorschlägen der „Wissenschaftsschwerpunkte“ des Landes und eine Bewertung der „Qualität und Entwicklungspotentiale“ in Forschung- und Lehre, sowie der „Sicherung der langfristigen Leistungsfähigkeit“ sein (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit 2011, 2). Außerdem sollen Kooperationsmöglichkeiten, die Qualitätssicherungssysteme und die Impulse auf „Wachstum und Beschäftigung in der Region“ untersucht werden (ebd.). Dafür wurden zehn Kriterien definiert, die sowohl Einzelbetrachtungen der Hochschulen, als auch das Ausloten von Kooperationspotentialen sowie die Weiterentwicklung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen beinhalten (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit 2011, 3).
Da die Kriterien relativ weit gefasst sind, interessieren vor allem die „Interessen“ Bremens. Von der Evaluation soll zunächst die Frage beantwortet werden, welches Studienangebot für Bremen in Zukunft angemessen ist und wie das Angebotsspektrum mit den vier staatlichen Hochschulen weiterentwickelt werden kann. Zweitens, ist das Erreichen von mehr Durchlässigkeit von Interesse. Drittens, wird gefragt, wie die „Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit“ der Universität Bremen im Rahmen des, dank der Exzellenzinitiative, entstandenen Zukunftskonzepts gesichert werden kann. Die letzten drei Interessen betreffen die Weiterentwicklung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sowie die Kooperation mit der Wirtschaft und den Meereswissenschaften (ebd. 3f).

Für die Aufstellung eines neuen Hochschulgesamtplans scheint somit in erster Linie von Interesse zu sein, welchen Umfang das Angebotsspektrum der Bremer Wissenschaftslandschaft benötigt und wie das derzeitige Angebot auf dieses Angebot hin entwickelt werden kann. Die häufige Erwähnung von Kooperationen als Grundlage der Bewertung deutet bereits daraufhin, dass Synergieeffekte im Hochschulsystem Bremens gefunden werden und bewertet werden sollen. Zwar gibt es durchaus auch inhaltliche Vorgaben, wie zum Beispiel die Stärkung der Durchlässigkeit. Einige von ihnen, wie zum Beispiel die Nachhaltigkeit, hier umschrieben mit „Sicherung der langfristigen Leistungsfähigkeit“ deuten im Hinblick auf die Haushaltssituation des Landes jedoch darauf hin, dass Vorschläge, auf welchem Niveau die Wissenschaftslandschaft Bremens unter den derzeitigen finanziellen Bedingungen aufrechterhalten werden kann, erwartet werden.
Mit der Begutachtung wurde der Wissenschaftsrat beauftragt, die Kosten für seine Beurteilung wurden auf etwa 100.000€ geschätzt (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit 2011, 5). Der Schwerpunkt der Aufgabenbeschreibung im Arbeitsprogramm

des Wissenschaftsrates liegt neben der Angebotsspektrums- und Studienplatzbedarfsanalyse auf der Analyse der „Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Forschung“ (Wissenschaftsrat, 2013, 32).
Die Begehungen des Wissenschaftsrates riefen an den Hochschulen unterschiedliche Reaktionen hervor. Während an der Universität etwa 200 Studierende gegen die Begehung und die vermuteten geplanten Kürzungen protestierten (Back, 2012) wurden an der Hochschule Bremen, neben vereinzelten Plakaten, vor allem eine Stellungnahme des AStAs veröffentlicht, in der auf die Missstände an der Hochschule, vor allem im Bereich der Studierendenbetreuung hingewiesen wurde (AStA Hochschule Bremen, 2012) .
Der Wissenschaftsrat hat angekündigt, die Ergebnisse seiner Begutachtung im Oktober 2013 zu veröffentlichen. Während die Rektorin der Hochschule mehrfach bekundete, dass sie die Konsolidierungsschritte des Strategischen Entwicklungsplans 2020 (siehe dritten Abschnitt) bereits vor der Veröffentlichung umsetzen möchte, beauftragte die Bremer Politik den Wissenschaftsrat, wie oben erwähnt, ursprünglich um auf Grundlage des Gutachten sowohl den nächsten Hochschulgesamtplan als auch etwaige Pläne für eine Umstrukturierung der Bremer Hochschullandschaft zu entwickeln.

2.6 Zwischenfazit

Insbesondere die Diversität der Hochschullandschaft in Bremen wurde in diesem Kapitel beschrieben. Die vier öffentlichen Hochschulen decken ein breites Spektrum an Studiengängen und Studierenden ab. Die Diversität der Hochschullandschaft ist durch die unsichere Grundmittelfinanzierung in Bremen gefährdet. Ein entscheidendes Problem scheint zunächst die Schuldenbremse zu sein. Die Zwangskonsolidierung der öffentlichen Haushalte und natürlich die des Ressorts „Hochschulen und Forschung“ führt zu einem Sparzwang und somit zu einer unzuverlässigen Hochschulpolitik. Während im Hochschulgesamtplan noch ein Ausbau der Hochschulen Bremen und Bremerhaven vorgesehen war, konnte dieser wegen Finanzierungsschwierigkeiten nicht umgesetzt werden. Die Verabschiedung des Hochschulgesamtplan V fünf Jahre später, erscheint paradox. Hier wurden den Hochschulen Konsolidierungspläne vorgelegt. Auch die Finanzierung der Jacobs University ist eine entscheidende Frage in der Bremer Hochschulpolitik. Die Unterstützung der ehemaligen International University ist umstritten und trotz aller wirtschaftspolitischen Argumente die University weiterhin zu unterstützen ist es doch kritisch, dass der Senat die private Hochschule finanziell unterstützt, obwohl an staatlichen Hochschulen gleichzeitig konsolidiert werden muss. Die Studierendenzahlen sind in den letzten Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau geblieben, die Studierendenzahlen weiterhin auf diesem Niveau zu halten, sollte das Ziel sein. Ob diese Forderung umgesetzt wird, hängt stark von dem Bericht des Rates für Wissenschaft ab. Erst danach werden der Senat und die Hochschulleitungen endgültige Entscheidungen über die Wissenschaftsplanung in Bremen fällen. Eine nachhaltige und langfristige Wissenschaftsplanung durch einen neuen Hochschulgesamtplan wäre für die Weiterentwicklung und der Verbesserung der Hochschulen von entscheidender Bedeutung.

3. Finanzielle Situation der Hochschule Bremen

Der folgende Absatz stellt die finanzielle Situation der Hochschule Bremen und die des Internationalen Studiengangs Politikmanagement dar. Da die Konsolidierungspläne und der Hochschulentwicklungsplan Step 2020 das finanzielle Defizit der Hochschule abbauen sollen, wird zunächst auf dieses Defizit eingegangen. Außerdem wird der Hochschulentwicklungsplan Step 2020, die Grundmittelverteilung und das Budgetierungsmodell an der Hochschule beschrieben. Abschließend wird die Mittelverteilung an der Fakultät 3 skizziert.

3.1 Hochschule Bremen

Die Hochschule Bremen ist eine der fünf staatlichen Hochschulen im Bundesland Bremen. Derzeit studieren 8.300 Studierende an den fünf Fakultäten und dem International Graduate Center (IGC). In jedem Jahr beginnen ca. 2.000 Studienanfänger*Innen ein Studium in den 43 Bachelor- und 24 Masterstudiengängen (Hochschule Bremen, 2012b). Die Fakultät 1 für „Wirtschaftswissenschaften“ hat elf Bachelor- und neun Masterstudiengänge, in denen 3.029 Studierende studieren. Damit ist die Fakultät 1 die größte Fakultät an der Hochschule Bremen. Die Fakultät 2 für „Architektur, Bau und Umwelt“ hat drei Bachelor und drei Masterstudiengänge und 979 Studierende. Damit ist die Fakultät 2 die kleinste Fakultät an der Hochschule Bremen. Die Fakultät 3 für „Gesellschaftswissenschaften“ hat fünf Bachelor und vier Masterstudiengänge (Politik und Nachhaltigkeit, IS Health and Social Care Management, International Studies of Tourism and Leisure und Wissenschaftskommunikation), in denen 1.317 Studierende studieren. Die Fakultät 4 für „Elektrotechnik und Informatik“ hat 1.272 Studierende, die in neun Bachelor und drei Masterstudiengängen studieren. Die Fakultät 5 für „Natur und Technik“ hat dreizehn Bachelor und fünf Masterstudiengänge mit 2.019 Studierenden (Hochschule Bremen, 2012a).

3.2 Finanzielles Defizit der Hochschule Bremen

Das finanzielle Defizit der Hochschule Bremen ist der Grund für die Konsolidierungspläne, die Zusammenlegungen oder Schließungen von Studiengängen zur Folge haben können. Aus diesem Grund widmet sich dieser Abschnitt einer genaueren Untersuchung der Finanzmittel, die der Hochschule zur Verfügung stehen.
Die Hochschule Bremen, als Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat das Recht und die Pflicht zur Selbstverwaltung (Bremen, Verwaltung Online (a)) und nimmt die wirtschaftliche und personelle Verwaltung (Bremen, Verwaltung Online (d)) zu der die „Bewirtschaftung der den Hochschulen zugewiesenen Haushaltsmitteln“ (Bremen Verwaltung Online (c)) gehört. Ein finanzielles Defizit bedeutet, dass die Hochschule Bremen mehr Mittel ausgibt, als durch die Grundfinanzierung, also die Gelder vom Bundesland Bremen und über Drittmittel, ausgeglichen werden kann.

	2013	2012
Zuschuss	28,9 Mio. €	28,9 Mio. €
Einnahmen	1,9 Mio. €	1,8 Mio. €
Ausgaben	33,3 Mio. €	33,6 Mio. €

Finanzielle Defizit	**2,5 Mio. €**	**2,9 Mio. €**
Finanzierung	2,5 Mio. €	2.0 Mio. €
Meinen 2012, 2013a		

Tabelle 5 Finanzplanung der HS Bremen 2012 und 2013

Die Tabelle 5 zeigt die Finanzplanung der Hochschule Bremen in den Jahren 2012 und 2013. In den Zeilen „Zuschuss" und „Einnahmen" werden die durchlaufenden Posten wie die Grundmittel oder Zahlungen aus dem Hochschulpakt gerechnet. In der dritten Zeile werden die Ausgaben der Hochschule ausgewiesen. Aus der Differenz zwischen den Zeilen Zuschuss und Einnahmen und der Zeile Ausgaben ergibt sich das finanzielle Defizit.

Das finanzielle Defizit wird mit Mitteln aus dem Hochschulpakt 2 und den Rücklagen der Fakultäten ausgeglichen, die eigentlich für zusätzliche Studienplätze ausgegeben werden sollten (Kanzler Andreas Meinen, 2012).
Die Zahlen zeigen, dass das finanzielle Defizit der Hochschule Bremen zwischen den Jahren 2012 und 2013 zurückgegangen ist. Es wurde von 2,9 auf 2,5 Millionen Euro reduziert. Dies ist vor allem auf die Sparmaßnahmen der Hochschule zurückzuführen. Aus der Tabelle 5 wird ersichtlich, dass die Ausgaben von 33,6 Millionen Euro auf 33,3 Millionen Euro zurückgegangen sind.

3.3 Hochschulentwicklungsplan Step 2020

Der Hochschulentwicklungsplan Step2020 wurde aufgrund des finanziellen Defizits der Hochschule Bremen entwickelt. Eckpunkte des Plans wurden im Frühjahr 2012 im Akademischen Senat verabschiedet. Laut diesem Beschluss wird die Hochschule Bremen in Zukunft in jedem Jahr 1.400 Studienanfänger*Innen aufnehmen (Rektorat der Hochschule Bremen, 2012). Im Vergleich zu den aktuellen Studienanfänger*Innenzahlen bedeutet das eine Reduzierung um ca. 600 Studierende. Zur Umsetzung dieses Beschlusses wurde ein lineares Modell beschlossen, das vorsieht, dass an allen Fakultäten gleichmäßig die Struktur für weniger Studierende angepasst werden soll. Das Problem ist, dass an einigen Fakultäten sehr kleine Studiengänge bestehen, die bei weniger Studienanfänger*Innenzahlen nicht nebeneinander bestehen können.
Die Tabelle 6 verdeutlicht das Problem an der Hochschule Bremen. In der dritten Spalte werden die aktuellen Studienanfänger*Innenzahlen aufgeführt, in der zweiten sind die geplanten Studienanfänger*Innenzahlen genannt. Die Differenz zwischen den Spalten ist die Zahl, die die Fakultäten in Zukunft an Studienanfänger*Innen weniger aufnehmen können. Die Studieneinheiten und die Gruppengrößen sind die Einheiten, in denen an der Hochschule gelehrt wird. Eine Studieneinheit ist nicht gleichbedeutend mit einem Studiengang, sondern steht lediglich für eine Gruppe von 40 Studierenden. In der Tabelle 6 sind unter der Spalte Studieneinheiten die geplanten Einheiten aufgeführt, die in Zukunft an der Hochschule Bremen bestehen sollen. Das soll anhand der Fakultät 3 verdeutlicht werden.

Fakultät	Studienanfänger*Innenplätze (soll)	Studienanfänger*Innenplätze (ist)[i]	Gruppengröße	Studieneinheit (soll)	Studiengänge (ist)
1	400	667	40	9	12
2	184	311	36	4	3

[i]

3	180	283	40	4	5
4	256	370	36	6	9
5	348	502	36	8	14
Reserve	32				
Summe	1.400	2. 133		31 (+1)	43
Rektorat der Hochschule Bremen 2013, Hochschule Bremen 2012					

Tabelle 6 Studienanfänger*Innenzahlen

Wie bereits dargelegt, gibt es an der Fakultät 3 fünf Bachelorstudiengänge. Der Studiengang Soziale Arbeit hat eine Soll-Zahl von 80 Studierenden im Jahr. Das bedeutet bei einer Gruppengröße von 40 Personen in jedem Jahr zwei Studieneinheiten. Die Studieneinheit ist also die Anzahl der „Gruppen". Da die anderen vier Bachelorstudiengänge lediglich 40 Studierende pro Jahr aufnehmen sollen, gibt es an der Fakultät also sechs Studieneinheiten. Da laut Beschluss die Zahl der Studierenden an der Hochschule Bremen um ca. 600 pro Jahrgang gesenkt werden soll, müssen an der Fakultät 3 zwei Studieneinheiten abgebaut werden. Bei fünf Studiengängen von denen vier eine Studieneinheit haben, müssen zwangsläufig Studiengänge zusammengelegt oder gestrichen werden.
Fragwürdig erscheint auf Basis welcher Argumente Studiengänge gefährdet sind. Der obige Text zeigt, dass Studiengänge nicht auf Grund von Mängeln in der Lehre oder geringen Bewerberzahlen gestrichen oder zusammengelegt werden. Sie sind aufgrund des finanziellen Defizits und der Vorgehensweise der Hochschulleitung gefährdet. Durch den Beschluss die Fakultäten linear zu konsolidieren, wurde ein Raum geschaffen, der eine Bewertung sowohl hinsichtlich qualitativer als auch strategischer Gesichtspunkte erschwert.

3.4 Reale Mittelverteilung an der Hochschule Bremen

Das Rektorat der Hochschule Bremen rechnet im Jahr 2013 mit einem Zuschuss und Einnahmen von insgesamt 30,8 Millionen Euro. Trotzdem wird mit Ausgaben von 33,3 Millionen Euro gerechnet (Meinen, 2013a). Die Verteilung der Mittel zeigt sich an der Abbildung 3. Deutlich wird, dass die Fakultäten mit 18,8 Millionen der größte Posten im Budget der Hochschule sind. Das Dezernat 4, verantwortlich für die Aufsicht und den Unterhalt der Gebäude, ist der zweitgrößte Posten mit 5,6 Millionen Euro. Einrichtungen sind z.B. das Rechenzentrum, die Gleichstellungsstelle und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA). Diese Einrichtungen werden von der Hochschule mit 2 Millionen Euro finanziert. Unter Dezernate sind das Dezernat für Personalangelegenheiten, Haushalt und Finanzen, das Immatrikulations- und Prüfungsamt und das Dezernat für Organisation und die EDV zu finden. Die Dezernate erhalten ebenfalls 2 Millionen Euro. Die Referate werden an der Hochschule Bremen mit 1,5 Millionen Euro finanziert, damit sind z.B. das International Office, die Studienberatung und die Rechtsstelle der Fachhochschulen gemeint. Die Zentralen Pools der Hochschule sind z.B. Ausgaben für Kultur, den Hochschulsport und das Professorinnen-Programm, diese erhalten 1,3 Millionen Euro. Die Hochschulleitung erhält 873.834 Euro, die Grundkosten betragen 360.500 Euro. Außerdem werden 360.00 Euro für das Drittmittelrisiko eingeplant (Meinen, 2013a).

Die Mittelverteilung an der Hochschule hat sich im Vergleich zum Vorjahr verändert. So wurden im Jahr 2012 55 % (Meinen, 2012) des Budgets für die Fakultäten eingeplant, während 2013 57 % (Meinen, 2013a) eingeplant wurden. Die Fakultäten sind für die Lehre und die Unterstützung der Studiengänge verantwortlich. Somit wurde trotz der Konsolidierungsmaßnahmen, und den gesunkenen Ausgaben die an der Abbildung 3 deutlich werden, nicht an der Lehre gespart.

Die Abbildung 4 zeigt die Verteilung der 18,8 Millionen Euro für die Fakultäten. Die Fakultät 1 für Wirtschaftswissenschaften erhält mit 22% der Mittel den zweitgrößten Betrag, obwohl sie mit 3.029 Studierenden die größte Fakultät ist. Die Fakultät 2 hat als kleinste Fakultät mit 979 Studierenden 15% des Budgets erhalten. Die Fakultät 3 für Gesellschaftswissenschaften mit 1.317 Studierenden hat 11% den kleinsten Teil des Budgets erhalten. Die Fakultät 4 hat mit 1.272 Studierenden 21% und die Fakultät 5 mit 2.019 Studierenden 31% des Budgets erhalten und ist damit der größte Posten unter den Ausgaben. Auffällig erscheint zunächst, dass sich die Größe des Budgets der Fakultäten nicht in der Größe der Fakultäten wiederspiegelt. Obwohl die Fakultät 2 deutlich weniger Studierende hat, erhält sie mit 15% der 18,8 Millionen Euro die zweitniedrigs-

Abbildung 2 Mittelverteilung zwischen den Fakultäten

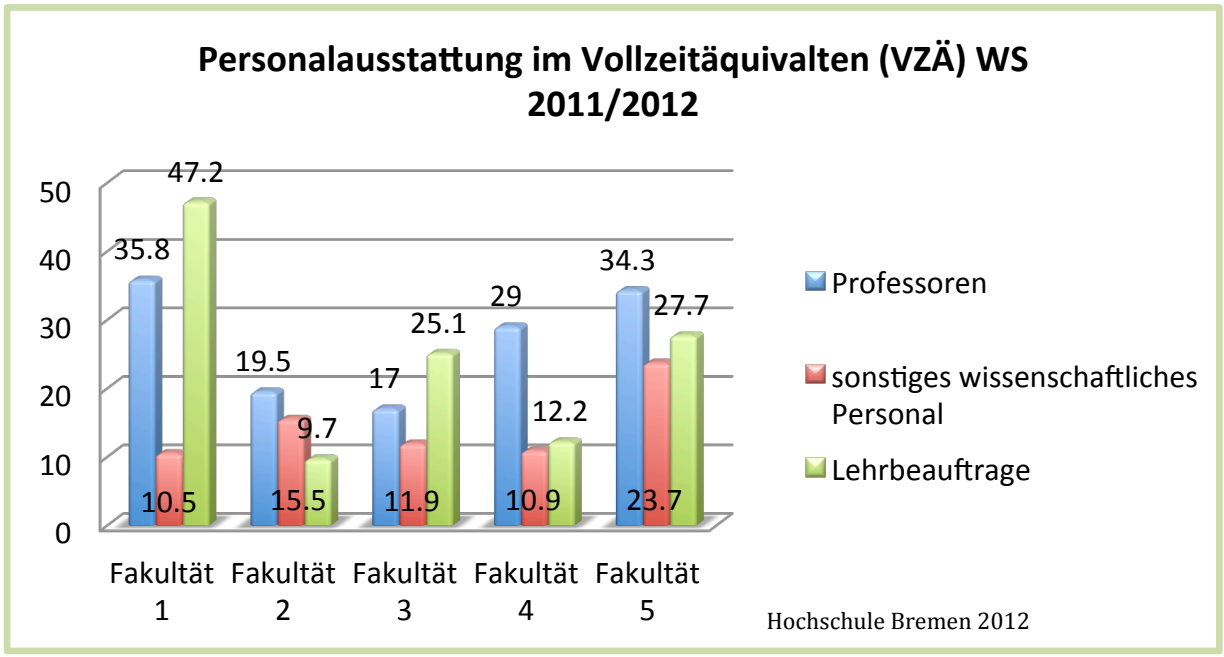


Abbildung 3 Personalausstattung in VZÄ WS 2011/12

ten Mittel. Auffällig ist außerdem, dass die Fakultät 1 als größte Fakultät nur 22 % des Budgets erhält, während die Fakultät 5 31% des Budgets erhält. Gründe hierfür werden noch anhand des Budgetierungsmodells der Hochschule dargelegt. Dies kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass naturwissenschaftliche und elektrotechnische Studiengänge mehr Finanzmittel benötigen, da sie anders als gesellschaftswissenschaftliche Studiengänge mehr Materialien und Labore benötigen.
Die Abbildung 5 zeigt die Personalausstattung im Vollzeitäquivalent an der Hochschule Bremen. Die Angaben im Vollzeitäquivalent (VZÄ) bedeuten, dass nicht die Anzahl der Professor*Innen gezählt wurde, sondern deren Stunden addiert wurden um einen fakultätsübergreifenden Überblick zu haben.
Die blauen Balken zeigen die Professor*Innenstellen, die roten Balken zeigen die der wissenschaftlichen Mitarbeiter und die grünen Balken zeigen die der Lehrbeauftragten. Hier zeigt sich vor allem in der unterschiedlichen Anzahl der Lehrbeauftragen und der Professor*Innen ein Unterschied zwischen den Fakultäten. Die Fakultät 1 hat im VZÄ 35,8 Professor*Innenstellen und 47,2 Lehrbeauftragte, damit hat die Fakultät 11,4 Stellen mehr Lehrbeauftragte als Professor*Innen. Auch die Fakultät 3 hat 8,1 Stellen mehr Lehrbeauftragte. Im Gegensatz dazu haben die technischen Fakultäten mehr Professor*Innenstellen als Lehrbeauftragte. Die Fakultät 2 hat 19,5 Professor*Innen und 9,7 Lehrbeauftragte, die Fakultät 4 hat 29 Professor*Innen und 12,2 Lehrbeauftragte und die Fakultät 5 hat 34,3 Professor*Innen und 27,7 Lehrbeauftragte. Die Frage, warum der Unterschied zwischen den Fakultäten so groß ist, lässt sich durch die Statistik nicht beantworten.
Die Hochschule Bremen hat im Jahr 2011 Nachzahlungen in Höhe von 5,1 und 1,4 Millionen Euro, aus zwei unterschiedlichen Töpfen, aus dem Hochschulpakt 1 erhalten. Der AStA kritisierte unter anderem, dass die 5,1 Millionen Euro nicht nur für die Sanierung des AB-Gebäudes, sondern auch für den Ausgleich des Defizits der Hochschule verwendet wurden. Die 1,4 Millionen Euro gingen in Projekte z.B. zur „Verbesserung der Lehre“ (Meinen 2012). Zu den Zuweisungen aus dem Hochschulpakt 1 im Jahr 2012 und 2013 gibt es noch keine genaueren Informationen. Die geplanten Zuweisungen aus dem Hochschulpakt 2 erklären sich anhand der Tabelle 7. Die Mittel werden für Studienplätze an der Hochschule bezahlt. So wurden im Jahr 2011 400 Studienanfänger*Innenplätze aus Mitteln des Hochschulpaktes 2 (HSP 2) bezahlt. Im Jahr 2012 sind es insgesamt 800 Studienplätze gewesen. Anhand dieser Zahlen berechnen sich die Mittel aus dem Hochschulpakt. Im Jahr 2011 hat die Hochschule für die 400 Studierenden 1,0 Millionen Euro erhalten, im Jahr 2012 für 800 Studierende 2,0 Millionen Euro. Die Tabelle zeigt, dass der Kanzler der Hochschule nicht mit einer Verlängerung des Hochschulpaktes rechnet. In der Tabelle ist aufgeführt, dass die letzten Zahlungen von 1,0 Millionen Euro aus dem HSP 2 2018 mit den letzten 400 zusätzlichen Studierenden im Vergleich zu 2005 auslaufen (Meinen, 2013a).

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WS 11/12	400	400	400	400				
WS		400	400	400	400			

12/13								
WS 13/14			400	400	400	400		
WS 14/15				400	400	400	400	
Was15/16					400	400	400	400
Studierende	**400**	**800**	**1200**	**1600**	**1600**	**1200**	**1800**	**400**
€	**1,0 Mio.**	**2,0 Mio.**	**3,0 Mio.**	**4,0 Mio.**	**4,0 Mio.**	**3,0 Mio.**	**2,0 Mio.**	**1,0 Mio.**
Meinen 2013								

Tabelle 7 Mittel aus dem Hochschulpakt

3.5 Auswirkung des Hochschulgesamtplans auf die Hochschule Bremen

Die generellen Auswirkungen des Hochschulgesamtplans IV und V sind bereits in dem Absatz über die Finanzierung der hochschulpolitischen Landschaft dargestellt worden. Im folgenden Abschnitt wird zunächst der deutliche Personalausbau des HGP IV und anschließende die starke Zurückführung der Personalplanung noch unter die Planansätze des HGP IV mit dem HGP V beschrieben und analysiert.

3.5.1 Hochschulgesamtplan IV an der Hochschule Bremen

Die Tabelle 8 zeigt, wie sich laut dem HGP IV die Gesamtkosten an der Hochschule Bremen entwickeln sollten. Auffällig ist hier, dass seit dem Jahr 2003 die Personalkosten von 19,7 Millionen auf 30,5 Millionen Euro ansteigen sollten. Es wäre also zu vermuten, dass bei der Aufsetzung des Hochschulgesamtplans noch ein Ausbau der Hochschule Bremen geplant war. Auch eine Steigerung der Sachkosten war angesetzt. So sollten die Sachkosten von 5,1 Millionen Euro im Jahr 2003 auf im 6,9 Millionen Euro im Jahr 2010 steigen. Unter Sachkosten sind hier die Ausgaben für das wissenschaftliche Personal zusammengefasst. Auch die Einnahmen der Hochschule Bremen sollten steigen, so war eine Steigerung der Einnahmen von 0,6 Millionen Euro im Jahr 2003 auf 0,8 Millionen Euro im Jahr 2010 geplant. Einnahmen der Hochschule sind nicht Mittel, die für die Lehre und Bildung verwendet werden, in den meisten Fällen sind es Drittmittel, die in der Forschung eingeworben werden (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft, 2003).

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personalkosten	19,7	20,4	24,6	25,5	26,7	27,9	29,2	30,5
Sachkosten	5,1	5,2	5,9	6,1	6,3	6,5	6,7	6,9
Einnahmen	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8
Gesamtkosten	**24,2**	**25,0**	**29,9**	**30,9**	**32,3**	**33,7**	**35,1**	**36,6**
In Mio. Euro Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven, Wissenschaftsplan und Hochschulgesamtplan IV für das Land Bremen 2005 bis 2010								

Tabelle 8 Gesamtkosten HS Bremen 2003-2010

Die Tabelle 9 zeigt die Gesamtkosten und die Einsparungen, die der Bremer Senat in den jeweiligen Jahren an der Hochschule Bremen laut Hochschulgesamtplan IV zu erzielen geplant hatte. Die geplante Entwicklung der Gesamtkosten wurde bereits in der Erklärung zu der Tabelle8 dargelegt. Die in der zweiten Zeile aufgeführten Einsparungen wurden in den Jahren 2003 und 2004 bereits in die Gesamtkosten eingerechnet. Die Einsparungen sollten sich im Jahr 2005 auf 3,2 Millionen Euro belaufen, im Jahr 2006 auf 2,7 Millionen Euro, im Jahr 2008 auf 2,8 Millionen Euro, im Jahr 2009 auf 2,9 Millionen Euro und im Jahr 2010 auf 3,1 Millionen Euro. Die geplanten Einsparungen sollten also nicht, wie eigentlich zu erwarten, ansteigen. Auch ist unter Einsparungen die vom Senat geplante Reduzierung der Zuschusszahlungen zu verstehen. Stattdessen sollten sie im Jahr 2006 sogar niedriger sein als im Jahr 2005. Erst im Jahr 2010 sollten die Einsparungen wieder dasselbe Niveau erreicht haben wie im Jahr 2005. Die geplanten Zuschusszahlungen sollen von 24,2 Millionen Euro im Jahr 2003 auf 33,5 Millionen Euro im Jahr 2010 ansteigen. Durch die Einsparungen werden sich die Zuschusszahlungen folglich nicht auf 36,6 Millionen Euro, wie es laut den Gesamtkosten vorgesehen wäre, belaufen, sondern auf 33,5 Millionen Euro (Senatorische Behörde für Bildung und Wissenschaft, 2003).

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt-kosten	24,2	25,0	29,9	30,9	32,3	33,7	35,1	36,6
Einspa-rung			3,2	2,6	2,7	2,8	2,9	3,1
Zuschuss schuss-zahlung	24,2	25,0	26,7	28,3	29,6	30,9	32,2	33,5
In Mio. Euro Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven, Wissenschaftsplan und Hochschulgesamtplan IV für das Land Bremen 2005 bis 2010								

Tabelle 9 Gesamtkosten HS Bremen, inkl. Zuschusszahlungen

Die Abbildung 4 zeigt einen Vergleich der im Hochschulpakt IV vorgesehenen Personalstellen mit den wirklichen Personalstellen an der Hochschule Bremen. Dies verdeutlicht, dass die Planungen aus dem Hochschulgesamtplan nicht in die Realität umgesetzt wurden. Die blauen Balken zeigen die Entwicklung des wissenschaftlichen Personals im Vollzeitäquivalent, die im HGP IV vorgesehen waren. Die roten Balken zeigen die wirkliche Anzahl des wissenschaftlichen Personals. Der Posten „wissenschaftliches Personal“ umfasst dabei sowohl Professor*innen als auch wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. In dem Ist-Wert sind zudem Stellen, die über Sondermittel oder Drittmittel finanziert werden (z.B. Stiftungsprofessuren) nicht enthalten. Anzumerken ist außerdem, dass die Zahlen aus dem Wissenschaftsplan und Hochschulgesamtplan IV die Zahlen für die jeweiligen Jahre angegeben haben. Die Daten von der Hochschule Bremen werden für die Wintersemester angegeben. Die Abbildung zeigt, dass bereits zum Jahr 2005 der Soll-Wert mit 220 Vollzeitstellen deutlich über dem Ist-Wert mit 185,2 im Wintersemester 2005/2006 liegt. Auch im Jahr 2006 liegt der Soll-Wert mit 225 Vollzeitstellen deutlich über dem Ist-Wert im Wintersemester 2006/2007 mit 161,6 Vollzeitstellen. Auffällig dabei ist, dass der Soll-Wert vom Vorjahr gestiegen ist, während der Ist-Wert im Ver-

gleich zum Vorjahr gesunken ist. Zum Jahr 2007 liegen der Soll-Wert bei 231 Vollzeitstellen und der Ist-Wert bei 157,7 Vollzeitstellen, auch hier ist der Soll-Wert gestiegen, während der Ist-Wert gesunken ist. Zum Ende des Jahres 2008 liegt der Soll-Wert bei 231 Vollzeitstellen, während der Ist-Wert auf 171,8 Vollzeitstellen gestiegen ist. Zum Jahr 2009 liegt der Soll-Wert bei 241 Vollzeitstellen, während der Ist-Wert auf 170,3 Vollzeitstellen leicht abgefallen ist. Damit gibt es hier immer noch einen großen Unterschied zwischen den Planwerten und den Ist-Werten. Zum Jahr 2010 liegt der Soll-Wert bei 246 Vollzeitstellen, während der Ist-Wert im Wintersemester 2010/ 2011 bei 159,1 Vollzeitstellen lag. Damit gab es zu diesem Zeitpunkt einen Unterschied von etwa 87 Vollzeitstellen zwischen den im Hochschulgesamtplan IV geplanten Stellen und den wirklichen Stellen.

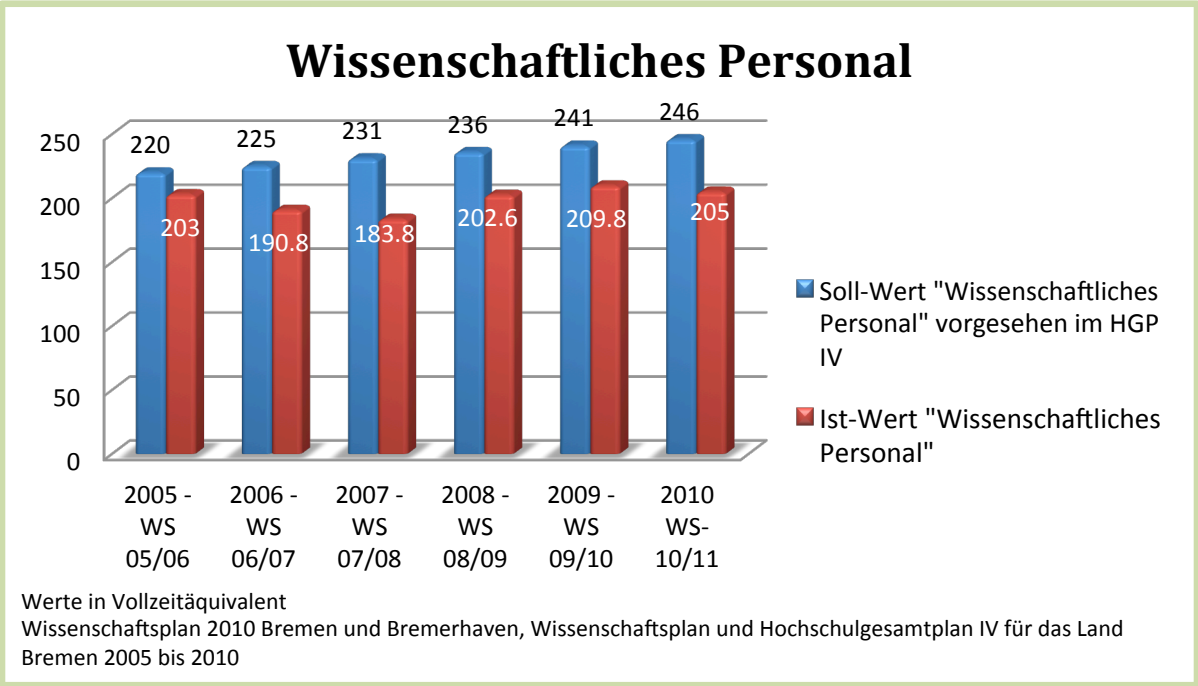


Abbildung 4 Wissenschaftliches Personal HGP IV

Zusammenfassend lässt sich deutlich feststellen, dass die nach HGP IV geplanten Vollzeitstellen des wissenschaftlichen Personals sich nicht erfüllt haben. Die Planung, im Jahr 2003 im HGP IV die Hochschule Bremen auszubauen und zu vergrößern, spiegeln sich nicht in den wirklichen Zahlen des wissenschaftlichen Personals wieder. Möglich erscheint hier, dass in dieser Zeit zwar das Studienangebot ausgebaut wurde, die Anzahl der Vollzeitstellen des wissenschaftliche Personal aber nicht. Bei Betrachtung der Studierendenzahlen an der Hochschule Bremen lässt sich diese These allerdings widerlegen. Die Studierendenzahlen sind zwischen dem Wintersemester 2005/2006 von 8.625 auf 8.533 Studierende im Wintersemester 2010/2011 gesunken (Hochschule Bremen, 2012). Die Pläne des Hochschulgesamtplans wurden also nicht erfüllt.

3.5.2 Hochschulgesamtplan V an der Hochschule Bremen

Die Tabelle 10 zeigt die im Hochschulgesamtplan V geplanten Finanzmittel für die Hochschule Bremen. Der im Februar 2007 aufgesetzte Plan sollte die Hochschulentwicklung bis zum Jahr 2010 festlegen. Dafür wurden zunächst die Ist-Zahlen aus dem Jahr 2006 dargestellt. In diesem Jahr betrugen die Personalkosten 20,5 Millionen Euro, die konso-

lidierten Sachkosten lagen bei 2,8 Millionen Euro und die Investitionen bei 2,0 Millionen Euro. Insgesamt lag der Gesamtzuschuss von Bremen bei 25,3 Millionen Euro. Bis zum Jahr 2010 sollten diese Zahlen nur leicht steigen. In diesem Jahr sollten die Personalkosten bei 20, 9 Millionen Euro liegen, die konsolidierten Sachkosten bei 3,9 Millionen Euro und die Investitionen bei 2,0 Millionen Euro. Zusammen sollte der Zuschuss bei 26,8 Millionen Euro liegen (Bremische Bürgerschaft Landtag 16. Wahlperiode, 2007). Die geplante Konsolidierung des Bildungshaushalts ist folglich deutlich an dieser Tabelle zu sehen. So hat der Hochschulgesamtplan IV für das Jahr 2010 noch 36,6 Millionen Euro nach Gesamtkosten und 33,5 Millionen Euro (Senator für Bildung und Wissenschaft, 2003) Zuschusszahlungen durch Bremen vorgesehen. Leider liegen keine Daten aus dem Wintersemester 2010/2011 vor, aber zum Jahr 2011 (Meinen, 2012a) lagen die Zuschusszahlungen genau wie im Jahr 2013 (Meinen, 2012) bei 28,9 Millionen Euro. Der Vergleich zu den wirklichen Zuschusszahlungen zeigt, dass der Planwert unter Ist-Wert liegt und verdeutlich, dass auch der Hochschulgesamtplan V an der Hochschule Bremen nicht umgesetzt wurde.

	2006	2007	2008	2009	2010
Personalkosten	20,5	20,9	20,7	20,9	20,9
Kons. Sachkosten	2,8	2,9	3,6	3,7	3,9
Investitionen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Gesamtzuschuss	**25,3**	**25,8**	**26,3**	**26,6**	**26,8**
Bremische Bürgerschaft Landtag, 16 Wahlperiode Werte in Mio. Euro					

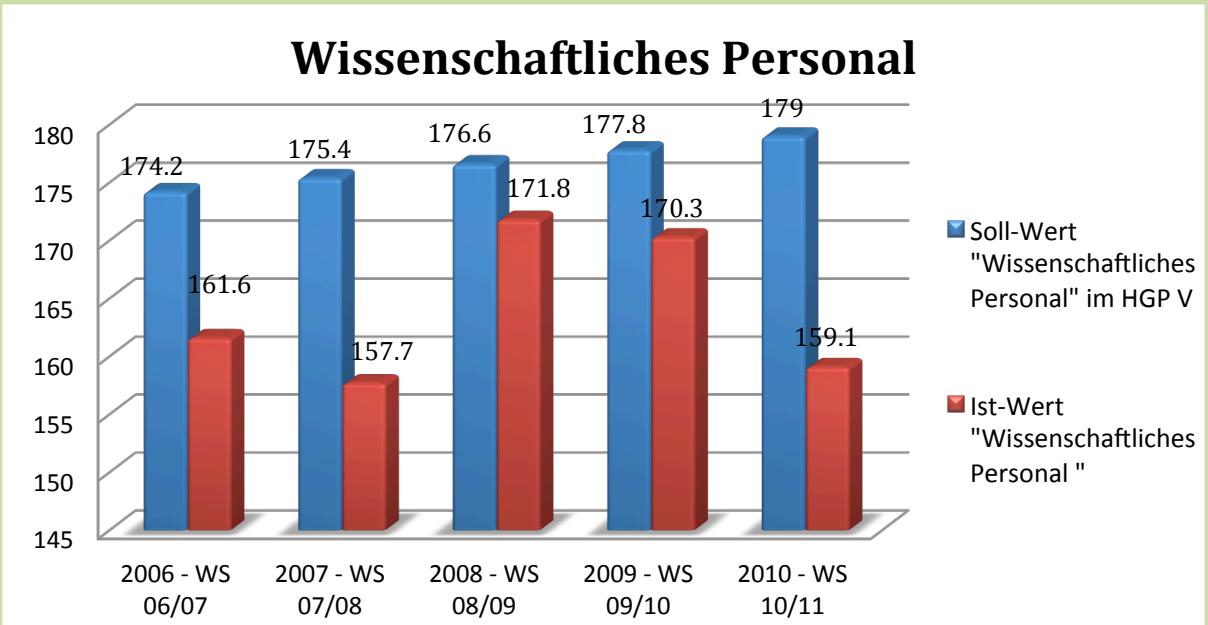
Tabelle 10 Finanzmittel für die HS Bremen nach HGP V

Die Abbildung 5 zeigt einen Vergleich der im Hochschulgesamtplan V festgelegten Anzahl des Wissenschaftlichen Personals im Vollzeitäquivalent im Vergleich zu den Ist-Werten. Auch hier liegen die Zahlen aus dem HGP V zu den jeweiligen Jahren vor, während die Ist-Werte zu den Wintersemestern vorliegen. Die für das Jahr 2006 nachträglich angesetzten Vollzeitstellen von 174,2 sind letztlich eine Anpassung an die in dem Jahr sowieso geringe Vollzeitstellenanzahl von 161,6 an der Hochschule. Zum Jahr 2007 sollte die Anzahl der Vollzeitstellen 175,4 betragen, während es 157,7 Vollzeitstellen im Wintersemester 2007/2008 waren. Zum Jahr 2008 wurde ein Soll-Wert von 176,6 Vollzeitstellen geplant, während in Wirklichkeit 171,8 Vollzeitstellen bestanden. Zum Jahr 2009 wurde der Planwert um eine Stelle auf 177,8 Vollzeitstellen erhöht. Der Ist-Wert sank in dieser Zeit leicht und zwar auf 170,3 Vollzeitstellen. Zum Jahr 2010 wurde im HGP V der Planwert von 179 Stellen festgehalten (Bremische Bürgerschaft, Landtag 16. Wahlperiode, 2007). In der Realität bestanden in dieser Zeit aber nur 159,1 Vollzeitstellen (Hochschule Bremen 2012b). Durch Sondermittel und Drittmittel (z.B. Stiftungsprofessuren und Hochschulpakt) konnte die Hochschule jedoch ein Personal über den im HGP V vorgegebenen Stellen halten.

Dies verdeutlicht erneut, dass die Hochschule Bremen die im Hochschulgesamtplan V festgelegten Konsolidierungsansätze nicht umsetzten konnte. Dazu findet sich im HGP V folgender Absatz:

„Die Hochschule Bremen hatte ihre Ausbauplanungen auf die Vorgaben des Wissenschaftsplans 2010 ausgerichtet, die Umstellung auf die neue Studiengangsstruktur genutzt und eine Vielzahl neuer innovativer Studienangebote entwickelt und eingerichtet. Die für den Aufbau neuer Studienangebote und die Sicherstellung des bestehenden Lehrangebotes erforderlichen Stellen müssen nunmehr aus dem planungsreduzierten Haushalt der Hochschule Bremen aufgebracht werden“ (Bremische Bürgerschaft, Landtag 16. Wahlperiode, 2007, 21).

Es wird also bestätigt, dass noch 2003 nach der Festlegung des Hochschulgesamtplan IV die Hochschule dazu aufgefordert war, ihr bestehendes Angebot auszubauen. Ein Umschwung in der Hochschulpolitik hat die Hochschule Bremen in eine schwierige Lage gebracht. Sie konnte nicht die im HGP V geforderten Konsolidierungsmaßnahmen umsetzen.



Werte in Vollzeitäquivalent

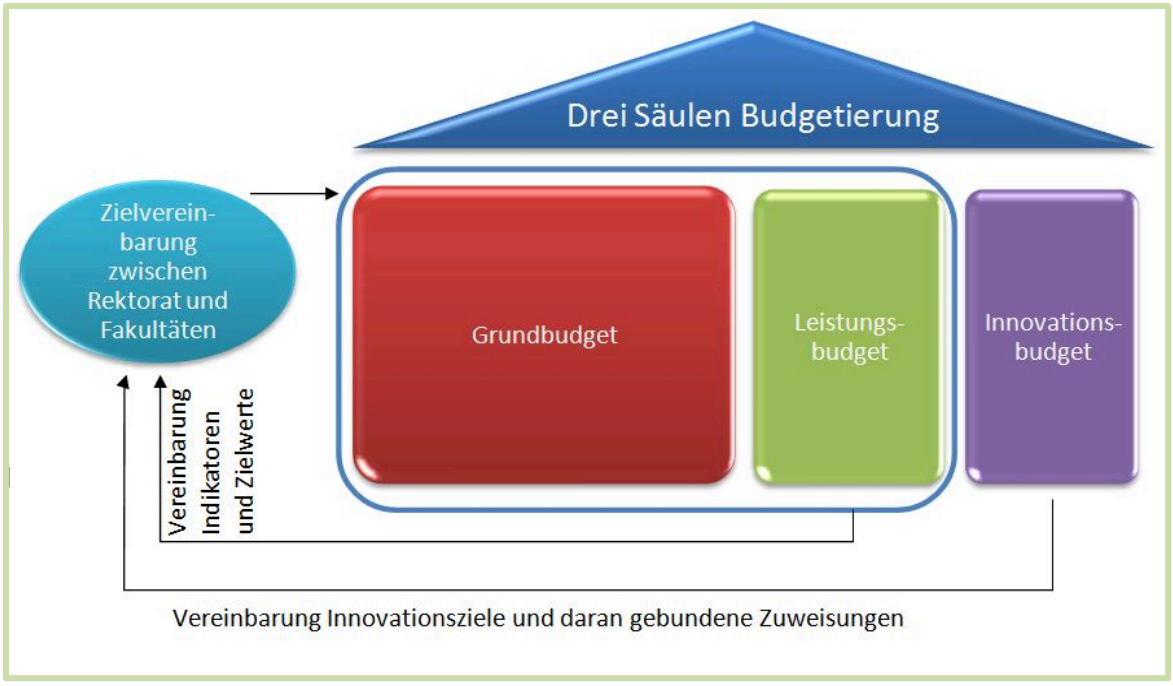
Bremische Bürgerschaft Landtag, 16 Wahlperiode. Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven 2003

Abbildung 5 Wissenschaftliches Personal HGP V

3.6 Budgetierungsmodell

An der Hochschule Bremen wurde zwischen 2009 und 2010 ein neues Modell zur Budgetierung der fünf Fakultäten eingeführt (Jaeger, Barthelmes, 2010). Das Modell wurde in einer Projektgruppe bestehend aus Vertreter*Innen der Hochschulleitung, des Kanzlers und weiteren Mitarbeitern aus der Verwaltung entwickelt. Das Modell ist zum Haushaltsjahr 2011 unter einigen Vorbehalten in Kraft getreten.

Nach dem neuen Modell besteht die Budgetierung für die Fakultäten aus drei Säulen der „Grundbudgetierung“, der „Leistungsbudgetierung“ und der „Innovationsbudgetierung“.



Jaeger, Michael; Barthelmes, Tanja(2010)

Abbildung 6 Budgetierungsmodell der Hochschule

Das Grundbudget für jede Fakultät wird in einem mehrstufigen Verfahren ermittelt. Dabei werden zunächst getrennte Verteilerkreise eingerichtet. Ein Verteilerkreis besteht zum Beispiel aus den Mitteln für das wissenschaftliche Personal, den Mitteln für die studentischen Hilfskräfte und weiteren Mitteln. Ein zweiter Verteilerkreis besteht aus den Mitteln für das technische/naturwissenschaftliche Personal, ein dritter aus den Geldern für Verwaltungsangestellte. Außerdem gibt es einen letzten Verteilerkreis für Investive Mittel. Die Grundsumme, die sich aus den genannten Verteilerkreisen ergibt, ist das Soll-Ausgangsbudget, dieses ist die Basis für die Verhandlungen mit den einzelnen Fakultäten. In diesen Verhandlungen wird das Budget für eine Fakultät für einen ein- oder zwei-Jahreszeitraum verbindlich festgelegt und bildet das Grundbudget. Aus dem Grundbudget werden 10% abgezogen und für das Leistungsbudget vorgehalten.
Das Leistungsbudget wurde als Budgetkomponente 2012 an der Hochschule Bremen eingeführt. Die Idee des Leistungsfonds ist, dass die Fakultäten die Möglichkeiten haben, nicht in absoluten Höhen miteinander zu konkurrieren. Es werden Zielvereinbarungen über bestimmte Faktoren zum Beispiel die Zahl der Absolvent*Innen oder die Drittmittelausgauben über drei Jahre getroffen. Für jeden Indikator vereinbaren die Fakultäten mit der Hochschulleitung einen bestimmten Wert. Das Erreichen oder Nicht-Erreichen der Indikatoren kann so entsprechend sanktioniert oder belohnt werden. Die Mittel für das Leistungsbudget werden den Fakultäten selbst aus ihrem Grundbudget abgezogen.
Das Innovationsbudget ist derzeit noch in der Ausgestaltungsphase.

3.7 Verteilung der Mittel innerhalb der Fakultät 3

Eine entscheidende Aufgabe dieses Berichtes richtet sich nach der Frage, ob die Zusammenlegung oder Schließung des Studiengangs IS Politikmanagement eine Kostensenkung für die Hochschule Bremen bedeuten würde. Aus diesem Grund untersucht der folgende Abschnitt die Finanzierung der Fakultät 3 für Gesellschaftswissenschaften.

Im Folgenden wird die Budgetverteilung anhand des CN- Wertes (Curricularnormwert) erklärt. Außerdem wird die Personalverteilung anhand der Professor*Innen und Lehrbeauftragtenstellen zwischen den Studiengängen beschrieben.
An der Fakultät 3 für Gesellschaftswissenschaften gibt es fünf Bachelorstudiengänge. Den Studiengang Soziale Arbeit, den Studiengang Pflege- und Gesundheitsmanagement, den Internationalen Studiengang Angewandte Freizeitwissenschaften, den Internationalen Studiengang Journalistik und den Internationalen Studiengang Politikmanagement.
Der Curricularnormwert ist in der Kapazitätsverordnung (KapVo) festgelegt und wird für alle Studiengänge der Fakultät 3 ausgerechnet. Anhand dieses Wertes werden das erforderliche Lehrangebot und die damit verbundene Aufnahmekapazität für einen Studiengang festgelegt (Bremen, Verwaltung Online) „Der Curricularnormwert bestimmt den in Deputatstunden gemessenen Aufwand aller beteiligten Lehreinheiten, der für die ordnungsgemäße Ausbildung einer Studentin oder eines Studenten in dem jeweiligen Studiengang erforderlich ist"(Bremen, Verwaltung Online). Außerdem ist es so möglich einzusehen, wie hoch die Personalkosten für einen Studiengang sind. Der Curricularnormwert richtet sich nach den Voraussetzungen für eine Reakkreditierung eines Studiengangs (Bremen, Verwaltung Online). Je höher der Curricularnormwert ist, desto mehr Lehrpersonal ist für einen Studiengang vorgesehen.
In der Tabelle 11 sind die Studiengänge der Fakultät 3 mit deren Curricularnormwert, ihrer Aufnahme und den Lehrkapazitäten aufgelistet.
Der Internationale Studiengang Politikmanagement hat für das Wintersemester 2011/2012 einen CNW von 4,58. Der Internationale Studiengang Pflege und Gesundheitsmanagement einen CNW von 5,48, der Internationale Studiengang Angewandte Freizeitwissenschaften einen CNW für 5,60, der Internationale Studiengang IS Journalistik einen CNW von 5,35 und der Studiengang Soziale Arbeit einen CNW von 6,18. Auffällig bei diesen Zahlen ist, dass IS Politikmanagement den niedrigsten CNW-Wert hat und somit weniger Lehrpersonal für die gleiche Anzahl von Studierenden benötigt, als die anderen Studiengänge. Dieselben Aussagen lassen sich aus der 3. und 4. Spalte ableiten.
Die 3. Spalte beschreibt die auf Basis des CNW ausgerechneten Aufnahmekapazitäten der Studiengänge. Hier wird deutlich, dass IS Politikmanagement neben Soziale Arbeit mit zwei Studieneinheiten die größten Aufnahmekapazitäten hat. Auffällig ist außerdem, dass trotz der hohen Aufnahmekapazitäten IS Politikmanagement vergleichsweise wenige Professor*Innen hat (Hochschule Bremen 2012).

Studiengang	Curricularnormwert	Aufnahmekapazitäten
IS Politikmanagement	4,58	48
IS Pflege und Gesundheitsmanagement	5,48	40
IS Angewandte Freizeitwissenschaften	5,60	47
Soziale Arbeit	6,18	80
IS Journalistik	5,35	40
Hochschule Bremen 2011, 2012, Referat 05, Gabriele Witter		

Tabelle 11 CN-Werte und Kapazitäten an der Fakultät 3

4. Fazit

In dem Abschnitt über die Möglichkeiten des Bundes zur Finanzierung der Hochschulen ist deutlich geworden, dass sich der Bund bereits jetzt mit finanziellem Aufwand an den Hochschulen beteiligt. Mit dem Hochschulpakt 1 und dem Hochschulpakt 2 wurde ein effektives Mittel entwickelt um, trotz der Föderalismusreform, die Hochschulen finanziell unterstützen zu können. Ein Problem bleibt, dass die Hochschulen durch diese Art der Finanzierung nicht langfristig planen können. Denn eine Bedingung der Hochschulpakte ist, dass diese nur über einen festgelegten kurzen Zeitraum laufen können. Langfristig sollte den Hochschulen also Finanzierungssicherheit geboten werden. Dies würde auch finanzschwachen Bundesländern wie Bremen zugutekommen.

Das Bundesland Bremen hat im Jahr 2003 und im Jahr 2007 durch die Hochschulgesamtpläne IV und V der Wissenschaftslandschaft sehr unterschiedliche Vorgaben gemacht. Durch diese unzuverlässige Wissenschaftsplanung und die Schuldenbremse geraten die Hochschulen in Bremen verstärkt in finanzielle Schwierigkeiten. Insbesondere die Hochschule Bremen und die Universität Bremen weisen deutliche finanzielle Defizite auf. Die Förderung der privaten Jacobs University wirkt in dieser Situation paradox. Die Förderung einer privaten Universität, während staatliche Hochschulen vor einem Studienplatzabbau stehen, ist eine merkwürdige politische Prioritätensetzung. Die Senatorin für Bildung stellt in dem Hochschulgesamtplan V fest, dass „es das Ziel des neuen Wissenschaftsplanes sei, trotz der erforderlichen Einsparungen, mittelfristig eine stabile finanzielle Ausstattung der Hochschulen sowie der außeruniversitären Forschungsinstitute herzustellen und die Qualität des Wissenschaftsstandortes Bremen weiter zu steigern“ (Bremische Bürgerschaft Landtag, 16 Wahlperiode 2007). Diese Voraussetzungen können derzeit nicht als gegeben angesehen werden.
Diese Situation spiegelt sich auch an der Hochschule Bremen wieder, deren Finanzsituation entscheidend vom dem strukturellen finanziellen Defizit geprägt ist. Das strukturelle Defizit zeigt, dass die Hochschule von Bremen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, die sie für die bestehenden Studiengangsstrukturen benötigt. Der Abschnitt über die Auswirkungen der Hochschulgesamtpläne bestätigt, dass auch die chaotische Wissenschaftsplanung zu der misslichen Situation der Hochschule geführt hat. Da der Hochschulgesamtplan IV noch einen Ausbau der Hochschule Bremen vorgesehen hat und der Hochschulgesamtplan V fünf Jahre später Sparmaßnahmen vorgab, ist die Hochschule in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die trotzdem hohen Bewerberzahlen zum Beispiel an der Fakultät 3 zeigen, dass die Hochschule sehr erfolgreiche und begehrte Studiengänge anbietet. Die Schlussfolgerung der Hochschulleitung, dass finanzielle Defizit durch Konsolidierungspläne auszugleichen ist aus qualitativer Sicht somit nicht sinnvoll. Die Konsolidierungspläne spiegeln die finanzielle Situation von Bremen wieder. Das Bundesland hat in den letzten Jahren zum Teil an den Bildungsausgaben gespart, im Idealfall hat die Entwicklung der Ausgaben stagniert, an das Niveau der Inflation wurden sie nie angepasst. Für das Fortbestehen der Hochschule in ihrer jetzigen Größe und Struktur muss es eine langfristige Finanzierungssicherheit geben. Diese kann unter den derzeitigen politischen Voraussetzungen momentan weder durch das Bundesland Bremen noch durch den Bund sichergestellt werden.

2. Zugangsvoraussetzungen/Bildungschancen/Diversity[3]

1. Zugangsvoraussetzungen

Neben den Studieninhalten und dem Standort, gehören die Zugangsvoraussetzungen wohl zu den wichtigsten Entscheidungsfaktoren bei der Suche nach einem passenden Studienplatz. So unscheinbar manche Unterschiede für einige Betrachter erscheinen, sind sie doch ausschlaggebend für die Zusammensetzung der Studierendenschaft eines Studiengangs, und somit für alles von der Lern-Atmosphäre bis zum Erfahrungsgrad der Studierenden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Möglichkeiten in Deutschland Politik mit Fachhochschulreife zu studieren.

Hochschule	Studiengang	Schwerpunkte	Allgemeine Hochschulreife	Fachgebundene Hochschulreife	Fachhochschulreife
Hochschule Bremen	Internationaler Studiengang Politikmanagement B.A.	Politik-, Sozial-, Wirtschafts-, Staatswissenschaften, Recht	Ja	Ja	Ja
Hochschule für Wirtschaft und Technik Berlin	Wirtschaft und Politik B.A.	Wirtschafts-, und Politikwissenschaften, Recht, Soziologie	Ja	Ja	Ja
Universität Kassel	Politikwissenschaft B.A.	Politikwissenschaft	Ja	Ja	Ja
Justus-Liebig-Universität Gießen	Social Sciences B.A.	Politikwissenschaft, Soziologie	Ja	Ja	Ja
Philipps-Universität Marburg	Politikwissenschaft B.A.	Politikwissenschaft	Ja	Ja	Ja
Technische Universität Darmstadt	Politikwissenschaft B.A.	Politikwissenschaft	Ja	Ja	Ja
Technische Universität Braunschweig	Integrierte Sozialwissenschaften B.A.	Politik- und Wirtschaftswissenschaften, Soziologie	Ja	Ja	Ja, mit entsprechender Fachrichtung
Leibniz Universität Hannover	Politikwissenschaft B.A.	Politikwissenschaft	Ja	Ja	Ja, mit entsprechender Fachrichtung

Tabelle 12 Zugang zum Politikstudium mit Fachhochschulreife

Neben den oben aufgeführten Universitäten ist das Studieren mit Fachhochschulreife mit einer Sonderzulassung und bei entsprechender Berufserfahrung an fast allen Universitäten möglich.

Man entnimmt aus dieser Tabelle, dass an den Universitäten mit Schwerpunkten Politik- & Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Recht das Studieren mit Fachhochschulrei-

[3] Von Alexander Brandt, Serap Düzgören, Peter Görs und Merrit Stahlhut

fe möglich ist, während die Möglichkeit auf ein Studium an Universitäten mit folgenden zusätzlichen Schwerpunkten (mit Ausnahme Westfälische-Wilhelms-Universität Münster) auf Basis der Fachhochschulreife versagt ist: Volkswirtschaft, Verwaltungswissenschaft, Staatswissenschaften sowie Kommunikations- und Medienwissenschaften.

2. Diversity Management

2.1 Definitionen von Diversity Management

„Diversity Management ist die Fähigkeit bzw. Kompetenz eines Unternehmens die Unterschiede und Gemeinsamkeiten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahrzunehmen, zu koordinieren und effektiv zu nutzen.“ (Gender-Diversity Portal der Universität Lüneburg)

„Diversity Management stellt eine Strategie zur Förderung der Wahrnehmung, Anerkennung und Nutzung von Vielfalt (= Diversität) in Organisationen und Institutionen dar.“ (Diversity Management-Seiten der Universität Wien)

„Das Ziel von Diversity Management ist die Förderung der Wahrnehmung und Anerkennung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten, die Sensibilisierung für Ungleichbehandlungen und Wertschätzung jeglicher Differenz in allen Lebenslagen.“ (FAQ Gender und Diversity der RWTH Aachen)

2.2 Was bedeutet in diesem Kontext „Diversität“?

„Unter dem Begriff Diversity wird die Vielfalt und Heterogenität von Menschen und Gruppen verstanden. Diversity beschreibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Menschen und beinhaltet sowohl Akzeptanz als auch Respekt gegenüber der Individualität jeder einzelnen Person.“ (Gender-Diversity Portal der Universität Lüneburg)

„Die Universität Wien folgt einem sehr offenen und breiten Begriff von Vielfalt (=Diversität). Der leitende Grundgedanke lautet: Jeder Mensch trägt in seiner Individualität zur Diversität bei. Demnach richten sich die Maßnahmen des Diversity Management an alle Angehörigen der Universität Wien.“ (Diversity Management-Seiten der Universität Wien)

„Diversity mit einem kleinen "d" steht aus dem Englischen übersetzt für Vielfalt. Diversity mit einem großem "D" bedeutet der bewusste Umgang mit eben jener Vielfalt in der Gesellschaft. Diversity als Handlungsansatz meint das Anerkennen und Wertschätzen von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen unterschiedlichen Personengruppen.“ (FAQ Gender und Diversity der RWTH Aachen)

2.3 Warum Diversity?

Ein bewussterer Umgang mit Diversität an Hochschulen führt nicht nur zur Verbesserung der Chancengleichheit, sondern ist gleichzeitig auch ein Qualitätsmerkmal der Universität im Hochschulwettbewerb. Folgende fünf Argumente sprechen für DiM an Hochschulen:

1. Chancengleichheit (moralische Gründe):
Qualifikation sollte unabhängig von Bildungsstand, Einkommen, Herkunft und sozialem Status der Eltern sein;

2. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen (juristische Gründe):
- Inzwischen studieren Menschen mit sehr unterschiedlich kulturellem Background, die betreut - und deren Potenziale berücksichtigt werden müssen;
- die eingeführte Schulzeitverkürzung wird (bis 2020) eine deutliche Steigerung der Zahl der potenziellen und traditionellen Studierenden mit sich bringen. Dagegen soll es ab 2020 einen deutlichen Rückgang der Studierenden geben.
- der weltweite Internationalisierungs- und Europäisierungsprozess der Hochschulen; Hochschulen werden immer mehr Arbeitgeber für Wissenschaftler, immer mehr werden internationale Studiengänge angeboten - auch in Kooperation mit ausländischen Hochschulen;

3. Gesetzliche Vorgaben:
Im deutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde Folgendes aufgenommen:
- Antirassismus-Richtlinie (RL 2000/ 43/ EG)
- Rahmen-Richtlinie (RL 2000/ 78/ EG)
- Revidierte Gleichbehandlungsrichtlinie (RL 2002/ 73/ EG)
- vierte Gleichstellungsrichtlinie zur Gleichstellung außerhalb d. Erwerbslebens (RL 2004/ 113/ EG)

4. Ökonomische Argumente:
Cox und Blake definieren 1991 die Argumente für Diversity wie folgt (Diversity Management als Zukunftsaufgabe der Hochschulen- Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte, Ute Klammer, Bartholomäus J. Matuko, 2010 Ausgabe 02: („...“)

1. *Kostenargument (cost-argument):* Durch bestimmte DiM-Initiativen können Schwierigkeiten wie Studier- und Arbeitsunzufriedenheit, Demotivation, Produktivitätsmangel, Fluktuation und erhöhter Krankenstand reduziert werden, was sich wiederum positiv auf die Kosten und Einnahmen niederschlägt. Leistungsfähigkeit, Arbeits- und Lernbereitschaft steigen, Produktivität und Motivation verringern nicht nur den Krankheitsstand, sondern wirken sich positiv auf die Einnahmen und die Senkung der Kosten aus.
2. *Rekrutierungsargument (resource acquisition argument):* Hier geht es um die verbesserte Ansprache nicht-traditioneller Arbeitsmarktgruppen und -potenziale (Studierende und Belegschaft) und die bewusste Anwerbung durch Diversity-Marketing. Es ist zu vermuten, dass dieses Argument schon in etwa zehn Jahren das zentrale Argument an Hochschulen im Hinblick auf Studierende sein Wird. DiM kann Hochschulen helfen, ein gutes Image zu erreichen und zukünftig gezielt geeignete Studierende und Mitarbeiter*Innen anlocken.

3. *Kreativitätsargument (creativity argument):* In heterogenen Lehrveranstaltungen und Arbeitszusammenhängen steigt die Kreativität und Innovationsfähigkeit aufgrund der Vielfalt von Perspektiven, Erfahrungen und Backgrounds. Perspektivenvielfalt fördert und stimuliert Denkprozesse. Es wird angenommen, dass heterogene Teams kreativere und tragfähigere Lösungsstrategien entwickeln.
4. *Problemlösungsargument (problem solving argument):* Heterogene Teams entwickeln mehr Ideen, wie Herausforderungen gelöst werden können. Zudem erhöht sich die kritische Analysefähigkeit und somit die Lernfähigkeit.
5. *Systemflexibilisierungsargument (system flexibility argument):* Die Vielfalt der Ideen führt zu flexiblem Denken, höherer Elastizität und einer flexibleren Einstellung in Bezug auf die Erwartungen und Ansprüche Außenstehender. Veränderungen können effizienter und kostengünstiger erzielt werden.

5. Exzellenz-Initiative:
Die ausgezeichneten Universitäten (RWTH Aachen, TU München) haben DiM fest in ihre jeweiligen Gesamtkonzepte integriert;
Wichtig ist, dass eindeutige Unterstützung der Leitungsebene erhalten wird; allerdings gibt es auch andere Wege der Implementierung von DiM, s. USA & GB.

Als Vorreiter-Beispiel für ein erfolgreich eingeführtes Diversity Management ist die Universität Duisburg-Essen (UDE) zu nennen. Diese verzeichnet 2009 unter den 31.000 Studierenden:

- 3.565 (11.5%) Studierende mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung
- 5.000 (16%) Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, davon:
    - 1.000 mit türkischer Staatsangehörigkeit
    - 770 mit chinesischer Staatsangehörigkeit.

Die UDE liegt bezüglich der Anzahl der ausländischen Studienabsolvent*Innen bundesweit auf Platz 3.

2.4 Diversity im ISPM

Der internationale Studiengang Politikmanagement ist einer der wenigen Politikstudiengänge in Deutschland die man direkt mit einem Fachhochschulabschluss studieren kann. Der Studiengang verbindet wissenschaftliche Grundlagen mit Praxisnähe und Internationalität. Doch inwiefern schlägt sich dies in der Zusammensetzung der Studierenden nieder? Um die Frage zu beantworten, wer die Studierenden des ISPM sind, haben wir unter diesen eine Umfrage durchgeführt. Diese Umfrage beschäftigt sich mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Studierenden, ihrem Engagement und ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung.
Die eigenen erhobenen Daten werden vor allem mit den Daten der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung, verglichen. Alle Abbildungen mit der Kennzeichnung „DSW/HIS-HF 20. Sozialerhebung“ stammen aus dem Bericht „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studie-

renden in Deutschland 2012“, alle Abbildungen die sich auf den ISPM beziehen stammen aus eigener Berechnung.

2.4.1 Hochschulzugang

Im Hinblick auf die oben aufgeführten Zulassungsvoraussetzungen betrachten wir in diesem Teilabschnitt die Zusammensetzung der Studierenden des ISPM nach ihrer schulischen Bildung und ihrer beruflichen Qualifikation.

Die folgende Tabelle der 20. Sozialerhebung zeigt die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Hochschulzulassungsberechtigungen. Laut der 20. Sozialerhebung lag der Anteil von Studierenden mit Fachhochschulreife 2012 insgesamt bei 12%. Einen Prozentpunkt tiefer als in beiden Vorjahren. Wie zu erwarten ist der Unterschied von Studierenden mit Fachhochschulreife zwischen Universitäten und Fachhochschulen äußerst signifikant.

Hochschulzugangsberechtigung	Insgesamt				Geschlecht							
					männlich				weiblich			
	'03	'06	'09	'12	'03	'06	'09	'12	'03	'06	'09	'12
Allgemeine Hochschulreife	87	83	83	83	83	79	79	79	91	88	88	88
Fachhochschulreife	9	13	13	12	13	16	17	15	6	9	9	8
Fachgebundene Hochschulreife	3	3	3	4	3	4	4	5	2	2	3	3
Andere Hochschulzugangsberechtigung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

	Hochschulart							
	FH				Uni			
	'03	'06	'09	'12	'03	'06	'09	'12
Allgemeine Hochschulreife	60	52	53	57	96	96	96	96
Fachhochschulreife	31	39	38	32	2	2	2	2
Fachgebundene Hochschulreife	8	8	8	9	1	1	1	2
Andere Hochschulzugangsberechtigung	1	1	1	2	1	1	1	<1

DSW/HIS-HF 20. Sozialerhebung

Abbildung 7 Art der Hochschulzugangsberechtigung nach Geschlecht und Hochschulart (in %)

Bei Fachhochschulen (Abbildung 11) kann man seit der Erhebung 2006 den Trend erkennen, dass immer mehr Studierende eine Allgemeine Hochschulreife und immer weniger eine Fachhochschulreife mit sich bringen.

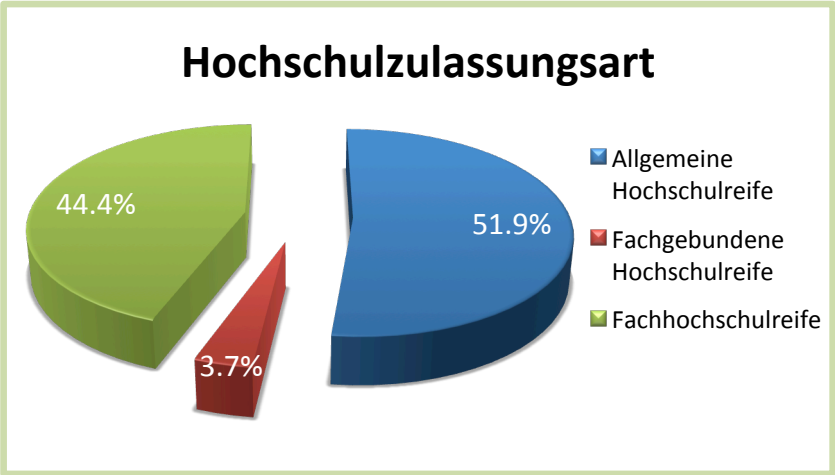


Abbildung 8 Hochschulzulassung im ISPM

Der Anteil von Studierenden des ISPM mit einer Fachhochschulreife liegt dagegen bei 44,4% (Abbildung 10), und damit mehr als dreieinhalb Mal so hoch wie der prozentuale Gesamtanteil 2012, und selbst 12 Prozentpunkte über dem Wert für Fachhochschulen (2012). Der Anteil von Studierenden des ISPM mit Allgemeiner Hochschulreife liegt bei 51,9% und der mit Fachgebundener Hochschulreife bei 3,7% (Abbildung 10). Laut der 20. Sozialerhebung hat mehr als jeder fünfte Studierende (22%) in Deutschland eine abgeschlossene Berufsausbildung, ein Wert der seit der Erhebung 1994 (34%) stetig abgenommen hat. Im ISPM liegt der Anteil bei über einem Drittel (35,8%). Dieser Wert liegt unter dem Anteil für Studierende mit abgeschlossener Berufsausbildung an Fachhochschulen 2012 (42%), aber weit über dem an Universitäten (13%). Beide Werte befinden sich wie der Gesamtwert seit 1994 im Rückgang (Middendorff et al. 2012, 58).

2.4.2 Sozio-Demographische Merkmale

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den demographischen Merkmalen und der Bildungsherkunft der Studierenden des ISPM.

Das durchschnittliche Alter der Studierenden des ISPM liegt bei 24,4 Jahren und somit 1,6 Jahre über dem durchschnittlichen Alter eines Studierenden im Bachelor (22,8 Jahre) in Deutschland. Der Frauenanteil im ISPM liegt bei 47,3% und somit knapp unter dem durchschnittlichen Frauenanteil im Erststudium (48%)(Middendorff et al. 2012, 68).

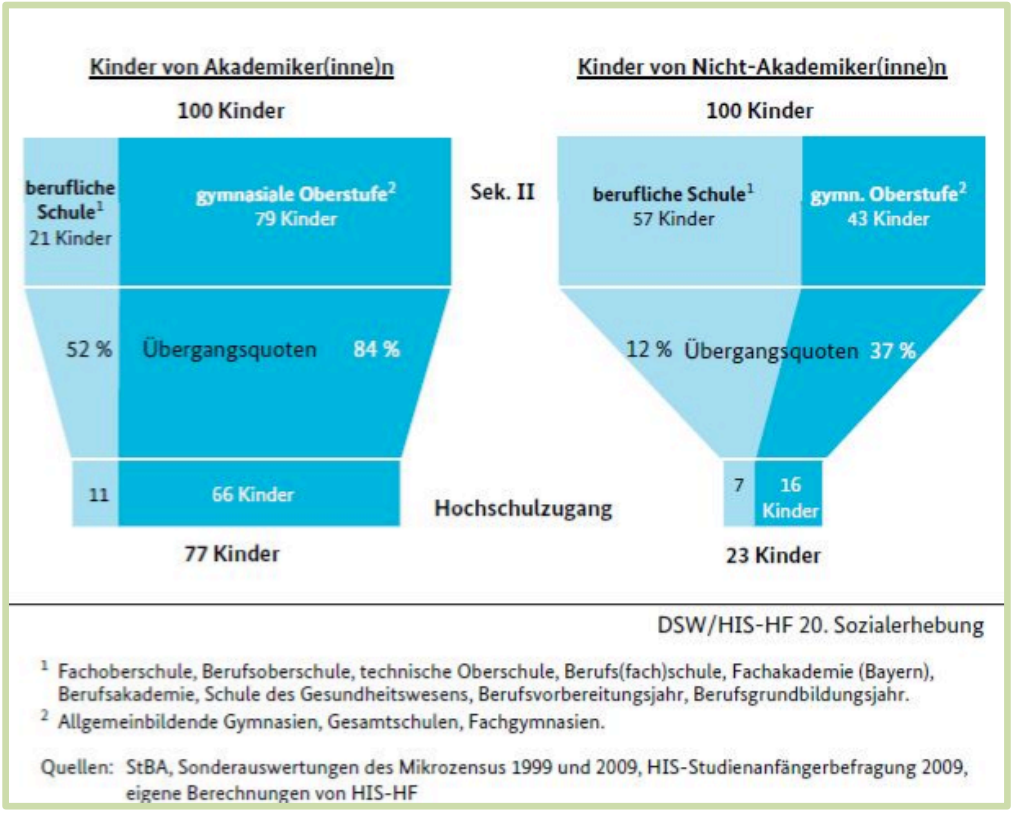


Abbildung 9 Bildungstrichter 2009: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach Bildungsstatus im Elternhaus

Wie Abbildung 12 zeigt, schaffen es aus 100 Kindern im Sekundarbereich II von Nicht-Akademiker*Innen nur 23 an eine Hochschule. Im Gegensatz dazu schaffen denselben Übergang von 100 Akademiker*Innen Kindern 77.

Mit der 20. Sozialerhebung wurde der Betrachtungsfokus von der „sozialen Herkunft“ abgewendet und ein neues statistisches Konstrukt, das der „Bildungsherkunft“ entwickelt (Middendorff et al. 2012, S.87ff).

Bildungsherkunft	Höchste berufliche Abschlüsse der Eltern
hoch	beide Eltern mit akademischem Abschluss
gehoben	ein Elternteil mit akademischem Abschluss
mittel	beide Eltern mit nicht-akademischem Berufsabschluss
niedrig	maximal ein Elternteil mit einem Berufsabschluss, der zudem nicht-akademisch ist

Tabelle 13 Bildungsherkunft

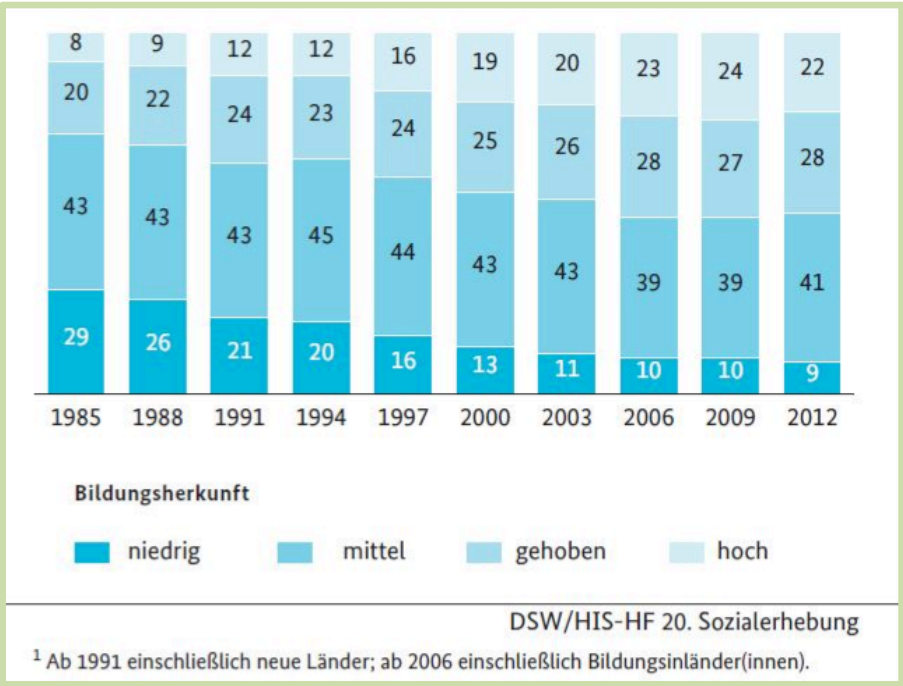


Abbildung 10 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Bildungsherkunft 1985-2012 in %

Betrachtet man die Entwicklung der Bildungsherkunft in Abbildung 13, so ist deutlich erkennbar das der Anteil der Studierenden aus mittlerer und niedriger Bildungsherkunft immer mehr abnimmt. 1985 lagen diese Teile zusammen noch bei 72%, 2012 waren es nur noch 50%. Höchst signifikant ist die Entwicklung für Studierende mit niedriger Bildungsherkunft von 29% im Jahre 1985 zu 9% in 2012.

Die Bildungsherkunft der Studierenden des ISPM (Abbildung 14) weist deutliche Unterschiede zum Durchschnitt in Deutschland auf. Auffallend ist das beim ISPM 58,2% aus niedriger oder mittlerer Bildungsher-

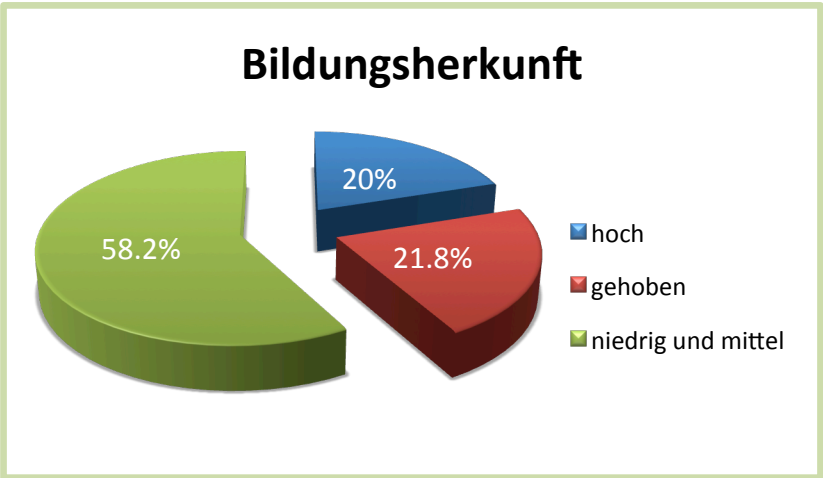


Abbildung 11 Bildungsherkunft der ISPM-Studierenden

kunft stammen, wie bereits erwähnt liegt dieser Wert für alle Studierenden bei 50%. Auch haben im ISPM gut 6% weniger Studierende eine gehobene, und 2% weniger eine hohe Bildungsherkunft. Von den Studierenden des ISPM aus gehobener Bildungsherkunft (21,8%), haben 3,6% diesen, da ihre Mutter eine akademische Ausbildung hat und die anderen 18,2% aufgrund des akademischen Abschlusses ihres Vaters.

2.4.3 Einkommen und Engagement

Von den Studierenden des ISPM nehmen 42,6% BAföG in Anspruch. Wie in Abbildung 15 zu sehen, lag der Durchschnitt von Studierenden die BAföG in Anspruch nehmen in Deutschland bei 24% im Sommersemester 2012. Wenn man jedoch lediglich die zentralen Semester in Betracht zieht steigt der Anteil auf 32%.

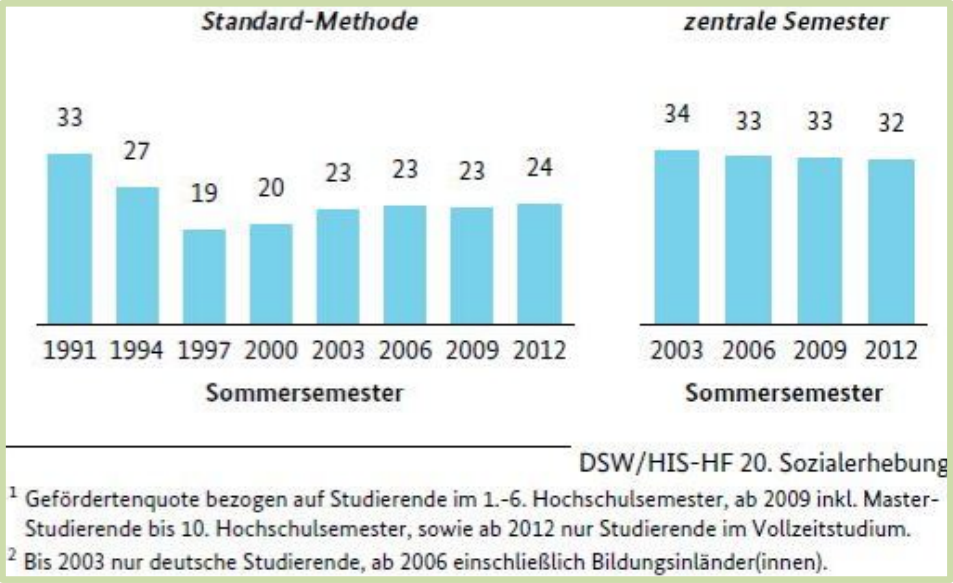


Abbildung 12 BAföG Quote – Anteil der Geförderten unter allen Studierenden (Standard-Methode) und denen der zentralen Hochschulsemester in %

Selbst in Betracht dieses höheren Anteils liegt die Differenz zu den Studierenden des ISPM immer noch bei über 10%. Eine mögliche Erklärung für diese Differenz ist der höhere Anteil von Studierenden mit geringer oder mittlerer Bildungsherkunft. Wie die nachfolgende Abbildung (16) zeigt, nehmen Studierende mit geringer und mittlerer Bildungsherkunft signifikant häufiger BAföG in Anspruch.

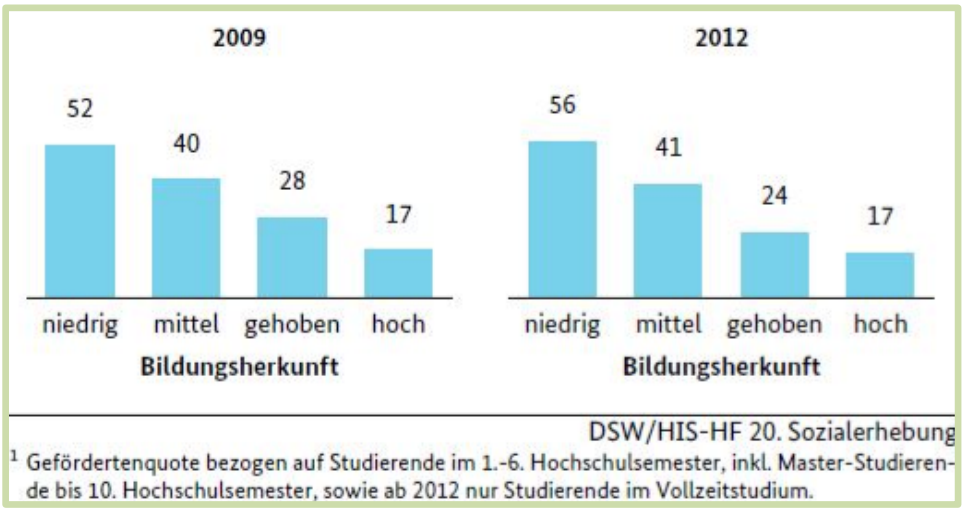


Abbildung 13 BAföG-Quote nach der Bildungsherkunft der Studierenden in den zentralen Hochschulsemestern in % je nach Bildungsherkunft

Des Weiteren geben knapp die Hälfte (48,1%) der Studierenden des ISPM an, neben dem Studium für ihren Lebensunterhalt einer bezahlten Tätigkeit nachgehen zu müssen. Auch sind zwei

Drittel der Studierenden des ISPM neben Ihrem Studium **ehrenamtlich aktiv**, die meisten in der Hochschulpolitik, in sozialen Bereichen oder in anderen politischen Bereichen.
Im Vergleich hierzu gibt der „Diversity Report“ der CHE Consult an, dass laut seiner Erhebung 37,7% der Studierenden in Deutschland neben dem Studium ehrenamtlich aktiv sind (Berthold/Leichsenring 2012, 96).

Die Anzahl von **Stipendiat*Innen (13%)** unter den Studierenden des ISPM ist mehr als zweieinhalb mal so hoch wie der Durchschnitt (5%) unter Studierenden in Deutschland (Middendorff et al. 2012).

„Die Diversität der Studierenden bringt zum einen unterschiedliche Leistungsniveaus mit sich, die mitunter etwas schwierig zu managen sind. Andererseits verfügt ISPM über einen hohen Anteil an Studierenden aus anderen Ländern und Kulturen, die ganz verschiedene Denkmuster für neue und kreative Zugänge zur Thematik einbringen.“
Thomas Kristen, Lehrbeauftragter

2.4.4 Migrationshintergrund

Von den Studierenden des ISPM haben 18,1% einen Migrationshintergrund, da sie selbst oder ihre Eltern nach Deutschland zugewandert sind. Weitere 11% haben Großeltern die nach Deutschland zugewandert sind. 9,3% dieser Studierenden haben eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft.

2.5 Fazit

Die Studierendenschaft des ISPM weist einige interessante Merkmale auf. Der Anteil der Studierenden die bereits eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben ist äußerst hoch, zwar liegt er unter dem Durchschnitt für Fachhochschulen, aber es ist die Vermutung der Autoren das dieser Wert durch die vielen technischen Studiengänge angehoben wird, der Anteil liegt weit über dem für Universitäten. Dies in Kombination mit dem höheren Altersdurchschnitt lässt auf mehr Lebenserfahrung schließen. Beträchtlich sind auch das ehrenamtliche Engagement und der hohe Anteil von Stipendiat*Innen. Für äußerst bedeutungsvoll halten wir auch den höheren Anteil von Studierenden aus niedriger oder mittlerer Bildungsschicht. Auch der hohe Anteil von Studierenden mit Fachhochschulreife ist bemerklich. Betrachtet man diese Merkmale in Kombination, so scheint der Eindruck naheliegend, dass der ISPM einigen engagierten Studierenden den Raum zur Studie der Politik gibt, denen der direkte Weg an eine Universität verwehrt ist, und einigen anderen die sich wissentlich für die Kombination aus Praxis und Wissenschaft entscheiden.

„Der Studiengang ist charakterisiert durch eine hohe Diversität unter den Studierenden, die sich sehr engagiert zeigen und zu hohem Anteil mit konkretem Ziel im politischen Bereich studieren.“
Felix Kolb, Lehrbeauftragter

3. Praxisbezug[4]

Den ISPM kennzeichnet eine außergewöhnliche Praxisnähe, die sich hauptsächlich aus seinen organisatorischen Rahmenbedingungen ergibt. So müssen die Studierenden neben dem obligatorischen Praxissemester ein verpflichtendes Vorpraktikum absolvieren. Für die Professuren gelten spezielle Berufungskriterien, um eine besonders praxisnahe Lehre zu gewährleisten und die meisten Lehrbeauftragten kommen direkt aus dem Berufsalltag. Dies hat starken Einfluss auf die Gestaltung der Lehrveranstaltungen und der Leistungsnachweise, die häufig selbst in theoretisch konzipierten Seminaren einen starken Bezug zur Praxis aufweisen.

Ziel dieses Kapitels ist es, die besondere Qualität der Praxisorientierung des Studiengangs in ihrer Vielseitigkeit zu dokumentieren. Dabei wird insbesondere auf drei praxisrelevante Aspekte Bezug genommen: (1) die besondere Ausgestaltung der Module, (2) die Beschäftigung von Lehrenden aus der Praxis und (3) das verpflichtende Praxissemester.

Für die Ausgestaltung des Kapitels wurden einige Dozent*Innen, sowie Studierende und Praktikumsgeber anhand von Fragebögen am Telefon befragt. Des Weiteren wurden die Daten der studiengangsinternen Praktikumsbörse qualitativ und quantitativ ausgewertet.

1. Praxisnahe Module

Neben dem Praxissemester (siehe 6.3) hat der ISPM zwei Typen besonders praxisnaher Module, die den Studiengang von anderen vergleichbaren Programmen abheben. Diese machen insgesamt ca. ein Drittel der an der Hochschule zu belegenden Kurse aus.

Die erste Kategorie bilden Seminare, die von Dozent*Innen aus der Praxis angeboten werden. Diese sind sowohl im Aufbau als auch in der Art des Leistungsnachweises sehr praxisnah gestaltet. Um dies zu veranschaulichen werden im Folgenden die Teilmodule „Politische Kampagnen“ und „Politikberatung in intermediären Organisationen“ näher vorgestellt.

Die Seminare der zweiten Kategorie werden durch Lehrbeauftragte mit akademischem Hintergrund angeboten, der Leistungsnachweis ist aber dennoch sehr praxisnah angelegt. Dieser Typ ist im Studienverlauf seltener und ist aufgrund des Kurstitels nicht offensichtlich als praxisnah erkennbar. Hier stellen wir beispielhaft das Seminar „Einführung in die Policy-Analyse“ vor.

Selbst in Modulen, die keinen direkten Praxisbezug haben, profitieren die Studierenden selbstverständlich von Beispielen, Anekdoten und Erfahrungen aus der Arbeitswelt, die Lehrende aus erster Hand weitergeben.

[4] Von Henrike Adebar, Linda Mederake, Philip Warncke und Miriam Wiemers

Steckbrief: Politikberatung in intermediären Organisationen

Semester
Das Teilmodul wird im zweiten Semester gelehrt.

DozentInnen
Ecologic Institut EU (z. Zt. Martin Hirschnitz-Garber & Timo Kaphengst)
Politikberatungsinstitut/Think Tank für transdisziplinäre Policy-Forschung im Bereich der europäischen und internationalen Umweltpolitik

Curriculum
Das Teilmodul vermittelt Kenntnisse zur Scharnierfunktion von intermediären Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft, sowie zu den Funktionen von Politikberatung. Neben normativen Diskussionen lernen die Studierenden in diesem Zusammenhang typische Organisationen dieser Art kennen und wenden die erworbenen theoretischen und methodischen Kenntnisse in Praxis-Fallbeispielen an, die in der Politikberatung auftreten.

Leistungsnachweis
Für den Leistungsnachweis stehen in der Regel verschiedene Möglichkeiten zur Auswahl. Diese reichen von der Erstellung eines Angebots, über die Erarbeitung von Konzepten zum Agenda-Setting oder für die Durchführung Studien, bis hin zur Entwicklung eines Evaluierungsvorhabens von Policies. Die Aufgaben orientieren sich dabei alle an real existierenden Ausschreibungen, Politikprogrammen etc. Es ergänzt sich inhaltlich mit dem anderen Teilmodul zur Policy Analyse, welches theoretische Konzepte und Ansätze vermittelt, die in diesem Modul praktisch angewendet werden.

Beispiel: Darstellung des Politischen Hintergrundes und Entwurf einer Wirkkette für die Evaluierung eines Projektes der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)
Dieses Beispiel eines Leistungsnachweises beinhaltet zum Einen die Aufarbeitung des politischen Hintergrundes zur Klimapolitik in Deutschland und der EU, zum Anderen die Auseinandersetzung mit einer konkreten Policy zum Klimaschutz, der NKI. Von dieser wurde ein Teilprojekt betrachtet. Anschließend sollte ein Konzept dazu erstellt werden, wie das Projekt evaluiert werden kann. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Studierenden die Ziele des Politikprogramms operationalisierten, um darauf aufbauend ein Konzept dafür zu entwickeln, wie dessen Erreichung qualitativ und quantitativ gemessen werden kann.

Relevanz für das Praxissemster/Jobrelevanz
Zitate aus Praxisberichten
„Bei [meinen] Aufgaben [im Praktikum] kamen mir besonders die Erfahrungen aus dem Teilmodul „Politikberatung in intermediären Organisationen“ zu Gute. […] Im Rahmen des Seminars hatte ich in einer Gruppenarbeit schon eine Projektarbeit zu einem Thema der NKI geschrieben, sodass ich nicht nur inhaltlich schon etwas eingearbeitet war, sondern auch Ansätze der Strukturen der Evaluierung schon kannte. […] [Damit] eröffnete sich mir schließlich auch die Möglichkeit im Ecologic Institut mein Praktikum zu machen.“ (Miriam Wiemers, Studierende ISPM)

Steckbrief: Politische Kampagnen

Semester
Das Teilmodul wird im dritten Semester gelehrt.

Dozent
Cornelius Brand; Gründer, Eigentümer und Geschäftsführer von Brand Associates
bis 2010: Dr. Felix Kolb; Geschäftsführer bei Campact e.V.

Curriculum
Das Seminar „Politische Kampagnen“ soll den Studierenden Rezeption und Wirkung medialer Politikvermittlung und die Funktionsweisen politischer Kampagnen näher bringen. Campaigning ist heute ein zentraler Bestandteil der politischen Auseinandersetzung, in dem unterschiedlichste Aktivitäten und Akteure eine Rolle spielen. Adressaten sind dabei gemeinhin Regierungen, Parteien oder Parlamente, um Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Im Seminar werden die theoretischen Grundlagen für die Entwicklung strategisch ausgerichteter Kampagnen vorgestellt, welche dann mit der Erarbeitung einer Beispielkampagne angewandt und im Seminar präsentiert werden.

Leistungsnachweis
Der Leistungsnachweis wird in Kleingruppen erbracht und erfolgt in Entwicklung einer kohärenten Kampagnenstrategie für eine real existierende NGO, wodurch die „erlernte Theorie unmittelbar in ein konkretes Beispiel umgesetzt“ (Dr. Felix Kolb) und praxisnah erfahren werden kann. Die Kleingruppen sollen sich selbst als Mitarbeiter*Innen einer Kommunikations- oder Werbeagentur sehen, die den Auftrag für die Ausarbeitung einer politischen Kampagne erhalten.

Beispiel: Erarbeitung einer Kampagne für die NGO „digitalcourage“ (ehemals FoeBuD)
Der Arbeitsauftrag bestand darin, eine Kampagne für mehr Datenschutz in Sozialen Netzwerken wie Facebook zu erstellen, die sich direkt an Nutzer von Sozialen Netzwerken richtet und diese dazu anregen sollte, sich bei Politiker*Innen für mehr Datenschutz einzusetzen. Die Kampagne sollte in Absprache mit der NGO so konzipiert werden, dass sie tatsächlich umgesetzt werden könnte. Im Vorfeld sollte eine Umfeldanalyse erstellt werden, um danach eine Botschaft, eine Strategie und Ziele der Kampagne zu entwickeln. Abschließend wurden die Arbeitsergebnisse dann der Geschäftsführerin vom FoeBuD vorgestellt.

Relevanz für das Praxissemester/ Jobrelevanz
„Campaigning wird immer wichtiger, die Nachfrage nach Kampagnen wächst besonders im NGO-Bereich stetig. Gleichzeitig gibt es allerdings einen Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Daher ist der Studiengang gut beraten, ein solches Modul anzubieten. Bei ansonsten gleicher Eignung ist die Belegung eines solchen Kurses definitiv ein Pluspunkt bei einer Bewerbung.“ (Dr. Felix Kolb)

"Die praktischeren Seminare der ersten drei Semester halfen mir (...) bei meiner Arbeit in der Agentur. In den Präsentationen für neue Kunden musste in der Regel eine Kampagne vorgestellt werden. Hier half mir das Seminar über politische Kampagnen sehr.“

2. Dozent*Innen aus der Praxis

Die HS Bremen hat als Hochschule der angewandten Wissenschaften besondere Vorgaben zu erfüllen, damit Lehrbeauftragte und Professor*Innen eingestellt werden können. Darunter fallen u.a. die Einstellungsvoraussetzungen im Bereich der Berufserfahrung. Für neu zu besetzende Professuren schreibt das Bremische Beamtengesetz neben einer Promotion und Anforderungen an die Fachlichkeit mindestens fünf Jahre Berufserfahrung vor. Davon müssen mindestens drei Jahre berufliche Praxis außerhalb von Hochschulen ausgeübt worden sein (BremBG (2009) § 116).

Die Ordnung der Hochschule Bremen sieht auch zur Vergabe von Lehraufträgen mindestens zwei Jahre einschlägige Berufserfahrung und einen Hochschulabschluss als Qualifikationsanforderungen vor (Lehrauftragsverordnung (2003) §5). Unter den Lehrbeauftragten im Studiengang besitzen einige einen stark akademisch/wissenschaftlich geprägten Hintergrund. Andere jedoch kommen anders als an vielen Universitäten im wahrsten Sinne des Wortes direkt von ihrem Arbeitsplatz in die Seminare. Im ISPM werden ca. ein Drittel der angebotenen Module von Dozent*Innen aus der Praxis angeboten.

Im Folgenden werden drei Lehrbeauftragte, ihre Berufserfahrung, persönliche Motivation und die während des Lehrauftrages gemachten Erfahrungen vorgestellt.

Steckbrief: Dr. Alexander Mühlen, Botschafter a.D.

Lehrtätigkeit
Lehrtätigkeit seit über 10 Jahren

Modul
6.4.2 Interkulturelles Management
Inhalt: Verhandlungsführung

Studium
Jura an der Universität Bonn und an der École Nationale d'Administration in Paris
1965 erstes Staatsexamen; 1967 Promotion; 1971 zweites Staatsexamen

Berufserfahrung
Herr Mühlen war 36 Jahre im höheren Auswärtigen Dienst tätig. Für das Auswärtige Amt war er in dieser Zeit auf 4 Kontinenten beschäftigt, bei der deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf akkreditiert, stellvertretender Botschafter in Singapur und Chile und als deutscher Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Uganda.
Seit er im Ruhestand ist gibt er vermehrt 2-4-tägige Blockseminare in zahlreichen Ländern im universitären und außeruniversitären Bereich. Er betreut u. a. Model United Nations anderer Universitäten anhand von Originalfällen. Herr Mühlen ist außerdem Autor mehrerer Bücher. Er arbeitet z.B. an der Erweiterung und Modifikation der sog. Harvard-Methode und hat ein Buch über internationales Verhandeln (Mühlen 2010) geschrieben. Trotz Ruhestand ist er weiter in der ständigen Entwicklung verfeinerter Verhandlungsmethoden anhand aktueller und interkultureller Fallstudien in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit aktiv.

Zitat
„Ich habe mir vorgenommen den Studierenden zu vermitteln, wie sie ‚*Verhandlungssituationen*' in Alltag und Beruf meistern. Viele Kompetenzen die ich in meinem Modul vermittele halte ich im Hinblick auf spätere Berufsperspektiven für außerordentlich relevant, so z.B. wie wichtig eine geordnete Verhandlungsvorbereitung ist, dass eine erfolgreiche Verhandlung der Definition der eigenen und gegnerischen Ziele bedarf, was ein faires Ergebnis ist und dass es keine Einigung um jeden Preis geben sollte sowie der unerlässliche Aufbau von Vertrauen/ einer Langzeitbeziehung für gelungene Verhandlungen."

Steckbrief: Marion Krämer

Lehrtätigkeit
Erster Lehrauftrag im WS 2012/13

Modul
6.5.1 Projekt Politikmanagement
Inhalt: Projektmanagement

Aktueller Arbeitsplatz
Selbstständig, Projektmanagerin Kommunikation und Events in Köln
Auswahl aktueller Projekte:

- Planung, Abstimmung, Überwachung, Koordination/Betreuung, Durchführung:
  - Projektleitung zweitätiger Kongress und Messe „ECR Tag“ (Thema Efficient Consumer Response) mit ca. 800 Teilnehmern
  - Projektmanagement Auftakt- und Abschlussveranstaltung Welt-Aids-Tag
  - Projektmanagement Kommunikationsmaßnahmen Johanniter Unfallhilfe
- Projektmitarbeiterin bundesweiter Aktionstag „Türen auf!“ der Sendung mit der Maus – Akquise und Betreuung ausgewählter Veranstaltungsteile

Studienabschluss
1994 Diplom-Volkswirtin sozialwissenschaftlicher Richtung, Universität zu Köln

Berufserfahrung
Frau Krämer war vor der Selbstständigkeit als Projektmanagerin bzw. Projektleiterin in einer Eventagentur, einer Non-Profit Agentur und in einer gemeinnützigen Stiftung tätig und sie war geschäftsführende Gesellschafterin in einer Marketingagentur.

Motivation für die Lehrtätigkeit
„Ich arbeite seit fast 20 Jahren als Projektmanagerin und tue dies immer noch gerne. Meine Erfahrungen und Kenntnisse weiterzugeben ist durchaus eine Herzensangelegenheit mit dem Ziel, Studierende auf die praktische Projektarbeit vorzubereiten bzw. zumindest meinen Teil dazu beizutragen.“

Zitate
„Ich habe die Studierenden in Bremen als überdurchschnittlich engagiert, wach, offen und interessiert erlebt. Es war immer spürbar, dass sie das Seminar nutzen wollten, um für sich und das weitere Studium etwas ‚mitzunehmen‘. Es hat viel Freude gemacht, das Seminar zu halten.“
„Ich weiß, dass viele Berufsanfänger*Innen von ihren Vorgesetzten gerne nach dem Motto ‚Machen Sie mal‘ mit Projektarbeit konfrontiert werden – da ist es gut ein paar Tools und Tipps aus der Praxis zu kennen. Ich habe überdies in vielen Projekten erlebt, wie Projektbeteiligte in klassische Fallen getappt sind, Projektphasen vernachlässigt oder ausgelassen wurden, Kommunikationsstrukturen und Rollen im Projektteam unklar waren usw. Fehler beim Projektmanagement sind wesentlich häufiger für das Scheitern von Projekten verantwortlich als inhaltliche Defizite. Genau deshalb ist es mir wichtig, vor allem anhand praktischer Beispiele und Übungen das Thema Projektmanagement zu vermitteln, in der Hoffnung, dass die Inhalte so besser im Gedächtnis bleiben.“

Steckbrief: Thomas Kristen

Lehrtätigkeit
seit dem Wintersemester 2009/10

Modul
7.5.1 Verwaltung und Politik II
Inhalt: Europäisierung von Verwaltung und Politik

Aktueller Arbeitsplatz
Senatskanzlei Bremen, Abteilung Koordinierung und Planung
Leiter des Referats Bau, Verkehr und Europa

Abstimmung von Senatsvorlagen, Vorbereitung der Termine des Bürgermeisters, Organisation aller Belange des Deutschen Städtetags im Land Bremen, Vorbereitung von Aufsichtsräten (BSAG, Gewoba), Teilräumliche Planungen und Ortsbeiräte, Teilnahme an ad hoc Arbeitsgruppen zur Vorbereitung größerer Senatsentscheidungen

Studienabschlüsse
1989 Gesamthochschule Kassel, Dipl. Ing. Stadtplaner
1991 University College London, MPhil Town Planning

Berufserfahrung
1991-1993 Städtebaureferendariat Hessen (hauptsächlich Frankfurt, RP Darmstadt)
1993-1995 Albert Speer & Partner, Planungs- und Architekturbüro
1995-2003 Stadt Frankfurt am Main, Stadtplanungsamt

Motivation für die Lehrtätigkeit
„Meine Motivation ist es eigene Projekte zu kreieren und einen eigenständigen Arbeitsbereich außerhalb meiner Dienststelle aufzubauen."
Herr Kristen genießt den hohen Freiheitsgrad in der Beschäftigung mit den Themen an der Hochschule, der sich von der oft Input-gesteuerten Arbeit in der Senatskanzlei deutlich unterscheidet. Er arbeitet gerne mit Studierenden und Praktikant*Innen zusammen, auch da man, wie er sagt, „selbst auch schlauer wird, wenn man das eigene Wissen nochmal so aufbereitet, dass es andere auch kapieren sollen".

Zitate
„Meine Veranstaltung versucht neben dem theoretischen Input immer auch aufzuzeigen wie sich europäische Normen, Politiken und Förderungen konkret auf die Politik und Verwaltung in Bremen auswirken. Ich bemühe mich deshalb so viele Beispiele aus der Praxis wie möglich in meine Lehrveranstaltung einzubauen."
„Ich will konkrete und ‚anfassbare' Praxisbeispiele in die Hochschule bringen und diskutiere diese gerne anhand der dort gelehrten Theorien."

„Ich finde den Studiengang richtig gut. Es ist eine gute Mischung aus Praxis und Theorie. Hinzu kommt die internationale Ausrichtung. Große Vorteile sind außerdem das breit gefächerte Themenspektrum und die Interdisziplinarität."

3. Das Praxissemester

Das Praxissemester ist ein obligatorischer Bestandteil im Curriculum des ISPM. Es ist fest in den Lehrplan integriert, wird mit 18 Credit Points vergütet und findet in der Regel im 4. Semester statt. Der Praktikumszeitraum umfasst mindestens 16 Wochen. Das Praxissemester soll den Studierenden ermöglichen, gezielt Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern aufzubauen und sich in einem ersten Schritt beruflich zu orientieren. Die Richtlinien zur Ausgestaltung der Praxisphase (ISPM 2008) präzisieren weiter: Das Praxissemester *„soll dazu dienen, die bisher im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in einer vertiefenden praxisbezogenen Ausbildung anzuwenden, die dabei gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten und die Studierenden auf ihre künftige berufliche Tätigkeit vorzubereiten.*“

„Das Praxissemester hat sich eindeutig positiv auf das Seminar ausgewirkt, das Interesse war dadurch anders, größer. Wenn man Projekte schon mal begleitet hat, dann hat man durch die Vorerfahrungen einfach eine andere Perspektive.“ *Marion Krämer, Lehrbeauftragte*

In der Wahl einer Praktikumsstelle sind die Studierenden sehr frei. Als Praktikumsstellen kommen demnach *„politische Organisationen, Behörden oder Verwaltungen, öffentliche Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen sowie Unternehmen und Beratungsunternehmen in Betracht, in denen Tätigkeiten wie praktische oder wissenschaftliche Politikberatung, praktische Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Organisations- und Personalführung oder vergleichbare Funktionen zum Arbeitsbereich gehören*“ (ISPM 2008).

Daraus ergibt sich ein breites Spektrum von Praktikumsgebern, die wir durch die Auswertung der studiengangsinternen Praktikumsbörse dokumentieren wollen. Die Praktikumsbörse umfasst Daten der letzten 6 Jahrgänge und hat keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit. Zum Zeitpunkt der Auswertung betrug die Gesamtmenge der aufgelisteten Praktika n=266. Eine Liste der 218 verschiedenen Praktikumsgeber befindet sich im Anhang.

a. Praktikumsorte

Die räumlichen Einsatzorte der Praktikant*Innen sind breit gefächert: In den letzten 10 Jahren wählten 69 Prozent der Studierenden einen Praktikumsplatz innerhalb Deutschlands, 31 Prozent absolvierten ihr Praxissemester aber auch außerhalb der deutschen Landesgrenzen. Die Hochschule Bremen bildet ganz gezielt Studierende für die Region Bremen aus. Im Leitbild der Hochschule Bremen heißt es „Die Hochschule Bremen stärkt mit ihrem Know-How die Region und ist beim Wissens- und Technologietransfer Partnerin für die regionale und überregionale Wirtschaft.“ (HS Bremen 2009). Auch der Studiengang ISPM bildet dabei keine Ausnahme. 18 Prozent der Studierenden haben ihr Praxissemester bei einem Praktikumsgeber in Bremen oder der näheren Umgebung absolviert. Zu den beliebtesten Praktikumsgebern in Bremen gehören hauptsächlich Parteien und städtische Institutionen, aber auch Gewerkschaften, NGOs und Unternehmen. Der Studiengang ist außerdem durch sein international ausgerichtetes Ausbildungskonzept geprägt. Er „qualifiziert für Positionen, die in einer glokalisierten Welt Verknüpfungen von Lokalem und Globalem erfordern“ (ISPM 2013a) und „[d]ie Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse im Ma-

nagement von Politik auf den verschiedenen politischen Ebenen von lokal bis international zu begleiten“ (ISPM 2013b). Auch dieses Merkmal spiegelt sich in der Wahl der Praktikumsorte wider. So absolvierten 31 Prozent der Studierenden ihr Praktikum außerhalb Deutschlands, 24 Prozent sogar außerhalb der EU. Sieben Prozent der Studierenden verbrachten ihr Praxissemester in der EU. Davon waren zwei Drittel bei Institutionen der Europäischen Union, zumeist in Brüssel beschäftigt. Von den 24 Prozent der Studierenden, die ins Ausland außerhalb der EU gingen, wählte die überwiegende Mehrheit Praktikumsstellen von international tätigen Stiftungen, ausländischen NGOs oder staatliche Institutionen im Ausland.

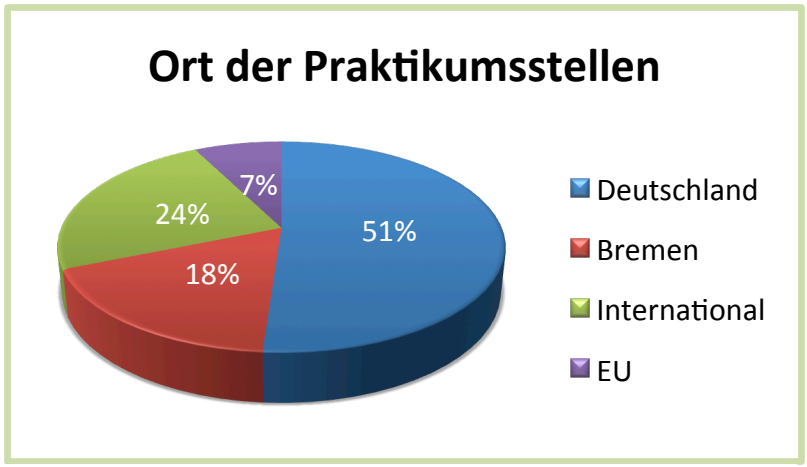


Abbildung 14 Ort der Praktikumsstellen

b. Arbeitsplatzkategorien

Das Praxissemester ermöglicht eine persönliche Schwerpunktsetzung für den späteren Berufseinstieg. Dass die Interessen der Studierenden dabei breit gefächert sind, belegt die Auswertung der Praktikumsbörse nach Arbeitsplatz-Kategorien.

Abbildung 15 Anzahl der Praktikant*Innen

Spitzenreiter bei der Wahl von Praktikumsplätzen sind staatliche Institutionen und NGOs bzw. Vereine. 60 Studierende, das sind über 20 Prozent, absolvierten ihr Praktikum in einer staatlichen Institution, das Gleiche gilt für NGOs und Vereine, für die sich ungefähr jeder Fünfte entscheidet. Zu den staatlichen Institutionen gehören Bundes- und Landesministerien, Staats- und Senatskanzleien, deutsche Botschaften und Landesvertretungen in Brüssel und Berlin. Die Palette der NGOs und Vereine ist noch vielseitiger: TERRE DES FEMMES, VIER PFOTEN, Robin Wood, das PEN-Zentrum Deutschland oder die Türkische

Gemeinde in Deutschland e.V. sowie eine Vielzahl ausländischer NGOs wie z.B. die *Asociacion Nacional de Microfinancieras e Intermediarias Financieras A.C.* in Mexiko (Sektor Mikrofinanzen) finden sich auf der langen Liste der Praktikumsgeber.
15 Prozent der Studierenden entscheiden sich für eine Partei als Praktikumsgeber. Es handelt sich dabei um Praktikumsplätze auf lokaler, nationaler, europäischer und sogar internationaler Ebene.
In Stiftungen, Wirtschaft(-sverbänden), Forschung, Think Tanks bzw. Politikberatungsinstituten und Gewerkschaften absolvieren jeweils 5 bis 10 Prozent der Studierenden ihr Praktikum. Dabei waren die Praktikant*Innen der Stiftungen sehr oft in Auslandsbüros z. B. der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig. Bei den Think Tanks und Politikberatungsinstitutionen konnten durch den Kontakt zu den Lehrenden der Module „Politikberatung in intermediären Organisationen“ und „Politische Kampagnen“ Praktikumsplätze bei Campact e.V. und Brand Associates GmbH vermittelt werden. Auch über andere Lehrende aus der Praxis ergeben sich Praktikumsplätze, so z. B. über Herrn Kristen in der Senatskanzlei.

> „Mittlerweile hatten wir schon zwei Praktikanten des Studienganges, die ihr Praxissemester in der Senatskanzlei absolviert haben. Den einen habe ich direkt betreut, der andere verbrachte sein Praxissemester in der Pressestelle.“
> *Thomas Kristen, Lehrbeauftragter und Praktikumsmentor*

Zu Beginn des dritten Semesters wird außerdem eine Studienfahrt nach Berlin durchgeführt, bei der potentielle spätere Arbeitsstellen besucht werden. So können die Studierenden Kontakte zu möglichen Praktikumsgebern knüpfen.

Einige Praktikumsstellen wurden bereits mehrfach von Studierenden als Praktikumsstelle gewählt. Mit schon acht Praktikant*Innen ist die Senatskanzlei Bremen die beliebteste Einsatzstelle, gefolgt von verschiedenen Arbeitgebern mit drei Praktikant*Innen. Dazu gehören sowohl der DGB in Berlin als auch die Arbeitnehmerkammer Bremen oder das biz – Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung.
Die Zahl der verschiedenen Praktikumsstellen liegt bei 218; das bedeutet ein Fünftel der Praktikumsstellen wurde mehrfach gewählt.

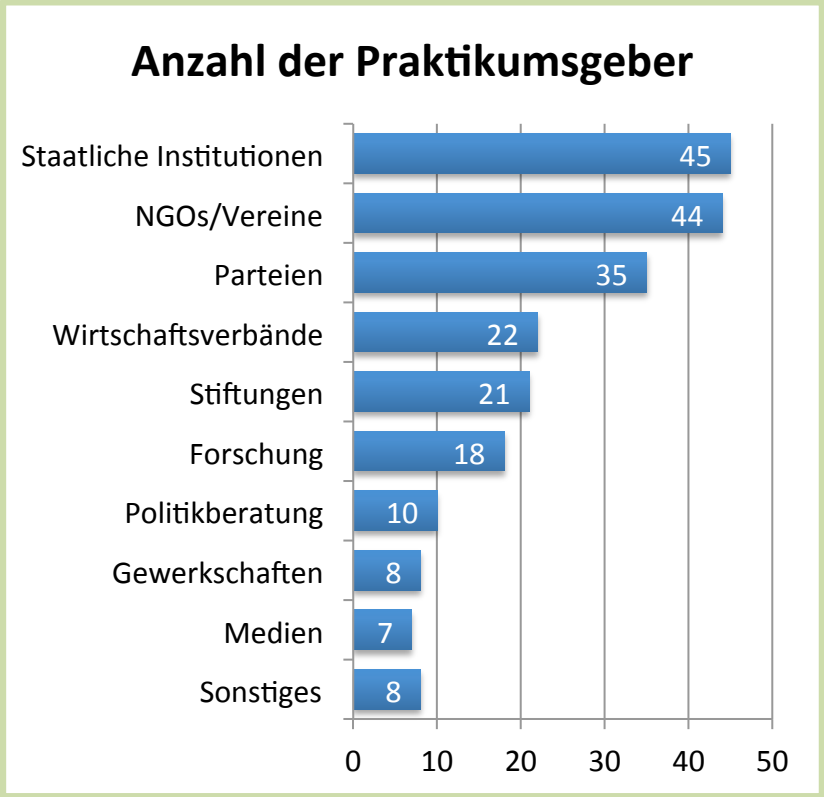


Abbildung 16 Anzahl der Praktikumsgeber

c. Wirkung des Praktikums

„Europabezogene Praktika und das Auslandssemester wirken sich in jedem Fall positiv auf das Basiswissen der Studierenden im Seminar aus. Es gibt unglaublich viel Basiswissen welche Institutionen es auf EU-Ebene gibt usw.“
Thomas Kristen, Lehrbeauftragter

In dem mehrmonatigen Praktikum erwerben die Studierenden Kenntnisse und Fähigkeiten, mit denen sie ihr eigenes inhaltliches Profil schärfen können. Neben dem fachlichen Wissen, welches sich aus der praktischen Arbeit ergibt, erhalten die Studierenden Einblicke in den beruflichen Alltag potenzieller Arbeitgeber. So können schon während des Studiums Kontakte geknüpft werden. Diese können den Studierenden dann während der folgenden Semester, aber auch für die Bachelorarbeit, Folgepraktika oder die Jobsuche hilfreich sein. Z. B. bieten einige Praktikumsgeber an, ihre Praktikant*Innen nach Abschluss des Studiums einzustellen, oder ihnen bei der Suche nach einem passenden Job behilflich zu sein. In anderen Fällen absolvierten Studierende ein weiteres Praktikum beim Praktikumsgeber oder Praktikumsmentor*Innen betreuten Bachelorarbeiten. Positive Praktikumsreferenzen spielen außerdem eine entscheidende Rolle bei der Suche nach zukünftigen Praktikumsplätzen, aber auch beim Einstieg in den Beruf nach Beenden des Studiums.

Um dies zu veranschaulichen, zwei kleine Beispiele:

Sarah Sommer verbrachte 2010 ihr Praktikum in der ver.di Bundesverwaltung in Bereich Sozialpolitik. Nach dem Praktikum hielt sie zu ihrer Betreuerin im ver.di Bundesvorstand, Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik, Kontakt. So bekam Sarah Sommer die Möglichkeit ihre Bachelorarbeit zum Thema „Jugendliche am Arbeitsmarkt: Mehr (Un-) Sicherheit durch Flexibilität? Auswirkungen der Umsetzung des Flexicurity-Paradigmas auf die Jugendbeschäftigungskrise in Spanien“ von Frau Kerschbaumer als Zweitkorrektorin betreuen zu lassen. Das Kolloquium fand außerdem im Sommer 2012 in Berlin in der ver.di-Bundesverwaltung statt.

"Mein Praxissemester hat mir nicht nur dabei geholfen, einen Einblick in ein mögliches Berufsfeld zu bekommen, sondern mir auch Kontakte verschafft, die mir in meinem weiteren Studien- und Berufsleben weitergeholfen haben. So hat meine Praktikumsmentorin mir nicht nur ein weiteres Praktikum ermöglicht, sondern auch meine Bachelorarbeit betreut. Nach meinem ISPM-Studium hat sie sich außerdem dafür eingesetzt, für mich einen Job bei ver.di zu schaffen."
Sarah Sommer, *ISPM-Studentin 2008–2012*

Miriam Wiemers absolvierte ihr Praxissemester 2012 im Ecologic Institut in Berlin. Dort war sie an der Evaluierung der nationalen Klimaschutzinitiative beteiligt und erwarb u.a. Schlüsselkompetenzen zur Datenerhebung, -verarbeitung und -auswertung.

Ein Praktikum wirkt sich jedoch nicht nur für die Studierenden positiv aus, sondern ebenfalls für die Praktikumsgeber. So äußert sich Doris Knoblauch vom Ecologic Institut sehr positiv über ihre ehemalige Praktikantin Miriam Wiemers. Auf die Frage nach ihrer Motivation Miriam Wiemers zu betreuen antwortete sie: „Ich kannte Miriam Wiemers von einem Blockseminar, das ich gegeben hatte. Sie war mir als äußerst engagierte und talentierte Studentin in Erinnerung geblieben. Die Motivation, sie im Praktikum zu betreuen, setze sich daher aus zwei Komponenten zusammen: Zum einen wollte ich ihr die

„Meine Praktikantin aus dem ISPM brachte die fachlichen Kenntnisse und alle menschlichen Fähigkeiten mit, die für das Praktikum relevant waren. Sie zeigte schnelle Auffassungsgabe, Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit. Die Zusammenarbeit mit ihr war sehr angenehm. So konnte das Institut direkt von ihr profitieren."
Doris Knoblauch, Praktikumsmentorin, Ecologic Institut gemeinnützige GmbH, Berlin

Chance geben, noch mehr dazu zu lernen, Einblick in die Arbeit bei uns im Institut zu bekommen, Kontakte zu knüpfen und eine gute Praktikumsreferenz zu haben.
Zum anderen wusste ich ja, dass sie ‚was auf dem Kasten' hat, so dass ich davon ausgegangen bin, dass auch unser Institut von ihrem Praktikum profitiert, d.h. dass sie uns auch tatsächlich Arbeit abnehmen kann und durch den Betreuungsaufwand in der Summe nicht mehr Arbeit verursacht, als sie abnimmt." (Doris Knoblauch, Interview vom 26.07.2013).
Dass dies Miriam Wiemers anscheinend sehr gut gelungen ist, zeigt das Angebot, sie könne ihre Bachelorarbeit im Institut schreiben. Außerdem wurde sie ermuntert sich nach dem Studienabschluss beim Ecologic Institut zu bewerben.

4. Fazit

Der ISPM hebt sich nicht zuletzt durch seine auffallende Praxisausrichtung von anderen vergleichbaren Studienangeboten ab. Diese wird anhand seiner besonders praxisorientierten Ausgestaltung der Lehrinhalte deutlich. Viele an Universitäten typischerweise eher theoretisch orientierte Lehrveranstaltungen besitzen im ISPM einen Bezug zur Anwendbarkeit der gelernten Sachverhalte in der späteren beruflichen Praxis. Als angehenden Politikmanager*Innen wird den Studierenden hier auf vielfältige Weise gezeigt, wie sie ihren "theoretischen Werkzeugkoffer" auf praktische Problemstellungen anwenden können. Dies kann unter der Vielzahl von Absolvent*Innen politikwissenschaftlicher Studiengänge durchaus als Alleinstellungsmerkmal des ISPM gelten.
Die Praxisnähe des ISPM lebt außerdem vom Engagement vieler Dozent*Innen, welche ihren Lehrauftrag neben ihrem Berufsalltag wahrnehmen. Die Studierenden profitieren hier insbesondere von Beispielen, Anekdoten und Erfahrungen aus der Arbeitswelt, die Lehrende aus der Praxis aus erster Hand weitergeben. Außerdem bietet sich dadurch die Möglichkeit, schon während der Lehre nützliche Kontakte für die spätere berufliche Praxis zu sammeln.
Schließlich zeigt sich, dass die Mehrheit der Studierenden bei der Auswahl ihres Praktikumsgebers gezielt staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien aussucht. Damit bietet der ISPM einen einmaligen Einblick in das spezifische Tätigkeitsfeld, in welches Politikmanager*Innen nach ihrem Abschluss typischerweise streben. Wirtschaft, Verbände und Medien spielen dagegen eine untergeordnete Rolle, was für eindeutige Abgrenzung des Studiengangs gegenüber wirtschaftswissenschaftlichen und journalistischen Studiengängen spricht.

4. Internationalität[5]

Neben dem starken Praxisbezug zeichnet sich der ISPM auch durch seine außergewöhnlich internationale Strategie aus. Voraussetzung hierfür ist sicherlich die Internationalisierungsstrategie der Hochschule, für welche die HS Bremen schon mehrfach ausgezeichnet wurde. Die internationale Strategie des Studiengangs wird im ISPM insbesondere durch das obligatorische Auslandssemester geprägt. Die Internationalität des Studiengangs wird aber auch durch die *Incoming*-Studierenden geprägt, worauf neben den Unterstützungsstrukturen für das Auslandssemester und seine Finanzierung, auch näher eingegangen wird.

Um die Qualität der internationalen Strategie in ihrer Breite dokumentieren zu können, fußt unsere Recherche auf unterschiedlichen Methoden. Die Dokumentation der Internationalisierungsstrategie der Hochschule sowie der Rahmenbedingungen des Studiengangs beruht auf einer Dokumentenrecherche in hochschuleigenen und studiengangsinternen Dokumenten.

Die Abschnitte über die *Incoming*-Studierenden und das Auslandssemester arbeiten zusätzlich mit Daten aus dem International Office der Fakultät 3, die ausgewertet und teilweise grafisch umgesetzt wurden. Hinzu kommen qualitative Face-to-Face Interviews mit *Incomings* anhand eines Fragebogenleitfadens (s. Anhang). In dem Fall, wo dies nicht möglich war, basiert die Auswertung nur auf den Antworten aus dem Fragebogen.

1. Internationalisierungsstrategie der Hochschule Bremen

Das wichtigste Markenzeichen der Hochschule Bremen ist ihr internationales Profil (HS 1999). Durch einen sehr hohen Anteil an internationalen Studiengängen mit knapp 55 Prozent, eine große Anzahl an *Incomings* und *Outgoings* und vielen Auslandskooperationen, liegt die Hochschule Bremen im Bereich „Internationalität“ im bundesweiten Vergleich zu anderen Fachhochschulen deutlich vorne.

Aus den Profildaten des DAAD zur Internationalität 2012 ergibt sich, dass keine andere deutsche Fachhochschule so viele internationale Bachelor-Studiengänge wie die Hochschule Bremen hat (es sind knapp 60 Prozent). Das gleiche gilt für die Zahl an englischsprachigen weiterführenden Studiengängen. Das sehr gute Abschneiden bei den Profildaten des DAAD wurde auch durch einen „Ländercheck: Der Weg zur internationalen Hochschule“ bestätigt, der 2012 vom *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* durchgeführt wurde. Die Hochschule hatte hier bedeutenden Anteil, da sie in nahezu allen Bereichen mit Spitzenwerten aufwarten konnte (HS Bremen 2012). Der *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* und der *Deutsche Akademische Austauschdienst* (DAAD) vergeben zusätzlich jährlich den Preis „Die internationale Hochschule“. Hier erreichte die HS Bremen 2011 das Finale (HS Bremen 2011).

Die Hochschule Bremen verfügt über eine stark international geprägte Studierendenschaft. So absolvieren jedes Jahr ca. 800-900 Studierende der Hochschule ein Auslandssemester (HS Bremen 2013, 9). Gleichzeitig kommen jedes Jahr ca. 300 ausländische Studierende an die Bremer Hochschule. Ungefähr 900 ausländische Studierende studie-

[5] Von Henrike Adebar, Anna-Carolin Hauk, Linda Mederake und Birthe Schnitger

ren dauerhaft an der Hochschule. Das entspricht einem Anteil von 16-17 Prozent (HS Bremen 2013, 9).
Möglich wird dies durch ein breites Angebot englischsprachiger Vorlesungen. Jede Fakultät kann hier bereits ein ansehnliches Angebot nachweisen, welches seit 2012 im Modulpool „English Stream" veröffentlicht wird. Ergänzend kommen die englischsprachigen Module speziell für *Incomings*, die vom lnternational Office und der Koordinierungsstelle angeboten werden.
Einen wichtigen Beitrag zur internationalen Prägung leisten außerdem die 325 internationalen Kooperationen, verteilt auf über 70 Länder (HS Bremen 2013). Länderbezogene Kompetenzzentren unterstützen den Internationalisierungsprozess von Lehre, Studium und Forschung. 2009 wurden Länderarbeitsstellen für Indien, China, die USA und Brasilien eingerichtet. Ein Länderschwerpunkt Türkei ist im Aufbau. Herauszuheben ist, dass das *India Study Center* von Frau Prof. Dr. Beate Zimpelmann geleitet wird, die Professorin im Studiengang ISPM ist.
Seit dem Jahr 2013, fördert die Hochschule Bremen die Internationalisierung durch ein Budget in Höhe von 600,- Euro für jede*n I*ncoming*-Studierende*n an der Fakultät. Dieses Geld kann von den Fakultäten für internationale Aktivitäten z.B. englischsprachige Lehrveranstaltungen, Sprachkurse und Reisen verwendet werden (HS Bremen 2013).

Die Hochschule Bremen ist Mitglied in der *European University Association* und dem internationalen Verbund der maritimen Universitäten (*International Association of Maritime Universities*). Außerdem ist sie Teil der UAS7 (*Seven Universities of Applied Sciences*), ein Zusammenschluss von sieben forschungsorientierten deutschen Fachhochschulen mit starker internationaler Ausrichtung. Der Hochschule Bremen gelingt es damit, anders als vielen anderen deutschen Fachhochschulen, sich in relevanten internationalen wissenschaftlichen Netzwerken zu positionieren.

2. Internationalisierungsstrategie des ISPM

„ISPM zielt auf die Fähigkeit zum Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen. Darunter fällt das Studiensemester, das obligatorisch im Ausland verbracht wird, sowie das Kennenlernen interkultureller Kommunikationsformen in der Ausbildung." (ISPM 2009). Die Internationalisierungsstrategie des Studiengangs Politikmanagement besteht also aus mehreren Komponenten, die alle zusammengefügt ein in Deutschland einzigartige Curriculum ergeben. Diese Komponenten der Internationalität finden sich in der inhaltlichen Gestaltung der Lehrveranstaltungen, in dem Stellenwert der englischen Sprache und dem verpflichtenden Auslandssemester.

Zum einen spiegelt sich die internationale Ausrichtung des Studiengangs im Lehrplan wieder. In knapp 50 Prozent der Module werden internationale politische Themen gelehrt und diskutiert. Hiermit legt der Studiengang Politikmanagement klar fest, dass er sich nicht auf die geografischen Grenzen Deutschlands und seiner Politiken beschränkt, sondern Thematiken immer im europäischen, wenn nicht weltweiten Kontext sieht. Im Zeitalter der immer weiter fortschreitenden Europäisierung der Politik ist dies zwingend erforderlich.

Des Weiteren spielt die Sprache Englisch in verschiedenen Bereichen eine wichtige Rolle. Zuerst ist sie eine der wichtigen Zulassungsvoraussetzungen für die Aufnahme des ISPM-Studiums an der Hochschule Bremen. Studierende müssen nachweisen, dass sie sich mindestens auf dem Sprachlevel B1.2 des europäischen Referenzrahmens für Sprachen bewegen. Dies ist aus verschiedenen Gründen notwendig: 20 Prozent der ISPM-Lehrveranstaltungen an der HS finden in englischer Sprache statt. Hier werden sowohl die Vorlesungen in Englisch abgehalten, als auch die zu erbringenden Leistungsnachweise in Englisch verfasst. Teilweise werden diese Lehrveranstaltungen auch von Dozent-*Innen gehalten, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.
Zusätzlich gibt es im Politikmanagement Lehrplan das verpflichtende Modul „English for Political Managers“, das vom 1. bis zum 3. Semester angeboten wird und sowohl internationale Kommunikationskompetenzen vermitteln soll, als auch auf das nachfolgende Auslandssemester vorbereitet. Im Rahmen des Englisch Sprachkurses findet Ende des dritten Semesters eine Sprachprüfung auf C1 Niveau statt, die zur Einstufung des Sprachniveaus vor dem Auslandssemester dient und bestanden werden muss.
Zudem ist ein verpflichtendes Auslandssemester im 5. Semester des ISPM-Studiums vorgesehen. Durch viele Kooperationen mit anderen Universitäten wird den Studierenden die Organisation und Finanzierung ihres Auslandssemesters vereinfacht. Doch auch neben den Kooperationsmöglichkeiten zieht es immer wieder Studierende an Hochschulen im Ausland, die keine Partnerschaft mit der Hochschule Bremen innehaben. Ein weiterer Vorteil von ISPM ist, dass die im Ausland erbrachten Leistungen reibungslos anerkannt werden.
Weitere Details zum Auslandssemester finden Sie weiter unten im Abschnitt 4 „Das Auslandssemester“.

3. *Incoming Students* des ISPM

Während an der Hochschule die Zahl aller *Incoming*-Studierenden seit dem Studienjahr 2009/10 recht konstant geblieben ist, scheint es in der Fakultät drei einen steigenden Trend zu geben. In den Studienjahren 2010/11 und 2011/12 waren je 38 *Incoming Students* in der Fakultät, 2012/13 waren es 50. Für das Wintersemester 2013/14 werden schon jetzt weitere 34 Studierende erwartet (International Office 2013a, b). ISPM ist teilverantwortlich für diesen positiven Trend der Fakultät. Die Daten aus dem International Office zeigen, dass im Studienjahr 2012/13 sechzehn Studierende als *Incoming Students* in den Studiengang ISPM kamen. Damit hat sich die Zahl aus dem Jahr 2007/08 verdreifacht. In den sechs Jahren deren Daten dieser Auswertung zu Grunde liegen, kamen insgesamt 44 Studierende für ein oder zwei Auslandssemester in den Studiengang. (Departmental International Office der Fakultät 3 2013, 5). Zusätzlich haben auch einige Austauschstudierende anderer Studiengänge, insbesondere des Internationalen Studiengangs Journalistik Module aus ISPM besucht.
Eine Auswertung der vorhandenen Daten zu *Incoming Students* zeigt, dass knapp 90 Prozent von ihnen aus Europa kommen. Doch auch aus Indien, Brasilien und den USA hatte ISPM in den letzten 6 Jahren Austauschstudierende. Von Partneruniversitäten des ISPM kamen dabei ebenfalls ca. neun von zehn *Incoming*-Studierenden.

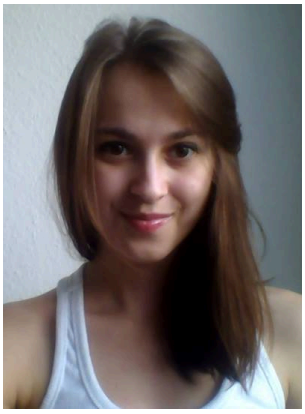
Für diesen Bericht wurden Interviews mit 7 aktuellen *Incoming Students* geführt.

Lauren Burguin ist für ein Jahr von der Partneruniversität in Rennes nach Bremen gekommen. Obwohl sie auch nach München hätte gehen können, entschied sie sich für die Hochschule und hat die Entscheidung nicht bereut: *„The welcoming at the Hochschule (students, administrative offices) was warmely! The atmosphere is friendly and the Hochschule is not too big. The teachers and the international office were always available when we had some questions, e.g. for the courses or the census for Bremen city."* Auffällig wäre außerdem der unterschiedliche Lehrstil in Rennes und an der HS Bremen: *„The principle of having a presentation as an exam doesn't exist in France or rarely, but not in my university. I think presentations and take-home exams enable students to study class topics in depth and they are very practical for foreign students. The classes are also more practical and more interesting."*

Gertruda Gilyte studiert eigentlich an der *Vilniaus universitetas*, der Universität von Vilnius an der Fakultät für Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen. Das nicht verpflichtende Auslandssemester ließ sich durch die Kooperation mit der Hochschule leicht planen und umsetzten und sie fühlt sich durch das International Office der Fakultät gut betreut. Gertruda erzählt, dass die Dozent*Innen im ISPM offener für die Meinung der Studierenden seien, als in Litauen. Die Meinung der Studierenden werde wertgeschätzt und die Dozent*Innen würden nicht nur versuchen, die Studierenden von ihrer Meinung zu überzeugen. Außerdem findet sie die Mischung der Studierenden interessanter, durch verschiedene Herkunft ergeben sich unterschiedliche Sichtweisen.

Tom Chi Sing von der *University of Hongkong* erklärte im Gespräch, dass in ISPM mehr diskutiert wird, als dies an seiner Universität der Fall sei. Dort gäbe es Vorlesungen in denen 100 oder 200 Studierende sitzen. Das Seminar als Unterrichtsform ließe eine freiere Entscheidung bei der Wahl von Themen für Präsentationen und Hausarbeiten.

Kanat Kubatbekov und Hashim Nazahim studieren beide im zweiten Jahr Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen an der *Şehir* Universität in Istanbul, kommen aber eigentlich aus Kirgistan und Sri Lanka. Beide mögen Bremen, es sei *„peaceful, nice, and pretty"* und natürlich nicht so international wie Istanbul. Zu ISPM ist ihnen aufgefallen, dass die Lehrveranstaltungen sehr interaktiv sind, weil die Studierenden sich so aktiv beteiligen. Dies sei ein großer Unterschied zu Seminaren, die bei ihnen stattfinden würden. Und anders als an der *Şehir* würden die Dozent*Innen mehr auf die Studierenden eingehen.



Anna Novak aus Polen beschreibt wie verschieden die Leistungsnachweise an der HS Bremen und bei ihr zu Hause, an der *Poznan School of Banking* sind: *„In my university we only have exams. I never had a presentation and essays. Therefore, it was a bit less to learn, but a bit more difficult for me, as I have no experience in essays and presentations. I actually prefer presentations, but I like exams better than essays."* Sie erzählt außerdem, dass sie die vorgegebenen Stundenpläne an der Hochschule eher schätzt. Dies verhindere lange Unitage von *„8 am to 7 pm"*.

Bhavani Seetharaman ist eine Studentin im dritten Jahr an der *Manipal University*, eine der indischen Partneruniversitäten der Hochschule. Der Aufenthalt wurde ihr durch ein DAAD-Stipendium ermöglicht. Zu Hause studiert Bhavani Seetharaman Journalistik, in Bremen hat sie die Chance für einen Blick über den Tellerrand genutzt und z. B. Geschichtskurse und Politikkurse belegt. Sie erzählt: *„It was really nice to get the opportunity to study these courses because I don't think I would get such opportunities back in India."*

Zu den Seminaren im ISPM äußert sie sich positiv, insbesondere gefällt ihr die Interaktivität. *„In the university that I was studying at, the class was less interactive than the ones here. The teachers usually don't ask about our opinions and let us debate in class. So, needless to say when I get the freedom to express myself, I really went all out with it this semester."*

Auch Lehrende und Verwaltung bekommen von ihr ein gutes Zeugnis ausgestellt: *"Lecturers are more open to listening to the student's doubts and they are more likely to take you seriously. Also they appreciate creativity, at least in the few of the classes that I have been taught in. The International Office was very prompt and helpful, especially if any classes were postponed or shifted, and giving you notice about classes that were about to start."*

4. Das Auslandssemester

a. Unterstützungsstrukturen

ISPM enthält nicht nur das schon oben vorgestellte, obligatorische Auslandssemester, sondern bettet dieses auch in weitreichende Unterstützungsstrukturen ein. Im zweiten Semester besuchen alle Studierenden ein Modul zur Auslandsvorbereitung. Dort bekommen sie anhand von Vorträgen aus erster Hand Informationen und Tipps wo man das Auslandssemester verbringen kann, wie es zu planen ist und was es zu beachten gilt. Vortragende sind die Studierenden des sechsten Semesters die frisch zurückgekehrt aus erster Hand ihre Erfahrungen weitergeben. Hinzu kommt eine Veranstaltung in der die Mitarbeiter*Innen des International Office das Verfahren zur Bewerbungen an den Partneruniversitäten erklären und außerdem Fördermöglichkeiten für den Auslandsaufenthalt vorstellen. Insbesondere die Antragsstellung für ein Erasmusstipendium wird eng begleitet.

Ebenfalls Teil dieses Moduls zur Auslandsvorbereitung ist ein Wochenendseminar mit dem Titel „Interkulturelle Kommunikation". Matthias Kilian, freiberuflicher Trainer und

Coach für die Bereiche „Interkulturelles Handlungstraining“ und „Projektmanagement“ beschreibt das Ziel des Seminars folgendermaßen:

„Diese Veranstaltung soll ihnen als Vorbereitung für ihr Auslandssemester dienen, damit kulturelle Unterschiede als Potenzial persönlicher Bereicherung erfahren werden, eine Sensibilisierung hinsichtlich der Herausforderungen stattfindet und die persönlichen Erfahrungen im Ausland reflektiert und in Kompetenzen umgewandelt werden.“

Das Auslandssemester wird insgesamt dadurch erleichtert, dass für (fast) alle Studierenden die Möglichkeit besteht an eine Partneruniversität zu gehen. Dies erleichtert und verkürzt die Bewerbungen ungemein. Durch die Auslandsvor- und -nachbereitung müssen im Auslandssemester nur 18 ECTS erbracht werden. Hinzu kommt, dass die Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen unproblematisch ist. Voraussetzung ist nur der generelle Bezug zum Studium und eine formlose Genehmigung, z.B. per E-Mail durch die auslandsbeauftragte Professorin im Studiengang.

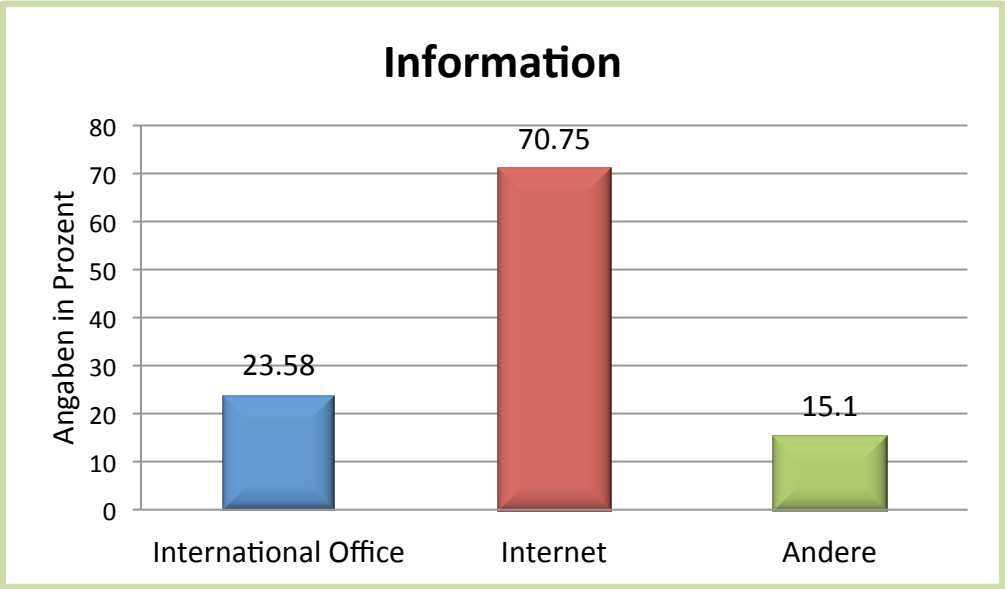


Abbildung 17 Informationsquellen zum Auslandssemester

Informationen zu den Gastuniversitäten können die Studierenden des ISPM aus den oben genannten Veranstaltungen im zweiten Semester oder über das International Office bekommen. Im Fragebogen über das Auslandssemester beantworteten 23,58 Prozent von 106 Studierenden die Frage *„Woher bekam ich Informationen über die gewählte Universität/ das gewählte Land neben den üblichen Vorbereitungsveranstaltungen?“* (wobei Mehrfachantworten möglich waren) mit der Antwortmöglichkeit „International Office“. 15,1 Prozent beantworteten die Frage mit der Antwortmöglichkeit *„andere Quellen“* und gaben neben Reiseführern, dem Freundeskreis, Mitstudierenden und dem International Office der Auslandsuniversität zum Beispiel auch das Indienkompetenzzentrum der HS oder den Brasilienbeauftragten der HS an. Der überwiegende Teil der Studierenden mit 70,75 Prozent gab allerdings als Informationsquelle das Internet an.

b. Die Partneruniversitäten

Die Fakultät Gesellschaftswissenschaften, der auch ISPM angehört, unterhält inzwischen 82 Kooperationen mit Universitäten weltweit, davon werden alleine 20 Kooperationen vom Studiengang Politikmanagement unterhalten (ISPM 2013).
Mit 13 Partnerhochschulen findet sich die Mehrzahl der Kooperationspartner in Europa, dennoch haben ISPM Studierende die Möglichkeit auf ein weltweit gespanntes Netz an Partnerhochschulen zuzugreifen. Kooperationspartner außerhalb Europas befinden sich in Südafrika, China, Indien Australien, Argentinien und Chile.

Zudem besteht für ISPM Studierende die Möglichkeit, auf Kooperationsplätze, die innerhalb der Fakultät 3 bestehen, aber von anderen Studiengängen unterhalten werden zurückzugreifen, sofern ein entsprechendes politisches Lehrangebot vor Ort verfügbar ist und die zur Verfügung stehenden Plätze nicht von anderen Studierenden genutzt werden.

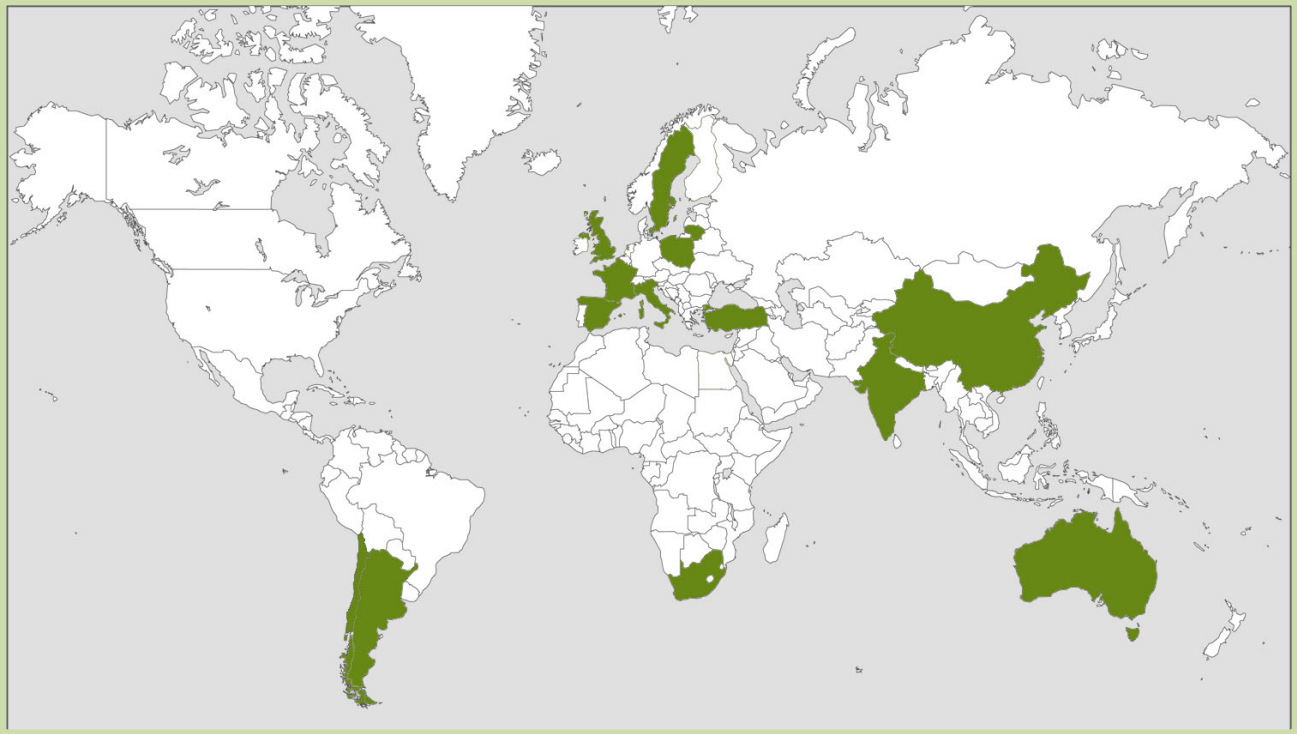


Abbildung 18 Grafische Übersicht der Länder mit ISPM-Partnerhochschulen

Tabellarische Aufschlüsselung:

Kontinent	Land	Stadt	Universität
Afrika	Südafrika	Durban	University of KwaZulu-Natal
Asien	China	Ningbo	University of Nottingham Ningbo
	Indien	Chennai	Indian Institute of Technology Madras
Australien	Australien	Gold Coast	Bond University
		Victoria	La Trobe University
Europa	Frankreich	Rennes	Université de Rennes 1
	Großbritannien	London	University of Greenwich
	Italien	Florenz	University of Florence

	Litauen	Vilnius	Universität Vilnius
	Polen	Krakau	Jagellonian University
		Poznan	Poznan School of Banking
	Schweden	Halmstad	Halmstad University
		Växjö	Linnaeus University
	Spanien	Granada	Universidad de Granada
	Türkei	Ankara	Ankara University
		Ekisehir	Ekisehir Osmangazi University
		Istanbul	Kültür University Istanbul
		Istanbul	Sehir University
Südamerika	Argentinien	Buenos Aires	Universidad Católica Argentinia
	Chile	Conceptión	Universidad de Conceptión

Tabelle 14 ISPM-Partnerhochschulen

Bei den Partneruniversitäten lässt sich in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung beobachten: Die Anzahl wächst. Seit 2010 kamen die University of Nottingham Ningbo, die Halmstadt University, die University of Florence, die Ankara University und die Universidad Católica Argentinia hinzu.

c. Ein Semester – 6 Kontinente: Wo es uns hin verschlägt

Natürlich verbringen die Studierenden ihr Auslandssemester nicht nur an Partneruniversitäten des Studiengangs, sondern auch als „Freemover“ in andern Ländern und Städten ihrer Wahl.

Ein Vergleich zwischen Lage der Partnerhochschulen und der Länder, in denen Studierende ihr Auslandssemester verbrachten, lässt sich besonders schön aus der Betrachtung beider Grafiken ziehen.

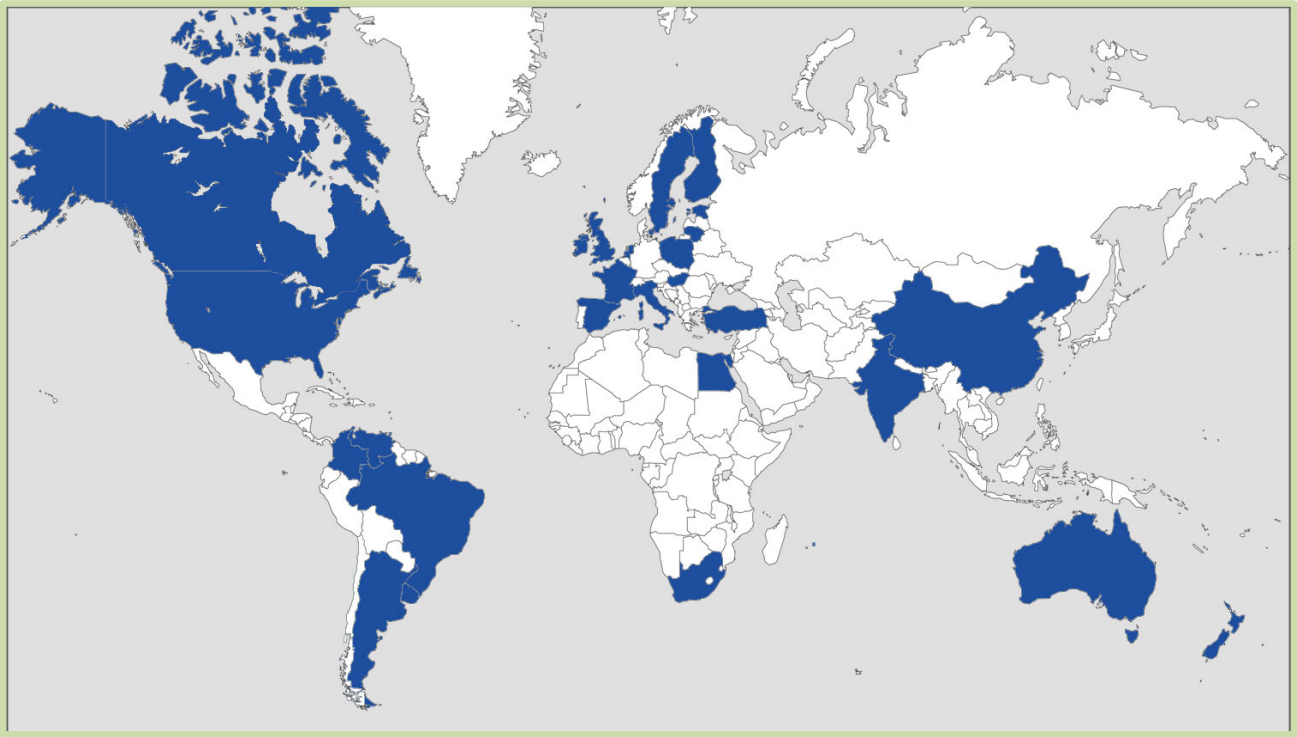


Abbildung 19 Grafische Übersicht der Länder, in denen ISPM Studierende ihr Auslandssemester absolviert haben (Zeitraum 2007–2013)

Tabellarische Aufschlüsselung:

Kontinent	Land	Stadt	Universität	Kooperations partner	Angebot bislang genutzt*
Afrika	Ägypten	Kairo	Misr International University	-	1
	Mauritius	Réduit	University of Mauritius	-	1
	Südafrika	Durban	University of KwaZulu-Natal	ja	4
		Kapstadt	University of Cape Town	-	1
Asien	China	Ningbo	University of Nottingham, Ningbo	ja	1
	Indien	Chennai	Indian Institute of Technology Madras	ja	10
Australien	Australien	Victoria	La Trobe University	ja	1
		Gold Coast	Bond University	ja	3
		Melbourne	University of Melbourne	-	1
	Neuseeland	Victoria	University of Otago	-	1
		Wellington	University of Wellington	-	1
Europa	England	London	University of Greenwich	ja	7
		London	Southbank University	-	2
		Wolverhampton	University of Wolverhampton	-	1
	Estland	Tartu	University of Tartu	-	1
	Finnland	Helsinki	University of Helsinki	-	1
		Helsinki	Swedish School of Social Science	-	1
	Frankreich	Rennes	Université de Rennes 1	ja	1
	Irland	Maynooth	International University of Ireland	-	1
	Italien	Florenz	Università degli studi di Firenze	ja	1
	Litauen	Vilnius	University of Vilnius	ja	8
	Malta	Malta	University of Malta	-	1
	Niederlande	Groningen	Hanze University	-	1
		Maastricht	Maastricht University	-	4, davon 1 nach Bestehen der Kooperation
	Polen	Krakau	Jagiellonian University	ja	2
		Poznan	Poznan School of Banking	ja	1
	Schweden	Halmstad	Halmstad University	ja	4, davon 2 vor Bestehen einer Kooperation
		Växjö	Linnaeus University	ja	1
	Spanien	Barcelona	Universidad Autonoma de Barcelona	-	1
		Granada	Universidad de Granada	ja	2
	Türkei	Ankara	University of Ankara	ja	2
		Ekisehir	Eskisehir Osmanganzi Universitésy	ja	2
		Istanbul	Bilgi Universitésy	-	1
		Istanbul	Kültür Universitésy	ja	9
		Istanbul	Sehir Universitésy	ja	5
	Ungarn	Budapest	Corvinius University	-	1
Nordamerika	Kanada	Peterborough	Trent University	-	1
		Vancouver	Vancouver Island University	-	1
		Winnipeg	University of Winnipeg	-	1

	USA	Joplin	Missouri Southern State University	-	1
		San Diego	University of California	-	1
		Washington D.C.	American University Washington	-	1
		Washington D.C.	George Washington University	-	1
Südamerika	Argentinien	Buenos Aires	Universidad Católica Argentinia	ja	6, davon 4 vor Bestehen einer Kooperation
		Buenos Aires	Universidad de Buenos Aires	-	3
	Brasilien	Brasília	University of Brasilia	-	1
	Kolumbien	Medellín	Universidad EAFIT	-	1
	Uruguay	Montevideo	Universidad Católica del Uruguay	-	1
	Venezuela	Mérida	Universidad de los Andes	-	1

* Die hier aufgeführten Zahlen sind das Ergebnis der Auswertung von 106 Fragebögen der Jahrgänge 2007 bis 2013. Es handelt sich nicht um eine Vollerhebung.

Tabelle 15 Länder, in denen ISPM-Studierende ihr Auslandssemester absolviert haben (2007-2013)

Aus den Ergebnissen der Fragebogen-Auswertung geht hervor, dass 35 der ISPM Studierenden ihr Auslandssemester an Hochschulen verbrachten, die keine Partnerschaft mit der Hochschule Bremen unterhalten. 71 Studierende hingegen verbrachten ihr Auslandssemester an einer Partnerhochschule. Hiervon waren 46 Studierende an europäischen Partnerhochschulen, 25 an anderen Partnerhochschulen weltweit.

Des Weiteren lässt sich aus der tabellarischen Aufschlüsselung erkennen, dass nicht nur die bestehenden Partnerschaften sich reger Nachfrage erfreuen, sondern auch, dass darüber hinaus in den vergangenen Jahren durchaus von Studierenden der Anstoß für neue Kooperationen gegeben wurde. Dies war beispielsweise bei der *Universidad Católica Argentinia* in Buenos Aires, oder auch bei der *Halmstad University* in Schweden der Fall.

Ebenso ist zu erkennen, dass sofern eine Kooperation nicht ausreichend nachgefragt ist, diese Partnerschaft beendet wird. So ist es dem International Office zu verdanken, dass die Liste der Partnerhochschulen beständig an die Nachfrage der Studierenden angepasst wird und ist.

Das große und etablierte Angebot an Partnerhochschulen, aber sicherlich auch die Möglichkeit, sich sein Auslandssemester individuell zu gestalten, erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Studierenden und sind eine wesentliche Grundlage für das gesamte Auslandssemester.

d. Finanzierung des Auslandssemesters

Ein Auslandssemester stellt oft auch eine finanzielle Belastung für die Studierenden dar. Zwar kann die Hochschule ihren Studierenden diese Geldsorgen nicht abnehmen, aber durch die schon genannten Unterstützungsstrukturen des Studienganges ISPM werden immerhin Hilfestellungen für die Beantragung von Stipendien oder dem Auslands-BAföG gegeben. Hierbei leitet das International Office Informationen zu Stipendienmöglichkeiten weiter, vergibt Bestätigungen über die Verpflichtung zum Auslandssemester und füllt direkt mit den Studierenden den Antrag für das Erasmus-Stipendium aus.

Bei der Frage *„Waren die Unterlagen und Bescheinigungen der Hochschule für die Finanzierung hilfreich?“* haben 83 Prozent der 79 Studierenden, die diese Frage beantwortet haben mit „ja“ geantwortet.

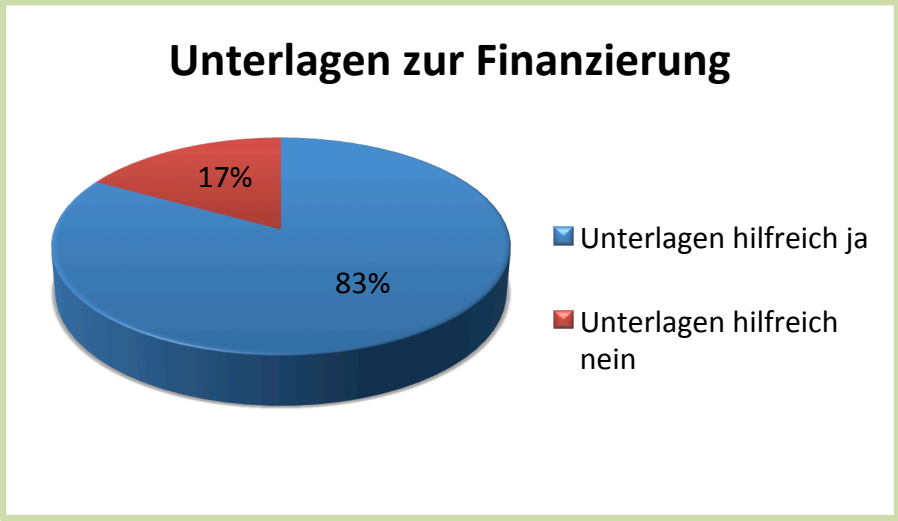


Abbildung 20 Unterlagen zur Finanzierung des Auslandssemesters

Ein Vorteil der Partneruniversitäten ist es, dass in der Regel die Studiengebühren wegfallen. Auch dadurch werden die Studierenden finanziell entlastet. Falls doch Studiengebühren anfallen, werden diese meist bis zu einer bestimmten Obergrenze über das Auslands-BAföG finanziert. Die überwiegende Antwort auf die Frage *„Wie wurde das Auslandssemester finanziert?“* (Mehrfachnennung möglich) war daher auch nachvollziehbarerweise mit 34,91 Prozent *„BAföG“*. Das Auslands-BAföG ist natürlich genauso wie das Inlands-BAföG familienabhängig. Die Höhe der Förderung bestimmt sich daher auch am Einkommen der Eltern und steht somit nicht allen Studierenden als Finanzierungsmöglichkeit offen.

Eine weitere oft gegebene Antwort war mit 33,96 Prozent die Angabe *„Stipendium“*, wobei unter Stipendien beispielsweise sowohl das DAAD-Stipendien, Promos-Stipendien als auch Stipendien der politischen Stiftungen oder der Studienstiftung des deutschen Volkes fallen. Auch das Erasmus-Stipendium der Europäischen Union das für Studierende an Partneruniversitäten der Hochschule offen steht, fällt in diese Kategorie.

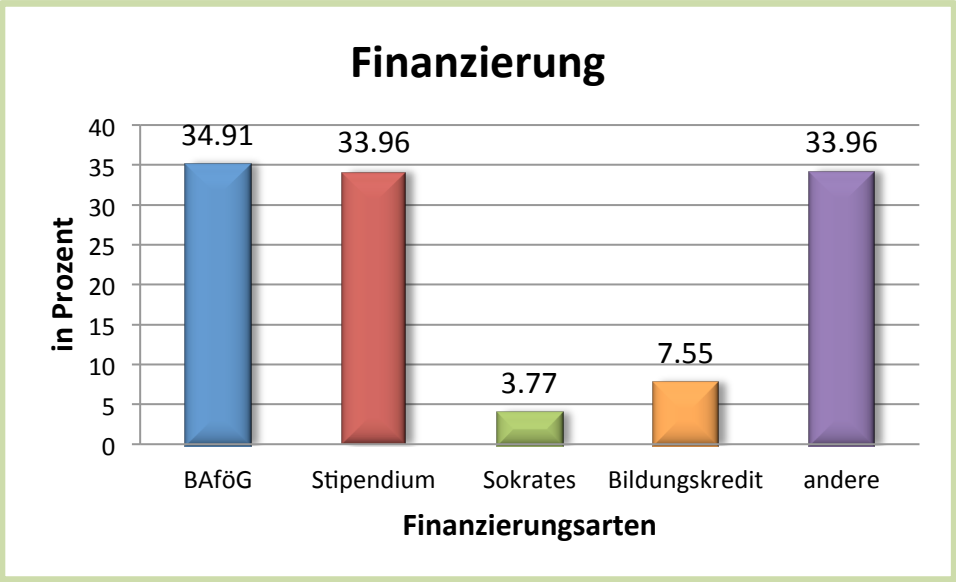


Abbildung 21 Finanzierungsarten

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten sind das *„Programm für lebenslanges Lernen der EU“* (ehemals Sokrates-Programm), dass aber nur von 3,77 Prozent der Studierenden angegeben wurde und *„Bildungskredite“*, die von 7,55 Prozent als Finanzierungsart genutzt wurden. Ein Drittel der Studierenden gaben aber

trotz alledem die Auswahlmöglichkeit *„andere“* an, worunter insbesondere Erspartes und Zuwendungen bzw. Unterhalt von Eltern oder Familienangehörigen fallen.

e. Bewertung des Auslandsstudiums durch die Studierenden

Seit 2011 beinhaltet der Fragebogen zum Auslandssemester auch eine Gesamtbewertung. Diese beinhaltet folgende drei Aussagen, die mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten sind:

1. Ich denke, dass der Aufenthalt mir bei meinem beruflichen Weiterkommen hilft.
2. Ich kann mir als Ergebnis meiner Erfahrungen eher vorstellen, nach Ende des Studiums im Ausland zu arbeiten.
3. Der Aufenthalt war eine erhebliche Bereicherung auf persönlicher Ebene.

Der Auswertung dieser drei Aussagen basiert auf einer Grundgesamtheit von n=46 Fragebögen. Alle drei Aussagen wurden insgesamt 33 Mal mit „ja“ beantwortet, das entspricht knapp 72% der Befragten. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, wie zufrieden die Studierenden mit Ihrem Auslandsaufenthalt sind und, dass sie darin eine persönliche und berufliche Bereicherung sehen. Es sei auch zu bemerken, dass nicht 33 Personen alle drei Sätze mit „ja“ beantwortet haben, sondern sich nur in der Gesamtauswertung in allen drei Kategorien die gleiche Anzahl ergab.

Dieses Ergebnis wird bestätigt durch begeisterte Berichte über das Auslandssemester. So schreibt z.B. Linda Mederake, die im Wintersemester 2012/13 ihr Auslandssemester an der Partneruniversität in Greenwich verbracht hat *„Ich würde jederzeit wieder nach Greenwich gehen! An der Universität fühlte ich mich gut betreut, weder über- noch unterfordert, die Kurse waren spannend und die Dozent*Innen engagiert. Am Schönsten war für mich, dass ich in kürzester Zeit wirklich gute, neue Freunde gefunden habe.“*
Philip Warncke entschied sich, sein Auslandssemester als „Free Mover“ im Süden der Vereinigten Staaten zu verbringen. Er berichtet: *„Das Auslandssemester an der University of Carlifornia, San Diego bereicherte mich in vielerlei Hinsicht. Ich konnte neben erstklassigen politikwissenschaftlichen Fachkompetenzen in den Bereichen der vergleichenden Politikanalyse, Internationalen Beziehungen und politischer Theorie vor allem meine Fremdsprachenkenntnisse weiter ausbauen. Da es sich beim Auslandssemester um einen obligatorischen Bestandteil des ISPM handelt, bekomme ich meine an der UCSD erworbenen Leistungspunkte in vollem Umfang angerechnet.*
*Neben den von mir erworbenen Qualifikationen habe ich darüber hinaus einen authentischen Eindruck vom US-Wahlkampf 2012, der Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber Migrant*Innen, der hochschulpolitischen Praxis einer der besten staatlichen Universitäten des Landes und nicht zuletzt des Lebensgefühls von "Southern California" erhalten.“*

f. Fazit

Der Studiengang ISPM verfügt über ein bemerkenswertes internationales Profil, welches hauptsächlich auf der inhaltlichen Gestaltung der Lehrveranstaltungen, dem Stellenwert der englischen Sprache und dem verpflichtende Auslandssemester beruht.

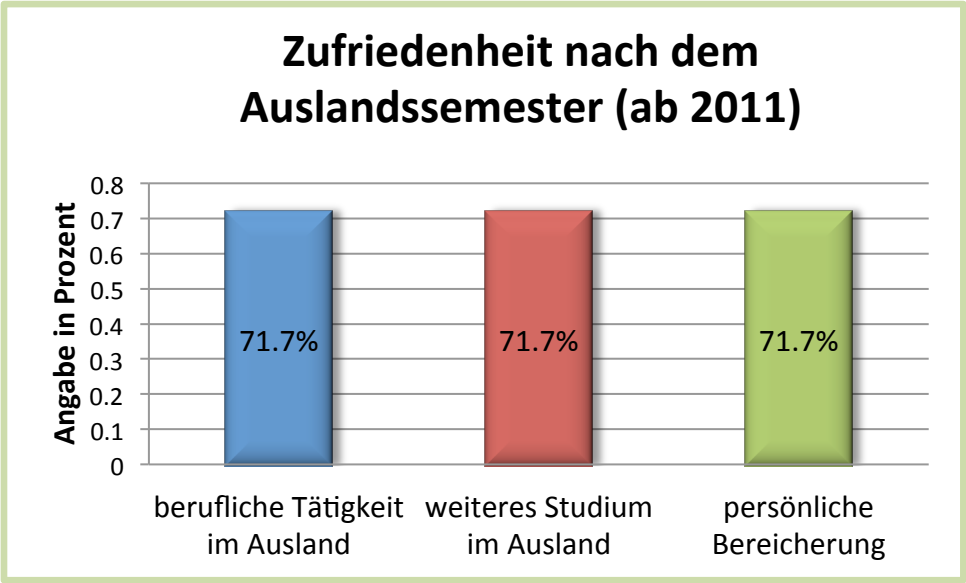


Abbildung 22 Zufriedenheit nach dem Auslandssemester

Leicht verfügbare Unterstützungsstrukturen und eine Vielzahl an Kooperationen innerhalb sowie außerhalb der EU erleichtern den Studierenden des ISPM die Bewerbung für ihr Auslandssemester. Durch das verpflichtende Semester im Ausland profitieren die Studierenden nicht nur beruflich, sondern auch persönlich.

Das internationale Profil des ISPM macht den Studiengang auch für ausländische Studierende interessant. Dies belegt die steigende Anzahl der *Incoming Students*, innerhalb von fünf Jahren wuchs diese um das Dreifache. Die von uns durchgeführte Befragung einiger Austauschstudierenden hat verdeutlicht, dass insbesondere die Interaktivität der Lehrveranstaltungen hervorgehoben wird. Damit loben die *Incoming Students* ein Charakteristikum, mit dem sich ISPM von anderen vergleichbaren Studiengängen an Universitäten abhebt.

Insgesamt gliedert sich der ISPM optimal in die Internationalisierungsstrategie der Hochschule Bremen ein und unterstützt diese.

5. Vergleich[6]

Die zuvor vorgestellten Besonderheiten des Studiengangs sowie weitere Aspekte sollen im Folgenden mit dem Bachelorstudiengang Politikwissenschaften an der Universität Bremen und weiteren vergleichbaren Studiengängen bundesweit verglichen werden.

a) Regionaler Vergleich mit „B.A. Politikwissenschaften“ an der Universität Bremen

Die zwei Politikstudiengänge „Politikwissenschaft“ und „Politikmanagement“ in Bremen wurden schon ein ums andere Mal als Doppelstruktur bezeichnet, sodass wir die Struktur sowie besondere Eigenheiten der beiden Studiengänge untersuchen und vergleichen. Ziel der Untersuchung ist es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Studiengänge herauszuarbeiten und dabei aufzuzeigen, inwiefern sich die jeweilige Ausrichtung sowie der Aufbau gestalten.
Die Methode, die wir dabei verwendet haben ist eine deskriptive Auswertung von Dokumenten.
Zudem wurde eine kleine Gruppendiskussion mit jeweils zwei Studierenden der Studiengänge durchgeführt. Ihre Erfahrungen und Aussagen wurden im Bericht mit aufgeführt.
Im Folgenden finden Sie daher zunächst die tabellarische Auflistung der untersuchten Charakteristika, welche anschließend analysiert werden sollen.

Vergleichspunkte	**Universität Bremen Studiengang Politikwissenschaft**	**Hochschule Bremen Internationaler Studiengang Politikmanagement**
Zugangsvoraussetzungen	Direktes Aufnahmeverfahren mit fachgebundener Hochschulreife oder Abitur (allg. Hochschulreife). Bei Fachhochschulreife (allg. oder fachgebundene Fachhochschulreife) oder Mittlerer Reife (Realschulabschluss) mit zusätzlicher Berufsausbildung mögliches Aufnahmeverfahren durch Sonderleistung Englischkenntnisse min. B1	Direktes Aufnahmeverfahren mit Fachhochschulreife(Allgemeine oder fachgebundene Fachhochschulreife) oder fachgebundener Hochschulreife oder Abitur (allg. Hochschulreife). Bei Mittlerer Reife (Realschulabschluss) mit zusätzlicher Berufsausbildung mögliches Aufnahmeverfahren durch Sonderleistung Vorpraktikum Englischkenntnisse min. B1
Teilnehmer*Innenanzahl Kurse	60 bis 500 Studierende	Max. 50 Studierende
Art der	Vorlesungen (frontal) und Semi-	Seminare (nur fachbezogen)

[6] Von Özlem Adigüzel, Celia Himmel, Christiana Manickavasagar und Cansu Zeren

Lehrveranstaltung	nare (oft interdisziplinär)	
Modulinhalte	Vollfach: umfasst neben Politikwissenschaft Studien in Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft sowie empirischen Methoden der Soziologie.	- modular aufgebaut - multidisziplinär[7] - praxisorientiert[8] - international
ECTS	Je Semester 30 ECTS	Je Semester 30 ECTS
Formen der Prüfungsleistungen	Je nach Umfang des Pflicht- und Wahlpflichtbereichs unterscheidet man drei Arten von Prüfungen: - kleine Prüfungsleistungen (KP: 3 ECTS) - mittlere Prüfungsleistungen (MPL: 6 ECTS) - große Prüfungsleistungen (GPL: KP+MPL= 9 ECTS)	Klausur, mündliche Prüfung, Referat, Hausarbeit, Studienleistungen (Jedes Modul erbringt 6 ECTS)
Vorbereitungs- und Nachbereitungszeit (SWS)	Ein Leistungspunkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden (30 ECTS/Semester, jeder Punkt benötigt einen Aufwand von 30h => 900h)	Gesamt (7 Semester): 137 SWS (Umfang je Modul Arbeitsaufwand: 60 h Kontaktstudium + 120h Selbststudium, 5 Module/Semester => 900h)
Modulanzahl + Semesteranzahl	Pflichtmodule, Wahlpflichtmodule, Wahlmodule 6 Semester	35 Module 7 Semester einschließlich eines Auslands- und eines Praxissemesters (1 Modul = 2 Teilmodule[9]) Wahlpflichtmodule (seit der Prüfungsordnung 2013)
Bachelorabschluss (ECTS)	180 (im Ausnahmefall 210 bei 7 Semestern)	210
Studienverlauf	Dieses Fach ist wählbar im fachwissenschaftlichen Profil (außerschulisches Berufsziel): Ein-Fach-Bachelor: Vollfach. Zwei-Fächer-Bachelor: Profilfach und Komplementärfach Lehramtsoption 1./2. Unterrichtsfach Kurz: studierbar als Vollfach +	1. - 3. Sem. Grundstudium 4. Sem. Praxissemester 5. Sem. Auslandssemester 6. + 7. Sem. Hauptstudium

[7] Fachwissen in Politikwissenschaft; Kenntnisse rechtlicher, verwaltungsmäßiger, gesellschaftlicher, historischer und ökonomischer Zusammenhänge; Vermittlung von unternehmens-, verbands- und organisationsbezogenen Kompetenzen
[8] Verbindung von fachsystematischen Anteilen mit projekt- und praxisbezogenen Anteilen
[9] Benoteter und unbenoteter Leistungsnachweis

	Profilfach + Komplementärfach + Lehramtsoption	
Professorinnen/ Professoren	10 Professoren und 3 Professorinnen im Fach Politikwissenschaft, zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen aus dem Sonderforschungsbereich "Staatlichkeit im Wandel", der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) und den drei politikwissenschaftlichen Forschungsinstituten InIIS, CEuS und ZeS (Stand: Mai 2012)	Momentan lehren zwei Professorinnen und ein Professor im Internationalen Studiengang Politikmanagement mit folgenden Themenschwerpunkten: - Governance in Mehrebenensystemen und Globaler Wandel -Internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen - Arbeits- und Industriesoziologie - Praxis der Politik (Stand: Januar 2014)
Lehrkräfte für besondere Aufgaben		Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) sind im Gegensatz zu Lehrbeauftragten bei der Hochschule Bremen direkt beschäftigt. Zudem werden Lehrveranstaltungen aus folgenden Bereichen durch LfbA angeboten: - Nationalstaaten in Konflikt und Konfrontationen - Voraussetzungen aktueller Probleme in der Weltpolitik
Lehrbeauftragte		Das Lehrangebot des Internationalen Studiengangs Politikmanagement wird regelmäßig ergänzt durch Lehrende aus Praxis und Wissenschaft
Praxissemester	Pflichtsemester (2. - 5. Semester) (8 Wochen)	Pflichtsemester (4. Semester) (16 Wochen) (vgl. Kapitel „Praxisbezug“ S.53)
Auslandssemester	Keine Pflicht, aber nach dem 5.Semester empfehlenswert	Pflichtsemester

Tabelle 16 Vergleich PoWi/ISPM

1. Gliederung des Studiengangs und Lernsituation der Studierenden

In der oben dargestellten Tabelle zum Vergleich verschiedener Schwerpunkte zwischen dem politikwissenschaftlichen Studiengang an der Uni Bremen (PoWi) und dem Internationalen Studiengang Politikmanagement (ISPM) ist gut zu erkennen, dass Unterschiede, welche jeden einzelnen Studiengang einmalig machen, vorhanden sind. Diese werden im Folgenden aufgeführt.

Generell sind die Zugangsvoraussetzungen in beiden Studiengängen dieselben, jedoch legt der internationale Studiengang Politikmanagement an der Hochschule Bremen Wert auf die praktische Ausrichtung vor und während des Studiums und verlangt für die Aufnahme in dem Studiengang ein entsprechendes Vorpraktikum von einer Dauer von mindestens 4 Wochen in einer politischen Institution oder politiknahen Einrichtung. Als studiengangsspezifische Voraussetzung müssen englische Sprachkenntnisse in beiden Studiengängen auf einem Niveau B1 nachgewiesen werden.

Während im Studiengang PoWi meist eine Studierendenanzahl von 60 bis 500 zu erwarten ist und Vorlesungen frontal und überwiegend auf Deutsch gegeben werden, bevorzugt es der ISPM die Anzahl der Studierenden bei maximal 50 zu halten und auch auf Englisch zu lehren, um in den fachbezogenen Seminaren eine bessere Lernatmosphäre zu schaffen und Studierende in der Sprache zu fördern. Außerdem dient diese Form und Größe der Seminare dazu, die facettenreichen Module besser zu erlernen. Denn diese sind nicht nur, wie an der Uni Bremen, theoretische/wissenschaftliche Modulinhalte, wie Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften oder politikwissenschaftliche Studien, sondern sind multidisziplinär, praxisorientiert und international und decken somit mehr Lernbereiche ab.

Ein weiterer Unterschied liegt auch in der Art der Leistungsanforderung. Studierende des Studiengangs PoWi erbringen ihre Leistungsnachweise je nach Modul (KPL, MPL und GPL). Sprich, jedem Modul wird eine bestimmte Anzahl an Credit Points CP zugewiesen. Module sind nach inhaltlichen Gesichtspunkten gebildete Lehrinhalte und können sich über zwei Semester erstrecken. Beim ISPM besteht ein Modul aus zwei Teilmodulen, diese werden in der Form von einem benoteten und einem unbenoteten Leistungsnachweis- einschließlich Praxis- und Auslandssemester- erbracht und beinhalte 6 ECTS. An Hand der obigen Tabelle ist festzustellen, dass man in 35 Modulen in sieben Fachsemestern den Abschluss des Bachelor of Arts mit 210 ECTS abschließt und somit auch die formalen Voraussetzung für die Bewerbung um einen Master Studiengang erfüllt, wobei der PoWi Studiengang in der Regel mit 180 ECTS in sechs Semestern abschließt und zusätzlich 30 Credits erbringen müsste um einen Master in Politik an der Hochschule zu absolviere.

Zusammengefasst liegt der Fokus beim Internationalen Studiengang Politikmanagement darin, mehr Lernbereiche durch vielfach strukturierte Modulinhalte in einer kleinen Studierendenmenge in Form von Seminaren abzudecken und zu vermitteln. Ziel des Studiengangs PoWi ist es, den Studiereden umfassende wissenschaftliche und berufsfeldbezogene anwendbare Kenntnisse von Politikfeldern zu vermitteln.

2. Lehrveranstaltungen und Studieninhalte[10]

Die in *Tabelle 16* bereits skizzierten Unterschiede der Studieninhalte sollen in diesem Abschnitt detailliert dargestellt werden. Die verwendeten Informationen stammen aus der Bachelorprüfungsordnung und den Modulhandbüchern des ISPM und dem Studienführer des POWI, der alle aktuellen Informationen zu den Modulen enthält.
Ein Vergleich der Lehrveranstaltungen des ISPM mit dem Bachelorstudiengang Politikwissenschaft (POWI) der Universität Bremen, verdeutlicht die Multidisziplinarität und Praxisorientierung des ISPM und stellt seine gewichtige Rolle in der Region aus fachbezogener Sicht dar. Der Studiengang der Universität Bremen konzentriert sich auf politikwissenschaftliche Kurse, unter Einbeziehung der Lehre sozialwissenschaftlicher Methoden und in einem Pflichtmodul mit Verbindungen zu Wirtschaft und Recht sowie auf die Wahlpflichtmodule. Im ISPM sind zusätzlich zum politikwissenschaftlichen Profil (Regierungslehre, politische Theorie, Internationale Beziehungen, Politikanalyse), Pflichtmodule der Fächer Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Verwaltung und Recht sowie aus den praktischen Disziplinen Projektmanagement, Fachkommunikation, Medien und Konfliktmanagement Bestandteil der Lehre.
Die politikwissenschaftlichen Grundmodule und die Module der sozialwissenschaftlichen Methoden sind im POWI in den ersten drei Semestern (Grundstudium) alle verpflichtend zu belegen. Für jedes Semester zählt zusätzlich der Wahlpflichtbereich. Der *Wahlpflichtbereich II* gilt für alle Semester und dient der individuellen Profilbildung. Hier können alle Lehrveranstaltungen der Fachbereiche 6 bis 12 der Universität Bremen belegt werden. Dies betrifft die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, aber auch Kultur-, Sprach-, Gesundheits- und Erziehungswissenschaften. Ab dem vierten Semester sind die Pflichtmodule aufgehoben. Sodann sind bis zum Abschluss des sechsten Semesters aus dem *Wahlpflichtbereich I,* aus fünf politikwissenschaftlichen Modulen mindestens drei zu belegen. Pro Modul werden 6, 9 bzw. 12 Creditpoints vergeben. Die Grundmodule der ersten drei Semester bringen je Semester 27 Creditpoints. Zielwert für ein Semester sind 30 Creditpoints, wovon im Einzelfall abgewichen werden darf (IfP 2013: 30). Im ISPM ist in der neuen Studienordnung ab 2013 in jedem Semester (mit Ausnahme des ersten Semesters) ein Wahlpflichtmodul (6 ECTS) ausgewiesen, dass durch jede andere Lehrveranstaltung an der Fakultät, der Hochschule oder anderen Universitäten ersetzt werden kann.

Das „Grundstudium" – Pflichtmodule und Wahlpflichtbereich im POWI – Pflichtmodule mit Interdisziplinarität im ISPM

Das erste Semester des POWI umfasst die drei Einführungsmodule *Sozialwissenschaftliches Grundstudium*, *Vergleichende Politikwissenschaft* und *Einführung in das politikwissenschaftliche Arbeiten*. Ersteres soll in die Denkweisen der Sozialwissenschaften generell (insb. Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie) und in die institutionellen Grundlagen des politischen Systems der BRD einführen. Im Modul *Vergleichende Politikwissenschaft* werden die quantitativen und qualitativen Vergleichsmethoden, ebenso wie Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Strukturen und Prozessen politischer Systeme weltweit behandelt. In der Einführungsveranstaltung zum politikwissenschaftlichen Arbeiten werden im Rahmen eines Seminars und Tutoriums, die Grundvoraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens, wie Empirie und Theorie, Fragestellung und Hypothesen, Literaturrecherche, Zitieren und Bibliographieren vermittelt (IfP 2013: 58, 66, 70)

[10] Dieser Abschnitt wurde von Tobias Söchtig im Rahmen seiner Hilfskrafttätigkeit am ISPM erstellt und in der Korrekturphase in die vorliegende Version des Berichts eingefügt.

Während im POWI drei Pflichtmodule in den ersten drei Semestern belegt werden müssen und weitere Module aus dem Wahlpflichtbereich belegt werden müssen, um 30 Creditpoints zu erreichen, müssen im ISPM fünf Module in jedem Semester belegt werden; zwischen dem zweiten und dem siebten Semester gibt es je ein Wahlpflicht-modul und die Lehrveranstaltungen, die im Auslandssemester belegt werden können, sind frei wählbar. Ein Modul bringt 6 Creditpoints, womit 30 ECTS je Semester erlangt werden. Die theoretische Auslegung des ersten Semesters wird im ISPM bereits durch praxisorientierte und fachübergreifende Module ergänzt. Parallelen zum POWI finden sich im ISPM insbesondere im Modul *Einführung in die Politikwissenschaft und ihre Methoden*, das sowohl eine Einführung in die politikwissenschaftlichen Theorien als auch die quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialwissenschaften beinhaltet. Im Modul *Politik und Verwaltung I* wird das politische System mit seinen Grundsätzen und Verwaltungsstrukturen vermittelt. Das Modul *Wirtschaft und Gesellschaft* bewegt sich zwischen Theorie und Praxis. Es werden die wichtigsten theoretischen Ansätze ökonomischen Denkens sowie der Sozialstrukturanalyse und Gesellschaftstheorie vermittelt. Weiterhin hat der ISPM im ersten Semester die Module *History of Democracy and the Nation State* (englischsprachig), das die Geschichte der Demokratie sowie die theoretischen Ansätze moderner Demokratien und den Aufstieg der europäischen Nationalstaaten behandelt, und *Internationale Kommunikation,* in dem Englisch-kenntnisse in Wort und Schrift vermittelt, und auf die Praxis von PolitikmanagerInnen abgestimmt werden (ISPM 2013b: 1-9). Die *Vergleichende Politikwissenschaft* findet sich im ISPM im siebten Semester.

Das zweite und dritte Semester des POWI bewegen sich im theoretischen Rahmen der Politikwissenschaft und sind weiterhin eine Fortführung der Methodenvermittlung des ersten Semesters. So sind im zweiten Semester die Module *Politische Theorie und Philosophie*, *Europäische Integration* sowie *Statistik / Methoden I* zu belegen. Ersteres gibt eine Einführung in die Grundfragen der Politischen Theorie und Philosophie, insbesondere der politischen Ordnungen, Demokratien und Konflikte. Im Modul *Europäische Integration* werden die EU-Institutionen, Politikfelder und Akteure sowie die politischen Prozesse vorgestellt. Im dritten Semester sind die Module *Internationale Beziehungen und Außenpolitik*, *Politikfeldanalyse* sowie *Statistik und Methoden II* verpflichtend zu belegen. Im erstgenannten werden neben den Theorien, die Akteure und historischen Hintergründe der internationalen Beziehungen unter Einbeziehung der Friedens- und Konfliktforschung behandelt. Das Modul *Politikfeldanalyse* vermittelt Begrifflichkeiten, Theorien und Methoden der Policy-Analyse sowie Policymaking im europäischen Mehrebenensystem. Die beiden Methodenmodule vermitteln die Grund-lagen empirischer Sozialforschung und statistischer Analysen (IfP 2013: 60ff).

Im ISPM setzt sich die Methodenvermittlung im zweiten Semester im Teilmodul *Methoden II: Statistik* im Rahmen einer praxisbezogenen Anwendung der quantitativen Ansätze der empirischen Sozialforschung fort. Das dazugehörige Teilmodul Sozialpolitik führt in die Probleme des Sozialstaats und die Sozialpolitikforschung ein. Hinzu kommen die fachübergreifenden Module *Verfassungs- und Europarecht* sowie *Betriebswirtschaft und Organisationslehre*. Zudem das fachübergreifende Modul *European Integration* (englischsprachig), das die Institutionen und politischen Prozesse der EU sowie die ökonomischen Dimensionen des Europäischen Integrationsprozesses vermittelt. Das Modul *Politikanalyse I* beinhaltet eine Einführung in die Theorien und Konzepte der Policy-Analyse und eine Betrachtung des Mediensystems der BRD unter Berücksichtigung der Formen politischer Kommunikation (ISPM 2013c: 1-5).

Im dritten Semester kann der ISPM weitere fachübergreifende Module aufweisen. Das Modul *Staat und staatliche Steuerung* stellt die Grundlagen der Staatstheorie und

Staatstätigkeit sowie Fragen politischer Steuerung in globalisierten Gesellschaften heraus. Im Rahmen des Moduls *Konflikte und Kooperationen in der internationalen Politik*, werden vor allem die historischen Grundvoraussetzungen (Kriege und Krisen) aktueller Probleme der Weltpolitik sowie die Bedeutung des Völkerrechts vermittelt. Das Modul *Politikberatung* gibt eine Einführung in die politische Beratung in inter-mediären Organisationen und beinhaltet eine Betrachtung der Wirkungsweise politischer Kampagnen anhand praktischer Beispiele. Hinzu kommen die Module *International Relations I* (englischsprachig), das in die internationalen Beziehungen, Organisationsstrukturen, Regime und Akteure einführt, und *Internationale politische Kommunikation*, die letzte Lehrveranstaltung zur Vermittlung der englischen Fach-sprache für Politikmanager*Innen (ISPM 2013a: 5f).

Das „Hauptstudium" – Vertiefungsphase – Praxis- und Auslandsphase

Ein explizites fachübergreifendes Modul findet sich im POWI im vierten Semester. Das Modul *Politik, Recht und Wirtschaft*, mit den Kursen *Politik und Recht* sowie *Politik und Wirtschaft*, vermittelt nationale und internationale Rechtsgrundlagen, insbesondere Verfassungsrecht, Europarecht und Völkerrecht sowie die Folgen des Rechtspluralismus auf die nationale Politik. Zudem sind die Grundzüge der Mikro- und Makroökonomie und die grundlegenden Theorien der Volkswirtschaftslehre Bestandteil des Kurses, welche im ISPM bereits im zweiten Semester behandelt werden (IfP 2013: 68). Dies ist zugleich das letzte Pflichtmodul. Alle weiteren Module fallen in den *Wahlpflichtbereich I*. Aus folgenden Modulen sind dann bis Ende des sechsten Semesters mindestens drei zu belegen: *Politische Theorien moderner Gesellschaften*, *Internationale Politik*, *Vergleich-ende Systemanalyse und europäische Politik*, *Staatsaufgaben* sowie *das Regierungssystem der BRD*. Zudem soll das 2-monatige Pflichtpraktikum, welches 12 Creditpoints erbringt, zwischen dem 3. und 5. Semester absolviert werden. Die Bachelorarbeit ist mit 12 Creditpoints für das sechste Semester vorgesehen (Ebd.: 31).

Im ISPM ist das gesamte vierte Semester für das 4-monatige Pflichtpraktikum eingeplant. Das dazugehörige Vorbereitungsseminar, welches eine Berufsfeld-vorbereitung mit Exkursion sowie einen Erfahrungsaustausch mit den Studierenden des vorausgegangenen Semesters umfasst, findet bereits im dritten Semester statt. Das gesamte fünfte Semester ist für das Auslandssemester vorgesehen. Entsprechende Vorbereitungskurse, etwa ein Seminar zum interkulturellen Austausch, finden ebenfalls im dritten Semester statt. Das sechste und siebte Semester sind wieder mit fünf Modulen ausgestattet, wobei im siebten Semester zwei Module für die Bachelorthesis und das Kolloquium vorgesehen sind (12 Creditpoints). Der Praxisbezug wird insbesondere in den Modulen *Projekt Politikmanagement* und *Mediation* im sechsten Semester deutlich. Die Studierenden wenden das zuvor theoretisch erworbene Wissen des Projekt-managements im Rahmen eines eigens gestalteten Projektes an. Im Modul *Mediation* wird in Planspielen Verhandlungsführung und Konfliktmanagement geübt. Hinzu kommen die Module *Glokal Politics (englischsprachig)*, *Arbeitsrecht und –politik* sowie *Politikanalyse II*. Ersteres beinhaltet die Untersuchung politischer Prozesse und Akteure, die auf der globalen und zugleich lokalen Ebene stattfinden, unter Berücksichtigung des Nord-Süd-Gefälles. Das Modul *Arbeitsrecht und –politik* verbindet die rechtlichen Rahmenbedingungen mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Im Modul *Politikanalyse II* werden analytische

Fertigkeiten für Akteurs- und Prozessstrukturen eines konkreten Politikfeldes sowie aktuelle Ansätze der Politikanalyse vermittelt. Das siebte Semester umfasst neben der Bachelorthesis die Module *International Relations II* (englischsprachig), das Vergleichsmethoden politischer Systeme weltweit und die völkerrechtlichen Grundlagen vermittelt, *Politik und Verwaltung II* (Europäisierung von Politik und Verwaltung, aktuelle Probleme der Europapolitik) und *Mehrebenenpolitik*, in dessen Rahmen Akteure, Strukturen und Prozesse *globaler Governance* anhand eines konkreten Politikfeldes untersucht werden (ISPM 2013a: 7-9).

Fazit – Praxisorientierung und Multidisziplinarität im ISPM – Gestaltungsmöglichkeiten durch Wahlpflichtbereich im POWI

Die unterschiedlichen Zielsetzungen der Studiengänge sowie die beschriebenen Unterschiede und Gewichtungen der Studienordnungen machen die Unterschiede zwischen den beiden politikwissenschaftlichen Studiengängen deutlich. Vor allem ist die Praxisorientierung im Rahmen einer multi- und interdisziplinaren Modulgestaltung für jeden Studierenden des ISPM verbindlich. Die Verbindlichkeit für jeden Studierenden, die in der Praxis gegebenen fachübergreifenden Fragestellungen, durch Abstimmung unterschiedlicher Disziplinen zu erlernen, ist im ISPM ausgeprägter und organisierter. Eine Praxisorientierung weist der Studiengang Politikwissenschaft an der Universität Bremen nicht auf; er ist auf die Vermittlung der politikwissenschaftlichen Theorien und Methoden ausgerichtet. Hingegen sind die Wahlmöglichkeiten im universitären Studiengang für individuelle politikwissenschaftliche Schwerpunktsetzungen ein gutes Vorbild für die Weiterentwicklung des ISPM

Semester	POWI	ISPM
1.	• Sozialwissenschaftliches Grundstudium (Einführung in die Sozialwissenschaften, Einführung in das politische System der BRD) • Vergleichende Politikwissenschaft • Einführung in das politikwissenschaftliche Arbeiten *+ Wahlpflichtbereich II*	• History of Democracy and the Nation State • Politik und Verwaltung I • Wirtschaft und Gesellschaft • Einführung in die Politikwissenschaft und ihre Methoden • Internationale Kommunikation
2.	• Politische Theorie und Philosophie • Europäische Integration • Statistik und Methoden I *+ Wahlpflichtbereich II*	• European Integration • Verfassungs- und Europarecht • Politikanalyse I • Sozialpolitik und Statistik • Betriebswirtschaft und Organisation
3.	• Internationale Beziehungen und Außenpolitik • Politikfeldanalyse • Statistik und Methoden II *+ Wahlpflichtbereich II*	• Konflikte und Kooperationen in der internationalen Politik • International Relations I • Staat und staatliche Steuerung • Politikberatung • Internationale pol. Kommunikation

4.	• Politik, Recht und Wirtschaft *Wahlpflichtbereich I:* • Politische Theorien moderner Gesellschaften • Internationale Politik • Vergleichende Systemanalyse und europäische Politik • Staatsaufgaben • Regierungssystem der BRD *+ Wahlpflichtbereich II*	• Vorbereitungsseminar Praxis (Exkursion und Erfahrungstransfer) • Praxissemester • Nachbereitungsseminar Praxis (Erfahrungstransfer, Reflexion)
5.	*Wahlpflichtbereich I:* • Auslands- oder Praxissemester • Politische Theorien moderner Gesellschaften • Internationale Politik • Vergleichende Systemanalyse und europäische Politik • Staatsaufgaben • Regierungssystem der BRD *+ Wahlpflichtbereich II*	• Vorbereitungsseminar Ausland (Planspiel und Erfahrungstransfer) • Auslandssemester • Nachbereitungsseminar Ausland (Erfahrungstransfer, Reflexion)
6.	• Bachelorthesis *Wahlpflichtbereich I:* • Politische Theorien moderner Gesellschaften • Internationale Politik • Vergleichende Systemanalyse und europäische Politik • Staatsaufgaben • Regierungssystem der BRD *+ Wahlpflichtbereich II*	• Glocal Politics (Globalisierung/Lokalisierung, Nord-Süd-Beziehungen) • Politikanalyse II • Arbeitsrecht- und politik • Mediation und Konfliktmanagement • Projekt Politikmanagement
7.	---	• Bachelorthesis • Mehrebenenpolitik • International Relations II • Politik und Verwaltung II

Tabelle 17 Modulübersicht POWI und ISPM

3. Betreuungsangebot für die Studierenden

In der Universität Bremen sind zehn Professoren und drei Professorinnen tätig, die sich auf Politikwissenschaften spezialisiert haben. Zudem sind zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Sonderforschungsbereichen "Staatlichkeit im Wandel", der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) und den

drei politikwissenschaftlichen Forschungsinstituten InIIS, CEuS und ZeS vor Ort (Stand: 05.12.12).
An der Hochschule Bremen lehren momentan drei Professorinnen und Professoren im Internationalen Studiengang Politikmanagement mit folgenden Themenschwerpunkten: Governance in Mehrebenensystemen und Globaler Wandel, Internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und Arbeitsbeziehungen und Praxis der Politik[11].
Darüber hinaus stehen der Hochschule Bremen Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) zu Verfügung. Sie sind im Gegensatz zu Lehrbeauftragten bei der Hochschule Bremen direkt beschäftigt. Zudem werden Lehrveranstaltungen aus folgenden Bereichen durch LfbA angeboten: Nationalstaaten in Konflikt und Konfrontationen und Voraussetzungen aktueller Probleme in der Weltpolitik.
Die Hochschulstudierenden haben eine bessere Bindung zu Ihren Dozenten*Innen und Lehrbeauftragten, da sie in kleineren Gruppen arbeiten. Die Atmosphäre, die in der Hochschule herrscht ist im Vergleich zu der Universität angenehmer und viel effizienter, da wir in kleineren Gruppen viel intensivere Arbeitsmöglichkeiten haben.
Der Zugang zu den Lehrenden fällt uns leichter, da sie uns sehr vertraut sind und wir in engem Kontakt stehen.

Das sogenannte „Praxissemester“ ist sowohl an der Hochschule, als auch an der Universität ein unabdingbares Pflichtsemester. Es ist ein Semester, welches von den Studierenden hoch angesehen ist und wichtige Einblicke in das Unternehmen verschafft. Jedoch gibt es einen Unterschied, und zwar ist das Praktikum an der Universität für mindestens 8 Wochen zu absolvieren, wobei an der Hochschule 16 Wochen obligatorisch sind.
Des Weiteren ist an der Hochschule ein Auslandssemester im 5.Semester verpflichtend, während es an der Universität nicht verpflichtend ist, jedoch vom Studiengang auch im 5. Semester empfohlen wird.

4. Fazit

In dieser Projektarbeit haben wir mit der Untersuchung und Analyse von deskriptiven Daten erfolgreich die Unterschiede wie Gemeinsamkeiten beider Studiengänge herausgefiltert.
Als wichtigster Unterschied ist vor allem zu nennen, das der ISPM in jedem Semester den Bezug zur Praxis bewahrt und dies auch zusammen mit der internationalen Ausrichtig sein wichtigstes Merkmal ist. Hier hingegen ist der politikwissenschaftliche Studiengang an der Universität theoretisch ausgerichtet und vermittelt somit auch hauptsächlich theoretische Lerninhalte.
Zudem besteht eine große Differenz der Institutionen im Bereich der Lernsituation und der Betreuungsmöglichkeiten. Vor allem ausschlaggebend dafür sind die stark voneinander abweichenden Semestergrößen. Der Studiengang der Universität besteht aus einer großen Anzahl von 60 – 500 Studierenden in Vorlesungsveranstaltungen. Dem gegenüber steht die Semestergröße im ISPM mit 40-50 Studierenden - so kann der Kon-

[11] Zusätzlich vierte, z.Zt. unbesetzte, Professur „Organisation der Zivilgesellschaft“.

takt von den Studierenden zu den Dozent*Innen auf einer persönlicheren Ebene stattfinden.
Es ist zudem wichtig festzuhalten, dass die Strukturierung der Studiengänge sich unterschiedlich verhält. An der Hochschule Bremen sah die fachspezifische Prüfungsordnung bis 2013 des ISPM ausschließlich Pflichtmodule vor*, den jede*r Studierende in seiner Form wahrzunehmen hat, um die geforderten ECTS zu erreichen - dieser beinhaltet auch, die verpflichtenden Praxissemester und Auslandssemester. An der Universität hingegen haben die Studierenden Pflicht- wie Wahlveranstaltungen und so die Möglichkeit, ihren Stundenplan mitzugestalten. Ein verpflichtendes Praxissemester ist in dem Politikwissenschaftsstudium an der Universität Bremen auch vorhanden, muss jedoch neben dem Studium absolviert werden und ist von der Dauer um 6 Wochen Monat kürzer als im ISPM Studium.
Wie bereits im Kapitel „Internationalität“ geschildert, zählt die internationale Ausrichtung des Studiengangs zu seinen wichtigsten Merkmalen, vor allem geprägt durch das obligatorisch Auslandssemester, welches durch Seminare auf Englisch, sowie Englischunterricht in den ersten beiden Semestern, erleichtert wird. Zudem schreibt sich der Studiengang zu Gute, dass auch Studierende die Chance haben ein Auslandssemester zu absolvieren, die sich die selbstständige Organisation nicht zutrauen. Denn im ISPM Studium gehört sowohl eine Vorbereitung als auch eine Nachbereitung, durch eine Betreuung von Dozent*Innen maßgeblich dazu. Dieser Bonus ist im Studium Politikwissenschaft an der Universität nicht gegeben, und das Auslandssemester muss selbständig, mit deutlich geringerer Betreuung durch die Universität, organisiert werden.

Schlussendlich ist die wichtigste Erkenntnis unserer Untersuchung die Tatsachte, dass ISPM und der Studiengang Politikwissenschaften nicht miteinander vergleichbar sind. Die Studiengänge haben zwar dieselbe Fachrichtung (Politik), unterscheiden sich jedoch in der Fokussierung der Lehrinhalte, der Lehrmethode, der Leistungsanforderung, Zugangsvoraussetzungen wie auch Semestergröße erheblich voneinander. Damit decken auch die Qualifikationen, der Studiengänge unterschiedliche Berufsbereiche ab und sind somit für den Standort Bremen beide ein wichtiger Bestandteil in der akademischen Landschaft.

b) Bundesweiter Vergleich und Hochschulrankings[12]

Für viele Studierende ist es sehr wichtig, Studiengänge miteinander vergleichen zu können. Sie orientieren sich bei der Auswahl ihres Studiengangs meist an Kriterien, die sie für ihre individuelle, berufliche Laufbahn für besonders aussichtsreich erachten. Für die Vorbereitung auf die berufliche Praxis ist für viele ein Praktikum, welches in die Studienordnung eingebettet ist und entsprechend gefördert wird, ein elementares Kriterium. Weiterhin wird eine internationale Orientierung, gerade in der politischen Wissenschaft und Praxis, in Zeiten der multinationalen Verflechtung politischer Institutionen, besonders abverlangt. Ein Auslandssemester und englischsprachige Lehrveranstaltungen bilden für viele Studierende daher ebenso wichtige Bestandteile. Der Nachweis vorhandener Kenntnisse der englischen Sprache ist dabei oftmals unerlässlich.

Für unsere Außendarstellung wollen wir herausfinden, wie der ISPM unter diesen Gesichtspunkten aufgestellt ist. Ein Blick in die bundesweite Hochschullandschaft soll Klarheit über die Position des ISPM schaffen. Gibt es Alleinstellungsmerkmale, die den ISPM im Vergleich auszeichnen? Bereits vorhandene Vergleichsmöglichkeiten und Hochschulrankings können diese Frage nicht befriedigend beantworten, wie im Folgenden ausgeführt wird. Wir haben daher anhand der oben beschriebenen Kriterien einen Vergleich der disziplinär verwandten Studiengänge angestellt und eine quantitative Erhebung vorgenommen. Im Detail sind die Unterschiede dieser beiden Studiengänge im vorherigen Kapitel „Regionaler Vergleich mit „B.A. Politikwissenschaften“ an der Universität Bremen“ ausgearbeitet.

1. Vergleichsmöglichkeiten und Hochschulrankings

Bevor wir nun auf unsere Untersuchung eingehen, ist noch zu klären, wo bereits Möglichkeiten bestehen, die einen Vergleich des ISPM mit anderen Studiengängen zulassen. In der Fachzeitschrift *Politik und Kommunikation* der Ausgabe März 2012 befindet sich eine Übersicht fachübergreifender und praxisnaher Bachelor- und Masterstudiengänge, in welcher der ISPM aufgelistet ist. Anhand der Kriterien: Schwerpunkte, Zulassungsvoraussetzungen, Gebühren, Fachsemester und Besonderheiten, ist der ISPM neben neun weiteren Bachelor- Studiengängen skizziert. Diese Auflistung dient der Information der Leser und ist nicht als Ranking zu bewerten.

Eine weitere Vergleichsmöglichkeit bietet die zentrale Datenbank der akkreditierten Studiengänge auf der Internetseite des Akkreditierungsrates. Dort ist ein Einzelvergleich der akkreditierten Studiengänge aus dem politikwissenschaftlichen Bereich nach individueller Auswahl möglich, worauf die Details der Profile der Studiengänge einsehbar sind. Im ersten Satz zur Beschreibung des ISPM heißt es: *„Der Internationale Studiengang Politikmanagement (ISPM) wird seit dem Wintersemester 2003/2004 mit dem Abschluss „Bachelor of Arts“ angeboten. Den Studiengang zeichnet ein praxisorientiertes und internationales Profil aus. Er hat eine Studiendauer von sieben Semestern und umfasst ein integriertes praktisches Studiensemester sowie ein theoretisches Auslandssemester“* (Akkreditierungsrat 2010).

[12] Von Johanna Seeger, Juliane Sewig und Tobias Söchtig

Neben diesen Auflistungen, gibt es in Deutschland ein weitreichendes Hochschulranking, das Studiengänge verschiedener Disziplinen miteinander vergleicht. Das Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) aus Gütersloh, stellt unter anderem ein Ranking für politikwissenschaftliche Studiengänge auf. Weitere Rankings sind nicht studiengangspezifisch, d.h. sie beziehen sich auf die Hochschulen im Allgemeinen oder auf Fachgebiete, wie die Forschungsreputation, Gleichstellung oder Fördermittel.

Das CHE Ranking steht jedoch aufgrund erheblicher methodischer Schwächen bundesweit in der Kritik. Anhand von Befragungen der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitern versucht das CHE die Studiengänge zu klassifizieren. Der ISPM hat an diesen Befragungen nicht teilgenommen und ist dementsprechend nicht gelistet. Aus diesen Gründen werden wir unserer Darstellung nicht auf dieses Ranking stützen, haben jedoch nachfolgend die Kernpunkte der Kritik am CHE Ranking festgehalten.

2. Kritik am CHE Ranking

Mit Ausnahme der Kritik an Hochschulrankings und der Einrichtung des CHE selbst, ist es vor allem die Methodik die bemängelt wird: *„Das CHE Ranking weist zum einen gravierende methodische Schwächen und empirische Lücken auf. Zum anderen laden die summarische Bewertungspraxis und die spezifischen Publikationsformate des Rankings systematisch zu Fehldeutungen ein."* So die Deutsche Gesellschaft für Soziologie in einer Stellungnahme zum CHE Ranking im Juni 2012 (DGS 2012: 2). Seitdem ist der Großteil der soziologischen Institute und Fachbereiche aus der Bewertung ausgestiegen. Ebenso verhält es sich in der Politikwissenschaft. Die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft empfiehlt allen Instituten und Fachbereichen ihre Beteiligung am CHE Ranking auszusetzen (DVPW 2012: 1).

Im Einzelnen wird kritisiert, dass die Bewertung der Qualität der Forschung auf Einschätzungen und Datenbanken beruhen, die kaum aussagekräftig seien. Die Studierendenbefragungen sollen schwache Rücklaufquoten, geringe Fallzahlen sowie eine ungeklärte Selektivität haben. Weiterhin werden die Publikationsformate (Kooperation mit ZEIT Online) bemängelt. Diese seien nicht transparent, da die wenigen Indikatoren unübersichtlich dargestellt würden. Die angewandte Ampelsymbolik führe über die Dürftigkeit der Datenbasis in die Irre (Vgl. DGS 2012: 2-4).

3. Methodik

Um einen unstrittigen Vergleich anzustellen, bot sich für uns daher an, anhand der genannten Kernelemente eine Übersicht mit den inhaltlich verwandten Studiengängen aufzustellen, die ebenfalls interdisziplinär ausgerichtet sind. Des Weiteren haben wir die politikwissenschaftlichen Studiengänge einbezogen, die auch (ohne Eingangsprüfung mit der Fachhochschulreife zugänglich sind, da dies ein zentrales Merkmal des ISPM darstellt.

Über die allgemein zugänglichen Kriterien aus den Internetpräsenzen der Studiengänge haben wir eine Auflistung der relevantesten Eckdaten erstellt, die sich in erster Linie auf die Praxisausrichtung und Internationalität beziehen. Wir haben daher anhand der oben beschriebenen Kriterien einen Vergleich der disziplinär verwandten Studiengänge, über die auf den Internetseiten der Studiengänge verfügbaren Informationen angestellt. Im Rahmen der quantitativen Befragung der Studierenden des 2. und 4. Semes-

ters in Zusammenwirkung mit der Gruppe „Zugangsvoraussetzungen“ haben wir zudem herausgefunden, inwiefern die Studierenden die Alleinstellungsmerkmale des ISPM im Vergleich zu anderen Studiengängen bei ihrer Studienwahl berücksichtigt haben.

4. Ergebnisse

In unserer Übersicht haben wir den ISPM und den Bachelor Politikwissenschaft der Universität Bremen direkt zu Anfang aufgelistet. Nach unseren Kriterien liegen die Unterschiede dieser beiden Studiengänge im Kern in den Zulassungsvorrausetzungen und im Pflichtpraktikum. Der ISPM ermöglicht den Zugang über die Fachhochschulreife und ein um 8 Wochen längeres Pflichtpraktikum, dass mit insgesamt 16 Wochen ein volles Semester abbildet. Zudem bietet der ISPM im Gegensatz zum Bachelor Politikwissenschaft der Universität Bremen ein obligatorisches Auslandssemester inklusive etablierter Anerkennungsverfahren, der im Ausland erbrachten Studienleistungen. Beide Studiengänge haben eine internationale Ausrichtung mit englischsprachigen Lehrveranstaltungen und dementsprechend erforderlichen Nachweisen der Sprachkenntnisse. Im Detail sind die Unterschiede dieser beiden Studiengänge im vorherigen Kapitel ausgearbeitet.

Betrachten wir nun die bundesweite Studiengangslandschaft. Der ISPM ist neben dem Studiengang *Wirtschaft und Politik* der HTW Berlin, der einzige Studiengang einer öffentlichen Fachhochschule mit politikwissenschaftlichem Fokus. Da dieser Studiengang jedoch einen gleichermaßen wirtschaftlichen wie politikwissenschaftlichen Fokus hat, kann der ISPM durchaus als einziger Studiengang einer Fachhochschule mit politikwissenschaftlichem Rahmenprogramm betrachtet werden. Durch Gesetzesänderungen in den Ländern Hessen und Niedersachen, gibt es jedoch nun die Möglichkeit in diesen Ländern mit der Fachhochschulreife an einer staatlichen Universität zu studieren. So ist es beispielsweise möglich, an den Universitäten Kassel, Marburg oder Gießen mit der Fachhochschulreife Politikwissenschaft zu studieren. Hinzu kommen die Studiengänge *Social Sciences* der Universität Gießen und *Integrierte Sozialwissenschaften* der Technischen Universität Braunschweig. Die weiteren Studiengänge, die disziplinär mit dem ISPM vergleichbar sind, können nur mit der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife, jedoch nicht mit der Fachhochschulreife, absolviert werden.

Was den ISPM gegenüber allen vergleichbaren Studiengängen auszeichnet ist, dass dieser als einziger ein integriertes Praxis- *und* Auslandssemester hat. Zwar ist bei allen Studiengängen ein Praktikum verpflichtend, obgleich die Zeiträume stark divergieren – von 4 bis gar 24 Wochen – jedoch ist das Auslandsemester immer freigestellt. Wie der Großteil der verwandten Studiengänge ist auch der ISPM durch einen hohen Anteil verpflichtender englischsprachiger Lehrveranstaltungen geprägt und hat, wie etwa die Hälfte der verglichenen Studiengänge, qualifizierte Englischsprachkenntnisse als Zulassungsvoraussetzung. Der ISPM ist durch die optimale Praktikumsdauer von 4 Monaten hervorzuheben, die exakt ein Semester abbildet. Auch ist der ISPM der einzige Studiengang der in unserem Vergleich ein Vorpraktikum als Zulassungsvoraussetzung hat. Hinzu kommt, dass in Bremen vergleichbar geringe Semesterbeiträge zu entrichten sind und keine Studiengebühren anfallen.

5. Übersicht

Hochschule	Studiengang	Zugang über FH-Reife	Vor-praktikum erforderlich	Englisch-nachweise erforderlich	Eng-lisch-sprachi-ge LV	verpflichten-des Praxissemes-ter/Praktikum	verpflichten-des Auslands-semester	Gebüh-ren/ Beiträge zur Zeit
Hochschule Bremen	Internationa-ler Studien-gang Politik-management B.A.	Ja	Ja, 4 Wochen	Ja, qualifi-ziertes Niveau der FH-Reife (3,0)	Ja	Ja, 16 Wochen	Ja	258,10 € Semester-beitrag
Universität Bremen	Politik-wissenschaft B.A.	Nein*	Nein	Ja, Niveau B 1	Ja	Ja, 8 Wochen	Nein	261,10 € Semester-beitrag
Hochschule für Wirt-schaft und Technik Berlin	Wirtschaft und Politik B.A.	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja, 17 Wochen	Nein	279,93 € Semester-beitrag
Justus-Liebig-Universität Gießen	Social Sci-ences B.A.	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja, 6 Wochen	Nein	276,07 € Semester-beitrag
Universität Kassel	Politik-wissenschaft B.A.	Ja	Nein	Ja, Niveau B 1	Ja	Ja, 8 Wochen	Nein	251,50 € Semester-beitrag
Philipps-Universität Marburg	Politik-wissenschaft B.A.	Ja	Nein	Ja, Niveau B 2	Ja	Ja, 6 Wochen	Nein	270,09 € Semester-beitrag
Technische Universität Darmstadt	Politik-wissenschaft B.A.	Ja	Nein	Ja, gute Englisch-kenntnisse	Ja	Ja, 6 Wochen	Nein	282,20 € Semester-beitrag
Technische Universität Braun-schweig	Integrierte Sozial-wissen-schaften B.A.	Ja, bei entspre-chender Fach-richtung	Nein	Ja	Ja	Ja, 9 Wochen	Nein	761,39 € Semester-beitrag und Stu-dien-gebühren
Leibniz Universität Hannover	Politik-wissenschaft B.A.	Ja, bei entspre-chender Fach-richtung	Nein	Nein	Nein	Ja, 8 Wochen	Nein	833,70 € Semester-beitrag und Stu-dien-gebühren
Universität Passau	Governance and Public Policy – Staats-wissen-schaften B.A.	Nein*	Nein	Nein	Ja	Ja, 8 Wochen	Nein	52,00 € Semester-beitrag
Westfäli-sche-Wilhelms-Universität Münster	Politik und Wirtschaft B.A.	Nein*	Nein	Nein	Nein	Ja, 12 Wochen	Nein	209,00 € Semester-beitrag
Universität Konstanz	Politik- und Verwaltungs-wissenschaft B.A.	Nein*	Nein	Nein	Nein	Ja, 24 Wochen	Nein	ca. 150,00 € Semes-ter-beitrag

Universität Erfurt	Staats- und Sozial-wissen-schaften B.A.	Nein*	Nein	Ja, gute Englisch-kenntnisse	Ja	Ja, 4 Wochen	Nein	184,80 € Semester-beitrag
Heinrich Heine Universität Düsseldorf	Sozial-wissenschaf-ten – Medien, Politik und Gesellschaft B.A	Nein*	Nein	Nein	Nein	Ja, 12 Wochen	Nein	232,32 € Semester-beitrag
Universität Potsdam	Politik, Ver-waltung und Organisation B.A.	Nein*	Nein	Ja	Ja	Ja, 16 Wochen (oder Ausland)	Ja (oder Pra-xis)	263,00 € Semester-beitrag

*oftmals bei mehrjähriger Berufserfahrung Sonderzulassung möglich

Tabelle 18 Übersicht vergleichbarer Studiengänge in Deutschland

6. Befragung und Ergebnisse zur Attraktivität des ISPM

Die spannende Frage ist, ob die Studierenden des ISPM unsere Ergebnisse teilen. In Zusammenwirkung mit der Teilgruppe „Zugangsvoraussetzungen“ des Projektes „Zukunft des ISPM“ wurde ein gemeinsamer Fragebogen (s. Anhang) zur quantitativen Befragung von insgesamt 33 Studenten erarbeitet, der sich im ersten Teil mit der Außerordentlichen strukturellen Vielfalt des ISPM unter Einbezug sozio-ökonomischer Unterschiede beschäftigte (s. Teilkapitel 2 Zugangsvoraussetzungen), UND im zweiten Teil die entscheidenden Alleinstellungsmerkmale im Vergleich zu anderen politikwissenschaftlichen Studiengängen behandelt. Dabei hat sich die herausragende Position des ISPM bestätigt.

6.1 Methodik

Bei der Erstellung des zweiten Teils des Fragebogens zur Attraktivität des ISPM für die 2. und 4. Semester lag das Hauptaugenmerk auf drei Kerngedanken. So zielten die Fragen erstens darauf ab, herauszufinden, durch welche informative Quellen der Studiengang den Studierenden aufgefallen ist und zweitens aus welchen genauen Gründen, unter Einbezug von möglichen Vorkenntnissen, Erwartungen und Annahmen, schlussendlich die Wahl auf den ISPM an der Hochschule Bremen fiel. Im dritten Abschnitt standen nicht mehr die Beweggründe für den Entschluss für den ISPM im Vordergrund, sondern die individuelle Beurteilung der herausragenden Merkmale des ISPM nach heutiger Sicht. Dabei wurde die Option von Mehrfachnennungen angeboten, um ein möglichst umfassendes Gesamtbild mehrerer Beweggründe zu gewährleisten.

6.2 Auswertung der Ergebnisse

Informationsquellen

Wie bereits in den vorangegangen Teilkapiteln „Bundesweiter Vergleich und Hochschulrankings“ angedeutet, können eben diese Auflistungen nach verschiedenen Disziplinen eine Orientierung für Studieninteressierte darstellen. Da der ISPM, aus guten Gründen, nicht im CHE-Ranking zu finden ist, war es ganz besonders interessant zu erfahren, woher Bewerber*Innen des ISPM ihre Erstinformationen zu dem Studiengang erhalten ha-

ben und was dies im Umkehrschluss für den Bekanntheitsgrad und die Etablierung des Studiengangs in der Hochschullandschaft bedeutet.

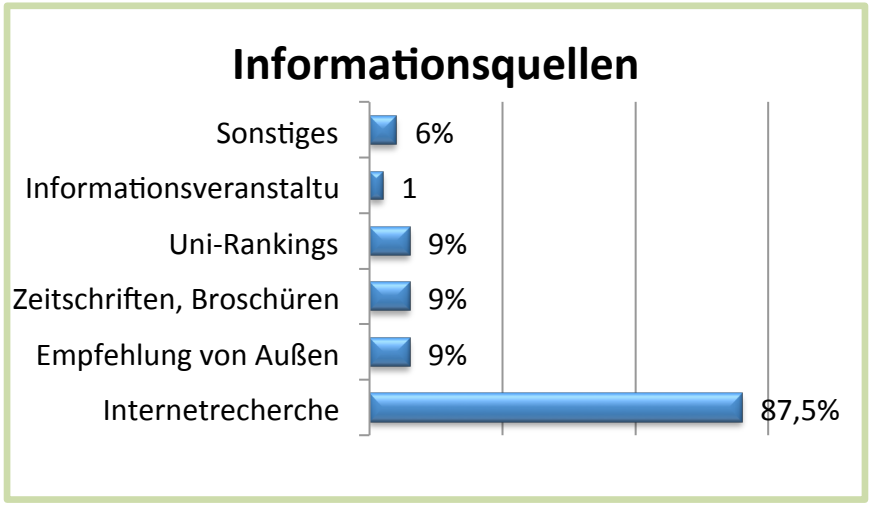


Abbildung 23 Informationsquellen zum ISPM

Wie in Abbildung 26 dargestellt, gaben 87,5 % aller befragten Studierenden an durch Internetrecherche vom ISPM erfahren zu haben. Auf die Nachfrage hin, welche Seiten im Speziellen als Informationsquelle dienten nannten die Befragten insbesondere die Homepage der Hochschule Bremen (www.hs-bremen.de) und die Internetseite der ZEIT (www.zeit.de) bzw. den Zeit-Studienführer. Einige wenige gaben ebenso an durch eine persönliche Studienberatung und einer Reportage des NDR vom ISPM in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Auch wenn Informationsveranstaltungen, Uni-Rankings und Zeitschriften eher eine nachstellige Rolle als Informationsquellen spielten, wird deutlich, dass gerade die Selbst- und/oder Fremdpräsentation im Internet ein starkes Gewicht hat und ein Nicht-Erscheinen auf den meisten Uni-Rankings dem nicht unbedingt abträglich ist.

Gründe zur Wahl des ISPM

Um herauszufinden, welche expliziten und ausschlaggebenden Gründe es für die Wahl des ISPM gab, bot es sich an danach zu fragen, ob es sich erstens um ein Erststudium – das heißt, kein vorheriger Beginn eines anderen Studiengangs mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt - handle, und/oder ob es zweitens Parallelbewerbungen für andere Studiengänge und Universitäten/Hochschulen gab. Dabei soll erstens eruiert werden, was den ISPM im Unterschied zum Erststudium attraktiver macht und zweitens welche Kriterien ausschlaggebend waren, sich trotz Parallelbewerbungen/zusagen an/von anderen Hochschulen und Universitäten für den ISPM zu entscheiden.

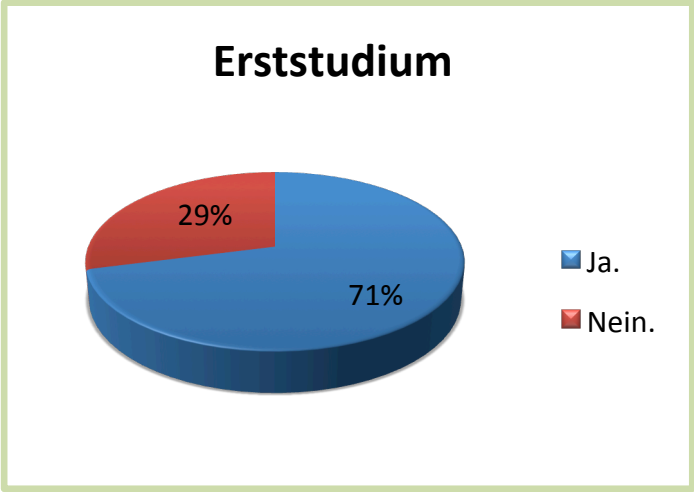


Abbildung 24 ISPM als Erststudium

Beinahe 1/3 (s. Abbildung 27) aller Befragten gab an vor Beginn des ISPM bereits ein anderes Studium begonnen zu haben. Im überwiegenden Teil handelte es sich um VWL- Studiengänge oder solche, die vom thematischen Spektrum die inhaltlichen Themengebiete des ISPM zwar überschnitten, jedoch einen anderen speziellen Schwer-

punkt, z.B. in Mathematik, Geschichte oder Verwaltung hatten und zumeist an einer Universität gelehrt werden.
Es stellt sich also die Frage, was der ISPM im Gegenzug an Qualitäten bieten kann. Dies wird im Nachfolgenden (s. Abbildung 29) eingehend beleuchtet.

Insgesamt bewarben sich über die Hälfte der Befragten, 53%, noch für weitere Studiengänge mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt in der Bundesrepublik an unterschiedlichen Universitäten und Hochschulen. Dabei sticht deutlich, wie auf Abbildung 28 zu sehen, der Studiengang der Politikwissenschaften an den Universitäten hervor. Wie bereits zur Ausführung von Abbildung 27 erörtert, ist ebenfalls zu erkennen, dass – andere Studiengänge ohne politikwissenschaftlichem Schwerpunkt außen vor gelassen – 15% der Studierenden sich für die Kombination von Politik und Wirtschaft als Studiengang beworben haben. Dem Kernpunkt der Befragung nun treffend, was waren die Entscheidungshilfen für das ISPM-Studium?

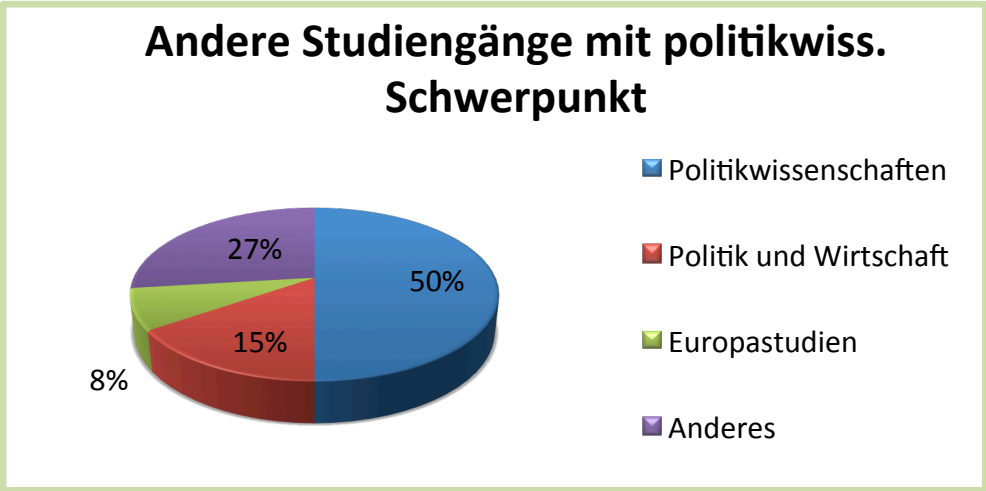


Abbildung 25 Bewerbung für weitere Studiengänge mit politikwiss. Schwerpunkt

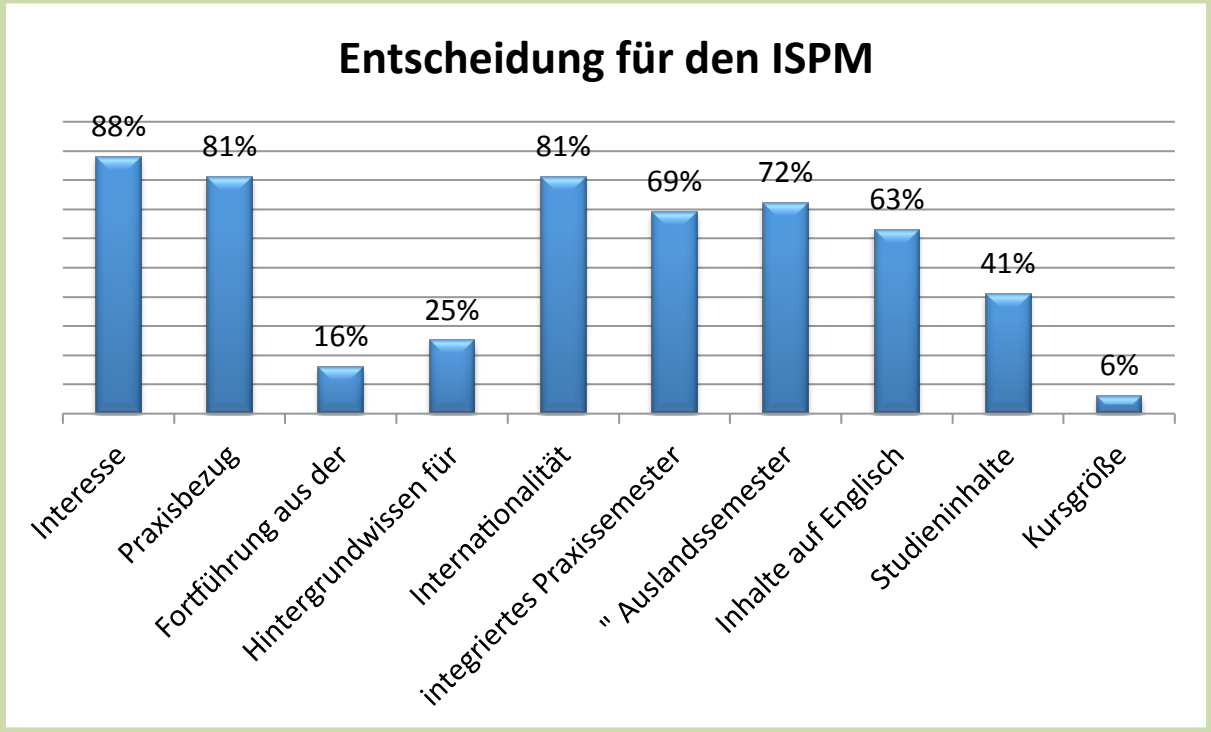


Abbildung 26 Entscheidung für den ISPM

Wie deutlich auf Abbildung 29 zu erkennen ist gaben 88% der befragten Studierenden an, aus politischem und allgemeinem Interesse heraus das Studium aufzunehmen. Hinzu kommend ist jedoch weitaus bemerkenswerter, dass jeweils 81% angaben, sich unter anderem auf Grund der Praxisbezüge und Internationalität für den ISPM entschieden zu haben. Sowohl das integrierte Auslands- als auch Praxissemester wurde zur Entscheidungsfindung ebenfalls in 70%iger Zustimmung bedacht. Verstärkt werden die Faktoren noch dadurch, dass knapp 2/3 dafür plädierten, Studieninhalte auf English als weiteren Entscheidungsimpuls für sich zu definieren. Bereits hier lässt sich eine eindeutige Tendenz ausmachen, inwiefern der ISPM mit welchen Eigenschaften nach außen hin wirkt.

Anhand der zuvor dargelegten Ergebnisse zur Attraktivität des ISPM und der nun letzten Kernfrage lässt sich abschließend eine Aussage treffen, was den ISPM aus Sicht der Studenten nach dem 2. bzw. 4. Semester explizit auszeichnet und sich von anderen Studiengängen durch seine Alleinstellungsmerkmale unterscheidet.

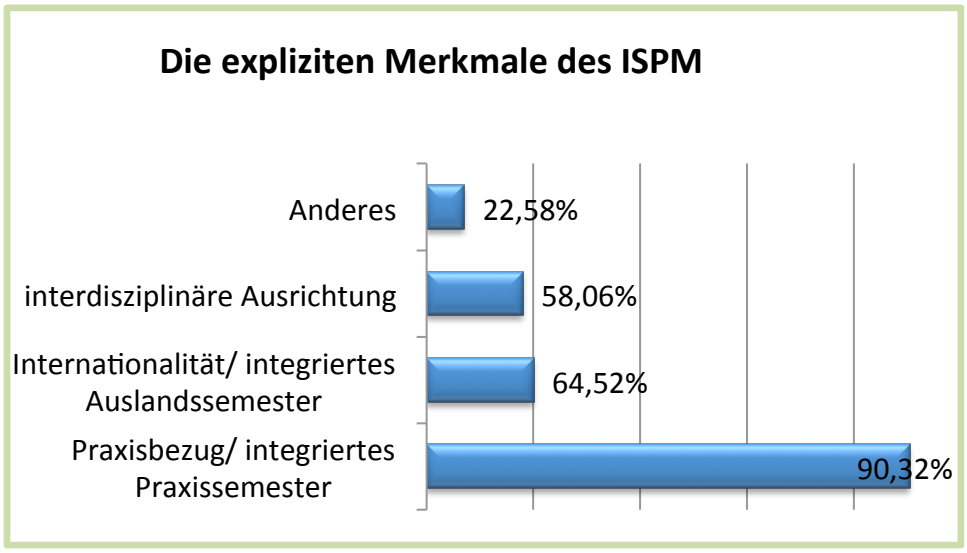


Abbildung 27 Merkmale des ISPM im Vergleich zu anderen Studiengängen

Somit sehen, wie auf Abbildung 30 zu sehen ist, über 90% der befragten Studierenden den Praxisbezug des Studiengangs und das integrierte Praxissemester als das Merkmal des ISPM, das den Studiengang von anderen, unter Einbezug weiter Faktoren und Merkmale, unterscheidet. Denn die Internationalität des ISPM und das integrierte Auslandssemester stehen mit knapp 2/3 an zweiter Stelle und formen zusammen mit dem Merkmal der interdisziplinären Ausrichtung, die von über der Hälfte der Studierenden als auszeichnendes Merkmal festgesetzt wurde, Attraktivitätsmerkmale heraus. Zusätzlich nannten einige der Befragten weitere explizite Merkmale, die sie als ganz besonders wichtig erachteten. So scheint insbesondere auch die Kursgröße und Konzentration auf kleine Studiengruppen, welche viel Raum für Diskussionen bieten und zu einer persönlicheren Lernvermittlung beitragen genauso zum Format des ISPM zu gehören, wie auch der breite Fokus an Studieninhalten. Als sehr positiv wurde in diesem Zusammenhang der Einbezug von Recht und BWL bewertet.

„Es werden Parallelen von der Theorie und Praxis hergestellt. Das alles ermöglicht einen hohen Lernfaktor und eine hohe Identifikation mit dem Studiengang, dem Fachwissen und eine sehr gute Orientierung zu den potenziellen Berufsfeldern.“
Studentin aus dem 4. Semester

7. Fazit

Die Quintessenz der Befragung zur Attraktivität des Studiengangs und die Frage nach den Alleinstellungsmerkmalen des ISPM im Vergleich zu andern Studiengängen lässt sich so beantworten, dass wie bereits mit der eingängigen Hypothese (bundesweiter Vergleich und Hochschulrankings) vermutet, die Kombination mehrerer Merkmale von großer Relevanz sind, jedoch explizit der Praxisbezug und das integrierte Praxissemester (*s. Kapitel Praxisbezug)* herauszustellen sind. Gerade in der Kombination mit einer starken internationalen Studienausrichtung und dem integrierten Auslandssemester *(s. Kapitel Internationalität)* kann der ISPM überzeugen.

„ISPM bietet sowohl praxisbezogene Module, in denen man echte Aufträge aus der Praxis, die bspw. von einem Politikberatungsinstitut bearbeitet worden sind als Modulleistung erbringt, als auch theoretisch-wissenschaftliche Module, in denen wichtige Theorien erlernt werden“
Studentin aus dem 4. Semester

6. Verbleib der Alumnis[13]

Der Verbleib der Alumni ist im Gesamtkontext des Projektes „Zukunft ISPM“ elementar. Es ist von großer Bedeutung die vielseitigen Berufschancen und Perspektiven aufzuzeigen, welche nach erfolgreichem absolvieren des Studienganges möglich sind. Es gibt viele Wege, welche man nach dem Bachelor/Master einschlagen kann, da der Studiengang, mit seiner einzigartigen Zusammensetzung weit gefächert ist.
Der Internationale Studiengang Politikmanagement wirbt auf der Hochschulseite für *„Positionen, die in einer globalisierten Welt Verknüpfungen von Lokalem und Globalem erfordern[...]“* (Hochschulwebseite/ISPM/Berufsaussichten). Die Studierenden werden durch das Studienangebot auf folgende Tätigkeitsfelder vorbereitet:

- Referent*Innenstellen in lokalen, nationalen, supra-, trans- und internationalen Regierungsstellen, öffentlichen Einrichtungen und Nicht-Regierungsorganisationen, in Parlamenten, bei Parteien und Verbänden
- Mitarbeiter*Innenstellen in der politischen Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit, etwa Pressestellen
- Organisations- und Personalführung in politisch tätigen Organisationen sowie Unternehmen
- Tätigkeiten im expandierenden Bereich der Politikberatung

Soviel zur Theorie. Daraus resultiert folgerichtig eine wichtige Frage: Wie ist die Umsetzung der theoretischen Ansprüche in der Praxis? Schafft es der Studiengang die Studierenden auf die angestrebten Positionen angemessen und erfolgreich vorzubereiten? Wenn ja, stellt sich die Frage, in welchen Tätigkeitsfeldern sich die Alumni wiederfinden?

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir zunächst auf die Methodik eingehen, anhand welcher der Fragebogen, wie auch die Profile und die Kontaktaufnahme durchgeführt wurde. Im nächsten Schritt stellen wir den verfassten Text vor, mit welchem wir uns an die ehemaligen Studierenden wenden.
Anschließend wird der Fragebogen vorgestellt, welcher im direkt folgenden Schritt detailliert analysiert und ausgewertet wird. Nach der Bearbeitung und Auswertung des Fragebogens werden, nach der Einstellung und Präsentation des Musterprofils, speziell angefertigte Profile ehemaliger Studierenden vorgestellt.
Am Schluss unseres Teilabschnittes werden wir unsere Ergebnisse in einem kurzen Fazit wiedergeben.

1. Methodik

Um einen umfassenden Verbleib der ehemaligen Studierenden repräsentative zu dokumentieren haben wir ein zweigleisiges Konzept entwickelt, welches sowohl einen individuellen als auch einen uniformellen Überblick auf den Verbleib der Ehemaligen erlaubt. Die individuelle Seite soll dabei durch die Erstellung von Profilen ausgewählter

[13] Von Faruk Aksoy, Arman Bakhtiar, Max Kuchenbuch und Patrick Markovic

Ehemaliger erfolgen und der uniformelle mit Hilfe eines Fragenkatalogs an alle Ehemaligen. Durch den individuellen Blick erhoffen wir ganz persönliche Lebenswege aufzuzeigen, die zugleich Prestige und Ansehen des Studienganges bei Entscheidungsträgern der Hochschule Bremen vermitteln und unterstreichen sollen. Schwerpunkte dieser Profile sollen die Präsentation anschließender Masterstudiengänge sowie aktuelle Arbeitgeber sein. Der an alle Ehemaligen gerichtete Fragenkatalog soll biographische Daten, Besonderheiten des Studienganges und Trends im Verbleib der Absolvent*Innen erkenntlich machen (mehr Infos im Abschnitt Fragenkatalog).
Die Ergebnisse sollen neben dem Projekt „Zukunft ISPM“ auch aktuellen Studierenden als Hilfe für die Suche nach Praxis- und Arbeitsplätzen dienen.

Die Kontaktaufnahme zu den ehemaligen soll mit einem elektronischen Anschreiben erreicht werden. Hierzu wurde ein Anschreiben erstellt, welches die Ehemaligen über die aktuelle Situation des Studienganges und der Hochschule Bremen informiert und dazu motiviert den Fragenkatalog zu beantworten. Besonders wichtige und markante Informationen sind im Anschreiben fett markiert worden um Schlagwörter zu setzen. Außerdem wird den Ehemaligen gezielt eine Frist zur Abgabe gesetzt um das Projekt zeitlich einzugrenzen (Anschreiben siehe Anhang).

Weitere Schritte:

1. Erstellung Verteiler Liste
2. Versand von Anschreiben + Fragenkatalog
3. 4 Wochen Wartefrist
4. Dateneingabe Ergebnisse Fragenkatalog
5. Auswertung Fragenkatalog
6. Präsentation der Ergebnisse

2. Fragebogen

In folgendem Abschnitt geht es um den von unserer Gruppe erstellten Fragebogen zum Thema „Verbleib der Alumni ISPM“. Hier wollen wir herausfinden, in welchem Berufszweig unsere ehemaligen Studierenden heute tätig sind.
Außerdem wäre es interessant herauszufinden, welche Art von Zusatzqualifikationen die einzelnen Ehemaligen nach dem Abschluss im IS Politikmanagement erworben haben, um die Tätigkeit, die sie jetzt ausführen auch wirklich aufnehmen zu können.
Ein Ziel des Fragebogens soll es sein, eine qualitative Befragung durchzuführen, um so den weiteren akademischen und beruflichen Werdegang der Alumni feststellen und auswerten zu können.

Der Fragebogen ist in drei einzelne Bereiche aufgeteilt. Zunächst beginnen wir mit dem Erfragen der allgemeinen Informationen zum Studium und zur Motivation an sich.

Danach stellen wir Fragen zum Übergang vom Studium zum Beruf bzw. weiterer akademischer Ausbildung, eigener Zufriedenheit mit dem Studium und der Anerkennung des Studiengangs Politikmanagement.

In folgendem Bereich wird der von uns konzipierte Fragebogen noch einmal detailliert erklärt. Hier versuchen wir eventuelle Missverständnisse in der Fragestellung auf den Grund zu gehen und den Sinn einiger Fragen zu klären. Es werden nun die Fragen von oben nach unten aufgestellt und gegebenenfalls erörtert.

2.1 Studium/Motivation Allgemein

Auf der Seite sieht man zu Beginn noch einmal die Namen der Personen, die den Fragebogen erstellt haben. Es ist noch einmal wichtig zu betonen, dass die in den Klammern stehenden Kommentare einzig dazu dienen, um den Fragebogen den man hier (siehe Anhang) in einer Rohform findet, später in digitaler Form so anzupassen, wie es in den Kommentaren steht.

Wir beginnen im ersten Teil des Fragebogens mit den Fragen nach allgemeinen Informationen zum Studium zur Motivation des Teilnehmers/der Teilnehmerin.

Mit der ersten Frage wollen wir wissen, in welchem Jahr der Teilnehmer/die Teilnehmerin der Umfrage seinen Abschluss im IS Politikmanagement gemacht hat. Das ist wichtig für uns zu wissen, um dies ungefähr mit dem beruflichen Werdegang abgleichen und unter besonderen Umständen hervorheben zu können.
In der zweiten Frage wird danach gefragt, ob es sich um das erste Studium des Teilnehmers/der Teilnehmerin handelt, oder ob er/sie schon zuvor schon etwas anderes studiert hatte.
Bei einem „Nein“ als Antwort auf die Frage, ob ISPM nun sein/ihr erstes Studium ist, folgen dann zwei weitere optionale Fragen („Was haben Sie zuvor studiert?“ und „Was war der Grund für einen Wechsel?“).
Danach fragen wir nach dem Grund, warum der Teilnehmer/die Teilnehmerin den Studiengang Politikmanagement gewählt hat, wobei hier Mehrfachnennungen möglich sind. Auch hier wollen wir herausfinden, wie hoch das Ansehen bzw. der Bekanntheitsgrad des Studiengangs ist. Aus eben dem selbigen Grund fragen wir dann auch, warum der Teilnehmer/die Teilnehmerin die Hochschule Bremen als Studienstandort gewählt hat (auch hier sind Mehrfachnennungen möglich). Gerade bei dieser Frage kann tatsächlich die Qualität unseres Studiengangs hervorgehoben werden, da man gerade in Norddeutschland keinen vergleichbaren Standort hat, wo man Politik an einer Fachhochschule studieren kann.

Auf der zweiten Seite des Fragebogens findet man zunächst noch die letzten Antwortmöglichkeiten zu Frage 4 („Warum HS Bremen?“).
In Frage Nummer 5 wollen wir wissen, wie der Teilnehmer/die Teilnehmerin auf den Studiengang Politikmanagement in Bremen aufmerksam geworden ist.

Hier bieten wir zu den verschiedenen Ankreuzmöglichkeiten eine freie Fläche zu genaueren Angaben an, um die gewonnen Erkenntnisse aus dieser Frage optimieren zu können.
Des Weiteren fragen wir bei Nummer 6, ob sich die teilnehmenden Alumni bei ihrer Suche nach einem Studienplatz auch in anderen Städten auf einen politikwissenschaftlichen Studiengang beworben haben und geben auch hier die Möglichkeit – bei einer positiven Antwort auf die Frage – die Standorte und die genaue Beschreibung des Studiengangs zu nennen, für den sie sich zur selben Zeit beworben hatten.
Bei Frage Nummer 7 wollen wir wissen, welcher Schulabschluss es dem Teilnehmer/der Teilnehmerin ermöglicht hatte, ein Studium im Fach Politikmanagement an der Hochschule Bremen aufzunehmen. Diese Frage könnte ein kleiner Fingerzeig in Richtung Diversität im Studiengang ISPM sein.
Zum Bereich, in welchem die Alumni ihre Praxissemester absolviert hatten, kommen wir in der Frage Nummer 8. Hier wollen wir noch einmal auf die Vielfältigkeit der Möglichkeiten der Bereiche hinweisen, die sich den Studierenden und Alumni während des Studiums bieten.

Zum Abschluss in dem ersten Bereich des Fragebogens stellen wir in der Frage 9 dem Teilnehmer/der Teilnehmerin die Frage, wo genau sein Auslandssemester absolviert hat und wie viele Semester die Alumni ISPM studiert hatten.

Die letzte Frage im ersten Abschnitt dreht sich um die Tätigkeit nach dem Abschluss in ISPM. Hier wollen wir wissen, ob die Alumni nach ihrem Bachelor-Abschluss in ISPM einen Masterstudiengang haben folgen lassen, wobei wir bei einem „Ja“ auch gerne wissen möchten, was er/sie genau danach studiert hat, wo er/sie das dann getan hat und wie gut er/sie sich auf dieses Master-Studium durch ISPM vorbereitet gefühlt hat. Dies soll auf einer Skala von 1 bis 6 bewertet werden, wobei 1 – wie bei den Schulnoten – die beste aller Noten darstellt und 6 die schlechteste.

2.2 Übergang/Zufriedenheit/Anerkennung ISPM

Im zweiten Abschnitt beginnen wir mit der Frage zum ersten Beschäftigungsverhältnis nach dem abgeschlossenen ISPM-Studium bzw. nach dem anschließenden Studium.
Darauf fragen wir die Alumni nach der Suchdauer nach Beendigen des Studiums bis zur ersten Tätigkeit. Gerade diese Frage kann viel über die Qualität unseres Studiengangs aussagen.
Auf die Frage nach Erwerbslosigkeit nach dem Abschluss in ISPM kommen wir danach, wobei wir dann auch wissen möchten – falls man tatsächlich erwerbslos war – wie lange es anschließend gedauert hat, etwas Neues zu finden. Auch ist für uns wichtig zu wissen, wie die Alumni bis heute ihre Stelle gewechselt haben.

Darauf fragen wir dann nach dem derzeitigen Beschäftigungsverhältnis des Teilnehmers/der Teilnehmerin, wobei wir als Antwortmöglichkeiten die gängigsten Arbeitsverhältnisse aufgelistet haben. Da wir eine qualitative Umfrage zum Verbleib der Alumni ISPM aufstellen wollen, ist es uns auch wichtig zu erfahren, was ein ehemaliger Stu-

dent/ehemalige Studentin in seiner/ihrer jetzigen Tätigkeit im Jahr verdient. Aus den einzelnen Angaben der Befragten wollen wir dann einen Durchschnitt errechnen. Außerdem fragen wir nach Arbeitserfahrung im Ausland nach dem Studienabschluss. Auch die Zufriedenheit in der derzeitigen beruflichen Tätigkeit soll erfragt werden.

Falls nun Frage 9 mit den Antwortmöglichkeiten A, B oder C beantwortet wird, fragen wir anschließend, weshalb der/die Befragte zufrieden mit seiner derzeitigen Anstellung ist.
Danach wird nach der Einschätzung gefragt, wie gut oder schlecht sich das Auslandssemester auf den späteren beruflichen Werdegang ausgewirkt hat und ob man in der Zeit des Praxissemesters wertvolle Kontakte herstellen konnte, die einem bei der späteren Berufssuche hilfreich waren.

Abschließend im zweiten Teil möchten wir dann gerne wissen, wie zufrieden die Befragten insgesamt mit dem Studium in ISPM waren.

2.3 Biographische Daten

Im letzten Teil des Fragebogens werden die biographischen Daten des Teilnehmers/der Teilnehmerin erfragt. Hier wird dann nach dem familiären Hintergrund der Alumni gefragt. So wollen wir unter anderem wissen, ob er/sie einen Migrationshintergrund hat, die Eltern ein abgeschlossenes Studium haben oder ob er/sie BAföG bezieht.
Außerdem erfragen wir die Parteienzugehörigkeit und das unter Umständen abgeleistete Ehrenamt, während des Studiums.

Zum Ende des Testes stellen wir dann noch einige Fragen zur Biographie und der derzeitigen Lebenssituation des/der Befragten, welche noch einmal abschließend die Vielfältigkeit unter den Studierenden des Studiengangs ISPM hervorheben sollen.

3. Kurzprofile

Wir haben Kurzprofile erstellt, um diese auf der Website des Studiengangs vorzustellen.
Die Profile zeigen eine kurze Zusammenfassung über die derzeitige berufliche Situation einiger ausgewählter ehemaliger Studierenden des Studiengangs Politikmanagement der Hochschule.
Die befragten Alumni sollen in einer kurzen Darstellung von ein bis zwei Sätzen die Vorzüge des Studiums im ISPM hervorheben, wobei unter ihrem Statement noch einmal kurz darauf hingewiesen wird, wo genau der/die Befragte heute tätig ist und was er/sie dort macht.

3.1 Kurzprofil-Script für Hauptseite der ISPM-Website

Zunächst wird für dieses Kurzprofil der Alumni ein Bild auf die Hauptseite der ISPM-Website eingefügt, wobei hier ein Link zu einer ausführlicheren Beschreibung der Alumni beigefügt wird. Unter dem Bild werden einige kurze Informationen (hier: Name, Alter, Abschlussjahrgang, derzeitiger Beruf) aufgelistet.

Bild
(Link -> Kurzbeschreibung)

Kurzbeschreibung:
Name, Alter :
Abschlussjahrgang :
Derzeitiger Beruf :

3.2 Kurzbeschreibung des Befragten

Klickt man nun auf das gewünschte Profil von der Hauptsite, erlangt man ausführlichere Informationen zur einzelnen Person. Zusätzlich zu einer größeren Version des Bildes der Alumni, findet man neben einer Kurzbeschreibung des derzeitigen Berufs, folgende Informationen:

- Was hat der Studierende dem Studiengang zu verdanken?
- Was hat meine Studienzeit besonders gemacht?
- Was sind die Vorzüge meines Studiengangs gewesen?

Dieses Statement der Studierenden sollte sechs bis zehn Zeilen nicht überschreiten.

3.3 Kurzbeschreibung Beispiele

Bünyamin Keskin
Abschlussjahrgang: 2013
Ist in der Pressestelle des Bremer Senats in der Abteilung Medienauswertung und Beratung tätig und sorgt dafür, dass der Präsident des Bremer Senats immer bestens auf alle Sitzungen, Pressekonferenzen vorbereitet ist.

Kurzbeschreibung des Befragten
Dank dem ISPM-Studium habe ich gelernt und in Erfahrung gebracht, wie man die Theorie in die Praxis umsetzen kann. Hierzu halfen mir neben dem obligatorischen Praxis-Semester auch die durch die Dozent*Innen gegebenen Handlungsempfehlungen und durch das Studium geknüpfte Kontakte. Des Weiteren war es für mich sehr sinnvoll und eine Hilfe, Gelerntes auch in meinen ehrenamtlichen Tätigkeiten anzuwenden und zu erproben. Von politikwissenschaftlicher Materie bis zu Policy-Making-Abläufen und empirisch qualitativ/quantitativen Untersuchungen konnte ich vieles sehr gut in anderen Bereichen auch anwenden. Auch freiwillige Praktika während der vorlesungsfreien Zeit waren wichtige Möglichkeiten, um eine persönliche Bilanz zu ziehen, inwiefern die Fähigkeiten und Kompetenzen in diesem Feld gestärkt wurden. Anders als in anderen Studiengängen, wie zum Beispiel Politikwissenschaft an der Universität Bremen, ist mit großer Beachtung zu bemerken, dass das Auslands- und Praxissemester einen erheblich positiven Beitrag zum (außer-)curricularen Werdegang von Studierenden leistet.

Yasin Salmaz
Abschlussjahrgang : 2013
Ist in der PR-Abteilung des türkischen Premierministeriums tätig und berät unter anderem den türkischen Regierungschef in Sachen Öffentlichkeitsarbeit

Kurzbeschreibung des Befragten
Die 3,5 Jahre an der Hochschule in Bremen haben mich überraschend positiv geprägt. Trotz meiner eher etwas skeptischen Erwartungshaltung gegenüber der Stadt Bremen, hat mir das Hochschulleben das Gegenteil bewiesen. Die Zeit während der Vorlesungen, das Lernen in der Mensa, wie auch die gute Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden ist sehr positiv hervorzuheben. Neben der Aneignung von Schlüsselqualifikationen in den jeweiligen Modulen ist der Praxisbezug mit dem integrierten Auslands- und Praxissemester einzigartig.

4. Fazit

Zu Beginn unseres Teilabschnittes, welcher sich mit dem Verbleib der Alumni auseinandergesetzt hat, stellten wir uns einige Fragen:
Wie ist die Umsetzung der theoretischen Ansprüche in der Praxis? Schafft es der Studiengang die Studierenden auf die angestrebten Positionen angemessen und erfolgreich vorzubereiten? Wenn ja, stellt sich die Frage, in welche Tätigkeitsfelder sich unsere Alumni wiederfinden?
Selbstverständlich lassen sich all diese Fragen nicht anhand einzelner Profile beantworten. Für eine repräsentative Auswertung ist es notwendig den aufgeführten Fragebogen an einen Großteil der Alumni zu versenden, um die Ergebnisse anschließend auszuwerten.
Betrachtet man die Beispielprofile der beiden ehemaligen Studierenden Bünyamin Keskin (Pressestelle des Bremer Senats, Medienauswertung und Beratung), wie auch Yasin Salmaz (Public Relations und Presseberater im Premierministerium/Türkei), werden die vielseitigen Berufsmöglichkeiten nach Abschluss des Studienganges deutlich. Die Praxisnähe, wie auch die Internationalität und die Nähe zu den Dozenten*Innen stechen bei beiden Profilen heraus.
Der ISPM Studiengang bereitet die Studierenden auf die kommenden Aufgaben vor, er vermittelt theoretische Grundlagen, wie auch Praxisbezüge. Die Studierenden werden gut ausgebildet aus dem Studium verabschiedet, jedoch liegt es an ihnen selbst diese erlernten Qualifikationen abzurufen, um im Berufsleben Fuß zu fassen. Neben der Besonderheit der Internationalität und des Praxisbezuges, ist noch die vielseitige Berufsperspektive (im Inland, wie auch im Ausland) nach Abschluss des Studiums hervorzuheben.

7. Kooperation mit anderen Studiengängen[14]

In diesem Abschnitt soll es darum gehen, den „Internationalen Studiengang Politikmanagement“ (ISPM) daraufhin zu überprüfen, ob er von den Inhalten sowie der Struktur die Konstitution besäße, eine Kooperation bzw. Vereinigung mit einem oder mehreren Studiengängen einzugehen ohne an Substanz zu verlieren. Es wäre unzureichend, wenn nicht gar fahrlässig, nicht alle möglichen Optionen in Erwägung zu ziehen und auf ihre realistische Umsetzbarkeit hin zu analysieren. Eine Zusammenarbeit mit anderen Studiengängen ist daher notwendig, gleichwohl vorab klar sein dürfte, dass in jenem Falle jeder betroffene Studiengang in negativem Umfang (durch eine Minderung der bisherigen studiengangsbezogenen Inhalte) betroffen sein würde.
In einer Vorabrecherche haben wir Studiengänge verglichen und selektiert. Die Studiengänge, die eine grundsätzliche Ähnlichkeit in Ablauf und Modalitäten aufwiesen, wurden von uns weiter berücksichtigt und sollen im Näheren vorgestellt und mit dem ISPM verglichen werden. Dabei handelt es sich um die zwei Studiengänge „Internationaler Studiengang Journalistik“ (ISJ) und „Internationaler Studiengang Volkswirtschaftslehre“ (ISVW).

1. Module der Studiengänge ISPM, ISJ und ISVW in einer Analyse

Um zunächst einen genaueren Überblick zu bekommen, in welchen Bereichen Module der Studiengänge „Internationaler Studiengang Politikmanagement“, „Internationaler Studiengang Journalistik“ und „Internationaler Studiengang Volkswirtschaftslehre“ Überschneidungen aufweisen, werden diese in zwei Tabellen zusammengefasst. In der Tabelle 18 finden sich die Module des ISPM und des ISJ die eine Überschneidung aufweisen. Tabelle 19 zeigt die Überschneidungen der Module des ISVW und des ISPM.

ISPM Module	ISJ Module
3.3 Staat und Management 3.3.1 Staatstheorie und Staatstätigkeit 3.3.2 Politische Steuerung	Modul 1.4/2.4 Gesellschaft 1 1.4.2 Staat und Gesellschaft 2.4.2 Begriff und Theorie der bürgerlichen Gesellschaft
1.3 Wirtschaft und Gesellschaft 1.3.1 Ökonomisches Denken 1.3.2 Sozialpolitik	Modul 1.5 / 2.5 / 3.5 / 4.5 Wahlmodul mit einem politikwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Inhalt
3.4 Politische Kommunikation 3.4.1 Politik in den Medien I 3.4.2 Politische Kampagnen	Modul 3.1 Medienpolitik / Medienökonomie
2.4 Methoden und Sozialstruktur 2.4.1 Sozialstruktur und Sozialstrukturanalyse 2.4.2 Methode der Politikwissenschaft II	Modul 3.4.2 / 4.4.2 Gesellschaft 2

[14] Von Mehmet Nas, Dragan Pranjic und Thomas Wille

1.4 Einführung in die Politikwissenschaft und ihre Methoden 1.4.1 Einführung in das Politikmanagement 1.4.2 Methode der Politikwissenschaft I	Modul 7.1 Journalismusforschung / Empirische Kommunikationsforschung

Tabelle 19 Vergleich der Module von ISPM und ISJ

Beim Modul 1.4.2 / 2.4.2 *Gesellschaft 1* im ISJ gibt es eine Überschneidung mit dem Modul 3.3 *Staat und Management* des ISPM. Es wird genau wie im Modul des ISPM über den Staat und die Gesellschaft gelehrt, sowie dazu, wie der Aufbau und die Funktionsweise wesentlicher Institutionen in einer Demokratie sind. Gesellschafts- und Staatstheorien, zum Beispiel der Denker wie Hegel, Marx, Hobbes oder Rousseau, werden in den Vorlesungen behandelt.

Die Module 1.3 *Wirtschaft und Gesellschaft* und 1.5/2.5/3.5/4.5 *Wahlmodul mit einem politikwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Inhalt* haben eine Überschneidung, da sie sich mit dem aktuellen Wissensstand in den jeweiligen Bereichen auseinandersetzen. Die ISJ-Studenten bekommen Wissen aus den Bereichen der Sozial-, Politikwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften sowie grundlegende Schlüsselbegriffe, Theorien, Praktiken und Modelle der jeweiligen Bereiche vermittelt.
Das ISPM-Modul 3.4 *Politische Kommunikation* und das ISJ Modul 3.1 *Medienpolitik / Medienökonomie* haben fast identische Inhalte und sollen Wissen über die wesentlichen Ansätze der Medienpolitik und der Medienökonomie an die Studierenden vermitteln.
Bei den Modulen 2.4 *Methoden und Sozialstruktur* des ISPM und 3.4.2 / 4.4.2 *Gesellschaft 2* des ISJ lernen die Studenten die Sozialpolitik- und Sozialstruktur Deutschlands und zum Teil auch Europas detaillierter kennen.
1.4 *Einführung in die Politikwissenschaft und ihre Methoden* des ISPM und 7.1 *Journalismusforschung/Empirische Kommunikationsforschung* des ISJ vermitteln die Bedeutung von empirischen Studien, die für beide Fächer wichtig sind und auch die Anwendung empirische Methoden.

ISPM Module	ISVW Module
2.5 Betriebswirtschaft und Organisationslehre 2.5.1 Organisation und Führung 2.5.2 Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre	1.4 Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
6.4 Mediation 6.4.1 Konfliktmanagement und Verhandlungsführung 6.4.2 Interkulturelles Management	2.5 Interkulturelle Kommunikation und Fachenglisch für Volkswirtschaftslehre
1.3 Wirtschaft und Gesellschaft 1.3.1 Ökonomisches Denken	3.1 Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft

...

1.3.2 Sozialpolitik	
1.2 Staat und Verwaltung/ 1.3 Wirtschaft und Gesellschaft/ 2.4 Methoden und Sozialstruktur/ 3.3 Staat und Management	3.3 Weltwirtschaftsgeschichte und Politologie/Soziologie

Tabelle 20 Vergleich der Module von ISPM und ISVW

Bei den Modulen von ISPM und ISVW gibt es Überschneidungen in den Module 2.5 *Betriebswirtschaft und Organisationslehre* und 1.4 *Einführung in die Betriebswirtschaftslehre* die beide den Bereich der BWL behandeln.

Interkulturelle Kommunikation wird in beiden Studiengängen in ähnlicher Weise angeboten.
Die Module 1.3 *Wirtschaft und Gesellschaft* des ISPM und 3.1 *Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft* weisen auch Ähnlichkeiten auf. Das Teilmodul des ISPM 1.3.1 *Ökonomisches Denken* hat eine Überschneidung was den Themenbereich Weltwirtschaftsgeschichte betrifft, da es diesen Bereich auch an Studierende des ISPMs vermittelt.

Im ISVW haben wir das Modul 3.3 *Weltwirtschaftsgeschichte und Politologie/Soziologie*, welches Elemente verschiedener Module des ISPM aufweist, wie zum Beispiel 1.2 *Staat und Verwaltung*, 1.3 *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2.4 *Methoden und Sozialstruktur*, 3.3 *Staat und Management*. Somit deckt dieses Fach einen großen Bereich ab, der im ISPM viel ausführlicher und in verschiedenen Modulen gelehrt wird.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass es viele Module mit thematischen Überschneidungen zwischen ISPM und ISJ und ISPM und ISVW gibt. Sie müssten trotzdem eine Prüfung unterzogen werden und die Lernziele der Module müssten etwas überabreitet werden. Es lässt sich aber ein sogenanntes „Studium Generale“ aus diesen Modulen formen, die dann im weiteren Verlauf des Studiums sich in fachspezifischeren Richtungen entwickeln könnten. Bezüglich der anderen Module muss es zu einer genauen Abwägung kommen, welche Module beibehalten werden sollen und welche nicht mehr angeboten werden können. Dabei stellt sich die Frage, wie die Bewertung der Module, die natürlich unter Akkreditierungskriterien getroffen werden müssen, erfolgen soll. Eine ausgewogenen Auswahl von Kernfächern der beiden Studiengängen sollte hierbei berücksichtigt werden, da es wichtig wäre, die ursprünglichen Schwerpunkte der fusionierten Studiengänge beizubehalten und nicht einen von Grund auf neu konzipierten Studiengang zu schaffen der völlig andere Kernbereich behandelt als die vorherigen Studiengänge.

2. Anpassung der Prüfungsordnung

Eine Zusammenlegung des Studiengangs Internationaler Studiengang Politikmanagement mit dem Internationalen Studiengang Journalistik oder Volkswirtschaftslehre würde es erforderlich machen, die Prüfungsordnung anzupassen , bzw. zu überarbeiten.

Die Prüfungsordnungen des ISPM und ISJ müssen im Bezug der Regelstudienzeit, des Studienaufbaus und Umfangs nicht angepasst werden, da sie 1 zu 1 übereinstimmen.
Die Praxisphase und das Auslandssemester müssten nach der Prüfungsordnung nur minimal angepasst werden, zum Beispiel die Praxissemesterdauer. Ansonsten wäre eine Anpassung in diesem Punkt relativ einfach möglich. Der Punkt Prüfungsleistungen könnte ebenfalls leicht angeglichen werden, indem man gerade für die mehrheitlich journalistisch geprägten Module einen gesonderten Punkt einfügt der die speziellen Prüfungsleistungen regelt, wie z. B. die Erstellung einer umfangreichen publizistischen Arbeit. Bei der Bachelorthesis muss eine Modifikation erfolgen, die es ermöglicht, auch einen journalistischen Teil einzufügen und als Bachelorthesis durchgehen zu lassen. Dabei muss aber eine genaue Definition erfolgen und die genauen Kriterien beleuchtet werden, da es sich doch um einen wichtigen und für den Studiengang charakterisierenden Punkt handelt. Zum Thema Gesamtnote der Bachelorprüfung kann man lediglich sagen, dass diese ebenfalls eine Anpassung benötigen wird.
Im Falle einer Überlegung zur Zusammenlegung der Studiengänge Politikmanagement und Volkswirtschaflehre, müsste dagegen eine komplette Überarbeitung der Prüfungsordnung erfolgen. Im Bezug auf die Wahlmodule, die eine wichtige Rolle im der Volkswirtschaftslehrestudiengang einnehmen, müsste die neu für den Studiengang geschaffene Prüfungsordnung einen neuen Passus einführen, der dies ermöglicht. Auch müsste der Studienaufbau komplett neu definiert werden und klar gemacht werden, welche neuen Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Ebenfalls müssten die Prüfungsmöglichkeiten und Module sowie Leistungspunkte, die zu erreichen sind, neu definiert werden. In Sachen Praxissemester und Auslandssemester müssten die größten Änderungen erfolgen, da im ISVW sowohl ein Auslandspraktikum als auch ein Auslandssemester gefordert werden. Eine Zusammenlegung mit dem ISVW hätte deutlich komplexere Anforderungen und Auswirkungen, da die Prüfungsordnung des ISVW sich in vielen und auch wesentlichen Punkten von der des ISPM unterscheidet, anders als zwischen ISPM und ISJ. Somit müssten viele Anstrengungen und Prüfungen erfolgen, um am Ende genau festzustellen, ob diese beiden Studiengänge zusammen eine gemeinsame Zukunft haben können.

3. Kernbestände der Studiengänge ISPM, ISJ und ISVW

Wenn es um die Zusammenlegung von Studiengängen geht, geht es auch um die Frage was dabei verloren gehen würde. Diese Frage stellt sich besonders in der Hinsicht, dass gerade die Studiengänge an der Hochschule durch ihre verschulte Lehrform und die vor allem praxisnahen Erfahrungen eine Alternative zu den Studiengängen an den Universitäten bieten sollen.
Politikmanagement hat, betrachtet man die Module, einen sehr weiten und sich in viele Bereiche erstreckenden Kern. Dieser bietet nicht nur einen Einblick in die spezifischen Felder der Politikwissenschaft, wie zum Beispiel das Politische System der BRD, sondern bietet auch Blicke über den Tellerrand der politischen Wissenschaft hinaus. Beispielsweise werden die Studierenden sehr viel mit europäischen Themen über mehrere Semester konfrontiert. Aber auch globale Politik spielt eine Rolle in vielen Modulen, was durch das Auslandssemester und die es umgebenden Unterstützungsstrukturen ergänzt

wird (siehe Kapitel *Internationalität*). Zudem bietet das Praxissemester die Möglichkeit, Erfahrungen auch in nicht klassisch politikwissenschaftlichen Bereichen zu sammeln, also nicht ausschließlich in politikberatenden Organisationen oder politischen Institutionen. Der Studiengang bildet damit für ein besonders breites Berufsspektrum aus (siehe dazu Kapitel *Praxisbezug*).
Beim ISJ kann man erkennen, dass der Spezialisierungsgrad auf die journalistische Arbeit sehr hoch ist. Aber auch hier wird versucht durch Wahlmodule andere Themenbereiche wie Politik, Wirtschaft oder auch Naturwissenschaften zu behandeln und so den Studierenden einen Einblick in diese Felder zu erlauben. Das Praxissemester bietet auch die Möglichkeit in andere Bereiche einen Blick zu riskieren, wie zum Beispiel in sozialkulturelle, politische, wirtschaftliche Organisationen (auch wenn hier die Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit angesteuert werden sollten). Gleichzeitig gibt es verschiedene Projekte, bei denen die Studierenden ihren Leistungsnachweis damit erbringen können, etwas Praxisbezogenes für den medialen Bereich zu produzieren, um somit erste praktische Erfahrung zu sammeln. Module, die aktuelle journalistische Produktionsprozesse erklären, werden gegen Ende des Studiums angeboten und ermöglichen somit auch einen Einblick in die praktische Arbeit von Journalist*Innen.

Der Studiengang Volkswirtschaflehre an der Hochschule Bremen bietet ebenfalls eine andere Form der *Volkswirtschaftslehre* an, als an den Universitäten. So werden neben dem theoretischen Wissen auch Tools für die Praxis gelehrt, wie etwa der Umgang mit den Microsoft Office-Programmen „PowerPoint“ oder „Excel“, um so sicherzustellen, dass die Studierenden hier fundierte Kenntnisse erlernen, die sie nicht nur für das Praxissemester qualifizieren, sondern auch für den späteren Berufseinstieg. In inhaltlicher Hinsicht weisen viele Bereiche einen hohen Grad an Europäisierung und Globalisierung auf. Die Studierenden können so einen Einblick in die modernen und internationalen Herausforderungen bekommen, die vor ihnen stehen könnten, wenn sie in das Berufsleben einsteigen. Besonders interessant ist die Tatsache, dass man im ISVW sowohl ein Auslandspraktikum, als auch ein Auslandssemester abschließen muss. Dieses ergänzt die schon hohe Internationalität im ISVW noch um einen weiteren Punkt und verleiht ihm eine Besonderheit, den andere Studiengänge nicht aufweisen können.
Sollte eine Zusammenlegung des ISPM, sei es mit dem ISJ oder dem ISVW erfolgen, so würde zwar ein komplett neuer Studiengang mit neuem Kern entstehen, aber gleichzeitig würden zwei Schwerpunkte verloren gehen. Somit stellt sich die Frage, ob wesentliche Aspekte, die ein Studium mit sich bringen sollte verloren gingen, wie Ausweitung der erworbenen Kompetenzen im Studium, oder es zu einem Einheitsstudium kommt, welches dann ab einem bestimmten Punkt nur noch die Studierenden in zwei Hälften separiert.
Betrachtet man die vielen Möglichkeiten des Praxissemesters, bei den beiden Studiengängen der Fakultät 3 oder den stark internationalisierten Verlauf des ISVW, so wird deutlich, dass bei einer Zusammenlegung eine komplett neue Idee geschaffen werden muss, da es sehr schwer wird, die verschiedenen Kernkompetenzen zu vereinigen, ohne in dem einen oder anderen Bereich Module, Anforderungen oder Kriterien für Praktika zu modifizieren oder gar komplett zu streichen.

Da aber die Hochschule Bremen gerade mit ihrer Internationalität und ihrer Flexibilität wirbt, muss auch hier ein Auge auf das Gesamtbild der Hochschule geworfen werden. Aus drei Studiengängen mit spezialisiertem Profil und heraushebenden Besonderheiten würde womöglich ein weniger flexibler Studiengang ohne herausstechendes Profil werden. Die Hochschule würde sich damit mehr an die Gegebenheiten an Universitäten anpassen und ein Teil ihrer Philosophie einbüßen müssen.

4. Modulpool des neuen Studiengangs „Internationaler Studiengang Politik und Wirtschaft“

Nichtsdestotrotz wollen wir im Folgenden ein Konzept vorstellen, welches einen größtmöglichen Erhalt der einzelnen studiengangspezifischen Komponenten sicherstellen soll. Ein potentiell neuer Studiengang, beispielsweise mit dem Namen „Internationaler Studiengang Politik und Wirtschaft“[15], der angesichts des geschilderten Szenarios aufgebaut werden könnte, würde wenigstens eine minimale Aufrechterhaltung des bisherigen Lernangebotes an der Hochschule Bremen qualitativ gewährleisten, anstatt ersatzlos die Studiengänge „Internationaler Studiengang Politikmanagement“, „Internationaler Studiengang Volkswirtschaftslehre“ und „Internationaler Studiengang Journalistik“ abzuschaffen.

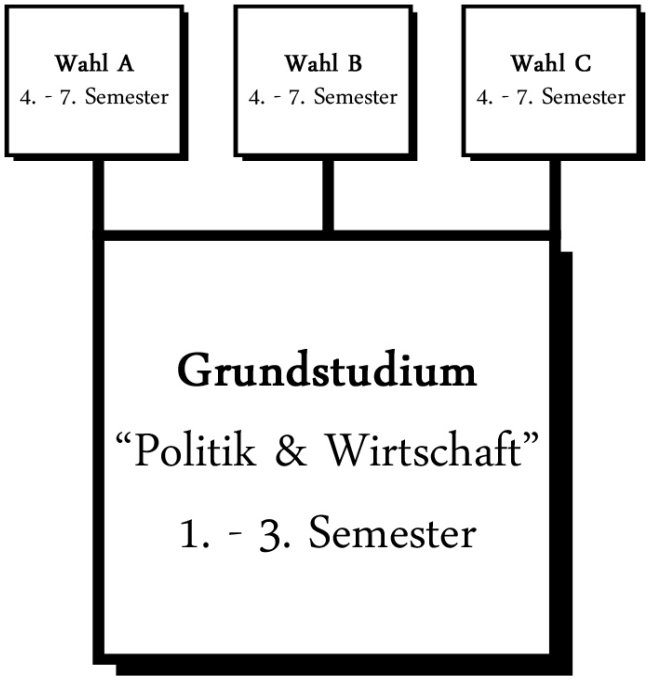


Abbildung 28 Modell "Internationaler Studiengang Politik und Wirtschaft"

Unser Modell hierzu schlägt eine Teilung des Studienganges „Internationaler Studiengang Politik und Wirtschaft“ nach dem Grundstudium (ab dem 4. Semester) in verschiedene Themenbereiche vor, die durch Wahlmöglichkeiten der Module eine individuelle Spezialisierung einer Fachrichtung ermöglichen. Während des Grundstudiums vom 1. bis zum 3. Semester wäre eine gemeinsame Lehre denkbar, da bereits ohnehin in der gegenwärtigen Konstitution der drei genannten Studiengänge viele Modul-Schnittmengen existieren (s. Abbildung 31). Gehen wir vom jetzigen Modul-Stand der drei Studiengänge aus, so schlagen wir folgenden Studienaufbau während des Grundstudiums vor:

<u>1. Semester (30 ECTS)</u>

- Einführung in die Wirtschaftswissenschaften (6 ECTS)
- Einführung in die Politikwissenschaften (6 ECTS)
- Einführung in die Soziologie (6 ECTS)

[15] Der Name ist ein reiner Arbeitstitel und soll als grobe Symbolisierung verstanden werden. Generell befürworten wir eine individuelle und kreative Bezeichnung (vgl. Studiengang „Komplexes Entscheiden“ an der Universität Bremen), um einen in Deutschland einmaligen Studiengang zu schaffen.

- Einführung in die Medienwissenschaften (6 ECTS)
- Rhetorik & Präsentationstechniken (6 ECTS)

2. Semester (30 ECTS)

- Politisches System der BRD (6 ECTS)
- Verfassungsrecht (6 ECTS)
- Medienpolitik (6 ECTS)
- Betriebswirtschaft und Organisationslehre (6 ECTS)
- Englisch als Fremdsprache I (6 ECTS)

3. Semester (30 ECTS)

- Interkulturelle Kommunikation (6 ECTS)
- Interdisziplinäres Projektmanagement (6 ECTS)
- Sozialpolitik/-recht (6 ECTS)
- Verwaltung und Staat (6 ECTS)
- Englisch als Fremdsprache II (6 ECTS)

Nach den Modulen des Grundstudiums halten wir am bisherigen Modell des Praxis- und Auslandssemesters fest, welches wie bisher im 4. bzw. 5. Semester erfolgt und sich in den vergangenen Jahren als erfolgreich erwies.

Im 6. und 7. Semester wird in unserer Vision die Möglichkeit bestehen, je nach Wunsch, einen Schwerpunkt zu setzen, indem aus einem Pool von Modulen gewählt werden kann. Offen und diskutabel an dieser Stelle ist, ob vorgegebene Wahlmöglichkeiten durch thematisch-verbindliche Orientierungen[16] gesetzt werden sollen, oder ob völlig frei aus dem gesamten Modulbestand gewählt werden kann. Eine thematisch verpflichtende Modulwahl besitzt den Vorteil einer Themenvertiefung, indem die Hochschule aufeinander abgestimmte Modulformationen anbietet und hierdurch eine gewissen Qualitätssicherung oder -garantie schafft. Eine freie Wahlmöglichkeit hätte seitens der Studierenden den Vorteil, sich durch eine individuelle Schwerpunktsetzung speziell das Wissen anzueignen, was erwünscht und für die persönlichen Zukunftspläne benötigt wird. Ein Modulpool von Wahlfächern (mit je 6 ECTS) könnte den Studierenden beispielhaft wie in folgenden Oberthemen zur Auswahl gestellt werden:

Politik	**Wirtschaft**	**Journalismus**
Politikberatung	Unternehmensführung	Hörfunk
Kampagnenmanagement	Stadtplanung	Fernsehen
Glokale Politik	Personalführung und -entwicklung	Printmedien
Politische Historie	Management öffentlicher Einrichtungen	Medienökonomie/-ethik
Sozialwissenschaften	Controlling	Journalistische Praxis
Politisch relevantes Recht	Wirtschaftlich relevantes Recht	Journalistisch relevantes Recht
Politisches Projektmanagement	Wirtschaftliches Projektmanagement	Journalistisches Projektmanagement

Abbildung 29 Studiengangskonzept

[16] Orientiert werden sollte sich an den drei Themenblöcken: Politik, Wirtschaft und Journalismus.

Ein solches Wahlpflichtmodul-Modell ist im Hinblick auf heutige gesellschaftliche Anforderungen durchaus sinnvoll. Die Realität erfordert mehr denn je den Austausch interdisziplinärer Arbeit, bei zunehmendem Bedarf an speziellem Fachwissen; dies ist nicht Ausnahme, sondern zunehmend die Regel. Ein übergreifendes Studienangebot wie jenes, das durch eine Wahlmöglichkeit angeboten würde, trägt somit der gesellschaftlichen Transformation von zunehmender Komplexität in Beruf und Alltag Rechnung. Gerade aber auch die spontanen Entwicklungsschübe innerhalb des Studiums, wo Erlerntes den Horizont erweitert und zu neuen Erkenntnissen und Zielen verhilft, sind es, auf die wir reagieren und die bei den Studierenden gefördert werden sollten. Wer am Anfang einer 3,5 jährigen Regelstudienzeit feststellt, einen Fehler bei der Wahl des Studiums begangen zu haben, bricht das Studium daher eher ab (oder führt es demotiviert bis zum Ende durch), da kaum Möglichkeiten der Ausrichtungsänderung bestehen. Wahlmöglichkeiten im Hauptstudium sind folglich eine notwendige Voraussetzung, um auf der Höhe der Zeit zu studieren bzw. ein modernes Studium anzubieten und nicht nur finanziell erfolgreich aufgestellt zu sein, sondern auch inhaltlich progressiv zu arbeiten.

5. Die Länge der Lehrveranstaltungen

Die Änderungen bei der Gestaltung von Lehrveranstaltungen und ebenfalls diesbezüglich erforderliche Eingliederung von Lerninhalten werden selbstverständlich weiterhin nach Maßstäben des Bologna-Prozesses angepasst, die bereits seit 2003 in der Bremer Hochschullandschaft etabliert sind. Bei der Punktevergabe bzw. bei der Benotung der Lehrveranstaltungen sowie bei der Gestaltung der Module wird ohne Ausnahmen in allen Fakultäten der Hochschule Bremen das gleiche Konzept verwendet. Die Gestaltung, das heißt die Länge eines Moduls, ist essenziell wichtig, da die Module sich grundsätzlich als zentrale Gliederungseinheiten von Studiengängen erweisen.

Bei einer möglichen Zusammenlegung von zwei Studiengängen aus unterschiedlichen Fakultäten muss auf einen ausgeglichenen Workload sowie eine passende Anzahl an ECTS Punkte geachtet werden. Ein Modul dauert in der Regel ein oder zwei Semester. Es gibt im Studiengang ISPM Module die sich grundsätzlich auf zwei Semester erstrecken. Derartige Lehrveranstaltungen können dabei Abweichungen mit dem Modulprogrammen des anderen Studienganges hervorrufen. Die Fremdsprachen-Module werden höchstwahrscheinlich davon nicht beeinflusst.

Aber die Lehrveranstaltungen wie z. B. „Betriebswirtschaft- und Organisationslehre“ im Studiengang ISPM könnten zu Missverhältnissen führen. Die Module sollten daher möglichst in einem Semester abschließbar sein. Dennoch, da sich eine mögliche Kooperation nur auf das Grundstudium konzentriert, wird hier die Mobilität der Studierenden nicht gefährdet, weil das Praxis- und Auslandssemester grundsätzlich nach dem Grundstudium stattfindet. Des Weiteren dauern die Vorlesungen bzw. Seminare in der Regel zwei Unterrichtsstunden (90 Min.). In diesem Zusammenhang entspricht z. B. 1 ECTS Punkt 30 Stunden Arbeitsaufwand. Ein Semester in der Hochschule Bremen umfasst im Regelfall 30 ECTS-Punkte. Das heißt, ein Studienjahr mit 60 ECTS-Punkten entsprechen bei 45 Arbeitswochen 40 Stunden pro Woche.

6. Eingliederung der Lerninhalte

Für die Eingliederung der Lerninhalte von zwei unterschiedlichen Studiengängen sollte man gleich hohe Anforderungen ansetzen, da es um die Qualitätssicherung der Ausbildungsziele von jeweiligen Studiengängen geht. Die Akkreditierung- und Evaluationsverfahren werden ebenfalls weiterhin zu diesem Zweck angewandt. In erster Linie soll hier – wie in jedem Studiengang – die Wahlfreiheit der Studierenden beachtet werden, das heißt: diverse wählbare Module, Wahlbereiche oder Wahlfächer sollten berücksichtigt werden.[17]

Die Lernziele und die zu aneignenden Kompetenzen der Studierenden für die jeweiligen Module sollten zukünftig klar definiert werden. Die zu berücksichtigenden Kompetenzkategorien sind Fachkompetenzen, Lern- bzw. Methodenkompetenz, Sozialkompetenzen sowie Selbstkompetenzen. Diese sollten mit den Gesamtzielen des Studienganges übereinstimmen.

Darüber hinaus müssen bestimmte Kriterien bei der Eingliederung verschiedener Lehrveranstaltungen einbezogen werden. Das bedeutet, die Fragen über die methodische, fachübergreifende sowie Schlüsselqualifikationen sollten eruiert werden, auch wenn es sich hier um die Phase des Grundstudiums handelt. Schließlich wird man die Module von zwei unterschiedlichen Studiengängen in der Hinsicht überprüfen müssen, ob und inwieweit die Zusammenhänge für beide Studiengängen von Relevanz sind.

Des Weiteren ist es wichtig, die Module des Orientierungs- und Grundlagenwissens so zu planen, dass sie in den ersten drei Semestern abgelegt werden und gleichzeitig die Kernelemente des jeweiligen Studiengangs miteinander vermitteln. Das bedeutet, die Lerninhalte der Module wie z. B. Fremdsprachen-Module oder die Methoden für wissenschaftliches Arbeiten etc. dienen sozusagen der Erweiterung der Basics der Studierenden. Die anderen Lehrveranstaltungen, die jedoch die Grundlagen der Schwerpunkt-Themen in sich tragen, müssten wahrscheinlich inhaltlich, natürlich nicht grundlegend, revidiert werden. Und zwar deshalb, weil z. B. die Seminare über die Europäische Integration im Volkswirtschaftsstudium und Politikmanagementstudium inhaltlich unterschiedlich vermittelt werden. Während in letzterem ein Seminar über die Europäische Integration hauptsächlich auf die Institutionen fokussiert ist, geht es bei dem anderen um die Integration in wirtschaftpolitischem Sinne etc.

7. Studienziele des neuen Studiengangs

Insgesamt haben die Lehrziele von allen Studiengängen die Aufgabe, die Studierenden auf die beruflichen Tätigkeitsfelder vorzubereiten. Ebenso sollen sie die dafür notwendigen fachlichen und interdisziplinären Kenntnisse so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher Arbeit sowie zu selbständigem Denken befähigen. Außerdem ist es essenziell, dass die Studiengänge eine Art strategische Planung von Studieninhalten definieren müssen um ihre Existenz und erforderliche Reputation halten zu können. Hierzu soll zunächst auf die Studieninhalte der einzelnen Studiengänge, die eventuell mit dem ISPM Kooperationsmöglichkeiten besitzen, ein Blick geworfen werden.

[17] Zu diesen Punkt wird an anderer Stelle ausführlich Bezug genommen.

Die wesentlichen Merkmale des Internationale Studiengang Politikmanagement liegen in der Vereinbarung von Theorie, Empirie und Praxis von Politik. Der Studiengang verbindet etliche Disziplinen wie politische Theorie, Soziologie, Wirtschaft, Organisationslehre und juristische Grundlagen mit politikpraktischem Knowhow wie Politikberatung, Kommunikation, Projektmanagement, Kampagnen und Rhetorik. Die hohen wissenschaftlichen und forschungsorientierten Verhältnisse im Lehrplan ermöglichen flexibles Arbeiten. Diese Kenntnisse werden parallel durch den starken Berufsfeld- bzw. Praxisbezug der Lehrenden und Projekte, sowie durch die Kooperationen mit diversen Institutionen in Bremen wie auch außerhalb, bereits im Studium vermittelt. Das Ziel ist hier, dass die Studierenden Kompetenzen im Bereich Politikberatung erwerben um später diesbezügliche Arbeit in Organisationen leisten zu können. Der Studiengang schließt außerdem das Kennenlernen von komplexen Handlungssituationen in der Europäischen Union, anderen internationalen Organisationen und in Politiknetzwerken ein.

Der Internationale Studiengang Journalistik umfasst ebenfalls sieben Semester. Unter anderem stellt dieser eine anwendungsorientierte Ausbildung auf der Basis begründeter wissenschaftlicher Theorievermittlung. In den Modul-Bereichen Wirtschaft, Politik und Technik vertiefen die Studierenden das Grundlagenwissen und erlangen Kenntnisse in den jeweiligen Disziplinen. Außerdem sollen sie regional oder auf der internationalen Ebene die medienpolitischen und medienrechtlichen Entwicklungen vergleichen können. Das bedeutet auch, dass die Studierenden in ihrer medientheoretischen und -praktischen Fachkompetenz bzw. in Wissens- und Vermittlungskompetenzen gute Ausbildungsvoraussetzungen haben.

Der Internationale Studiengang Volkswirtschaftslehre hat ebenso, strukturell gesehen, starke Ähnlichkeiten mit den Studiengängen ISPM und ISFJ. Der Inhalt des Studiengangs zeigt eine Mischung aus Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftstheorien und Wirtschaftspolitik. Eine zentrale Rolle auf dem Lehrplan finden ebenfalls die Themen Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsrecht. Der Studiengang ist sehr international- und praxisorientiert ausgelegt. Es werden außerdem Schlüsselqualifikationen in den Bereichen Kommunikation, Statistik und empirischer Sozialforschung erworben. Im Hinblick auf die praktische Anwendung wird ein großer Wert auf die englische und viele andere Sprachen gelegt. Nach dem Grundstudium sollen die Studierenden sich auf bestimmten Schwerpunktgebieten wie Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Europäische Integration, Realökonomie oder auf den Schwerpunkten wie Verkehrsökonomie und Makrologistik spezialisieren.

8. Resümee

Vergleicht man die drei Studiengänge, so erscheint eine Kooperation zunächst möglich. Dazu ist es wichtig, zu wissen, dass erneut eine Definition der Profilmerkmale notwendig ist. Das heißt, dass die Merkmale der anwendungsorientierten und forschungsorientierten Charakteristika des bevorstehenden Studienganges festzulegen sind. Nämlich welche Schlüsselqualifikationen bzw. Kompetenzen in Bezug auf das Ausbildungsziel zu erlangen sind. Das Grundstudium ist auch eine Vorbereitungsphase für den interdiszip-

linären und interkulturellen Austausch. Dieser Aspekt muss also ebenfalls, natürlich nicht grundlegend, aber dennoch überarbeitet werden. Das Curriculum muss eindeutiger werden, sodass die Studierenden einen klaren Blick darüber bekommen, welchen Weg sie nach dem Grundstudium einschlagen können. Schließlich, im Falle einer Kooperation von zwei Studiengängen, wird es auch darum gehen, dass der jeweilige Studiengang seine traditionelle Lehrformen zur Wissensvermittlung beibehalten soll, gleichzeitig aber mit Lehrformen des anderen Studienganges gut vernetzt bzw. kombiniert wird.

Am Ende dieser Untersuchung von Möglichkeiten einer Kooperation, lässt sich kein eindeutiges Urteil erlauben. Es gibt sowohl positive Aspekte einer Zusammenarbeit – wie mögliche interdisziplinäre Vernetzungen des Studiums oder die Möglichkeit von Wahlmodulen – als auch negative – wie die Konsequenz größerer Studiengänge, unspezifischer Berufsqualifikation oder schwierigere Zulassungsvoraussetzungen.
Zumindest hat die Untersuchung eines gezeigt: Sollte der Internationale Studiengang Politikmanagement oder ein anderer Studiengang aus der Fakultät 3 reduziert bzw. abgeschafft werden, dann ist ein Ersatz vergleichbarer Angebote notwendig, um dem praxisorientierten internationalen Anspruch der Hochschule Bremen – gerade auch im geisteswissenschaftlichen Bereich – gerecht zu werden.

8. Bremer Politik: Konzept einer Ringvorlesung zur Zukunft der Hochschulpolitik[18]

Um die besonders im Kapitel Dokumentation der finanziellen Situation der Hochschule Bremen geschilderten drängenden Themen, die auch den Internationalen Studiengang Politikmanagement betreffen, zu diskutieren und einen diesbezüglichen Dialog voranzubringen, haben wir ein Konzept zu einer Ringvorlesung an der Hochschule entworfen.
Die Idee zur Planung dieser Ringvorlesung zur Bremer Hochschulfinanzierung ist aus dem politischen Abend, der am 22.05.2013 in der Hochschule Bremen stattfand, hervorgegangen. Bei der Veranstaltung diskutieren Politiker*Innen, Hochschulmitarbeiter*Innen und Studierende über die Rolle und die Zukunft der Fakultät 3, Gesellschaftswissenschaften, der Hochschule Bremen. Es wurde deutlich, dass Input Veranstaltungen sinnvoll seien, um ein erneutes Format für einen Dialog zwischen Hochschule und Politik zu schaffen.
Durch Monitoring verschafften wir uns zunächst einen Überblick, welche Veranstaltungen zu dem Thema „Bildungspolitik“ zurzeit in Bremen stattfinden.
Bei der Auswahl der Referent*Innen verwendeten wir die Publikation der Arbeitnehmerkammer zu dem Thema „Überreformiert, unterfinanziert und prekarisiert? - Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten“ (Hermeling, Susanne; Salot, Marion 2011) da die Autor*Innen über die benötigte Expertise auf dem Themengebiet der Bremer Hochschullandschaft und -entwicklung verfügen.
Um einen einwandfreien Ablauf zu garantieren, stellten wir eine Grundgliederung auf und führten eine Problemanalyse durch.

1. Hintergrund

Wie bereits geschildert sieht die Bremische Bildungslandschaft einer zunehmend kritischen Zukunft entgegen. Nach einer Phase allgemeiner Erweiterung des universitären Bildungsangebotes Anfang bis Mitte der 1990er Jahre, welche in einer kurzfristigen Aufstockung der Kapazitäten im Zuge des Hochschulpaktes I und II gipfelten, werden seit kurzem Argumente zur Schrumpfung des Bildungsangebotes laut.
Die im 2009 eingeleiteten strategischen Hochschulentwicklungsplan („STEP 2020“) umrissenen Konsolidierungsmaßnahmen sehen beispielsweise vor, die Anzahl der Erstsemester Studierendenplätze an der Hochschule Bremen bis 2020 um ein Drittel zu reduzieren (Rektorat der Hochschule Bremen 2013). Gleichzeitig werden an der Universität Bremen Maßnahmen zum Abbau des akademischen Mittelbaus und der Verwaltung getroffen, welche gleichsam zu einer Kürzung von Studienplätzen führen könnten.
Diese Vorschläge sind gerade deshalb zukunftsgefährdend, da mittel- bis langfristig mit einem weiteren Anstieg der Studierendenzahlen in Deutschland zu rechnen ist. Im Bundesvergleich droht damit insbesondere Bremen noch weiter ins bildungspolitische Abseits zu geraten. Sinkende Studierendenzahlen führen dabei nicht nur zu verringerten direkten Einnahmen des Landes, sondern auch zu niedrigeren Transferleistungen aus dem Länderfinanzausgleich. Außerdem würden sich die Bundeszuweisungen für Bre-

[18] Von Juliane Sewig, Birthe Schnitger, Patrick Spahn und Philip Warncke

men vermindern. Langfristig ginge dies schließlich mit einer Verknappung der gut ausgebildeten Fachkräfte einher, worunter insbesondere der lokale Arbeitsmarkt weiter in Bedrängnis geraten würde.
Die Fakultät 3 veranstaltete am 22.05.2013 einen politischen Diskussionsabend zur Rolle der Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule Bremen. Hierzu lud sie Vertreter*Innen der bremischen Bürgerschaftsfraktionen, Mitglieder und Angestellte der Fakultät sowie interessierte Studierende ein. Auf der Veranstaltung wurden insbesondere die Themen der Einsparmaßnahmen und die damit verbundene Frage des Fortbestandes der Fakultät an sich debattiert. Es zeigte sich, dass es trotz einer schwierigen haushaltspolitischen Lage aus vielfältigen Gründen lohnenswert ist, das Studienangebot gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten an Fachhochschulen beizubehalten. Die Gesellschaftswissenschaften leisten unter anderem einen wichtigen Beitrag zur sozialen Kohäsion, zivilgesellschaftlichem Engagements und Einmischung in die lokale Politik einer Region. Es müsse allerdings gleichsam ein nachhaltiges Finanzierungskonzept für diese sichergestellt werden. Schädlich seien in jedem Falle interne Verteilungsdiskussionen über die Wertigkeit einzelner Fakultäten und Studiengängen an Hochschulen.
Ein Handlungsvorschlag der Veranstaltung beinhaltete daher, eine Art Konferenz zur Zukunft der bremischen Hochschulfinanzierung abzuhalten, um den Fragen der Finanzierbarkeit gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge in einem erweiterten Kontext diskutieren zu können.

2. Zielstellung und Konzeption

Im Wintersemester 2013/2014 soll sich nun eine von der Hochschule Bremen initiierte Ringvorlesung diesen Themen widmen. Als politische Bildungsveranstaltungsreihe konzipiert, soll sie sowohl fachlichen Input als auch Diskussions- und Feedbackmöglichkeiten in einer Mischung aus Vorträgen und Podiumsdiskussionen für einen breiten Interessentenkreis anbieten. An insgesamt drei Vorlesungsterminen wird dabei der thematische Fokus von der bundespolitischen "Großwetterlage" der Hochschulfinanzierung über die Zukunftsfähigkeit der bremischen Hochschulpolitik bis hin zu den Auswirkungen der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen auf die Beschäftigten gespannt.
Als Organisatorin der Veranstaltung soll die Hochschule Bremen nach Möglichkeit versuchen, die Arbeitnehmerkammer und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bremen über die Kooperationsstelle Hochschule - Gewerkschaften als Kooperationspartner zu gewinnen. Hierdurch ließen sich Unterstützung in Bezug auf die Finanzierung, Logistik, der Auswahl von Referent*Innen für die Input-Veranstaltungen, sowie eine Erweiterung des Adressatenkreises erzielen. Dieser soll nicht nur aus Studierenden und Hochschulpersonal, sondern auch einem hochschulpolitisch interessierten Arbeitnehmerkammer und GEW-nahem Publikum bestehen.
Die abschließende Veranstaltung soll neben ihrer Funktion zur Zusammenfassung des argumentativen Wissens (Weiss, Carol 1991) aus den Input-Veranstaltungen auch als Rahmen zur Interessenartikulation gegenüber der Bremischen Politik fungieren. Nach Möglichkeit soll versucht werden, die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen der

bremischen Bürgerschaft, sowie die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hierfür zu gewinnen.
Die Ringvorlesung verfolgt damit mehrere Zielstellungen. Es gilt zunächst, eine interessierte Fachöffentlichkeit für die Aktualität und Brisanz des Themas zu sensibilisieren. Darüber hinaus soll ein Agenda-Setting Prozess bei politischen Entscheidungsträger*Innen Bremens zur finanziellen Lage der Hochschulen in Gang gesetzt werden. Hierfür sollen u. A. möglichst konkrete Vorschläge zur Deckelung der aktuellen Finanzierungslücke an der HS Bremen ohne die drohende Schließung einiger Studiengänge an die Entscheidungsträger*Innen gerichtet werden. Nicht zuletzt soll auch die Rolle der Hochschule Bremen als Teilnehmerin an der hochschulpolitischen Diskussion des Landes herausgestellt werden.

3. Thematische und organisatorische Gliederung

Die Veranstaltungen sollen in der dritten Oktoberwoche beginnen und im 14-tägigen Rhythmus stattfinden. Die Abschlussveranstaltung würde das Projekt somit Mitte Dezember 2013 beenden. Für die jeweiligen Veranstaltungstermine ist ein Zeitrahmen von etwa 90 Minuten vorgesehen, welcher neben einem Expertenvortrag eine anschließende Podiumsdiskussion umfassen soll.

Die Zukunft der bundespolitischen Hochschulfinanzierung - wo steht Bremen im Vergleich? Ort: Hochschule Bremen; Termin: dritte Oktoberwoche

1. **Prof. Dr. Dieter Timmermann** (Uni Bielefeld; forscht zum Thema Hofschulfinanzierung)
2. **Dr. Andreas Keller** (GEW Frankfurt; forscht zum Bologna Prozess und Exzellenzinitiative)

Wie zukunftsfähig ist Bremens Hochschullandschaft? Ort: GEW Bremen; Termin: zweite Novemberwoche

- **Prof. Dr. André W. Heinemann** (Universität Bremen; Autor von "Hochschulfinanzierung in Zeiten der Schuldenbremse")
- **Inge Kleemann** (GEW Bremen)

Arbeitsplatz Hochschule: privilegiert oder prekär? Ort: Arbeitnehmerkammer Bremen; Termin: vierte Novemberwoche

- **Dr. Marion Salot** (Arbeitnehmerkammer Bremen)
- **Prof. Dr. Silke Bothfeld** (Hochschule Bremen)

Parlamentarischer Abend mit Vertreter*Innen der bremischen Parteien und der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Ort: Hochschule Bremen; Termin: zweite Dezemberwoche

4. Mögliche Input-Referate für die Ringvorlesung

1. Die Zukunft der bundespolitischen Hochschulfinanzierung – wo steht Bremen im Vergleich?

Variante A: Dr. Andreas Keller (GEW, Stellvertretender Vorsitzender und Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung)

Andreas Keller analysiert in seinem Aufsatz "Berge und Täler der deutschen Hochschullandschaft Bologna Prozess, Hochschulpakt und Exzellenzinitiative" (2011) die Auswirkungen der jüngsten Hochschulreformen bis 2020.
Er kommt dabei zur Schlussfolgerung, dass der *Hochschulpakt 2020,* zwischen Bund und Ländern, unterfinanziert ist und auf die erhöhte Studienplatznachfrage nicht adäquat reagiert worden ist. Es ist im Gegenteil mit einem deutlichem Studienplatzmangel zu rechnen. In den 275.000 Studienanfängerplätzen die mit dem Hochschulpakt 2020 kalkuliert wurden, sind zwar die doppelten Abiturjahrgänge und geburtenstarke Jahrgänge mit berechnet, aber nicht die Möglichkeit, dass ein größerer Anteil eines Jahrgangs studieren möchte. Insgesamt bedarf es hingegen deutschlandweit etwa einer halben Million Studienanfängerplätze um die zu erwartenden Kapazitäten auffangen zu können.
Als Auswirkungen auf die Studierenden ergeben sich volle Hörsäle, Ausweitung des Numerus clausus, lange Wartezeiten, ein Parkstudium oder die Erkenntnis doch nicht studieren zu können.
Eine Studie von Silke Gülker kommt zum Ergebnis, dass bis 2025 bundesweit mindestens 30.000 Professorinnen und Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter*Innen eingestellt werden müssten (2011). Sollte es zu keiner ausreichenden Mehreinstellung des Lehrpersonals kommen, hätte dies Konsequenzen für die zu verteilenden Mehrbelastungen: Durch schlecht oder überhaupt nicht bezahlte Lehrbeauftragte, die dann für bis zu 18 oder mehr Semesterwochenstunden als Dozent*Innen fungieren würde sich die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden verschlechtern und damit die Qualität der Lehre deutlich absenken.
Keller resümiert daraus, dass es eines dritten Hochschulpaktes bedarf, um die zu erwartende Anzahl von 500.000 Studienanfänger*Innen bis 2020 auffangen zu können. Studienplatzzuweisungen müssen effektiver durch ein Bundeshochschulzulassungsgesetz geregelt werden.

Variante B: Prof. Dr. Timmermann (Universität Bielefeld) Timmermann zeigt mit seinem Aufsatz „Hochschulfinanzierung – Entwicklung, Trends und Alternativen" (2011), dass das deutsche Hochschulsystem bereits vor Beginn der Hochschulreformen unterfinanziert war, und dies auch immer noch ist. Neben seiner bundesweiten Analyse richtet er dabei auch einen besonderen Fokus auf das Bundesland Bremen.

Timmermann zeigt auf, dass in den vergangenen 20 Jahren besonders die Grundmittel in der Hochschulfinanzierung real gesunken sind. Besonders hier zeigt sich, dass Bremen weniger Grundmittel pro Einwohner und Studierenden im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten ausgibt. Ein kurzzeitiger Anstieg der Bildungsausgaben Bremens ergab sich lediglich im Jahr 2002, mit der Gründung der privaten Jacobs University.
Als Beispiel der Unterfinanzierung zieht er unter anderem die Kosten pro Studierenden ein. Durchschnittlich werden in Deutschland 7.500 € pro Studierenden/Jahr aufgebracht, wohingegen es in Bremen im Jahr 2009 lediglich 5.500€ waren.

Ähnlich wie Keller kritisiert auch Timmermann den Hochschulpakt II mit seinen zu geringen finanziellen Mitteln; welche auf niedrig berechneten Studienanfängerzahlen beruhen. Timmermann zeigt schließlich alternative Finanzierungsmöglichkeiten auf: Umschichtung der Ausgabenstruktur innerhalb der öffentlichen Haushalte zugunsten der Hochschulausgaben, Erhöhung der Steuereinnahmen und eine höhere öffentliche Verschuldung.

2. Wie zukunftsfähig ist Bremens Hochschullandschaft?

Prof. Dr. Andre Heinemann (Institut Arbeit und Wirtschaft Universität Bremen) Heinemann fokussiert sich in seinem Beitrag auf die regionalen Auswirkungen von Hochschulen auf die Qualität des Wirtschaftsstandortes, sowie die des nachhaltigen Wohlstandes in einer Region (2011). Er hält eine offene Diskussion darüber für notwendig, wie im Zeitalter der Schuldenbremse die öffentliche Hand noch finanziert werden kann. Im Falle Bremens begreift er insbesondere in Bezugnahme auf den starken Konsolidierungsdruck einen gut finanzierten Hochschulhaushalt als Chance, nachhaltig und perspektivisch die Steuereinnahmen für das Land zu steigern.
Heinemann betont die positiven Effekte von Hochschulen auf die regionale Wirtschaft. Es handelt sich dabei sowohl um monetär bezifferbare, wie z.B. die Ausgaben der Studierenden in der Region, als auch Effekte, die schwieriger zu errechnen sind. Diese entstehen durch hochqualifizierte Absolventen und Absolventinnen, wenn diese nach dem Studium in der Region bleiben.
In seinem Aufsatz geht Heinemann dabei auf die schwierige Finanzlage Bremens ein. Dabei stützt er sich auf eine Studie des Institut der deutschen Wissenschaft (IW Köln) von 2006: „Durch die derzeitige Hochschulfinanzierung und die Architektur des Länderfinanzausgleichs lohnt es sich für viele Bundesländer kaum, Geld für die Hochschulen auszugeben."
Der Forderung, dass der Bund eine stärkere Rolle in der Finanzierung von Bildungs- und Hochschulbildung einnehmen sollte, steht er hingegen skeptisch gegenüber. Als Alternative sollte man besser fragen, wie die Mittel für eine angemessene Grundausstattung und Rahmenbedingungen aufzubringen sind, die durch die Länder selbst getragen werden können.

3. Arbeitsplatz Hochschule: privilegiert oder prekär?

Variante A: Inge Kleemann (GEW Bremen)
Die Referentin für Hochschule und Forschung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Inge Kleemann beschäftigt sich in dem Artikel „Das Templiner Manifest – Umsetzungsmöglichkeiten in Bremen" (2011) mit den prekären Arbeitsbedingungen wissenschaftlich Beschäftigten, die durch den Veränderungsprozess der Hochschullandschaft vor unlösbaren Aufgaben stehen. Neben der Umsetzung des Veränderungsprozesses, müssen sie lehren und forschen. Des Weiteren arbeiten wissenschaftliche Beschäftigte unter unsicheren Beschäftigungsbedingungen, da die Stellen oft nur für eine kurze Zeitspanne befristet seien.

Kleemann fasst die Forderungen für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung zusammen, welche in dem „Templiner Manifest“ verankert sind. Das „Templiner Manifest“ ist aus der 4. Wissenschaftskonferenz der GEW mit dem Titel „Traumjob Wissenschaft? Karrierewege in Hochschulen und Forschung“ hervorgegangen.
Das „Templiner Manifest“ beinhaltet Forderungen, die langfristige und abgesicherte Berufsperspektiven an den Hochschulen, sowie eine Demokratisierung und die soziale Gerechtigkeit der Hochschulen zum Ziel haben. Des Weiteren befasst sich das Manifest mit den Rahmenbedingungen von Wissenschaft und Forschung.
Ferner nimmt Kleemann Bezug auf die prekären Arbeitsbedingungen an Bremer Hochschulen, die unter anderem aus der mangelhaften Grundfinanzierung aus öffentlichen Mitteln resultieren. Des Weiteren beschreibt sie den Widerspruch zwischen Exzellenzanspruch der Bremer Universität und den knappen Haushaltsmitteln.
Kleemann weist jedoch darauf hin, dass ein bedarfsgerechter Ausbau der Bremer Hochschullandschaft durch die Haushaltslage kaum machbar sei und die Hochschulen von den Kürzungen wohl nicht ausgenommen seien.

Variante B: Dr. Marion Salot oder Susanne Hermeling (Arbeitnehmerkammer Bremen) Salot und Hermeling gehen in ihrem Aufsatz der Frage nach, ob es sich bei dem Arbeitsplatz an der Hochschule mittlerweile um prekäre Arbeitsplätze handelt (Hermeling, Susanne: Salot, Marion 2011). Dabei geht sie detailliert auch auf die Beschäftigungsentwicklungen in Bremen ein.
Das Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Bei den Beschäftigten der Hochschulen in Bremen sind befristete Arbeitsverhältnisse inzwischen die Regel geworden. Dies gilt für sowohl die Beschäftigten, die nicht Vorhaben zu promovieren als auch für Beschäftigte, die ihre Promotion bereits abgeschlossen haben gleichermaßen als Standard. Des Weiteren sind ausgesprochen hohe Teilzeitquoten unter wissenschaftlich Beschäftigten zu verzeichnen.
Aufgrund der Tatsache, dass Hochschulen zunehmend wie Wirtschaftsbetriebe geführt werden, mehr Studienplätze schaffen und gleichzeitig ihre Anstrengungen im Forschungsbereich erhöhen müssen, steigen die Arbeitsbelastungen für das gesamte Personal. Die Beschäftigungsstabilität ist gesunken - selbst Professoren und Professorinnen werden immer häufiger „auf Zeit“ eingestellt. Dies hängt zum einen mit dem Autonomiegewinn der Hochschule zusammen, zum anderen jedoch auch damit, dass besonders in den Ländern mit einer äußerst prekären Finanzlage massive Einsparungen erfolgen. Dadurch sind Hochschulen stärker auf Drittmittel angewiesen, welche zudem keine wirklich langfristige Planung zulassen. Um möglichst flexibel zu bleiben wird das Arbeitsvolumen auf mehrere Personen verteilt und auf nebenberuflich tätige Lehrbeauftragte abgewälzt.

5. Organisatorisches Konzept

a) Finanzierung

Die Finanzierung ist momentan noch nicht sichergestellt. Sie soll durch Projektmittel der Fakultät 3, Gesellschaftswissenschaften der HS Bremen sichergestellt werden, sowie ggf. bei der Arbeitnehmerkammer beantragt werden.

b) Risikomanagement

Art	zu erwartende Risikos	Lösungsansätze	Priorität
organisatorisch	Kooperationspartner/Referent*Innen sagen nicht zu oder kurzfristig ab; Zuständigkeitskonflikte bei flacher Projekthierarchie	rechtzeitige Inkenntnisssetzung/Einladung, Alternativen bereithalten Klare Zuweisung von Zuständigkeitsbereichen	hoch normal
konzeptionell	Desinteresse am Thema (Teilnehmer*Innen bleiben aus) "Falsche" Handlungsempfehlungen an Adressat*Innen; konzeptionelle Unstimmigkeiten (kein roter Faden)	Interessentenkreis frühzeitig in Werbearbeit einbinden; Inhaltliche Begleitung der Inputveranstaltungen,; ständige Kontrolle und Anpassung der Projektinhalte	normal hoch normal
Technisch	Hard- und Software versagt; Veranstaltungsort nicht geeignet	Alternative Technik bereit halten Rücksprache über evtl. Mängel bei Räumlichkeiten	niedrig niedrig
Kapazitativ	qualitative und quantitative Überarbeitung des Teams; Kooperationspartner verfügen nicht über genügend Ressourcen;	zeitnahe Kompetenzzuweisung und Kapazitätenplanung Rücksprache über alle Projektphasen hinweg halten	normal niedrig
Kosten/Nutzen orientiert	Nutzen verringert sich während Projektlaufzeit (z. B. Finanzierungslücke an HS Bremen wird geschlossen) "mageres Ergebnis" bei zu viel Aufwand	Ggf. inhaltliche Anpassung/ Neuausrichtung der Veranstaltung realistische und operationalisierbare Ziele setzen	niedrig niedrig

Tabelle 21 Risikomanagement der Ringvorlesung

c) Projektphasen und Meilensteine

Die folgenden fünf Projektphasen werden jeweils mit einem Meilenstein terminiert. Die Projektphasen können dabei zwischen der unterschiedlichen Veranstaltung der Ringvorlesung terminal variieren, sowie einzelne Phasen überspringen. Noch zu klären sind insbesondere bei den Phasen 3 bis 5 die Fragen wer, was, bis wann mit welchen Mitteln zu erreichen hat.

Projektphase	**Aufgaben**	**Bis wann?**
Problemanalyse	Eingrenzung des Themas Aufstellen von Zielstellungen Brainstorming Veranstaltungskonzeption	31.06.2013
konzeptionelle Grundgliederung	Operationalisierung der Ziele Finden eines angemessenen Veranstaltungskonzeptes und Meilensteinen Risikoanalyse Sicherstellung der Finanzierung	15.07.2013
detaillierte Gestaltung	Terminabsprache mit Referent*Innen Flyer, Plakate und Einladungen erstellen und herausschicken Logistische Organisation	30.08.2013
Durchführung und Kontrolle	Rücksprache mit Referent*Innen, Gästen Projektträgern und Location halten/ ggf. Alternativen finden Assistenz bei der Durchführung der Veranstaltungen	15.12.2013
Nachbereitung/ Dokumentation	Protokollierung der Veranstaltung, ggf. Veröffentlichung der Ergebnisse Evaluation der Veranstaltung (Ziele vs. Ergebnisse)	28.02.2013

Tabelle 22 Projektphasen und Meilensteine der Ringvorlesung

9. Fazit

Die vorliegende Projektarbeit macht deutlich, dass der Internationale Studiengang Politikmanagement B.A. (ISPM) über einige Besonderheiten verfügt, die ihn einzigartig und erhaltenswert machen.

"Nicht selten trifft man im ISPM auf Studierende mit bereits stark entwickeltem gesellschaftlichem und politischem Engagement – und klaren Vorstellungen davon, wohin die berufliche Reise nach dem Studium gehen soll."
Dr. Steffen Schneider, Lehrbeauftragter

So zeigt sich, dass der ISPM eine starke Diversität aufweist. Der ISPM ermöglicht nicht nur einer überdurchschnittlichen Zahl von Studierenden mit Fachhochschulreife ein politikwissenschaftliches Studium, sondern zieht auch mehr Studierende aus bildungsfernen Familien an. Zuletzt ist sowohl das Engagement der Studierenden als auch die Stipendiendichte, sprich die Leistungen, etwas höher als im Bundesdurchschnitt.

„Jeweils ein halbes Jahr Auslandsaufenthalt und Praktikum halte ich für sehr sinnvoll."
Dr. Felix Kolb, Lehrbeauftragter

Zudem ist das Konzept der „Internationalität" nicht nur im Namen des Studiengangs verankert. Durch das große Angebot an Partneruniversitäten, die gute Vorbereitung auf das Auslandssemester und die internationale Ausrichtung vieler Veranstaltungen sind die Studierenden mit der Internationalität zufrieden und sie ist auch der Bewerbungsgrund für viele Studienanfänger*Innen. Die wachsende Zahl an Incomings zeigt, dass die internationale Strategie des ISPM sowohl an den Partneruniversitäten auf Interesse stößt, als auch die Diskussionen in den Seminaren bereichert.

Der ISPM bereitet Studierende außerdem konsequent auf praktische Arbeit vor. Eine Vielzahl von Dozent*Innen aus dem außeruniversitären Bereich vernetzen in Modulen wie „Politische Kampagnen" Theorie und Praxis erfolgreich miteinander. Der positive Effekt dieser Strategie wird nicht nur durch die lobenden Worte aller Dozent*Innen bewiesen, sondern zeigt sich auch im Erfolg der Studierenden bei der Praktikumssuche und im Praktikum selbst.

„Als große Vorteile des Studiengangs sehe ich die Verbindung von Theorie und Praxis und die Einmaligkeit des Studiengangs und dies gerade auch in Verbindung mit der internationalen Ausrichtung. Die Studierenden sind ganz überwiegend sehr motiviert."
Rudi Bantel, Lehrbeauftragter

Für all diese Bereiche könnte eine geplante Alumni-Befragung noch weitere Erkenntnisse hervorbringen.

„Stärken des Studiengangs sind die interdisziplinäre, praxisorientierte Konzeption von ISPM sowie die Grundphilosophie: kleine Gruppenstärke und großer Zusammenhalt der Kohorten."
Dr. Steffen Schneider, Lehrbeauftragter

Der ISPM unterscheidet sich neben diesen Merkmalen auch in Lehrangebot, Lehrmethode, Leistungsanforderung, Zugangsvoraussetzung sowie zuletzt auch in der Semestergröße deutlich vom Studiengang „Politikwissenschaft" an der Universität Bremen. Die Kombination eines politikwissenschaftlichen Studiengangs an einer Fachhochschule, gekoppelt mit einem verpflichtenden Vorpraktikum und obligatorischen Auslands- und Praxissemestern ist in der deutschen Hochschullandschaft einzigartig.

Gewisse Gemeinsamkeiten zeigen sich im Vergleich mit den Studiengängen Journalismus und Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Synergieeffekte könnten hier im Hinblick auf die finanzielle Situation der Hochschule genutzt werden, um zumindest formal ein breites Angebot an der Hochschule zu sichern. Deutlich wird aber auch, dass der spezifische Charakter des ISPM, seine explizit praktische Ausrichtung und gleichzeitig intensive Durchdringung der fachlichen Materie verloren ginge. Zusammenlegungen würden somit vielleicht den Umfang des Lehrangebots sichern, in der Praxis aber quantitativ weniger Studierenden eine Ausbildung zu Politikmanager*Innen ermöglichen und die Qualität dieser Ausbildung verringern.

„Ich erlebe dich Studierenden des ISPM als überdurchschnittlich begabt und engagiert."
Dr. Alexander Mühlen, Lehrbeauftragter

Die Analyse der finanziellen Situation deutscher Hochschulen zeigt, dass die regelmäßig geforderte Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik und eine Rückkehr zu dem Stand vor der Föderalismusreform nicht automatisch zu einer besseren finanziellen Situation führen würde. Der Bund müsste nämlich entweder auf sein Mitspracherecht verzichten oder die Länder müssten Kompetenzverluste akzeptieren. Da die finanzielle Lage Bremens sich in den kommenden Jahren voraussichtlich verschlechtern wird, können vom Land keine weiteren Mittel, im schlimmsten Fall sogar noch höhere Sparforderungen erwartet werden. Der zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Textes noch unveröffentlichte Bericht des Wissenschaftsrates über die Bremer Hochschullandschaft wird eine politische Diskussion erfordern.

Problematisch ist nämlich, dass es seit 2010 kein aktuelles Konzept für die Entwicklung der Bremer Hochschullandschaft gibt. Eine breite Debatte über Ausrichtung, Prioritäten und Finanzierung der öffentlichen Hochschulen, die in einem neuen Konzept münden könnte, wurde von der Politik nicht initiiert. Stattdessen wurde die Diskussion nach drei Jahren an den Wissenschaftsrat ausgelagert. Das in diesem Bericht vorgestellte Konzept einer Bremer Ringvorlesung könnte zumindest im akademischen Bereich solch eine Debatte initiieren und dafür sorgen, dass auch eine regionale Perspektive in die Entwicklung der hiesigen Hochschullandschaft einfließen kann.

In dieser Debatte müssen die Prioritäten der Bremer Hochschulpolitik herausgearbeitet werden. Dabei wird am Ende die Entscheidung fallen, ob man weiterhin den ISPM mit seiner Diversität, Internationalität, sowie Praxisnähe und auch die in den angegliederten Forschungsinstituten betriebene Nachhaltigkeitsforschung unterstützt, oder ob man auf vermeintliche Synergieeffekte und große, unspezifische „Einheitsstudiengänge“ in Bremen setzt.

Literaturverzeichnis

Finanzen

Arbeitnehmerkammer Bremen (2011): Überreformiert, unterfinanziert und prekarisiert, Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 74-89.

Asta Hochschule Bremen (2012): Stellungnahme an den Wissenschaftsrat anlässlich der Begehung im November 2012, http://www.asta-hsb.de/sites/default/files/Stellungnahme_AStA_HS_Bremen_WR.pdf, zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

AStA Universität Bremen (2013): AStA empört über Weiterförderung der Jacobs University – Stellenkürzungen an öffentlichen Universitäten nicht hinnehmbar. http://www.asta.uni-bremen.de/pm-asta-empoert-ueber-weiterfoerderung-der-jacobs-university-stellenkuerzungen-an-oeffentlichen-universitaeten-nicht-hinnehmbar/ zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Baeck, Jean-Philip (2012): Unwillkommene Gäste in TAZ Online. http://www.taz.de/!105843/ zuletzt abgerufen am 20.08.2013

Bremen, Verwaltung Online, BremHG Paragraph 2, Freie Hansestadt Bremen, Verlag OHg. München (a). http://bremen.beck.de/?vpath=bibdata%2Fges%2FBremHG%2Fcont%2FBremHG.P2.htm zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Bremen, Verwaltung Online, BremHG Paragraph 7, Absatz 1 KapVo, Verlag C.H.Beck oHG München (b). http://bremen.beck.de/default.aspx?vpath=bibdata%2Fges%2FBrKapVO%2Fcont%2FBrKapVO.P7.htm zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Bremen, Verwaltung Online, BremHG, Paragraph 10, Absatz 1, Satz 1, Verlag C.H.Beck oHG München (c). http://bremen.beck.de/?vpath=bibdata%2Fges%2FBremHG%2Fcont%2FBremHG.P10.htm zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Bremen, Verwaltung Online, BremHG, Paragraph 14 Absatz 1 KaVo, Verlag C.H.Beck oHG München (d). http://bremen.beck.de/default.aspx?typ=reference&y=100&g=BrKapVO&p=14#FN2 zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Bremische Bürgerschaft Landtag, 16 Wahlperiode (2007): Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven. http://www.hid.uni-bremen.de/files/wissenschaftsplan-2010.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Bekanntmachung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpakt 2020. http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/hochschulpakt-sept-2007.pdf zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b ABs 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020. http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/hochschulpakt-sept-2007.pdf zuletzt abgerufen am 4.08.2013.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über die Fortsetzung der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen. http://www.bmbf.de/pubRD/exzellenzvereinbarung_zwei.pdf zuletzt abgerufen am 5.08.2013.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Richtlinien zur Umsetzung des gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre. http://www.qualitaetspakt-lehre.de/_media/qualitaetspakt_lehre_gesamtliste_hochschulen.pdf zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Bundesministerium für Justiz (2008): Grundgesetz Art. 109 Abs. 3. http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_109.html zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (2012a): Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, VII. Die Gesetzgebung des Bundes (Art. 70-82). http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz/44194/vii-die-gesetzgebung-des-bundes-art-70-82 zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (2012b): Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, VIIIa. Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a-e). http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz/44196/viiia-gemeinschaftsaufgaben-art-91-a-bis-e zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (2012c): Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, XI. Übergangs- und Schlussbestimmungen (Art. 116-146). http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz/44200/xi-uebergangs-und-schlussbestimmungen-art-116-144 zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Bund-Länder Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung – Pressemitteilung (23.04.2007): Der Hochschulpakt ist auf dem Weg – Regierungschefs entscheiden im Juni! http://www.blk-bonn.de/pressemitteilungen/pm2007-04.pdf zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Bündnis 90/Die Grünen (2013): Bundestagswahlprogramm 2013, S.115. http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

CDU (2013): Gemeinsam für Deutschland - Regierungsprogramm 2013-2017. http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Deutsche Bank Research (2010): Innovative Köpfe hat das Land, S. 17. http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000258877.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Deutsche Gesellschaft für Bildungsverwaltung (2008): „Abschied von der gesamtstaatlichen Verantwortung? Das Bildungswesen nach der Föderalismusreform“ – Dokumentation der 28. DGBV-Jahrestagung. http://suche.suub.uni-bremen.de/remote_access.php?http%3A%2F%2Fwww.fachportal-paedagogik.de%2Ffis_bildung%2Fsuche%2Ffis_set.html%3FFId%3D805633 zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Deutscher Bundestag (2009): Drucksache 17/109, Antrag „Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen!". http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/001/1700109.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Die Zeit (22/2006): Wenn die Elite nicht zahlt. http://www.zeit.de/2006/22/Wenn_die_Elite_nicht_zahlt zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Geis, Max-Emanuel; Krausnick, Daniel (2006): Die Neujustierung der Gesetzgebungskompetenzen, in: Borchard, Michael; Margedant, Udo (Hg.) (2006): Der deutsche Föderalismus im Reformprozess, KAS-Zukunftsform Politik, Sankt Augustin, S.217. http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_8001_1.pdf zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2012): Hochschulpakt 2020, Bericht zur Umsetzung in den Jahren 2007 bis 2010, Jahresbericht 2010. http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-27-Hochschulpakt-Umsetzung-2010.pdf zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2013a): Hochschulpakt 2020, Bericht zur im Jahr 2011. http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-32-Hochschulpakt-Umsetzung-2011.pdf zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2013b): Hochschulpakt 2020. http://www.gwk-bonn.de/index.php?id=192 zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

GEW Bremen (2012): Keine Millionen für die Jacobs-Universität. http://www.gew-hb.de/Binaries/Binary18466/GT-18-12_Jacobs-university.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Güttel, Irena (2011): Jacobs-University: Happy Birthday Kaffee-Uni!, in Spiegel Online. http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/jacobs-university-happy-birthday-kaffee-uni-a-786553.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Hochschule Bremen (2012): Übersicht über Bewerbende, Studierende, Absolvierende.

Hochschule Bremen (2012a): Immatrikulierte Studentinnen und Studenten der Hochschule Bremen im Wintersemester 2012/13 Stand 30.11.12.

Hochschule Bremen (2012b): Personalausstattung in Vollzeitäquivalent (VZA).

Hochschule Bremen (2012c): Beratung und Beschlussfassung über zentrale Punkte/Eckdaten des STEP 2020plus (Konsolidierungskonzept) als Grundlage des Hochschulentwicklungsplans nach § 103 Bremisches Hochschulgesetz.

Hochschule Bremen (2012d): Bekanntmachung der Neufassung der Satzung der Hochschule Bremen über die Festsetzung von Zulassungszahlen für zulassungsbeschränkte Studiengänge und Normwerte, Amtliche Mitteilung der Hochschule Bremen, Ausgabe Nr. 3/2012 vom 1. Juni 2012. http://www.verwaltungsgericht.bremen.de/sixcms/media.php/13/ZulassungszahlenSatzung%202012.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Hochschule Bremerhaven, Cornelia Driesen, Pressesprecherin (2013): Fachbereiche der Hochschule Bremerhaven. http://www.hs-bremerhaven.de/Fachbereiche_der_Hochschule_Bremerhaven.html zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Hochschule für Künste, Referat für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit (2013): Geschichte. http://www.hfk-bremen.de/t/portr%C3%A4t-der-hfk/n/geschichte-der-hfk zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

Hochschulrektorenkonferenz (2013): HRK-Präsident: Verfassungsreform nicht von der Tagesordnung nehmen. http://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/hrk-praesident-verfassungsreform-nicht-von-der-tagesordnung-nehmen-2429/, zuletzt abgerufen am 5.08.2013.

Jaerger, Michael (2010): Entwicklung eines Budgetierungsmodells für die Hochschule Bremen, HIS Projektbericht.

Jansen, Heinz (Dekan der Fakultät 3) (2013): Powerpoint Präsentation, Material zum Workshop des Akademischen Senats.

Kühne, Hartmut (2005): Föderalismusreform Laufen oder Stolpern? In Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 13-14.

Luckey, Karen (Rektorin) (2012): Selbstbericht der Hochschule Bremen zur Vorbereitung des Besuchs der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates.

Margedant, Udo; Borchard, Michael (2006): Die Vorschläge der Bundesstaatskommission im Spiegel notwendiger Reformen der Finanzverfassung, KAS Zukunftsforum Politik, St. Augustin, S. 34.

Meinen, Jens Andreas (Kanzler) (2012): Top Finanzplanung 2012, Sitzung des Akademischen Senats 17.04.2012, Präsentation.

Meinen, Jens Andreas (Kanzler) (2013a): Top Finanzplanung 2013, Sitzung des Akademischen Senats am 21.05.2013, Präsentation.

Meinen, Jens Andreas (Kanzler) (2013b): Top Finanzplanung 2013, Sitzung des Akademischen Senats am 21.05.2013, Präsentation, Mündliche Aussage.

Qualitätspakt Lehre (2013): Hochschule für Künste Bremen – Zum Vorhaben „Vorgezogene Berufungen in den Bereichen Jazz und Freie Kunst“, Förderkennzeichen 01PL12031. http://www.qualitaetspakt-lehre.de/de/1379.php zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Qualitätspakt Lehre (2013): Universität Bremen – Zum Vorhaben FORSTA – Forschen Studieren von Anfang an – Heterogenität als Potenzial nutzen; Förderkennzeichen 01PL12030. http://www.qualitaetspakt-lehre.de/de/1380.php zuletzt abgerufen am 05.08.2013.

Radio Bremen (2012a): Finanzhilfen für die Privat-Universität. http://www.radiobremen.de/politik/themen/jacobs-university116.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Radio Bremen (2012b): Privat-Uni braucht frisches Geld – Ein Blick in die JUB-Finanzen. http://www.radiobremen.de/wissen/themen/jacobs-university112.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Radio Bremen (2012c): Privat-Uni braucht frisches Geld – Ein Blick in die JUB-Finanzen. http://www.radiobremen.de/wissen/themen/jacobs-university112.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Radio Bremen (2013): Land Bremen gibt Privat-Uni weitere 15 Millionen. http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/mehrgeldfuerjacobsuni100.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Referat 05, Gabriele Witter Hochschule Bremen (2012): Kapazitätsberechnung der Studiengänge für das Was 201/2013, Studiengang: Soziale Arbeit B.A., Stand 1.März 2012. http://www.verwaltungsgericht.bremen.de/sixcms/media.php/13/SOZARB%20BA%20Ermittlung%20Aufnahmekapazit%E4t%202012_13_.pdf zuletzt abgerufen am 01.03.2012.

Referat 05, Gabriele Witter, Hochschule Bremen (2012): Kapazitätsberechnung der Studiengänge für das WS 2012/2013, Studiengang IS Angewandte Freizeitwissenschaften BA., Stand 1. März 2012. http://www.verwaltungsgericht.bremen.de/sixcms/media.php/13/ISAF%20BA_Ermittlung%20Aufnahmekapazit%E4t%202012_13_.pdf zuletzt abgerufen am 01.03.2012.

Referat 05, Gabriele Witter, Hochschule Bremen(2011): Kapazitätsberechnung der Studiengänge für das WS 2011/2012, Studiengang Internationaler Studiengang Politikmanagement B.A., Stand 1. März 2011. http://www.verwaltungsgericht.bremen.de/sixcms/media.php/13/F3_2%20ISPM%20BA_Ermittlung%20Aufnahmekapazit%E4t%202011_12__.pdf zuletzt abgerufen am 01.03.2012.

Rektorat der Hochschule Bremen (2012): Beratung und Beschlussfassung über zentrale Punkte/Eckdaten des STEP 2020plus (Konsolidierungskonzept) als Grundlage des Hochschulentwicklungsplans nach § 103 Bremisches Hochschulgesetz.

Rektorat der Hochschule Bremen (2013): Strategischer Hochschulentwicklungsplan Step2020.

Sager, Krista; Gehring, Kai (2013): Diskussionspapier - Bausteine zur Stärkung der Hochschulfinanzierung und Neuordnung der Finanzierung des Wissenschaftssystems, S.4. http://www.krista-sager.de/ksuploads/Diskussionspapier_Hochschul-_und_Wissenschaftsfinanzierung_Sager_Gehring.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Schapf, Fritz (2006): Föderalismusreform: Weshalb wurde so wenig erreicht? In Aus Politik und Zeitgeschichte, 2006, Nr. 50.

Schultze, Rainer-Olaf (2005): Föderalismusreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit In Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 13-14.

Senator für Bildung und Wissenschaft (2003):Wissenschaftsplan 2010 Bremen und Bremerhaven, Wissenschaftsplan und Hochschulgesamtplan IV für das Land Bremen 2005 bis 2010. http://www.hof.uni-halle.de/steuerung/struktur/docs/HB03_wissenschaftsplan.pdf zuletzt abgerufen am 01.09.2013.

Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2011): Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit am 21.12.2011 „Hochschulgesamtplanung/Wissenschaftsplanung 2020 Strukturanalyse durch den Wissenschaftsrat“, S. 1. http://medienausschuss.bremische-buerger-

schaft.de/sixcms/media.php/13/WMDI%205%20Wissenschaftsplanung%20Vorlage.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen (2008): Finanzplan 2007 – 2011, Stadtstaat Bremen. http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Finanzplanung_150108.pdf zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

Senatorin für Finanzen, Freie Hansestad Bremen (2011) Finanzplan 2010 – 2014, Stadtstaat Bremen. http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/110201_Finanzplan_2010_2014.pdf zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

Senatorin für Finanzen, Freie Hansestad Bremen (2012): Finanzplan 2011 – 2016, Stadtstaat Bremen. http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Finanzplanungkomplett2012.pdf zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

Senatorin für Finanzen, Freie Hansestad Bremen (2013): Der Konsolidierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2012. http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/Konsolidierungsbericht%202012%20Internet.pdf zuletzt abgerufen am 30.08.2013.

SPD (2013): Das WIR entscheidet – Regierungsprogramm 2013-2017. http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Spiegel Online (2012): Bundesmittel für Bildung: Länder bremsen Schavan aus. http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/kooperationsverbot-laender-bremsen-bundesregierung-im-bundesrat-a-857188.html zuletzt abgerufen am 6.08.2013.

Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (2005): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2005/2005_10_01-Studienanfaenger-Absolventen-2020.pdf, zuletzt abgerufen am 04.08.2013.

Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012-2025 – Erläuterung der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens, Dokumentation Nr. 197. http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/KomStat/Dok_197_Vorausberechnung.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Statistisches Bundesamt (2012): Bildungs-Finanzbericht 2012, S.54. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206127004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen (2003): Bremen in Zahlen 2003. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz2003.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen (2005): Bremen in Zahlen 2005. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/jahrb05.3088.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen (2006): Bremen in Zahlen 2006. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/jahrb06.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt Freie Hansestadt Bremen (2012) Bremen in Zahlen 2012. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/jb2012_mit%20Schutz.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2007) Bremen in Zahlen 2007. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz2007.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2008) Bremen in Zahlen 2008. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz2008.4856.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2009) Bremen in Zahlen 2009. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz09.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2010) Bremen in Zahlen 2010. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz2010.6050.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2011) Bremen in Zahlen 2011. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz2011.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Statistisches Landesamt, Freie Hansestadt Bremen(2013) Bremen in Zahlen 2013. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/biz13_pdfa.pdf zuletzt abgerufen am 22.08.2013.

Universität Bremen (2013): Rechenschaftsberichts des Rektorats „Uni in Zahlen“ 2012. http://www.finanzcontrolling.uni-bremen.de/download/Uni%20in%20Zahlen/ZSPG2012.pdf zuletzt abgerufen am 24.08.2013.

Universität Bremen, Ronald Sperling 2012. http://www.uni-bremen.de/archiv/geschichte.html#c15093 zuletzt abgerufen am 01.09.2013.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremer Bürgerschaft 2011-2015, S. 109. http://www.rathaus-bremen.de/sixcms/media.php/13/110628_KoaV_Gesamt_ENDGueLTIG.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Wissenschaftsrat (2013): Arbeitsprogramm Juli 2013 – Januar 2014, S. 32. http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/Arbeitsprogramm.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Wissenschaftsrat (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems. http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf zuletzt abgerufen am 06.08.2013.

Wissenschaftsrat (2013): Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem. http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/hginfo_1713.pdf zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Wolschner, Klaus (2006): Ein ganz privater Fehlschlag, in TAZ Online. http://www.taz.de/1/archiv/?id=archivseite&dig=2006/09/11/a0033 zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Wolschner, Klaus; Leffers, Jochen (2006): Jacobs Stiftung rettet mit 200 Millionen Euro Bremer Privatuni, in Manager Magazin Online. http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-445908.html zuletzt abgerufen am 20.08.2013.

Zugangsvoraussetzungen/Bildungschancen/Diversity

Berthold, Dr. Christian; Leichsenring, Hannah (2012): Diversity Report, Der Gesamtbericht (A1-D3); Che Consult: Gütersloh; Bertelsmann Stiftung. http://www.che.de/downloads/CHE_Diversity_Report_Gesamtbericht_komprimiert.pdf zuletzt abgerufen am 12.10.2013.

Berthold, Dr. Christian; Leichsenring, Hannah (2012): Diversity Report, Diversity Management ist Change Management! Che Consult: Gütersloh, Bertelsmann Stiftung. http://www.che-consult.de/downloads/CHE_Diversity_Report_D2.pdf zuletzt abgerufen am 12.10.2013.

Klammer, Ute; Matuko, Bartholomäus J. (2010): Diversity Management als Zukunftsaufgabe der Hochschulen – Ausgangsbedingungen und Ansatzpunkte; Der Pädagogische Blick, 2/2010. http://www.zfbt.de/dokumente/paedagogische-blick2010b.pdf zuletzt ab gerufen am 12.10.2013.

Klein, Uta; Heitzmann, Daniela (2012): Hochschule und Diversity: Theoretische Zugänge und empirische Bestandsaufnahme; Reihe Diversity und Hochschule. Beltz Juventa: Weinheim.

Leichsenring, Hannah (2012): CHE-QUEST Ein Analysetool für das Hochschulmanagement, Studienrelevante Diversität, Kurzbeschreibung einer Methodik und von ermittelten Studierendentypen; Che Consult: Gütersloh, Bertelsmann Stiftung. http://www.che.de/downloads/Consult_Briefing_1_2__QUEST_Studierendentypen.pdf zuletzt abgerufen am 12.10.2013.

Middendorff, Elke; Apolinarski, Beate; Poskowsky, Jonas; Kandulla, Maren; Netz, Nicolai; (2012): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berlin, http://www.studentenwerke.de/pdf/20-SE-Bericht.pdf zuletzt abgerufen am 12.10.2013 (Zitiert als Middendorff et al. 2012).

Praxisbezug

Freie Hansestadt Bremen (2010): Gesetzesblatt der Freien Hansestadt Bremen vom 15. Januar 2010. Bremisches Beamtengesetz, http://bremen.beck.de/default.aspx?bcid=Y-100-G-BrBeamtenG, zuletzt abgerufen am 14.07.2013.

Hochschule Bremen (2003): Ordnung der Hochschule Bremen für die Vergabe von Lehraufträgen (Lehrauftragsverordnung).

Hochschule Bremen (2009): Leitbild der Hochschule Bremen; Wissens- und Technologietransfer, http://www.hs-bremen.de/mam/hsb/referate/r01/hsb_leitbild.pdf, zuletzt abgerufen am 11.07.2013.

ISPM (2008): Richtlinien für die Ausgestaltung der Praxisphase (ISPM), http://www.ispm-bremen.de/fileadmin/download/lehre/pdf/richtlinien_praxisphase.pdf, zuletzt abgerufen am 23.06.2013.

ISPM (2013): Modulhandbuch ISPM, http://www.ispm-bremen.de/ueberblick/studiengangsdokumente/, zuletzt abgerufen am 14.07.2013.

ISPM (2013a): Berufsperspektiven (ISPM), http://www.ispm-bremen.de/lehre/bachelorstudiengang/berufsperspektiven/, zuletzt abgerufen am 11.07.2013.

ISPM (2013b): Überblick (ISPM), http://www.ispm-bremen.de/ueberblick/, zuletzt abgerufen am 11.07.2013.

Mühlen, Alexander (2010): Internationales Verhandeln. Konfrontation, Wettbewerb, Zusammenarbeit mit zahlreichen interkulturellen Fakten und Fallbeispielen, LIT-Verlag: Berlin, 4. Auflage.

Internationalität

Hochschule Bremen (1999): Das Leitbild der Hochschule Bremen, http://www.hs-bremen.de/internet/de/hsb/leitbildHsb/, zuletzt abgerufen am 24.06.2013.

Hochschule Bremen (2011): Hochschule Bremen im Finale für den Preis „Die internationale Hochschule 2011“. Pressemitteilung vom 9. November 2011, http://www.hs-bremen.de/internet/de/einrichtungen/presse/mitteilungen/2011/detail/index_31549.html zuletzt abgerufen am 16.07.2013.

Hochschule Bremen (2012): HSB-Newsletter Nr. 1_2/2012, http://www.hs-bremen.de/internet/de/einrichtungen/presse/newsletter/, zuletzt abgerufen am 24.06.2013.

Hochschule Bremen (2013): Entwicklungen im Studienjahr 2012/2013. Ausgewählte Statistiken Informationen und Hintergründe, Bremen.

International Office (2013): Anzahl Incomings nach Fakultäten, Bremen.

International Office (2013): Incoming Students WS 2004–WS 2013, Bremen.

International Office der Fakultät 3 (2013): Statistiken zur Internationalität der Fakultät 3 ab 2007-2008, Bremen.

ISPM (2009): Studiengangsflyer, http://www.ispm-bremen.de/fileadmin/download/lehre/pdf/studiengangsflyer-ispm.pdf, zuletzt abgerufen am 12.07.2013.

ISPM (2013): Auslandssemester, http://www.ispm-bremen.de/lehre/bachelorstudiengang/auslandssemester/, zuletzt abgerufen am 22.07.2013.

Kilian, Matthias (2011): Lehrveranstaltung: Interkulturelle Kommunikation, Bremen.

Stifterverband der Deutschen Wirtschaft (2013): Ländercheck: Der Weg zur Internationalen Hochschule, http://www.laendercheck-wissenschaft.de/internationalisierung/, zuletzt abgerufen am 24.06.2013.

Regionaler Vergleich mit „B.A. Politikwissenschaften" an der Universität Bremen

Ifp- INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT BREMEN (2013): Studienführer Politikwissenschaft Bachelor ofarts (http://www.politik.uni- bremen.de/downloads/studienfuehrerba.pdf#30 aufgerufen 16.01.2014)

ISPM - INTERNATIONALER STUDIENGANG POLITIKMANAGEMENT (2013a): Bachelorprüfungsordnung der Hochschule Bremen für den Internationalen Studiengang Politikmanagement (Fachspezifischer Teil), Anlage 1: Prüfungsleistungen der Bachelorprüfung (http://www.ispm-bremen.de/fileadmin/download/lehre/pdf/BPO_ISPM-Amtsbl- 2013.pdf, aufgerufen 20.01.2014)

ISPM - INTERNATIONALER STUDIENGANG POLITIKMANAGEMENT (2013b): Modulhandbuch 1. Semester (http://www.ispm- bremen.de/fileadmin/download/pdf/Modulhandb%C3%bccher_Stand_2013_2014/ISPM_Modulhandbuch_1._Semester_WS13_14.pdf, aufgerufen 22.01.2014)

ISPM - INTERNATIONALER STUDIENGANG POLITIKMANAGEMENT (2013c): Modulhandbuch 2. Semester (http://www.ispm- bremen.de/fileadmin/download/pdf/Modulhandb%C3%bccher_Stand_2013_2014/ISPM_ Modulhandbuch_2._Semester_WS13_14.pdf, aufgerufen 22.01.2014)

UNIVERSITÄT BREMEN (2011): Fachbereiche (http://www.uni-bremen.de/universitaet/die-uni- im-ueberblick/fachbereiche.html aufgerufen 18.01.2014)

Bundesvergleich und Hochschulrankings

Akkreditierungsrat, Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland (2010): Akkreditierte Studiengänge - Zentrale Datenbank - Einzeldarstellung. Internationaler Studiengang Politikmanagement, http://www.hs-kompass2.de/kompass/xml/akkr/maske.html, zuletzt abgerufen am 17.07.2013.

Centrum für Hochschulentwicklung (2014): CHE Hochschulranking, http://www.che-ranking.de/cms/?getObject=50&, zuletzt abgerufen am 12.01.2014.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2012): Wissenschaftliche Evaluation ja - CHE Ranking nein. Methodische Probleme und politische Implikationen des CHE Hochschul-

rankings, Stellungnahme, http://www.soziologie.de/uploads/media/Stellungnahme_DGS_zum_CHE-Ranking_Langfassung.pdf , zuletzt abgerufen am 16.07.2013.

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (2012): Politikwissenschaftliche Fachvereinigungen empfehlen ein Aussetzen beim CHE Ranking, Pressemitteilung, https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Pressemitteilung%20zum%20CHE-Ranking_DVPW-DGfP_12-12-2012_final.pdf , zuletzt abgerufen am 16.07.2013.

Politik und Kommunikation (2012): Eine Übersicht fachübergreifender und praxisnaher Bachelor- und Masterstudiengänge in: Politik und Kommunikation, 2012, Nr. 3, S. 20-23.

Zeitverlag Gerd Brucerius (2014): ZEIT Studienführer, http://studienfuehrer.zeitverlag.de, zuletzt abgerufen am 12.01.2014.

Kooperation mit anderen Studiengängen

Allgemeiner Teil der Bachelorprüfungsordnungen der Hochschule Bremen, http://www.hs-bremen.de/mam/hipdoc/r02/pruefungsordnungen/AT/at-bpo-gen-fassung_2011-abl.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen - Bachelorprüfungsordnung der Hochschule Bremen für den Internationalen Studiengang Journalistik (Fachspezifischer Teil) vom 19. März 2013, http://www.hs-bremen.de/mam/hipdoc/r02/pruefungsordnungen/ft/fk3/bpo_isj-amtsbl-2013.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen - Bachelorprüfungsordnung der Hochschule Bremen für den Internationalen Studiengang Politikmanagement (Fachspezifischer Teil) vom 15 Januar 2013, http://www.hs-bremen.de/mam/hipdoc/r02/pruefungsordnungen/ft/fk3/bpo_ispm-amtsbl-2013.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen - Ordnung zur Änderung des Allgemeinen Teils der Bachelorprüfungsordnungen der Hochschule Bremen vom 21. Mai 2013, http://www.hs-bremen.de/mam/hipdoc/r02/pruefungsordnungen/AT/at-bpo-%C3%84o-2013_abl.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen - Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 04.02.2010, http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2003/2003_10_10-Laendergemeinsame-Strukturvorgaben.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Modulbeschreibungen des Studiengang Internationaler Studiengang Volkswirtschaftslehre (ISVW) B.A., http://www.hs-

bre-
men.de/mam/hsb/fakultaeten/wiwi/studiengaenge/isvw/dokumente/isvw_modulbeschreibungen.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Modulüberblick Internationaler Studiengang Journalistik ab WS 2011/2012, http://www.hs-bremen.de/mam/hsb/fakultaeten/f3/isfj/2012.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland: Zur Auslegung der ländergemeinsamen Strukturvorgaben vom 12.02.2010, zuletzt geändert am 03.06.2013, http://www.akkreditierungsrat.de/fileadmin/Seiteninhalte/AR/Beschluesse/AR_Auslegung_Laendergemeinsame_Strukturvorgaben_aktuell.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Studienführer der Fakultät 1: School of International Business – Internationaler Studiengang Volkswirtschaftslehre (ISVW) B.A., http://www.hs-bre-
men.de/mam/hsb/fakultaeten/wiwi/studiengaenge/isvw/dokumente/isvw_studienfuehrer.pdf, zuletzt abgerufen am 09.08.2013.

Vorlage zur Ständigen Konferenz – Qualität im Fokus – Bologna 2.0: Fortschreibung des Bologna-Prozesses an der Hochschule Bremen vom 14.04.2011

Bremer Politik: Konzept einer Ringvorlesung zur Zukunft der Hochschulpolitik

Gülker, Silke (2011): Wissenschaftliches und Künstlerisches Personal an Hochschulen: Stand und Zukunftsbedarf. Frankfurt a.M.: Gewerkschaft Erziehung Und Wissenschaft, S. 25

Heinemann, Andre (2011): "Hochschulfinanzierung in Zeiten der Schuldenbremse: Das Beispiel Bremen" In: Hermeling, Susanne, und Marion Salot, (Hrsg.) *Überreformiert, Unterfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten*. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen. S. 94-108

Hermeling, Susanne, und Marion Salot (Hrsg.) (2011): Überreformiert, Unterfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung Bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen.

Hermeling, Susanne, und Marion Salot (2011): "Hochschulpolitik - quo vadis? Resümee und Ausblick. In: Hermeling, Susanne, und Marion Salot, (Hrsg.) Überreformiert, Un-

terfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen. S. 155-158

Keller, Andreas (2011): "Berge und Täler der deutschen Hochschullandschaft Bologna Prozess, Hochschulpakt und Exzellenzinitiative." In: Hermeling, Susanne, und Marion Salot, (Hrsg.) Überreformiert, Unterfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen. S. 11-23

Kleemann, Inge (2011): "Das Templiner Manifest der GEW: Umsetzungsmöglichkeiten in Bremen" In: Hermeling, Susanne, und Marion Salot, (Hrsg.) Überreformiert, Unterfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen. S. 194-195

Rektorat der Hochschule Bremen (2013): Strategischer Hochschulentwicklungsplan STEP 2020. Bremen: Hochschule Bremen, S 15-16

Timmerman, Dieter (2011): „Hochschulfinanzierung – Entwicklung, Trends und Alternativen“ In: Hermeling, Susanne, und Marion Salot, (Hrsg.) Überreformiert, Unterfinanziert und Prekarisiert? Entwicklung bremischer Hochschulen und ihrer wissenschaftlich Beschäftigten. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen. Bericht: Entwicklung der Hochschulen. S. 74-94

Weiss, Carol H. (1991): "Policy Research: data, ideas, or arguments." In: Peter Wagner , et al. (Hrsg.). Social Sciences and Modern States National Experiences and Theoretical Crossroads. Cambridge: Cambridge UP, S.307-32.

Anhang

1. Fragebogen an das zweite und vierte Semester im Sommersemester 2013 zur Attraktivität des ISPM

Der aktuelle Anlass

Bevorstehende Einsparungen im Bremer Bildungs- und Hochschulwesen werden auch die Fakultät Gesellschaftswissenschaften unserer Hochschule betreffen. In Zeiten dieser Spannungen wollen wir als Studierende der Öffentlichkeit die Zukunftsfähigkeit und Einzigartigkeit des ISPM in der deutschen Hochschullandschaft vermitteln.

Das Projekt

im Rahmen unserer Lehrveranstaltung *Projekt Politikmanagement* haben wir, die Studierenden des 6. Semesters, das Projekt ZUKUNFT ISPM ins Leben gerufen. In acht Teilprojekten erarbeiten wir an einer Vielzahl von Aspekten eine Außendarstellung zur Zukunft des ISPM.

Diversity und Attraktivität des ISPM

Anhand dieses Fragebogens untersuchen wir:

1. die strukturelle Vielfalt des ISPM, in dem wir die sozio-ökonomischen Unterschiede und die außerordentlichen Bildungschancen, die der ISPM eröffnet, dokumentieren UND

2. die entscheidenden Merkmale und Unterschiede zu anderen politikwissenschaftlichen Studiengängen herausarbeiten, um die Einzigartigkeit des ISPM zu untermauern.

Zum Fragebogen

Bitte lesen Sie die Fragen aufmerksam durch und beachten Sie eventuelle Hinweise zur Antworttechnik. Wenn nicht anders ausgeschrieben, kreuzen Sie bitte Ihre Antwort sichtbar an.

I. Teil – Diversity

Persönlicher und familiärer Hintergrund

1. Welches Geschlecht haben Sie?
   A: Männlich
   B: Weiblich
   C: Intersexual
2. In welchem Jahr sind Sie geboren? (bitte eintragen)_____
3. Haben Sie Kinder?
   A: Ja.
   B: Nein.
4. Leben Sie mit einer psychischen oder physischen Beeinträchtigung?
   A: Ja.
   B: Nein.
5. Welcher Religion gehören Sie an? (bitte eintragen)_____

6. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? (bitte eintragen)

_____

7. Sind Sie, Ihre Eltern oder Ihre Großeltern nach Deutschland zugewandert?
   A: Ja, meine Familie ist zu meiner Lebenszeit nach Deutschland zugewandert.
   B: Ja, einer oder beide meiner Eltern sind nach Deutschland zugewandert.
   C: Ja, meine Großeltern sind nach Deutschland zugewandert.
   D: Nein.
8. Haben Ihre Eltern ein abgeschlossenes Studium?
   A: Ja, beide Elternteile haben ein abgeschlossenes Studium.
   B: Ja, meine Mutter hat ein abgeschlossenes Studium.
   C: Ja, mein Vater hat ein abgeschlossenes Studium.
   D: Nein.

Studium und Finanzierung

1. In welchem Jahr haben Sie Ihr Studium begonnen? (bitte eintragen)_____
2. Empfangen Sie Geld gemäß dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für Ihr Studium?
   A: Ja, ich empfange Geld gemäß BAföG für mein Studium.
   B: Nein.
3. Sind Sie Stipendiatin/Stipendiat?
   A: Ja, ich bin Stipendiatin/Stipendiat.
   B: Nein.
4. Müssen Sie für Ihren Lebensunterhalt parallel zu Studium einer bezahlten Beschäftigung nachgehen?
   A: Ja.
   B: Nein (Ehrenamt)

Außerstudentisches Engagement

1. Sind Sie neben Ihrem Studium ehrenamtlich aktiv?
   A: Ja.
   B: Nein.

2. Wenn Ja, in welchem Bereich? (bitte eintragen)

_____

_____

3. Sind Sie Mitglied eines Verbandes /Partei/Vereins?
   A: Ja.
   B: Nein.

4. Wenn Ja, in welchem/welcher ?(bitte eintragen)

_____

Bildungsabschlüsse und Ausbildung

1. Welcher ist Ihr höchster Schulischer Abschluss?
   A: Mittlere Reife (Realschulabschluss)
   B: Fachhochschulreife (Allgemeine oder fachgebundene Fachhochschulreife)
   C: Fachgebundene Hochschulreife
   D: Abitur (Allgemeine Hochschulreife)

2. Haben Sie vor Ihrem Studium eine Berufsausbildung abgeschlossen?
   A: Ja, ich habe bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen.
   B: Nein.

3. Welcher Schulabschluss hat Ihnen den Zugang zum Hochschulstudium ermöglicht?
A: Allgemeine oder Fachgebunde Hochschulreife (Abitur)
B: Fachhochschulreife
C: Sonderzulassung bei Berufsqualifizierung

II. Teil – Attraktivität des ISPM

1. Ist der ISPM Ihr Erststudium?
A: Ja.
B: Nein.
Was haben Sie zuvor studiert?_____
Welche Gründe gab es für den Wechsel? _____

2. Wie sind Sie auf den ISPM in Bremen aufmerksam geworden?
A: Durch Recherche im Internet
   Wenn möglich bitte Internetseiten angeben:_____
B: Freunde und Bekannte studieren oder haben diesen Studiengang studiert
C: Durch Zeitschriften/ Borschüren
   Wenn möglich bitte Zeitschriften angeben:_____
D: Durch Vergleichsportale oder Uni Rankings
   Wenn möglich bitte angeben:_____
E: Informationsveranstaltungen
F: Sonstiges (bitte angeben):_____

3. Hatten Sie sich für weitere Studiengänge mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt beworben?
A: Nein.
B: Wenn ja, nennen Sie bitte die Studiengänge und die Hochschulen
1._____
2._____
3._____

4. Warum fiel Ihre Entscheidung auf den ISPM? (Mehrfachnennungen möglich)

A: Politisches Interesse
B: Allgemeines Interesse
C: Fortführung aus der Schulzeit
D: Hintergrundwissen für den Beruf
E: Wenig konkrete Vorstellungen
F: Praxisbezug
G: Internationalität
H: Interdisziplinarität
I: integriertes Praxissemester
J: integriertes Auslandssemester
K: Inhalt auf Englisch
L: Attraktivität der Studieninhalte
M: keine Zusagen in anderen Studiengängen
N: Sonstiges (bitte angeben):_____

5. Was war der Grund für ein Studium an der Hochschule Bremen? (Mehrfachnennung möglich)

A: Studiengang ISPM
B: Reputation der Hochschule
C: Heimatnähe
D: Empfehlung von Freunden/Bekannten
E: Bestimmte Professoren
F: Gute Ausstattung
G: Zulassungsvoraussetzung
H: Die Uni-Stadt Bremen
I: Sonstiges (bitte angeben):_____

6. Was ist ihres Erachtens das herausragende Merkmal des ISPM im Vergleich zu anderen Studiengängen? (Mehrfachnennung möglich)

A: Praxisbezug/integriertes Praxissemester
B: Internationalität/integriertes Auslandssemester
C: Interdisziplinäre Ausrichtung
D: Sonstiges (bitte angeben):
_____

VIELEN DANK!

2. Liste der Praktikumsgeber

1. Parteien/Abgeordnete

- Abgeordnetenbüro Europäisches Parlament, Brüssel
- Abgeordnetenbüro Walsrode/ CDU-Kreisverband Soltau- Fallingbostel
- Australian Greens, Melbourne, Australien
- Bulg. Parlament (Fraktion "Blaue Koalition")
- Bundestagsabgeordneter Dr. Karl-Ludwig von Dan-Pweitztra Ernstberger, MdB, Berlin
- Bundestagsabgeordnete Inga Nietz (Die Linke)
- Bundestagsabgeordneter Stephan Mayer (CSU), Berlin
- Bundestagsabgeordneter Thilo Hoppe (Grüne), Berlin
- Bundestagsbüro Achim Großmann (SPD), Berlin
- Bundestagsbüro MdB C. Sieling (SPD), Berlin
- Bundestagsabgeordneter Andreas Weigel (SPD), Berlin
- Bundestagsabgeordneter Johannes Kahrs (SPD), Berlin
- Bündnis 90/ Die Grünen, Bürgerschaftsfraktion Bremen
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Bremen
- CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin
- CHP Parteizentrale, Ankara, Türkei
- Delegationsbüro der SPD-Europaabgeordneten im EP, Brüssel
- Democratic National Committee, Washington D.C, USA
- Europabüro Martin Schulz (SPD), Alsdorf
- FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hannover
- FDP Bremen
- Fraktion der CDU Bremen
- Fraktion die Linke Bremen
- Landesverband B90/Die Grünen, Berlin
- Landesverband SPD Bremen
- Landtag Niedersachsen, Hannover
- Green Party of Aotearoa New Zealand, MP K. Locke, Auckland, Neuseeland
- Michael Albers, MdL (SPD-Fraktion)
- MdEP Dr. Helga Trüpel, Brüssel (B. 90/Die Grünen)
- Niedersächsischer Landtag, Hannover
- Stadtverband SPD Hannover
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD- Parteivorstand, Berlin

2. Staatliche Institutionen

- Afghanische Botschaft, Berlin
- Auswärtiges Amt, Berlin

- Botschaft der Republik Peru, Berlin
- Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Berlin
- Amt für Jugend, Familie und Soziales, Bremerhaven
- Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und der Europäischen Union
- Bremische Bürgerschaft
- Bremer Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (AFGJS)
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin
- Bundesministerium für Gesundheit
- Deutsche Botschaft Ankara Türkei
- Deutsche Botschaft Sofia, Bulgarien
- Deutsche Botschaft Südafrika
- Deutsche Botschaft Washington, USA
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV), Berlin
- Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Staatskanzlei -, Schwerin
- Deutsche Botschaft Bamako, Mali
- Deutsche Botschaft Dhaka, Bangladesch
- Deutsche Botschaft La Paz, Bolivien
- Deutsche Botschaft Maputo (Mosambik)
- Europa Information Potsdam
- Europäisches Parlament, Brüssel
- Landesinstitut für Schule Bremen
- Senatskanzlei Bremen
- Thüringer Staatskanzlei, Erfurt
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Pretoria, Südafrika
- Europabüro des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Brüssel
- GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Tirana, Albanien
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
- Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersächsische Landesvertretung Brüssel
- Österreichische Botschaft Washington, USA
- Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestags, Berlin
- Senator für Wirtschaft Arbeit und Häfen, Bremen
- Ständige Vertretung der BRD bei den Vereinten Nationen, New York
- Umweltministerium Niedersachsen
- Vertretung der Europäischen Kommission in Litauen, Vilnius

- Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, Brüssel
- Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union, Brüssel
- Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union Brüssel
- Vertretung des Landes Sachsen Anhalt beim Bund in Berlin

3. Think Tanks/ Politikberatung

- Brand Associates GmbH, Berlin
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)
- Ecologic Institute EU, Berlin
- Institute of Strategic Thinking, Ankara, Türkei
- Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation GmbH, Berlin
- Ketchum Pleon GmbH, Berlin u. Brüssel
- Komm.passion GmbH, Berlin
- MEDIA CONSULTA, Public Affaires Agentur, Berlin
- RambØll Management Hamburg

4. Stiftungen

- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
- Centro de la apertura y el desarollo de America Latina - Zentrum für die Öffnung und Entwicklung Lateinamerikas(CADAL)
- Deutsche Stiftung Friedensforschung
- Friedrich-Ebert-Stiftung
  - Singapur
  - Vietnam
  - Rumänien
  - Palästinensische Gebiete
  - Ungarn
  - Südafrika
- Friedrich-Naumann-Stiftung Jerusalem
- Heinrich Böll Stiftung
  - Israel
  - Hamburg
- Konrad Adenauer Stiftung
  - Ägypten
  - Kambodscha
  - Südkorea
  - Berlin
  - Argentinien
  - USA
  - Guatemala
  - Brasilien
- Kurt-Lewin-Stiftung (Ungarn)

...

- Sosyal demokrasi Vakfi (Sozialdemokratie-Stiftung), Istanbul, Türkei
- Umdenken - Politisches Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, Hamburg

5. NGOs/ Vereine

- ausgestrahlt e.V., Hamburg
- Aktion Deutschland Hilft e.V.
- ACIJ (Accion Civil por la Igualdad y la Justicia), Buenos Aires, Argentinien
- Amnesty International, Australia
- Asociación Argentina de Políticas Sociales, Buenos Aires, Argentinien
- Asociacion Nacional de Microfinancieras e Intermediarias Financieras A.C. (Sektor Mikrofinanzen) Mexiko
- Attac Deutschland, Verden/Aller
- Bremer Informationszentrum für Menschenrecht und Entwicklung (biz)
- Campact - Demokratie bewegen
- Centro de Derechos Humanos y Ambiente (CEDHA)/ Zentrum für Menschenrechte und Umwelt, Córdoba/Argentinien
- Deutscher Kulturrat e.V., Berlin
- Fluchtraum Bremen e.V.
- Children Resource Centre (CRC), Kapstadt/Südafrika
- Commonwealth Human Rights Initiative (CHRI), New Delhi/Indien
- Community Care e.V. Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.
- EarthLink, München Entwicklungspolitische Informationszentrale (Epiz), Berlin
- Former Members Association European Parliament, Brüssel
- Forum for European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO)
- Fundación Arias para la Paz y el Progreso Humano,San José, Costa Rica
- Fundación de Defensa Ecológica (FUNDECOL), Muisne/Ecuador
- Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Göttingen (Hauptsitz)
- Global Action on Aging, New York, USA
- Greenpeace Deutschland e.V.
- Mehr Demokratie e.V., Berlin
- Institut für Auslandsbeziehungen – Förderprogramm zivik, Berlin
- IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Berlin
- Islamic Relief e.V., Köln
- Kurdistan Kultur- und Hilfsverein, Berlin
- LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., Köln
- Msunduzi Hospice Association , Südafrika
- PEN-Zentrum Deutschland e.V., Darmstadt
- Proyecto Horizonte Ushpa Ushpa Bolivien
- Robin Wood, Bundesgeschäftsstelle, Bremen
- Schule für's Leben, Kolumbien
- SHARE e.V. – Aktion für gerechte Ökonomie, Verden/Aller

- SOCIAM Buenos Aires, Argentinien
- TERRE DES FEMMES e.V., Berlin
- Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., Berlin
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der
- Antifaschisten (VVN /BdA), Bremen
- VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz, Hamburg
- Zuflucht - Ökumenische Ausländerarbeit e.V., Bremen

6. Gewerkschaften

- IG Metall Bremen
- IG Metall Frankfurt
- NGG Bremen-Weser-Elbe
- Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bremen
- Ver.di Bundeszentrale, Berlin
- Ver.di Tübingen
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Hamburg

7. Wirtschaft/ Unternehmensverbände

- Balance TC Bremen - Unternehmensberatung
- Bankhaus Metzler, Frankfurt am Main
- berlinpolis GmbH
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
- Deutsche Außenhandelskammer Dubai, Vereinigte Arabische Emirate
- Deutscher Brauer-Bund e.V., Berlin
- Deutscher Fundraising Verband e.V., Berlin
- Deutscher Zigarettenverband e.V., Berlin
- EnBW AG, Berlin
- EU.select Brüssel
- Gelvenor Textiles, Hammarsdale, Südafrika
- Handelskammer Bremen
- IBM Deutschland GmbH
- Henkel AG&Co KGaA
- Leipziger&Partner, L&P Kommunikationsgesellschaft mbH
- Magnitogorsker Hüttenkombinat (Metallindustrie), Russland
- Malaysian-German Chamber of Commerce (MGCC), Kuala Lumpur, Malaysia
- Norddeutsche Landesbank, Hannover
- Onpact AG
- RWE AG, Repräsentanz Berlin
- Sporcan GmbH
- wbpr Gesellschaft für Public Relations und MarketingmbH

8. Forschung

- Area de Conservacion Guanacaste, Costa Rica
- BORDA: Bremen Overseas Research and Development Association, Bremen
- Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt a.M.
- Deutsches Orient Institut
- German Institute of Global Area Studies (GIGA) , Hamburg
- Institut de Recherches et d'Études sur le Monde Arabe et Musulman (IREMAM) Aix-en-Provence, Frankreich
- Institut für Europäische Politik (Berlin)
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Institute of Electronic Business e.V. Berlin, An-Institut der UdK
- International Food Policy Research Institute, Kampala, Uganda
- Munk Centre for International Studies, Toronto/ Kanada
- Projektträger beim DLR
- ORSAM (Centre for Middle Estern Strategic Studies), Ankara, Türkei
- Sustainability Center Bremen
- Yad Vashem, Givatayim, Israel
- Zentrum für Arbeit und Politik (zap) an der Universität Bremen
- Zentrum für Umweltforschung und Umwelttechnologie am Artec-Forschungszentrum Nachhaltigkeit Universität Bremen

9. Medien

- dpa Hannover
- Helios Media
- konkret - Zeitschrift für Politik und Kultur
- Neue Energie, Berlin
- rbb inforadio
- Südwestrundfunk
- Verlag SWET, Bremen

10. Sonstiges

- Arbeitnehmerkammer, Bremen
- Goethe Institut Fortaleza, Brasilien
- Goethe-Institut Abijan, Cote d'Ivoire
- IAEA (International Atomic Energy Agency), Wien, Österreich
- SiebenAufEinenStreich (Kultur- und Projektmanagement)
- UNICEF Arbeitsgruppe Bremen
- UNO Flüchtlingshilfe e.V., Bonn
- Vereinte Nationen Genf

3. Fragebogenleitfaden Incomings

1. Name?

2. Where are you coming from (home country and name of university)?

3. What are you studying at your university? (Bachelor/Master, Name of your programme?)

4. Which semester/year are you in?

5. Why did you come to Bremen/the "Hochschule"? Is the "Hochschule" a partner university? Are you doing Erasmus?

6. How many courses/modules are you taking at your home university? How many in Bremen? What courses are you taking (Political courses and what others?) Do you find the courses interesting?

7. What is different at the "Hochschule" compared to your home university concerning teaching methods (lectures, seminars, tutorials etc.), examinations (exams, presentations, essays etc.), lecturers? (So, how is it at your university?)

8. What do you like about teaching methods, examinations, lecturers at the "Hochschule"? (small groups, discussions, lecturers are open-minded etc.)

9. Do you feel integrated in the courses/the "Hochschule"?

10. Do you get enough support at the International Office and from other administrative stuff?

11. What do you like about the "Hochschule" or Bremen in general?

12. Would you come again to the "Hochschule"? Why? Why not?

4. Anschreiben Alumnis

Hallo ehemalige Studierende des ISPM,

wir, die derzeitigen Studierenden des 6. Semesters eures Studiengangs, **brauchen dringend Eure Unterstützung!** Wie Ihr vielleicht bereits über die Presse erfahren habt, wird es aufgrund des bevorstehenden Hochschulpaktes („Step 2020") enorme Einsparungen an der HS geben werden.

Das heißt konkret: **Jeder dritte Studiengang an der Hochschule Bremen soll geschlossen oder mit anderen zusammengelegt werden!!!**

Speziell für unseren Studiengang heißt es nun ums Überleben zu kämpfen und die Entscheidungsträger von der Wichtigkeit und Einzigartigkeit des IS Politikmanagement zu

überzeugen. Dies wollen wir, unter anderem mit einer quantitativen Verbleibstudie der Ehemaligen erreichen, mit der wir die *Vielfältigkeit der von Euch angenommenen Berufe nach dem ISPM Studium aufzeigen wollen und so die Vorzüge des Studienganges hervorzuheben.*

Darum würden wir Euch bitten zwanzig Minuten Eurer kostbaren Zeit zu beanspruchen und den im Anhang beigefügten Fragenbogen auszufüllen, um uns bei unseren Vorhaben, den Studiengang zu retten, zu unterstützen! Den Fragebogen findet Ihr im Anhang, sowie weitere Informationen zu dem Gesamtprojekt auf der Homepage des Studiengangs auf www.ispm-bremen.de.

Bitte seid Euch bewusst, dass wir nur beantwortete Fragenbögen in unsere Auswertung mit einfließen lassen, die uns in den nächsten drei Wochen erreichen. Im Anschluss werden wir Euch selbstverständlich über das Ergebnis der Auswertung informieren.

Das Projekt ist ohne Eure Hilfe nicht realisierbar!
Deshalb würden wir uns sehr über Eure Unterstützung freuen, da **Wir gemeinsam** den kommenden Studierenden die einzigartige Chance in Deutschland weiterhin geben wollen, Politikmanagement an der Hochschule Bremen studieren zu können.
Wir danken Euch schon vielmals im Voraus für Eure Hilfe und hoffen, dass wir es gemeinsam packen, unseren Studiengang zu retten!

Mit freundlichsten Grüßen
Euer
Int. Studiengang Politikmanagement

P.S. Es wäre super, wenn Ihr in der Antwortmail gemeinsam mit dem ausgefüllten Fragebogen noch kurze Angaben zu Euren derzeitigen Beruf (was? und wo?) zuschicken könntet.

5. Fragebogen Alumnis

Studium/Motivation Allgemein

1. Wann haben Sie Ihren Abschluss in ISPM erreicht?
(Eingabefeld; Jahreszahl)

2. Warum haben Sie Politikmanagement gewählt? (Mehrfachnennung möglich; Ankreuzmöglichkeit)

A: Politisches Interesse
B: Allgemeines Interesse
C: Fortführung aus der Schulzeit
D: Hintergrundwissen für den Beruf

E: Wenig konkrete Vorstellungen
F: Praxisbezug
G: Internationalität
H: Sonstiges

3. Was war der Grund für ein Studium an der Hochschule Bremen?

A: Studiengang ISPM
B: Reputation der Hochschule
C: Heimatnähe
D: Empfehlung von Freunden/Bekannten
E: Bestimmte Professoren
F: Gute Ausstattung
G: Zulassungsvoraussetzung
H: Die Uni-Stadt Bremen
I: Sonstiges

3. Welcher Schulabschluss hat Ihnen den Zugang zum Hochschulstudium ermöglicht?

A: Allgemeine oder Fachgebunde Hochschulreife (Abitur)
B: Fachhochschulreife
C: Sonderzulassung bei Berufsqualifizierung

4. In welchem Bereich haben Sie Ihr Praxissemester absolviert?

A: Journalismus, Medien
B: Parteien, Fraktionen
C: Öffentliche Verwaltung
D: Stiftungen
E: NGOs
F: Internationale Institutionen
G: Universität, Forschung
H: Politik- und Unternehmensberatung
I: Wirtschaft (Industrie, Unternehmen)
J: Verbände
K: Gewerkschaften
L: Sonstiges

5. Wo haben Sie Ihr Auslandssemester absolviert?

Eingabefeld: Stadt, Land

6. Wie viele Semester haben Sie ISPM studiert?
Eingabefeld: Zahl

'''

Zufriedenheit / Anerkennung ISPM

1. Haben Sie nach Ihrem Abschluss in ISPM ein Master Studium aufgenommen?
Ja / Nein

1.1 Wenn 1 = Ja. Was haben Sie im Master studiert? Eingabefeld: Studiengang
1.2 Wenn 1 = Ja. Wo? Eingabefeld: Hochschule
1.3 Wenn 1 = Ja. Auf einer Skala von 1-6. Wie gut waren Sie auf Ihr Master-Studium durch ISPM vorbereitet? (Skala 1-6)

2. In welchem Beschäftigungsverhältnis waren Sie direkt nach Ihrem Studium angestellt?

A: unbefristetes Arbeitsverhältnis
B: befristetes Arbeitsverhältnis
C: Teilzeitarbeit
D: Leiharbeit
E: Praktikantenverhältnis
F: Selbständig

3. Wie lang war die Suchdauer nach Abschluss Ihres Studiums bis zur ersten Tätigkeit? (Monatsskala beifügen)

4. Waren Sie jemals erwerbslos nach Ihrem Abschluss in ISPM?
(Ja / Nein)

4.1 Wenn 4 = Ja. Wie lange insgesamt? (Eingabefeld; Monate)

5. Seit Beginn Ihrer ersten Tätigkeit, wie oft haben Sie bis zum heutigen Zeitraum die Stelle gewechselt?

A: kein Stellenwechsel
B: ein Stellenwechsel
C: zwei oder mehr Stellenwechsel

6. In welchem Beschäftigungsverhältnis sind Sie aktuell angestellt?

A: unbefristetes Arbeitsverhältnis
B: befristetes Arbeitsverhältnis
C: Teilzeitarbeit
D: Leiharbeit
E: Praktikantenverhältnis
F: Arbeitssuchende

7. In welchem Bereich sind Sie aktuell tätig?

A: Journalismus, Medien
B: Parteien, Parlament, etc.
C: Öffentliche Verwaltung
D: Stiftungen
E: NGOs
F: Internationale Institutionen
G: Universität, Forschung
H: Politik- und Unternehmensberatung
I: Wirtschaft (Industrie, Unternehmen)
J: Gewerkschaften
K: Verbände
L: Sonstiges

8. Wie hoch ist aktuell Ihr Bruttojahreseinkommen?
(Gehaltsskala beifügen)

9. Haben Sie seit Ihrem Studienabschluss beruflich eine Zeit im Ausland verbracht?

A: Arbeite derzeit im Ausland
B: Habe länger im Ausland gearbeitet
C: Arbeite gelegentlich im Ausland
D: Keine Berufserfahrung im Ausland

10. Wie zufrieden sind Sie in Ihrer derzeitigen beruflichen Tätigkeit?

A: Sehr zufrieden
B: überwiegend zufrieden
C: zufrieden
D: unzufrieden
E: sehr unzufrieden

11.1 Wenn 11 = A, B und C. Warum sind sie zufrieden? (Mehrfachnennung möglich)

A: Arbeitsplatzsicherheit
B: Nette Kollegen
C: Arbeitsatmosphäre
D: Bezahlung
E: Karriereaussichten
F: Gesellschaftliche Wirkung

11. Wie stufen Sie die Auswirkungen des Auslandssemesters auf Ihren weiteren beruflichen Werdegang ein?

A: Sehr positiv
B: überwiegend positiv
C: positiv
D: negative
E: sehr negative

12. Hatte das Praxissemester Auswirkungen auf Ihren weiteren beruflichen Werdegang?

A: Sehr positiv
B: überwiegend positiv
C: positiv
D: negative
E: sehr negative

13. Würden Sie sich im Rückblick auf das Studium in Bremen wieder für Politikmanagement entscheiden?

A: Ja, alles wieder so machen
B: Nein, eher Politikwissenschaften
C: Ja, aber nicht an der Hochschule Bremen
D: Ja, aber nur mit weiterem Studium im Anschluss
E: Nein, ich würde gar nicht mehr studieren
F: Sonstiges

14. Wie zufrieden waren Sie Rückblickend mit ISPM?
(Skala 1-6)

Biographische Daten

1. Geschlecht (m/w)
2. Geburtsjahr (Jahreszahl)
3. Kinder (Anzahl)
4. Religion (Römisch Katholisch, Evangelisch, Muslimisch, Jüdisch, Sonstiges, Nichts)
5. Parteipräferenz (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke, Piraten, AfD, Sonstige)
6. Mitgliedschaft einer Partei (Ja/Nein)
7. Herkunftsland (Eingabefeld)
8. Wohnort (Bundesland)